

sagen uns speziell auch die jungen Leute, wenn wir ins Theater oder Kabarett gehen wollen, gehen wir dort hin, aber wenn wir Sachprobleme abhandeln, dann muß man sich mit den Inhalten auseinandersetzen. Ich danke für die Geduld, meine Rede anzuhören, und hoffe, daß wir diesen richtigen Weg in der Steiermark weitergehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald: Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Aus der Sicht des Laien schaut die Gesundheit folgendermaßen aus: Erster und schwerster Punkt ist die Gefährdung der Gesundheit durch die Umweltverschmutzung. Zweiter Punkt sind Zusatzstoffe in den Lebensmitteln. Dritter Punkt wäre falsches Ernährungsverhalten. Vierter Punkt sind pathogene Mikroorganismen und fünfter Punkt Giftstoffe. Aus der Sicht der Wissenschaft schaut das etwas anders aus. Der Wissenschaftler sagt, erstes und größtes Problem ist falsches Ernährungsverhalten, dann folgen die Mikroorganismen, die Giftstoffe, die Umweltverschmutzung und schließlich die Zusatzstoffe in den Lebensmitteln. Das ist erst der fünfte Punkt.

Ich möchte ganz kurz zum Ernährungsverhalten etwas sagen. Unsere Vorfahren haben sich während der Winterzeit mit Sauerkraut und den Gemüsen, die es unter der Erde gibt, sprich Sellerie, Petersilie, Karotten, Kartoffeln, über den Winter gebracht. Wir verwenden die eingeführten Lebensmittel, sprich Kiwi, Mandarinen, Orangen, Bananen. Wir denken, daß wir uns damit viele Vitamine zuführen. Dem ist nicht so. Die Vitamine haben wir in unseren heimischen Produkten. Und deswegen fordere ich und verlange es eigentlich in einem langsichtigen Bildungsprozeß, daß wir wieder auf natürliche Lebensweisen zurückgehen, nicht nur in der Ernährung, auch im Alltag. Wir machen die Nacht zum Tag, und in der Früh brauchen wir dann Vitamine und Koffein und hoffen, daß wir wieder fit werden. Am Abend brauchen wir das auch, um uns noch darüberzuhalten. Sehr geschätzte Damen und Herren! Mir liegen Untersuchungsergebnisse unserer steirischen Lebensmittel vor, und zwar aus den Erntejahren 1979 bis 1984 über Schwermetalle – Blei, Cadmium, Quecksilber – in Getreide, Beeren und Obst. Folgendermaßen sind die Ergebnisse in diesen Jahren ausgefallen. Das Überschreiten der Grenzwerte gab es nur in 16 Prozent. Weit unter dem Richtwert waren aber drei Viertel, nämlich 76 Prozent, der heimischen Getreideprodukte. Worauf sind die Schadstoffe zurückzuführen? Wir haben auch verkehrsnaher Felder, und wir beizen unser Saatgut, und deswegen möchte ich auch hier wieder betonen, ist die Beratung so wichtig, die Forschung so wichtig, daß diese Dinge in den Griff bekommen werden. Der Handelsdünger allein macht die Krankheit beziehungsweise die Giftständigkeit unserer Lebensmittel nicht aus. Die Rückstandsuntersuchungen des Jahres 1985, graphisch dargestellt, schauen folgendermaßen aus: Hier haben wir den Richtwert, und da ist der noch nachweisbare Grenzwert, unsere Lebensmittel liegen hier, sehr geschätzte Damen und Herren. Alle Getreideprodukte

aus einheimischen Getreiden sind so gesund. Ähnlich ist es auch auf dem Obstmarkt. Hier sind 98,8 Prozent unter den nachweisbaren Richtwerten. Hier sind die Grenzwerte, optisch dargestellt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Anthracen in den Nahrungsmitteln!“) Hier sind Untersuchungen für Morestan bei Gemüsen, 95 Prozent unter den nachweisbaren Grenzwerten. Wir haben aber auch bitte Keimzahlen vom Ausland da. Die österreichische Butter hat einen Keimzahlwert unter 100.000 und die ungarische Butter bis zu 10 Millionen. Ich fordere daher verstärkt und vehement, daß wir an den Grenzen die Lebensmittelkontrollen haben, verstärkt haben und unseren heimischen Produkten die Chance geben, sie wirklich an den Mann zu bringen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fuchs: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir als Obmann der Arbeitsgemeinschaft Steirischer Kürbisbauern eine Richtigstellung. Es ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber gerade hinausgegangen, aber ich möchte es trotzdem hier im Hohen Haus nicht stehenlassen. Er hat die Meinung vertreten, wir produzieren giftige Kürbiskerne. Ich möchte dazu der Richtigkeit halber folgendes sagen: Seit 1983 machen wir kontrollierten Anbau. Es werden derzeit 8000 Hektar angebaut, wir wollen das auf 20.000 Hektar erhöhen. Richtig ist, was er gesagt hat, daß im Jahr 1980, wo es noch keinen Importschutz gab, das heißt keine Zollabfertigung beziehungsweise Abschöpfung war, aus Ungarn nach Deutschland zur Firma Fink Kürbiskerne geliefert wurden, die als Knabberkerne verwendet wurden, und der Rest zur Ölgewinnung über Deutschland zu den Ölmühlen in die Steiermark gekommen ist. Hier sind Rückstände festgestellt worden. Die Kürbiskerne wurden sofort eingezogen. Seit 1983 produzieren wir gesunde steirische Kürbiskerne. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zellnig: Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Ich glaube, es ist dieses Hauses nicht würdig, wenn Abgeordnete aufs Rednerpult gehen und dann andere Abgeordnete kritisieren und als Löwinger-Schauspieler interpretieren. (Beifall bei der SPÖ.) Herr Kollege Pörtl, auch dein Beitrag hat eine gewisse Heiterkeit erregt in diesem Haus. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Aber eine gute!“) Es würde mir nicht anstehen, dich als Löwinger-Schauspieler zu interpretieren. (Abg. Buchberger: „Man wird wohl einen Lacher machen dürfen!“)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gesprochen von der Ankündigungspolitik und habe Bezug genommen auf die Pressekonferenz der ÖVP vom 6. November 1986. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Pressekonferenz und deren Aussagen einfach als

Theaterstück einer Löwinger-Bühne interpretiert werden können. Ich habe dazu gesprochen. Ich habe weiters zu Problemen der Land- und Forstwirtschaft gesprochen und zu den Produktionsalternativen. Frage, sehr geehrte Damen und Herren: Ist das nach Ihrer Meinung Löwinger-Bühne? Und ich habe weiters gesprochen zur Vermarktung neuer Produktionsalternativen und daß wir alte Fehler in dieser Vermarktung nicht begehen sollen. Frage, sehr geehrte Damen und Herren: Ist das Löwinger-Bühne? Ich habe mich ernstlich mit diesen neuen Problemen der Landwirtschaft auseinandergesetzt, Herr Kollege Grillitsch. Es ist dir vorbehalten, das als Löwinger-Bühne zu interpretieren. Danke bestens. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Das Schlußwort zur Gruppe Landwirtschaft hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler.

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn jetzt ein Streit ausgebrochen ist, ob ein Diskussionsstil unter Löwinger-Bühne einzuordnen ist oder nicht, dann darf ich zumindest festhalten, daß diese Diskussion in verschiedenen Phasen abgelaufen ist. Einige Phasen waren durchaus geprägt von der sehr differenzierten und ernsthaften Auseinandersetzung und Beurteilung von verschiedenen Standpunkten her. Aber es gab auch, das war mein persönlicher Eindruck, eine Reihe von Beiträgen, wo ich mir gedacht habe, daß ein Berufsstand, der in Österreich 300.000 Familien umfaßt, etwa 60.000 Familien in der Steiermark, der von Existenzproblemen steht, die nur mit wenigen anderen, etwa im Kleingewerbe, in einem Teil der Arbeitnehmerschaft und der Kleinrentner vergleichbar sind, mit einem, wie es schon erwähnt wurde, nachgewiesenen realen 17-Prozent-Einkommensverlust 1985, und wir wissen aus der volkswirtschaftlichen Vorausschätzung für das laufende Jahr, daß es auch 1986 aller Voraussicht nach in dieser negativen Linie bleiben wird, wo wir in der Ost- und Südsteiermark im vergangenen Jahr einen realen Einkommensverlust von 22 Prozent gehabt haben, daß es ein solcher Berufsstand nicht verdient, hier in einer Art diskutiert zu werden, die, gelinde gesagt, zumindest über weite Phasen von Polemik gekennzeichnet war. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube, es wäre genauso abzulehnen, wenn über die Probleme der Arbeiter in der verstaatlichten Industrie, der Dienstnehmer bei den österreichischen Bundesbahnen oder wen immer in einer solchen Art darüber hinwegdiskutiert würde.

Ich habe es, wie viele andere auch, positiv registriert, daß der Herr Abgeordnete Prieschl mit Recht jenen Standpunkt eingenommen hat, der ja so naheliegend ist, nämlich, daß wir erkennen, daß für Industrie, für Arbeitnehmer, für Konsumenten die tatsächliche Situation um die Entwicklungschancen in der Land- und Forstwirtschaft von eminenter Bedeutung ist. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Absatzzahlen der österreichischen Landmaschinenindustrie, vor allem, was den Inlandsabsatz anlangt, zum Teil drastisch eingebrochen sind. Das darf niemand wundern. Denn wenn ein Berufsstand um 17 Prozent weniger verdient, dann hat er ja im wesentlichen nur die Chance, bei den Ausgaben einzusparen. Und die wesentlichen Ausgaben der Land- und Forstwirtschaft sind die Investitio-

nen und die Betriebsmittel. Wie Sie alle wissen, wird gerade aus diesem Berufsstand am wenigsten in Urlaubsreisen, in Konsumgüter oder in anderes investiert. Deshalb ist es angebracht, sich wirklich Sorgen zu machen, wie es besser gehen kann und welche Konsequenzen sich aus einer solchen sehr, sehr ernstesten Entwicklung heraus ergeben können. Darum ist es mein persönlicher Eindruck, daß kein Anlaß besteht, daß man bei allem Verständnis für Humor hier in eine zum Teil sehr oberflächliche Art der Auseinandersetzung abgleitet. Noch etwas muß ich auch in aller Nüchternheit sagen. Die Sozialistische Partei hat durch 16 Jahre hindurch, zumindest durch 13 Jahre, die absolute Mehrheit im Nationalrat gehabt und alle Minister gestellt, dreieinhalb Jahre mit Unterstützung der Freiheitlichen Partei diese absolute Mehrheit und alle Regierungsämter innegehabt, und wir stehen, was die Landwirtschaft anlangt – Sie brauchen nur den Grünen Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur Hand nehmen – vor der Tatsache, daß die Einkommensentwicklung Ursache dafür ist, daß weiterhin pro Jahr zwischen 5000 und 10.000 aktive Beschäftigte aus der Landwirtschaft in andere Bereiche abwandern müssen. Wir wissen im Bereich der staatlichen Industrie, welche Dramatik darin liegt, wenn in solchen Größenordnungen Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur vor sich gehen. Wir haben das größte agrarische Handelsdefizit mit 16 Milliarden Schilling in diesem Jahr und gleichzeitig die Schwierigkeit, daß sich in einigen Sparten bei den Exportkosten immer größere Probleme entwickelt haben, die sowohl Steuerzahler als auch Landwirte betreffen. Wir haben die Tatsache, daß Förderungsmaßnahmen des Bundes eingestellt wurden, und, weil auch von einer Übergabebilanz gesprochen wurde, die Tatsache, daß neben den Rückständen im Bundesbudget für die Exportfinanzierung in den Absatzförderungsbeiträgen bei der Milch, Herr Abgeordneter Zellnig, ein Fehlbestand von etwa 450 Millionen Schilling vorliegt und im Bereich des Getreides ein Fehlbestand von 600 Millionen Schilling. (Abg. Zellnig: „Bauerngeld!“) Ja, aber Sie wissen auch, daß es hier eine Ministerverantwortlichkeit gegeben hat, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. (Abg. Trampusch: „Wie überall in der Welt. Auch in den USA sind die Sozialisten schuld, wenn es den Bauern schlecht geht!“) Bitte, Herr Abgeordneter Trampusch, wenn man die alleinige Verantwortung hat und wenn eine Bilanz gelegt werden muß, dann wird man das auch aufzeigen müssen. Und das habe ich ja gemeint damit. Wir machen es uns nie so einfach, daß wir sagen, „dort allein liegt die Schuld“ und „dort allein liegt die Verantwortung“. Aber so kann man es auch nicht machen, wie Sie es immer versuchen, daß Sie alle anderen als Schuldige finden.

Die Sozialpartner! Bitte, als Sozialpartner stellen Ihre Freunde zunächst einmal mindestens 50 Prozent mit Arbeiterkammer und Österreichischem Gewerkschaftsbund. Und Sie haben noch die Bundesregierung, die in all den Entscheidungen der Sozialpartnergremien – wie Sie wissen – ein Aufsichtsrecht hat und damit eine sehr wesentliche zusätzliche Mitgestaltung. Oder schuld sind die Genossenschaften oder schuld ist die Opposition, als ob sie nicht in vielen politischen Fragen – und das war Ihr demokratisches Recht – sich über Positionen der Sozialpartner, der Genossenschaften und der Opposition hinweggesetzt hätten. Also

darf man es sich jetzt nicht so billig machen, weil halt vieles nicht gelungen ist, dann zu sagen „schuld sind alle anderen“. Das wird man nicht zur Kenntnis nehmen können. Die Sozialistische Partei beziehungsweise der designierte Bundeskanzler ist bemüht, eine Partnerschaft für eine künftige Bundesregierung zustandezubringen. Das ist eine Folge des Wahlergebnisses. Es ist aber wohl auch in einem hohen Maß eine Konsequenz aus jener Erbmasse, die zum Teil aus der politischen Entwicklung der siebziger Jahre vorliegt. Denn worum geht es denn bei diesen Gesprächen? Nicht um ein Gerangel um Ministersessel, wie es völlig fälschlich in einer Zeitungscharikatur nun dargestellt wurde. Ich darf das auch sagen, es ist auch kein besonderer Dienst an der Demokratie, wenn man das Ringen um eine politische Gestaltung in dieser Form interpretiert, sondern es geht darum, daß eine Budgetsanierung unaufschiebbar ist. Weil – das ist die Aussage auch des designierten Bundeskanzlers – der Schuldendienst und die Zinsenlast nicht so weiterwachsen dürfen, weil jeder Bewegungsspielraum damit verlorenght. Es geht um die Frage, wie sanieren wir die verstaatlichte Industrie? Es geht um die Frage, wie sanieren wir die Österreichischen Bundesbahnen? Es geht um die Frage, wie sichern wir das soziale Netz, wie wird die Finanzierbarkeit der Sozialversicherungssysteme aufrechterhalten? Es geht um die Frage, wie gelingt es, durch eine Steuerreform die Überschaubarkeit, die Gerechtigkeit und in einem gewissen Maß auch den Steuerdruck so zurückzunehmen, daß die private Kaufkraft und die Investitionsmöglichkeit wieder hergestellt werden? Es geht um eine neue Agrarpolitik zur Sanierung der Landwirtschaft. Das sind die großen Fragen, die ins Haus stehen und die es vernünftig erscheinen lassen, zu versuchen, eine möglichst breit gelagerte Grundlage für eine künftige Regierungsarbeit anzustreben. Und in dieser gesamten Situation sind wir natürlich auch als Land Steiermark in einem hohen Maß Mitbetroffene. Der Finanzreferent hat in seinen Stellungnahmen, hier im Hohen Haus und auch in der Öffentlichkeit, die Notwendigkeit eines Sparbudgets für das Land Steiermark besonders unterstrichen. Ich darf – vielleicht auch nicht uninteressant – hier folgendes in Erinnerung bringen: Wenn Sie sich auf dieser Grafik die Entwicklung anschauen, Ausgabenrahmen im Bundesbudget von 1970 bis 1986, von 100 auf über 500 Milliarden Schilling verfünffacht, leider überholt durch die Kurve der Schuldenentwicklung, wo wir – wie Sie wissen – derzeit bereits bei 650 Milliarden Schilling angelangt sind, und Sie haben hier im Vergleich den Budgetrahmen des Landes Steiermark. Es ist ja bekannt, daß in Österreich die Länder keine eigene Steuerhoheit haben. Ich möchte im Interesse der Steuerzahler sagen, erfreulicherweise. Aber vom Standpunkt der öffentlichen Finanzen natürlich mit dem Faktum, daß hier der Ausgabenrahmen ein vorgegebener und ein sehr eingeschränkter ist. Und daher alles, was im Bereich der Landwirtschaft vom Bund an Förderungsmaßnahmen eingestellt wurde, nur mit großen Problemen in diesem kleinen Rahmen eines Landesbudgets untergebracht werden kann, um hier auch manche vielleicht durchaus ernst gemeinte, manchmal eben auch etwas vordergründige Wünsche und kritische Feststellungen in das rechte Licht zu bringen. Ich glaube, daß es keine von vornherein negative Vorgangsweise des Finanzreferenten

gewesen sein wird, in jenem Entwurf, den er der Steiermärkischen Landesregierung als Finanzreferent vorgelegt hat, gerade im Bereich der Ermessensausgaben zum Teil drastische Ausgabenkürzungen für 1987 vorzusehen. In Erinnerung rufen muß ich schon, daß gerade die Landwirtschaft durch diesen Budgetentwurf in einem hohen Maß negativ getroffen worden wäre. Im gesamten Bereich der landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen war gegenüber dem Jahr 1986 eine Reduzierung um 24,5 Prozent vorgesehen. Beispielsweise Kleinlandwirtebeihilfen minus 34 Prozent, die Almwirtschaftsförderung, das heißt, die Förderung der Weidebewirtschaftung auf den Almen, minus 20 Prozent, und so könnte man das fortsetzen. Für den Bereich des landwirtschaftlichen Schulwesens minus 32 Prozent, die heute schon wieder angesprochene Frage der Bergbauernausgleichszahlungen des Landes Steiermark, Herr Abgeordneter Zellnig, minus 28 Prozent, wenn es nach dem Entwurf des Finanzreferenten gegangen wäre, und bei Rutschhangsicherungen minus 59 Prozent, die Frau Abgeordnete Kammlander hat das angesprochen. Bitte, man muß sich auch in die Lage der Bauern versetzen, und ich habe viele aufgesucht. Das sind jene der ärmsten in unserem Land, Kleinstbetriebe in den Hügelngebieten der Süd-, Ost- und Weststeiermark. Man kann darüber diskutieren, aber wenn dort ein ganzes Anwesen abrutscht, dann zu sagen, wir haben kein Geld mehr, und wir können nicht helfen, wäre meines Erachtens in einer sozialen Einstellung zumindest nicht zu rechtfertigen. Das sind einige Dinge, die man bei einer solchen Budgetdebatte schon aufzeigen muß. Es war erfreulicherweise möglich, durch die Mehrheit in diesem Haus und in der Landesregierung, diese Dinge wieder richtigzustellen und die Ansätze des Jahres 1986 für 1987 in all den Bereichen sicherzustellen, die ich hier erwähnt habe. (Beifall bei der ÖVP.) Und so sind die Schwerpunkte, die wir mit dem Landesbudget für 1987 vorgesehen haben, erstens die Bildung und Ausbildung.

Das ist mit Recht im Landesbudget ein besonderer Schwerpunkt, denn nur durch die konsequente Bemühung, unserer bäuerlichen Jugend eine sehr gediegene fachliche, aber auch menschliche Ausbildung zu vermitteln, war dieser Berufsstand in der Lage, den größten Strukturwandel zu bewältigen, den überhaupt eine Berufsgruppe in diesem Staat und auch in Westeuropa zurücklegen mußte. Wenn Sie sich vorstellen, daß innerhalb einer Generation eine Abwanderung um dreiviertel der Beschäftigten durchzustehen war, eine Umstellung in der Erzeugung, eine Umstellung auf die mechanischen Hilfsmittel, eine völlige Umstellung im Bereich der Vermarktung und der Produktion. Das wäre ohne dieses geistige Rüstzeug unmöglich gewesen, und deshalb wäre es der Beginn einer Fehlentwicklung, und das ist leider auch beim Bund passiert, wenn man gerade bei den geistigen Investitionen einsparen würde. Das ist das gleiche wie bei der Industrie. Wenn in der Forschung gespart wird, weil man wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, ist das eine Politik in den Tag hinein, aber sie bringt als nächste Folge Probleme in wenigen Jahren mit sich. Und deshalb sage ich auch zweitens das Beratungswesen und das Versuchswesen. Das ist nicht, daß man jetzt Bürokraten in der Kammer füttert, wie das so angeklungen ist, sondern es ist notwendig, daß wir in Verantwortung jene Grundlagen bereitstellen, die die

Bauern brauchen, um die Zukunftsprobleme bewältigen zu können. (Beifall bei der ÖVP.) Und wir verdanken es jenen Bürokraten und Schreibtischbauern, die als Beratungskräfte in den Kammern, als Lehrer in den Landwirtschaftsschulen, als Mitarbeiter in den Versuchsanstalten und als Mitarbeiter in der Landesverwaltung tätig sind, daß wir in der Steiermark führend sind im Bereich des Obstbaues, im Bereich der Spezialkulturen, im Bereich der Produktionsalternativen, insbesondere was die Biomasseverwertung für die Energienutzung anlangt, im Bereich des Bodenschutzes, im Bereich des Wiedererkennens, für den Blick des Bauern auf den Boden. Ich würde daher sehr darum bitten, daß man die Arbeit dieser Menschen, die im Dienst unserer Bauernschaft und im Dienst unseres Landes wirken, nicht aus einer vordergründigen Absicht heraus in der Öffentlichkeit schlecht macht. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Thema Waldsterben. Ich bin einer der Führenden, wenn es darum geht, daß wir alle Konsequenzen ziehen müssen, um dieser Gefährdung unseres Waldes und damit der Gefährdung der grünen Steiermark zu begegnen. Ich bin selbstverständlich der Auffassung, daß überall dort angesetzt werden muß, wo uns Ursachen bekannt sind. Das sind die Emissionen aus der Industrie, aus den kalorischen Kraftwerken, aus den Haushalten, aus dem Kraftfahrverkehr. Aber natürlich ist es so, daß es auch noch Unerforschtes gibt und daß wir immer mehr daraufkommen, daß verschiedene Komponenten, vor allem der gegenseitigen Schadstoffwirkung, noch nicht voll erkannt sind, und daher ist die Forschungsarbeit in diesem Bereich etwas besonders Wichtiges, und die Steiermark ist hier mit einem solchen Forschungsprojekt im Bereich der Gleinalm auch österreichweit im Zusammenwirken mit den Hochschulen, im Zusammenwirken mit der Bundesversuchsanstalt führend tätig.

Die Qualitätsproduktion. Wir selbst haben größtes Interesse daran, daß die Qualität unserer heimischen Nahrungsmittel kritisch überprüft wird. Seit vielen Jahren werden vom Landeshygieniker Prof. Möse daher die Untersuchungen der heimischen Lebensmittel durchgeführt. Die Frau Abgeordnete Pußwald hat es dankenswerterweise hier aufgezeigt, weil wir selbst dort, wo es kritische Entwicklungen gibt, ansetzen wollen, in der Information der Bauern, in den vorkehrenden Maßnahmen. Aber ich würde sehr davor warnen, einfach in verallgemeinernden Aussagen gerade auch hier im Hohen Haus den Eindruck zu erwecken, als sei die Qualität der steirischen Produkte etwas sehr Fragwürdiges. Sie ist es erfreulicherweise nicht. Professor Möse wird in der nächsten Woche in einer großen Veranstaltung in Graz sehr ausführlich diese Situation und auch die notwendigen Maßnahmen, daß wir aus der heimischen Landwirtschaft gesunde Nahrungsmittel erzeugen, sehr deutlich darlegen. Aber ich muß das unterstreichen, was in Richtung der Lebensmittelkontrolle gesagt wurde. Jawohl, wir sind für effiziente Lebensmittelkontrolle im Inland und genauso, was die Einfuhr betrifft, denn der österreichische Konsument ist eine Einheit, und es hat wenig Sinn, ihn im Bereich der Inlandsproduktion sehr genau zu schützen, aber gegenüber dem, was vom Ausland hereinkommt, die Augen zuzumachen. Hier muß eine Gesamtverantwortung Platz greifen.

Die Hilfe für die Strukturverbesserung. Auch hier gibt es manche Mißverständnisse. Ich bin auch dafür, daß wir bei Trockenlegungen von Flächen, daß wir bei Geländekorrekturen oder wo immer vorsichtig ans Werk gehen, daß wir uns überlegen, wo ist das wirklich noch notwendig, und wo können wir vorhandene Naturräume in ihrer Substanz erhalten? Ist gar keine Frage. Aber wenn Sie unsere bäuerliche Struktur kennen, dann wissen Sie zum Beispiel, daß die Frage der Grundzusammenlegung eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür ist, daß es überhaupt eine vernünftige Bearbeitung und Bewirtschaftung geben kann. Und deshalb schmerzt es uns, wenn gerade in diesem Bereich der Bund seit dem Jahr 1986 seine Tätigkeit eingestellt hat. Es gibt gerade aus der Ost-, Süd- und Weststeiermark Dutzende von Anträgen aus den bäuerlichen Gemeinschaften zur Durchführung einer Grundzusammenlegung. Wenn wir eine Hilfestellung für unsere bäuerliche Landwirtschaft ernst meinen, dann wird das sicher eine Aufgabe sein, die künftig auch der Bund wieder wahrnehmen muß.

Wir haben als vierten Schwerpunkt im Landesbudget die direkte Einkommenshilfe sehr maßgeblich weiterentwickelt. Die Bergbauernförderung, die Almauftriebsprämien und die Viehabsatzförderung. Und, Frau Abgeordnete Kammländer, weil Sie das auch angesprochen haben. Sie müßten einmal auf einen der Almvielmärkte gehen, die bei uns Ende August bis Anfang Oktober durchgeführt werden, dann würden Sie sehen, daß die von Ihnen kritisierte – oder war es der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich weiß es nicht, einer von Ihnen beiden – Förderung des Viehabsatzes eine der wirksamsten Hilfen für die Bergbauern ist. Denn jene paar Stück Vieh, die bei den Herbstvielmärkten verkauft werden können, die sind ein ganz entscheidender Teil des Jahreseinkommens der Bergbauern. Wenn wir nicht durch diese Förderungsmaßnahmen den Zusammenbruch dieses Marktes unterbunden hätten, dann würde die soziale und die einkommensmäßige Situation völlig anders ausschauen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bin sehr dafür, daß wir die Produktionsstrukturen anpassen, daß wir überlegen, welche Erzeugnisse auch in der Viehhaltung mehr Chancen haben, aber diesen Zusammenhang nicht zu erkennen, würde bedeuten, daß man an den Problemen der Bergbauernschaft vorbeigeht. Wir haben den Bereich der Sonderkulturen seit zwei Jahren verstärkt in unsere Förderungsmaßnahmen aufnehmen können, und wir waren in der Steiermark Pioniere in der Frage „Förderung des Bergweinbaues“. Bereits Landesrat Koiner hat hier die Grundlage für die Erstellung des Bergweinkatasters gegeben. Wir sind damit in der Lage, dem Bund eine gemeinsame Hilfe für unsere Bergweinbauern vorschlagen zu können. Und das muß man ja auch wieder sehen, das sind jene Bauern, die zum Teil mit zwei, drei, vier Hektar Fläche in Steillage unmittelbar an der Grenze die Besiedelung halten. Wenn wir vom Grenzland sprechen, dann ist die Erhaltung dieser kleinstbäuerlichen Betriebe die Grundvoraussetzung, daß wir ein besiedeltes, ein lebendiges Grenzland haben und daß auch der gewerbliche Betrieb, sei es in der Gastronomie, im Handel oder im produzierenden Gewerbe, dort eine Chance hat. Daher ist Bergweinförderung eine der entscheidendsten Maßnahmen auch in der Grenzlandpolitik. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf zum Abschluß wirklich auch die Hoffnung aussprechen und unterstreichen, daß es in Österreich endlich wirklich dazu kommen möge, daß gerade auch im Bereich der Agrarpolitik zu einer Arbeit aller für die Bauern, anstelle eines vordergründigen politischen Schlagabtausches kommen möge. Wenn ich sage, Arbeit aller, dann meine ich die politischen Parteien, und zwar alle politischen Parteien, die in der gesetzgebenden Körperschaft vertreten sind, dann meine ich die Sozialpartner, und zwar alle, nicht nur die Vertretung der Land- und Forstwirtschaft, sondern auch jene der gewerblichen Wirtschaft und der Industrie, jene der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes. Ich darf es noch einmal sagen, die Einkommenssicherung auf unseren Bauernhöfen ist maßgeblich, um Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu halten, um damit einem der größten Probleme, nämlich der steigenden Arbeitslosigkeit, auch besser begegnen zu können. Sie ist indirekte Arbeitsplatzsicherung, denn die Bauern investieren 45 Milliarden Schilling in Handel, Gewerbe und Industrie. Die bäuerliche Landwirtschaft in Österreich ist Garant für die Sicherheit. Das klingt manchmal als etwas Selbstverständliches, weil wir es gewohnt sind, vor übervollen Auslagenfenstern unserer Lebensmittelgeschäfte zu stehen. Wir haben es heuer erlebt, wie schnell es gehen kann; denn wenn die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl nicht Ende April, sonder Ende Juni gewesen wäre, dann könnten wir die Getreideernte des Jahres 1986 abschreiben, dann wären wir wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen, die volle Aufrechterhaltung der Versorgung mit Milch und Milchprodukten zu gewährleisten. Man sollte daher erkennen, daß der Konsument gerade in einer Zeit, die von politischen Krisen und Umweltkrisen so gekennzeichnet ist, sehr entscheidend auf diese heimische sichere Ernährungsbasis angewiesen ist. Die bäuerliche Landwirtschaft ist Sicherung der Lebensgrundlagen, Gestaltung der Landschaft, Pflege des Bodens und Erhaltung seiner Lebenskraft. Darum ist es meine persönliche Überzeugung, daß von den drei Agrarsystemen der nördlichen Hemisphäre, nämlich den zwangsweisen Großbetrieben des Ostens, dem liberalistischen System des sogenannten Gesund-schrumpfens in den Vereinigten Staaten beispielsweise und der bäuerlichen Landwirtschaft, wie sie besonders in Mitteleuropa besteht, die bäuerliche Landwirtschaft nicht nur die leistungsfähigste ist, sondern auch jene Form, die am ehesten den ökologischen Anforderungen entsprechen kann und die vor allem als tragfähiges gesellschaftliches Element enorme Bedeutung für das Gesamte des Staates und der Gesellschaft hat.

Ich möchte daher abschließend den Dank aussprechen an die steirischen Bauernfamilien, die mit ungeheuer viel Fleiß und auch mit großer persönlicher Bescheidenheit die Voraussetzungen schaffen, daß diese Existenzen in unserem Land trotz vieler Krisen gehalten werden konnten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ich möchte allen Helfern der Bauern danken, ob sie in den landwirtschaftlichen Schulen, in den Kammern, in den bäuerlichen Gemeinschaften und Genossenschaften wirken oder in den Landesdienststellen, sei es die Rechtsabteilung 8, die Fachabteilung II e, die Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen, die Veterinärabteilung, die Abteilung für das Forstwesen, um nur jene zu nennen, die unmittelbar mit den

Belangen unserer Bauernschaft zu tun haben und im Interesse unserer steirischen Bauern wirken. Hoffen wir, daß 1987 für unsere steirischen Bauern und damit auch für unsere steirische Heimat ein gutes Jahr werden möge. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach der Landwirtschaft kommen wir nun in dieser Gruppe 7 zum Fremdenverkehr. Und auch hier gibt es ganz sicher eine große Anzahl von Problemen und Schwierigkeiten, auf die sicherlich noch weitere Redner zu sprechen kommen werden. Darf ich mich daher durchaus Erfreulichem zunächst zuwenden. Vor wenigen Tagen, am 5. Dezember, fand in Fürstenfeld der steirische Landesfremdenverkehrstag statt. Dabei konnte Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger für den steirischen Fremdenverkehr eine sehr positive Bilanz ziehen. Im Sommerhalbjahr 1986 konnte in der Steiermark mit plus 1 Prozent Nächtigungen und im Fremdenverkehrsjahr 1985/86 mit einer Zunahme von 1,6 Prozent oder 133.000 Nächtigungen jeweils das zweitbeste Bundesländerergebnis in Österreich erzielt werden. Nur Kärnten lag noch vor der Steiermark, alle übrigen Bundesländer waren im Minusbereich. Die Zunahme der Nächtigungen in Österreich für das letzte Fremdenverkehrsjahr betrug 0,3 Prozent, der Anteil der Steiermark macht davon stolze 40 Prozent aus. Das ist wirklich ein ganz erfreulicher Anteil unseres Landes. Laut einer neuen Studie von Dr. Smeral des Wirtschaftsforschungsinstitutes ist die Bruttoeinnahme im steirischen Fremdenverkehr von 3,5 Milliarden Schilling im Jahr 1975 auf 5,6 Milliarden Schilling im Jahr 1985 angestiegen. Damit wird die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Volkswirtschaft neuerlich eindrucksvoll unterstrichen. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte sagen, daß dieser schöne steirische Erfolg nicht zufällig zustande gekommen ist. Vielmehr greifen nunmehr verschiedene gezielte Maßnahmen der steirischen Fremdenverkehrspolitik unter Herrn Landesrat Dr. Helmut Heidinger. Einige davon darf ich hier konkret nennen:

Erstens: Mit Herrn Hotter wurde ein internationaler Fachmann für Werbung und Marketing mit der Leitung des Verbandes betraut, dessen gute Kontakte im In- und Ausland unserer touristischen Entwicklung sehr nützlich sind.

Zweitens: Die Aufgabenteilung zwischen Fremdenverkehrsamt einerseits und Landesfremdenverkehrsverband andererseits hat sich sehr bewährt, dadurch wurde die Tätigkeit effizienter und produktiver. Überhaupt hat sich die Zusammenarbeit und die Koordination des Landes mit der Wirtschaft, mit der Landwirtschaft, mit den Gemeinden, mit den Regionalverbänden, den Vereinen, aber auch mit der österreichischen Fremdenverkehrswerbung ganz wesentlich verstärkt und verbessert. Gemeinsame Beratungen im Präsidium und im Vorstand unseres Verbandes tragen dazu auch wesentlich bei. Die erhöhten Fremdenverkehrslandesmittel für Marketing, welche nach Nächtigungszahlen, die Verbände, die Regionalverbände und die Vereine

je nach Aufbringung zugemittelt erhielten, von 7,5 Millionen Schilling, rechtfertigten eine zeitgerechte Vorplanung, und die war sehr erfolgreich.

Ich danke daher Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und Herrn Landesrat Dr. Heidinger dafür ganz besonders, auch ausdrücklich im Namen vieler Gemeinden, auch Vereinsobmänner und auch Regionssprecher, daß im Jahr 1987 in den Budgetansätzen diese gezielten Marketing-Mittel von 7,5 Millionen Schilling wiederum aufscheinen. Herzlichen Dank. Damit sind wieder konkrete Marketing-Schwerpunkte möglich. Weitere Schwerpunkte sind die Fremdenverkehrsmesse in Wien, wo sich die Steiermark einen echten Schwerpunkt gesetzt hat und schöne Erfolge in der Nächtigung verbuchen kann. Die zwei Steiermark-Magazine in einer großen Streuung in Millionenaufgabe in der Bundesrepublik mit Zehntausenden Rückmeldungen sind ein wichtiger, ein sehr wichtiger Beitrag. Eine dritte ganz wesentliche Schwerpunktaktion ist sicherlich die familienfreundliche Steiermark mit dem ADAC als großen Partner mit seinen 8 Millionen Mitgliedern, der 20 bis 30 Millionen Menschen direkt in seiner Aussage- und Ferienberatung anzusprechen vermag. Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit, der auch schon vom Abgeordneten Dr. Pfohl für Fremdenverkehr und Kultur angesprochen wurde, war die Landesausstellung, oder Fremdenverkehr und Sport, was Dr. Karl Maitz im Kapitel Sport angesprochen hat, wie zum Beispiel Kulm oder Ö-Ring. Das sind weitere ganz gezielte und konkrete, dem Fremdenverkehr sehr dienliche Akzente steirischer Fremdenverkehrspolitik. Die Qualitätsverbesserung durch die Zinszuschüsse und Darlehen für 850 Fremdenverkehrsbetriebe mit einer Investitionssumme von 300 Millionen Schilling hat nicht nur viel Arbeit geschaffen für Handwerk und für unsere Dienstnehmer gerade draußen in den Regionen und in den steirischen Gemeinden, sondern es hat die Qualität der Betriebe ganz entscheidend angehoben. Denn wir müssen immer stärker daran denken, daß nicht die Quantität, sondern die Qualitätsvermehrung und -verbesserung Ziel unserer Arbeit sein muß. Und schließlich haben die einzelnen Betriebe selbst, dort, wo der Gast unmittelbar zu pflegen und zu hegen ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, auch große Anstrengungen unternommen, gerade weil ihnen verschiedene Studien und Befragungen über das Sommerverhalten der Gäste, über Schwachstellen, aber auch über die Chancen der Steiermark im Tourismus manches aufgezeigt haben. Und für die Zukunft sind weitere entscheidende Themen in Form von Projekten in Ausarbeitung, so die Tourismus-Werkstatt oder Verkaufsofferte in Klubform, wo zum Beispiel das Fischen als Zielgruppe als Paket angeboten wird, oder Golfen, oder Paddeln oder einfach verschiedene dieser Möglichkeiten, wo die Steiermark ein sehr gutes Angebot hat und wo man am Markt als konkreter Verkäufer solcher Einrichtungen in Form von Klubangeboten erfolgreich sein kann.

Bedeutende in- und ausländische Fachleute sagen uns immer wieder auch, und man kann es in Referaten hören oder in Aufsätzen nachlesen, daß die Steiermark, insgesamt gesehen, eine ganz ausgezeichnete Voraussetzung für eine positive Fremdenverkehrsentwicklung mitbringt. Das Fundament dafür ist überhaupt unsere schöne und abwechslungsreiche Land-

schaft. Es ist auch gleichzeitig die größte Verpflichtung für uns alle, die wir im Fremdenverkehr tätig sind, daß diese Landschaft als Grundstock jeder touristischen Entwicklung sehr gehegt wird und mit ihr sorgfältig umgegangen wird. Nützen und schützen heißt die Devise im einen, und im anderen Fall Ausgewogenheit. Wir haben noch viele intakte Ortsbilder und schöne zusammenhängende Naturräume, die ganz wesentlich die Sehnsüchte vor allem der Sommerfrischler ansprechen, wie Frau Lakaschub in ihrer Studie so eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht hat. Sehnsucht nach schönen Landschaften, nach schönen Ortsbildern, nach Ortskultur, nach der Vielfalt eines Ortschafts- und Landschaftsbildes sind ganz entscheidende Dinge. Hier, glaube ich, liegen wir Steirer durchaus ganz oben angesiedelt und ist noch vieles möglich, wenn wir es richtig anstreben. Weiters die Herzlichkeit unserer Landsleute. Immer wieder kommt das als hoher Stellenwert heraus. Gute, preiswerte Angebote für Sommerfrische und Winterferien sind bei uns möglich, und die fachlich gediegene Ausbildung in unseren Fach- und Berufsschulen in Bad Gleichenberg und Aigen ist ein weiteres Merkmal für die Steiermark. Abgerundet wird das ganz sicher durch viele, viele fleißige Menschen, die im Fremdenverkehr ihr Bestes geben. Am Bauernhof genauso wie in den Vereinen und Verbänden, wie bei den Beherbergungsbetrieben oder bei der Hotellerie. Man muß sie nur auch arbeiten lassen, meine Damen und Herren. Und hier möchte ich schon sagen, daß gewisse starre Verordnungen und Gesetze nicht immer fremdenverkehrsfördernd sind. Und wenn man, so wie wir, nahe an Salzburg oder auch an Bayern liegt, dann muß man verstehen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft gerade in Öffnungszeitenfragen flexiblere Lösungen verlangen muß, weil die Leute ganz einfach das Angebot an den Mann bringen und der Bedarf von Gästen hier zu decken ist. (Präsident Klasnic: „Ich möchte bitten, daß es ein wenig ruhiger ist, man versteht den Redner schon schwer, weil es so laut ist!“)

Hohes Haus! Ein wichtiger, ja ich möchte sagen ein sehr wichtiger Punkt ist noch offen, und dies ist die Beschlußfassung eines Fremdenverkehrsgesetzes. Nach wie vor wird ein solches dringend gefordert, und Herr Landesrat Dr. Heidinger hat in Aussicht gestellt, daß der Gesetzesentwurf in Kürze in die offizielle Begutachtung geht, nachdem die interne Begutachtung abgeschlossen wurde. Ich hoffe sehr, daß es im Jahr 1987 tatsächlich zu einem positiven Abschluß der Beratungen und zur Beschlußfassung kommt. Sehr geehrter Herr Landesrat, bei der schwierigen Realisierung dieser Aufgabe bin ich mir sicher, daß eine große Zahl Abgeordneter dieses Hauses, wozu ich mich ganz engagiert zählen möchte, Ihnen dabei behilflich ist.

Mit dem Weltcup-Langlauf um die Dachsteintrophäe in Ramsau wurde der Startschuß für die kommende Wintersaison im Fremdenverkehr und im Wintersport gegeben – erfolgreich. Auf Naturschnee konnten doch die besten Langläufer der Welt ihre Kräfte messen. Leider fehlt derzeit noch der Schnee, den wir brauchen, die Skilifte, die Hotellerie, alle draußen in unseren Gemeinden. Aber den können wir auch hier nicht beschließen, ich kann daher auch einen solchen Antrag nicht stellen. Wir können nur hoffen, daß wir ihn noch bekommen. In den letzten Wochen wurden

viele Vergleiche und Wertungen von Skiorten und -regionen im In- und Ausland durch Juroren, durch Zeitungen und durch Magazine angestellt. Meine Damen und Herren, darf ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten, weil es kommt sehr selten vor, daß die Steiermark bei dieser Gewichtung von Gegenüberstellungen verschiedenster Art einen so bedeutenden Platz einnimmt. Ich kann mich nicht erinnern, daß dies jemals der Fall war. Ich werde das als einen guten Einstieg in die kommende Wintersaison. Darf ich auf einiges hier konkret verweisen. So hat der ADAC in seinem Reisemagazin die europäischen Skigebiete als Empfehlung für seine Mitglieder getestet. Ergebnis: fünf Sterne, das ist der Höchstwert, konnten erreichen – sowohl alpin wie im nordischen Bereich, das sind die Top-Gebiete, die hier empfohlen wurden – die Dachstein-Tauern-Region in bester Gesellschaft mit Arlberg, Radstädter Tauern oder Seefeld und der Karnischen Region. Das ist ein ganz hervorragender europäischer Spitzenwert. Im „Trend“ und „Profil“ wurden die 50 familienfreundlichsten Skiorte getestet. Wir wissen schon von aller Problematik von Aufzählungen und Statistiken, aber letztlich sind wir vertreten. Bisher habe ich viele solche Aufzählungen gesehen, in denen die Steiermark ein weißer Fleck war. Jetzt sind wir drinnen. Auch hier, bitte, sind wir an 13. Stelle vertreten. Oder im Magazin „Basta“ eine interessante, breitgefächerte Gegenüberstellung, wo die 20 größten österreichischen Wintersportorte, mit dem größten Inländeranteil an Nächtigungen durch 40 verschiedene Juroren bewertet wurden. Hier kam eine hervorragende Platz-Ort-Bewertung. Vierter Platz: Schladming, achter Platz: Ramsau, zwanzigster Platz: Rohrmoos. Drei unter den besten 20 aus der Steiermark. Ein wirklich schönes Ergebnis, meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wenn man dazu weiß, daß mit Lech ein Vorarlberger Exklusivort, mit Kitzbühel ein Tiroler und mit Saalbach ein Salzburger nur vor Schladming in der Dachstein-Tauern-Region hier gereiht wurden, ich glaube, da dürfen wir alle zusammen stolz sein, denn wären wir nicht dabei, wäre unser Land in dieser Aufstellung nicht drinnen. Das Interessanteste aus meiner Sicht ist vielleicht der Skiurlaubstest von Rosi Mittermaier und Christian Neureuter, ein fast einhundert Seiten starkes Werk, das ein Hamburger Verlag aufgelegt hat, mit einer großen Dokumentation und sehr ausführlichen Darstellungen. Ich habe mir erlaubt, einige Auszüge davon auch hier auf den Bänken zur Austeilung zu bringen. Das Wesentlichste zusammengefaßt lautet hier: Ein dritter Rang unter allen europäischen Skiregionen für die Dachstein-Tauern-Region, die damit der Aufsteiger und die Überraschung dieser Bewertung – aus dieser deutscher Sicht – ist. Eine französische Skiregion führt, dann kommt der Arlberg mit Lech/Zürs, und dann sind wir mit Dachstein-Tauern, also die Steiermark, in dieser Wertung vorhanden.

Ich darf zum Schluß, meine Damen und Herren, sagen, viele Bemühungen wurden unternommen. Weil es gerade auch Schwierigkeiten gegeben hat, wurden neue Initiativen erkannt und auch ergriffen. Der Fremdenverkehr hat für uns in den Regionen und Gemeinden eine eminente Bedeutung in der Regionalpolitik, in der Arbeitsplatzpolitik. Ich möchte allen von Herzen danken, die für den steirischen Fremdenverkehr maßgeblich gearbeitet haben, damit hier ein so erfolgrei-

cher Bericht vorgelegt werden kann. Allen in den Betrieben, auf den Bauernhöfen, bei der Kammer, bei den Vereinen und Verbänden, auch bei jenen der alpinen Vereine, des Skiverbandes oder der Skischulen, den Gemeinden, dem Landesfremdenverkehrsamt mit Hofrat Dr. Hermann und seinen Mitarbeitern, dem Verband des Landes mit Direktor Hotter und seinen Mitarbeitern und ganz besonders auch Herrn Landesrat Dr. Heidinger als dem Chef des steirischen Fremdenverkehrs mit seinem engen Mitarbeiterstab. Hohes Haus, ich glaube, der steirische Fremdenverkehr ist auf dem richtigen Weg. Gehen wir diesen gemeinsam. Wir können stolz auf unser Land sein. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschernitz das Wort.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich kann mich wirklich grundsätzlich den Ausführungen des Abgeordneten Kröll anschließen und freue mich mit ihm, und damit wahrscheinlich mit unserer gesamten Region, der Dachstein-Tauern-Region, daß gerade diese drei Gemeinden und die Gesamtregion wirklich in der Weltöffentlichkeit so weit vorne präsentiert werden. Ich freue mich auch, ich selbst habe leider nicht Gelegenheit gehabt, am Landesfremdenverkehrstag anwesend zu sein, wenn es eine positive Entwicklung im steirischen Fremdenverkehr gibt, weil es doch für uns alle gemeinsam für die einzelnen Regionen unserer steirischen Heimat von besonderer Bedeutung ist. Ich möchte hier in diesem Hohen Haus selbstverständlich auch die Leistungen anerkennen, die hier mein Vorredner aufgezeigt hat, mit den Messen in Wien oder in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin auch davon überzeugt, daß gerade im Zuge des Fremdenverkehrsgeschehens selbstverständlich die Fragen des Sports eine bedeutende Rolle spielen, die Frage der Kultur und damit auch jene Landesausstellungen. Ich habe das auch in einem anderen Budgetkapitel gemeint. Selbstverständlich muß alles zusammenspielen, auch die Landwirtschaft und natürlich auch unsere wunderschöne Landschaft in unserer steirischen Heimat, und an der Spitze, glaube ich persönlich, ist es sicherlich die Gesinnung der Menschen in den einzelnen Regionen, die sie eigentlich zu diesem Fremdenverkehr und zu unseren Gästen aus allen Ländern der Welt immer wieder natürlich an den Tag legen. Ich bin der Meinung, daß man auch mit einem Gesetz, wie es der Abgeordnete Kröll gemeint hat, nicht alles binden kann. Trotzdem bin ich der Meinung und der gleichen Hoffnung, daß es endlich gelingen wird, dieses Fremdenverkehrsgesetz zu verabschieden. Wir haben ja viele Jahre hindurch immer die Möglichkeit im steirischen Landtag gehabt, und unser Vertreter Hans Brandl hat es immer verstanden, sehr humorvoll in Gesprächen mit den zuständigen Landesräten für den Fremdenverkehr dieses Gesetz immer wieder zu fordern und immer wieder auch auf die Vor- und Nachteile eines solchen Gesetzes hinzuweisen. Ich glaube, man darf aber trotzdem vielleicht die gesamte Entwicklung nicht übersehen. Man muß diese Dinge im Auge behalten, weil wir feststellen müssen, daß es gewisse Konzentrationen eigentlich auf gewisse Märkte im Rahmen des Fremdenverkehrs gibt, daß

dieser Fremdenverkehr sich teilweise in regionaler Hinsicht sehr stark konzentriert und daß natürlich auch in der letzten Zeit an Hand einer Studie festgestellt oder beobachtet werden konnte, daß eigentlich der Trend mehr weg von den Privatquartieren geht. In der vergangenen Saison sind im Winterfremdenverkehr eigentlich die Privatvermieter noch mit 18 Prozent an Gesamtübernachtungen gestanden. Hier konnte eine sehr starke Zunahme von fast 20 Prozent festgestellt werden, die sich zu den Beherbergungsbetrieben in der letzten Zeit verschoben hat. Interessant ist aber auch die starke Zunahme bei Ferienwohnungen, Ferienhäusern. Für uns sicherlich auch eine interessante Entwicklung, und es ist hier ebenfalls die Rede, daß es ungefähr an die 20 Prozent im vergangenen Winter 1984/85 gewesen sind, obwohl eigentlich der Winterurlaub – dies müssen wir gemeinsam feststellen – ein wesentlich ausgabenintensiverer ist als der Sommerurlaub. Mit der Erschließung der Landschaft mit den vielen Möglichkeiten, die heute im Wintertourismus geboten werden, ist man, das glaube ich persönlich, doch an die Grenze des Möglichen bereits gestoßen. Immerhin müssen wir feststellen, daß die Tagesausgaben so im Durchschnitt pro Kopf im Wintertourismus bei 830 bis 1000 Schilling liegen, während die vergleichbaren Werte in den Sommermonaten doch wesentlich niedriger liegen, so ungefähr um die 700 Schilling. Es kommt noch deutlicher zum Ausdruck im Durchschnitt vor allen Dingen bei Gästen aus den Niederlanden, wo dieser Betrag sogar über 1000 Schilling liegt, im Sommertourismus eigentlich nur so rund an die 500 bis 600 Schilling ist. Ich glaube, angesichts der unterschiedlichen Tagesausgaben für den Sommer- und Winterfremdenverkehr ist die schon seit längerer Zeit deutliche und unterschiedliche Tendenz beim Sommer- und Wintertourismus durchaus – möchte ich sagen – von Vorteil. Diese Verschiebung drückt sich darin aus, daß zur Zeit der Anteil der Nächtigungen doch auch beim Wintertourismus neuerlich zugenommen hat und auf der anderen Seite doch auch bemerkbar ist, daß das Sommerreisepublikum vielleicht eine andere Einkommenskategorie darstellt, da vielleicht das Einkommen schwächer ist. Deutlich feststellbar ist, daß unser Fremdenverkehrsgebiet für jüngere Reisende oft zuwenig attraktiv erscheint. Und hier glaube ich auch, daß es eine der wichtigsten Voraussetzungen sein soll, im Fremdenverkehrsgesetz den Beherbergungsbetrieben, dem Gewerbe jene Möglichkeiten zu schaffen und zu geben, um doch in der Zukunft auch in diesem Bereich für unsere jüngeren Gäste attraktiver zu werden. Es wird hier festgestellt, daß der Anteil der Altersgruppen der über 39jährigen bei den holländischen Österreich-Urlauern bei 49 Prozent liegt. Also ein sehr hoher Prozentsatz.

Bei den Bundesdeutschen ist der Prozentsatz derer, die über 39 Jahre oder 40 Jahre alt sind, noch höher. Und darum glaube ich, daß vielleicht auch diese nachwachsende Generation, wie es vorher die Kriegsgeneration gewesen ist, keine so engen Bindungen mehr an Österreich hat, als es vielleicht bei der vorangegangenen Generation der Fall gewesen ist. Und darum glaube ich, daß es eine der Hauptaufgaben in Zukunft sein wird, eben gerade für diese Generation Mittel einzusetzen. Ich weiß schon um die Schwierigkeit eines Fremdenverkehrsgesetzes, es ist ja schließ-

lich und endlich eine Abgabe damit verbunden, aber doch können die Gelder für jene Zwecke verwendet werden, die jene Voraussetzungen schaffen, um auch in Zukunft unseren jungen Gästen aus den verschiedenen Nationen jenen Anspruch, den sie haben, verwirklichen zu können. Es hat sich natürlich auch das Anspruchsdenken in der Vergangenheit verändert. Wo man früher noch genügsamer bei gewissen Urlaubszielen gewesen ist, sind natürlich jetzt diese Ziele viel, viel stärker ausgeprägt, und man möchte gerade hier eben besondere Erlebnisse immer wieder finden. Wir müssen hier mit Ländern, die sehr stark in der Vergangenheit zugenommen haben, wie Spanien, Griechenland, jenen südlichen Ländern, konkurrieren können. Ich sehe darin die Hauptaufgabe, daß es uns gelingen möge, Mittel aus dem Fremdenverkehrsgesetz dafür einzusetzen, um diese Voraussetzungen zu schaffen, die sich die jungen Menschen unter Umständen vorstellen. Persönlich freue ich mich, und das möchte ich wirklich sagen, daß sehr viel im steirischen Fremdenverkehr geschehen ist, daß man sich bemüht, eben durch die Messen intensiv darum zu arbeiten, um die Gäste in unserer steirischen Heimat zufriedenzustellen. Ich möchte auch von meiner Warte aus allen Mitarbeitern, die daran beteiligt sind, meinen herzlichsten Dank zu Ausdruck bringen, weil ich glaube, daß es ja nicht nur um den Fremdenverkehr geht, sondern um Tausende und Abertausende Arbeitsplätze von jungen Menschen, die vor allen Dingen in dieser Berufssparte immer wieder ihre Arbeit finden. Nochmals herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Nach den Ausführungen meiner beiden Vorredner über die Wirtschaftssparte Fremdenverkehr kann ich mich zu diesem Thema kurz fassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Wirtschaftssparte Fremdenverkehr in der Steiermark zwar nach wie vor nicht übermäßig bedeutend ist, daß aber immerhin, und das ist erfreulich, die Tendenz in der Bedeutung dieser Wirtschaftssparte eine steigende ist. Vor zehn Jahren hatten wir im steirischen Fremdenverkehr, wenn man Familienmitglieder und Betriebsinhaber mitrechnet, etwa 20.000 Beschäftigte, derzeit sind es etwa 30.000, und immerhin fast 16.000 unselbständig in der Fremdenverkehrswirtschaft Beschäftigte. Dazu kommen etwa 3500 Lehrlinge, die in der Fremdenverkehrswirtschaft ausgebildet werden. Also, auch so gesehen eine durchaus bedeutsame Wachstumssparte, wobei ich das Gewicht auf das Wort Wachstum legen muß. Und immer wieder muß ich in diesem Hohen Haus bei der Fremdenverkehrsdiskussion feststellen, daß wir in Österreich bezüglich der Behandlung des Fremdenverkehrs eine völlig perverse Situation haben. Wir anerkennen, daß der Fremdenverkehr gesamtwirtschaftlich gesehen bei uns eine sehr bedeutende Rolle spielt, vor allem, was eine ausgeglichene Zahlungsbilanz betrifft, die mehr oder weniger immer wieder ausgeglichen oder nicht ganz ausgeglichen ist, und wenn, dann nur durch den Fremdenverkehr, eine Bedeutung, die der Fremdenverkehr in keinem anderen Industrieland der

Welt hat. Zugleich müssen wir feststellen, daß die Steuerbelastung dieser Wirtschaftssparte Fremdenverkehr eine so hohe ist wie nirgendwo sonst in der westlichen Welt. Mit dem Osten kann man sich hier sowieso nicht vergleichen. Die Folge davon ist, daß die Wirtschaftssparte Fremdenverkehr bei uns in einem Maß verschuldet ist, wie keine andere Wirtschaftssparte. Meine Damen und Herren, gerade im Hinblick auf die in Wien laufenden Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung muß das mit aller Deutlichkeit gesagt und auch mit allem Nachdruck für die Ergebnisse dieser Regierungsverhandlungen vertreten werden. Wenn das so weitergeht, werden wir auch in der Steiermark eine ganze Anzahl von Insolvenzen bedeutender Leitbetriebe des Fremdenverkehrs haben. Unser zuständiger Referent in der Landesregierung, Landesrat Dr. Heidinger, weiß genau, was ich sage, er kennt jeden Betrieb persönlich, kennt die Probleme dieser Betriebe, und ich muß sagen, die finanzielle Situation vieler, nicht weniger, dieser Betriebe ist geradezu ausweglos geworden. Und ich bin der Meinung, daß hier die Sanierung nur über eine endogene Erneuerung geschehen kann, das heißt, daß die Gesamtbelastung geringer werden muß, insbesondere auch im Bereich der Getränkebesteuerung, daß aber vor allem auch über die Förderung Zusätzliches zur Verfügung gestellt werden muß, wenn man diese Betriebe retten will. Bei aller Richtigkeit der Ziffern, die auch meine Vorredner schon angeführt haben, möchte ich sagen, weil es einfach notwendig ist, daß Ziffern allein, insbesondere Nüchternungsziffern, nicht alles sagen. Sie sagen vieles, aber beileibe nicht alles. Ich möchte feststellen, daß wir es auch in der Zukunft in der Fremdenverkehrswirtschaft schwer genug haben werden. Wir wissen, das hat auch der gesamtösterreichische Fremdenverkehrstag vor zwei Jahren in Graz ergeben, daß die zentralen Fremdenverkehrsgebiete mit zwei Saisonen nach wie vor eine beachtliche Zukunft haben werden, und hier muß insbesondere auch im Anschluß an meine Vorredner hervorgehoben werden die Dachstein-Tauern-Region, wo wir eine wunderschöne Landschaft, aber auch ausgezeichnete Menschen haben, die die Fremdenverkehrsentwicklung vorantreiben. Wir müssen aber ebenso feststellen, daß wir im größeren Teil der Steiermark extensive Fremdenverkehrsgebiete haben, die es in der Zukunft noch schwerer als bisher haben werden. Das gilt für den Mur-Mürz-Bereich zu einem großen Teil genauso wie insbesondere für die Ost- und Weststeiermark. Und insgesamt müssen wir feststellen, wie es uns alle Experten belegen können, daß der Anteil Österreichs am gesamteuropäischen Fremdenverkehr bestenfalls in den nächsten 10 bis 20 Jahren stagnieren, wenn nicht sinken wird. Ich glaube, diese wenigen Feststellungen allein sind einfach notwendig und Anlaß dazu, daß wir ganz besondere Anstrengungen auch in der Steiermark treffen, was die Organisation und die Werbung für diese Wirtschaftssparte betrifft.

Ich habe, wie schon meine Vorredner, eine große Bitte an die gesamte Landesregierung, aber insbesondere an unseren Landesrat Dr. Helmut Heidinger, bald den Entwurf für ein Landesfremdenverkehrsgesetz zur Begutachtung auszusenden, wobei ich die Bitte anfügen darf, daß diese Begutachtungsfrist, ich würde sagen mindestens ein halbes Jahr lang sein muß, weil, meine Damen und Herren, gerade uns als Handels-

kämmerer nur zu bewußt ist, wie schwierig es sein wird, hier jenen Interessensausgleich zu finden, der alle Wirtschaftsbranchen wenigstens einigermaßen befriedigt. Denn klar ist eines, daß alle Branchen in der Wirtschaft mehr oder weniger zumindest auch vom Fremdenverkehr leben, und beileibe nicht nur die Gastronomie und Hotellerie. Ich darf hier darauf hinweisen, daß von den gesamten touristischen Ausgaben im Fremdenverkehr im Jahre 1984, das ist ziemlich genau erhoben, 55 Prozent nur direkt dem Hotel- und Gastgewerbe zugeflossen sind. Danach folgen die Ausgabengruppen, wie Nahrungsmittel und Getränke 11 Prozent, Transport 10 Prozent, Bildung und Unterhaltung 8 Prozent, Kauf von Bekleidung und Schuhen 6,6 Prozent und dergleichen mehr noch.

Aber dazu kommt, meine Damen und Herren, daß das Hotel- und Gastgewerbe von diesen 55 Prozent, die dieser Bereich eingenommen hat, mehr als die Hälfte seiner Einnahmen für Vorleistungen, zum Beispiel für Nahrungsmittel- und Getränkeeinkauf, Energiekosten, Werbeaufwendungen, Möbelkauf, Miete, Handelswaren und dergleichen, letzten Endes weitergeben mußte. Meine Damen und Herren, das muß uns gerade im Hinblick auf ein bevorstehendes Landesfremdenverkehrsgesetz vor Augen schweben, wenn wir alle Bereiche der Wirtschaft um Verständnis bitten müssen, daß wir so etwas in unser aller Interesse brauchen. Wir sind uns darüber im klaren, daß ein Landesfremdenverkehrsgesetz eine zusätzliche Abgabe bringen wird. Aber ich glaube auch, so wie meine Vorredner, daß diese Abgabe letzten Endes relativ kurze und schnelle Umwegsrentabilität nach sich ziehen wird. Würden wir ein Fremdenverkehrsgesetz nicht bekommen oder nicht wollen, dann gäbe es eigentlich nur eine Alternative, das wäre die, Geld aus dem Budget in einem mindesterforderlichen Ausmaß für die Fremdenverkehrsförderung, für die Werbung im Fremdenverkehr, für die Organisationen des Fremdenverkehrs zur Verfügung zu stellen. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß es uns bei bestem Willen nicht gelingen dürfte, diese doch beachtlichen Beträge aufzubringen. Ich glaube daher, daß das Landesfremdenverkehrsgesetz bei allen Bedenken, die man haben kann, einfach ein Gebot der Stunde ist, und möchte noch einmal hinzufügen, daß wir uns darüber im klaren sind, daß dieses Gesetz kein Allheilmittel für die Fremdenverkehrswirtschaft sein wird und sein kann. Wohl aber, daß derzeit notwendige Maßnahmen für die Fremdenverkehrswerbung und Organisation gegenüber den Konkurrenzländern einfach zusätzlich noch finanziert werden müssen, damit wir hier nicht völlig hinten bleiben. Und abschließend, Hohes Haus, darf ich allen Wirtschaftstreibenden und ihren Mitarbeitern in der Fremdenverkehrswirtschaft auch meinen Respekt und meinen Dank aussprechen für ihre ungeheuren Leistungen, die sie insbesondere in Saisonzeiten vollbringen, wo sie für uns alle – man kann fast sagen – Tag und Nacht auf Trab sind. Und ich kann auch nicht umhin, dem Landesfremdenverkehrsreferenten Landesrat Dr. Heidinger und allen seinen Mitarbeitern, ob nun in der Landesregierung oder im Landesfremdenverkehrsverband, für alle Bemühungen für den steirischen Fremdenverkehr aufrichtig zu danken, vor allem auch für den Fleiß, die Zähigkeit, und ich muß sagen, die Geduld, die der Landesrat und seine Mitarbeiter gerade in diesem Bereich täglich

beweisen müssen, und ich möchte dazusagen, besonders auch in der Endphase der Entstehung des Landesfremdenverkehrsgesetzes brauchen werden. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Es ist 12.30 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr. Nächster Redner wird dann der Herr Abgeordnete Weilharter sein. (Unterbrechung der Sitzung von 12.30 Uhr bis 14 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter, dem ich es erteile.

Abg. Weilharter: Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Der Kollege Kröll hat es schon erwähnt, am 5. Dezember dieses Monats war der steirische Fremdenverkehrstag, der meiner Meinung nach richtig und wichtig ist und eine gewisse Bilanz über die Entwicklung des steirischen Fremdenverkehrs aufgezeigt hat. Darüber hinaus, glaube ich auch, hat ein Fremdenverkehrstag die Aufgabe, gewisse Weichenstellungen und Zielvorgaben für die Zukunft zu erarbeiten. Und meines Wissens ist es am diesjährigen Fremdenverkehrstag durchaus passiert. Erfreulich war sicherlich, der Bilanz zu entnehmen, daß es in der Steiermark im Sommerhalbjahr 1986 eine Steigerung der Nächtigungen gibt, und zwar um rund ein Prozent. Wenn man das im Österreichvergleich nimmt, so kann man einerseits mit Stolz sagen, daß die Steiermark damit in der Fremdenverkehrstatistik, in Prozenten ausgedrückt, an zweiter Stelle hinter Kärnten rangiert, wobei das weinende Auge dabei ist, daß die übrigen Bundesländer Österreichs – Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien – einen empfindlichen Nächtigungsrückgang gehabt haben. Daher, meine ich, sollten wir uns über die einerseits erfreuliche Bilanz der Steigerung nicht allzu sehr freuen und nicht unbedingt alle Hoffnung und alle Lösungen darin sehen. Ich glaube vielmehr, es ist notwendig, daß man in der steirischen Fremdenverkehrsentwicklung einen Weg geht, der durchaus tragbar ist. Tragbar in dem Sinn, daß man hier von diesem Haus aus eine gewisse Weichenstellung, gewisse Rahmenbedingungen vorgibt. Zu dieser Weichenstellung und zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch das steirische Fremdenverkehrsgesetz. Am 28. Juni 1983 hat mein Klubkollege Abgeordneter Mag. Rader erstmalig in einer Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Heidinger die Erlassung eines Fremdenverkehrsgesetzes gefordert. Die Antwort des Herrn Wirtschaftslandesrates Dr. Heidinger hat er auch bekommen. Die Antwort lautete: „Der Herr Landesrat hat die steirische Landesfremdenverkehrsabteilung beauftragt, einen Entwurf eines Fremdenverkehrsgesetzes zu erarbeiten.“ Ich glaube es Ihnen, Herr Landesrat, daß dieser Auftrag erteilt worden ist. Ich kann es aber nicht glauben, daß die Erarbeitung eines Entwurfes für ein Fremdenverkehrsgesetz immerhin drei Jahre dauert. Ich meine viel eher, daß mehrere Entwürfe erarbeitet worden sind und Sie bisher diesem Gremium, diesem Hohen Haus hier, noch keinen Entwurf zur Beratung und Diskussion vorgelegt haben.

Ich darf daher meine Wortmeldung zum steirischen Fremdenverkehr und zu dieser Budgetgruppe auch verwenden, ein paar Forderungen an Sie als höchstverantwortlichen steirischen Fremdenverkehrsreferenten zu richten:

Erstens: Eine sofortige Vorlage eines steirischen Fremdenverkehrsgesetzes, das die notwendigen Geldmittel für echte Werbemaßnahmen bringen soll.

Zweitens: Den Rückzug von Politikern und Beamten aus dem Fremdenverkehrsmanagement und größtmögliche Freiheit für den Fremdenverkehrsdirektor.

Drittens: Koordination der Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehrsförderung.

Viertens: Dies scheint mir sehr wesentlich, eine psychologische Aufrüstung der Gastbergesinnung.

Fünftens: Es ist eine wesentliche Frage auch im Fremdenverkehr, eine Forcierung des Urlaubes am Bauernhof.

Ich darf Ihnen aber versichern, meine Damen und Herren, wir – die steirischen Freiheitlichen – werden sehr wohl die vor uns liegende Budgetperiode dazu benützen, diese Forderungen vehement immer wieder hier zu deponieren. Ich habe heute ein Anzeichen in den Wortmeldungen meiner Vorredner erkannt. Ich bin dem Kollegen Dr. Dorfer sehr dankbar, denn ich glaube, das Fremdenverkehrsgesetz liegt wirklich in der Problematik, in der Notwendigkeit darin, daß es über Parteigrenzen hinweg bearbeitet und gefordert werden muß. Es darf aber eines nicht passieren, Herr Landesrat: Am 14. September dieses Jahres hat eine steirische Zeitung darüber berichtet, daß ein mißglückter Steiermark-Werbefilm, der das Landesfremdenverkehrsbudget 800.000 Schilling gekostet hat, in der Schublade gelandet ist. Sie werden sich sicherlich an diese Zeitungsmeldung erinnern. Ich darf Ihnen zu Ihrer Information, falls Sie es nicht gelesen haben, sagen, es war die „Kronen-Zeitung“ am 14. September 1986.

Ich möchte aber mit der Kritik, von der es in der Fremdenverkehrsentwicklung viel gäbe, etwas sparen und bewußt sparen. Denn es wird sehr viel mißinterpretiert, oder sagen wir es einmal anders, falsch verstanden. Ich glaube, die Fremdenverkehrsbetriebe der Steiermark haben es nicht verdient, daß einerseits solche Meldungen beziehungsweise solche Dinge passieren, aber andererseits, daß wir auf dem Rücken der Fremdenverkehrsbetriebe Diskussionen führen und letztlich keine Entscheidungen herbeiführen. (Abg. Purr: „Das ist nur deine Anschauung, Herr Kollege!“) Ich meine daher, man sollte wirklich die Gelegenheit wahrnehmen und den vielen Tausenden Frauen und Männern, die im Fremdenverkehr tätig sind, einmal hier von dieser Stelle aus den Dank aussprechen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das hat der Herr Abgeordnete Kröll schon getan!“) und auch nicht zu vergessen die vielen Klein- und Mittelbetriebe im Fremdenverkehr, wo meistens vom kleinen Kind bis zu den älteren in der Familie alle kräftig mitarbeiten. Und diese Mitarbeit bewirkt eines, und das läßt sich per Gesetz oder per Vorschrift nicht erledigen, nämlich sie erzeugen die nötige gastfreundliche Stimmung, sie erzeugen die gewisse Herzlichkeit. Und diese Herzlichkeit, die in diesen Betrieben herrscht, war bisher der Garant für den steirischen Fremdenverkehr, und ich glaube auch,

und ich bin überzeugt davon, sie werden es auch künftighin sein.

Der steirische Fremdenverkehr, wie der gesamte Fremdenverkehr, sichert ja sehr viele Arbeitsplätze. Es ist somit auch eine gesamtwirtschaftliche Frage. Da wir Freiheitlichen uns zur leistungsorientierten Wirtschaft bekennen, werden wir dieses Jahr dem Budgetvoranschlag für den Fremdenverkehr unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrammel, dem ich es erteile.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Fremdenverkehr im süd-, ost- und weststeirischen Raum ist keine Novität. Längst haben jene, die Erholung suchen, diese Gegend als die richtige und passende erkannt und die Liebe auch zu dieser Gegend gefunden. Ich möchte daher nicht primär die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs besonders hervorstreichen, weil ich der Auffassung bin, daß man Fremdenverkehr nicht allein als Wirtschaft betrachten soll, denn man würde dann Gefahr laufen, daß sich aus einer sehr spezialisierten Fremdenverkehrswirtschaft, schlecht ausgedrückt, eine Fremdenverkehrsindustrie entwickeln könnte. Das wird in der Steiermark nie der Fall sein. Die steirische Fremdenverkehrspolitik ist immer wieder andere Wege gegangen, und es ist nicht von Zufall, daß das steirische Herz Österreichs über die Fremdenverkehrsförderung geboren wurde und dieses Emblem, ein Ausdruck der Steiermark, immer wieder sehr gerne gebraucht wird.

Wenn ich über die Fremdenverkehrsimpulse der Ost-, West- und Südsteiermark berichten darf, so kann ich sicher nicht über einen Grimming und Dachstein, die hohen Berge der Steiermark mit viel Winterfremdenverkehr berichten und stolz auf große Nächtigungszuwächse hinweisen, eines kann aber gesagt werden, daß wir sicher mehr Sommer und mehr Sonne haben. Das ist der Ausgleich und das Schöne in der Steiermark. Der Gast kann eben die Vielfalt unserer Heimat genießen. Hier soll es auch keine Gegensätzlichkeiten in der Auswahl geben, und wir suchen immer die Einheit im steirischen Fremdenverkehr. Die Grenzregionen der Süd-, Ost- und Weststeiermark haben längst erkannt, auch die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs zu nützen, insofern zu nützen, weil gerade in unserem Gebiet die Schwerindustrie und überhaupt das Gewerbe mit den Arbeitsplätzen weit weniger ausgeprägt ist als in anderen Regionen.

Wir können sicher nicht mit Nächtigungszahlen von 45 pro Einwohner, wie beispielsweise der Bezirk Liezen, aufwarten. Das hat auch seine Gründe, denn bei uns kann weitgehend nur eine Saison genützt werden. Wir sind schon stolz, wenn wir beispielsweise in einem Bezirk der Oststeiermark, im Bezirk Fürstenfeld, acht Nächtigungen pro Einwohner aufweisen können, und daß gerade in diesem Bezirk der Oststeiermark die größte Zunahme an Nächtigungszahlen im vergangenen Jahr 1985 mit rund 31 Prozent aufzuweisen war, und im heurigen Jahr 1986 werden das um die 28 Prozent sein. Also eine sehr erfolgreiche Entwicklung und

sicher sehr günstig für wirtschaftlich schwache Gebiete. Ich möchte aber diesen Ausdruck nicht gerne gebrauchen, denn die Naturbelassenheit, das klimatisch günstige Gebiet dieser Grenzregion, des Hofzaines Österreichs, die landschaftlich schönen, unverdorbenen Gebiete, siedlungsgeographisch günstig gelegen, bieten natürlich völlig neue Chancen für den Fremdenverkehr. Und eines muß gesagt werden, daß eine Fremdenverkehrsentwicklung nur dann von Erfolg begleitet sein wird, wenn sie sehr persönlich betrieben wird, das heißt, wenn sie hausgemacht gepflegt wird. Wenn der Gast auch als Gast aufgenommen wird, nicht als solcher, mit dem man nur verdienen möchte.

Es ist uns natürlich einiges sehr zugute gekommen, wo dem Land Steiermark zu danken ist, nämlich für die Impulse, die in unserer Region gesetzt wurden. Als Fürstenfelder werde ich natürlich mit der Thermo Loipersdorf beginnen. Hat zwar das Land Steiermark viel gekostet, aber man sieht, sie ist ein Angelpunkt für viele wirtschaftliche Impulse unserer Region und gerade für den Fremdenverkehr. Und die Landesausstellung im vergangenen Jahr in Herberstein hat Nächtigungszuwächse auch im Bezirk Hartberg und auch in den angrenzenden Regionen gebracht. Im kommenden Jahr erwarten wir uns auch von der Ausstellung in Riegersburg „Hexen und Zauberer“ so manches. Ich möchte aber auch hinzufügen, mir ist eine Lokalzeitung untergekommen, und da wird geschrieben, daß gar nicht primär die Hexen in Riegersburg allein verbrannt und hingerichtet wurden, und übrigens, diese Hexen waren meistens sehr attraktive, hübsche und interessante Frauen, wo so manche Neider Sorge getragen haben, daß sie weggeräumt wurden. Das war die damalige Gerichtsbarkeit, ich möchte das so bezeichnen. Die heutigen Richter, wenn sie zugleich auch Politiker sind, selbst wenn sie noch so grantig agieren, Frau Kollegin Minder, würden Konkurrenten nicht so hart wegräumen lassen, wenn ich da an einen oststeirischen Politiker und Richter denke. Ich hoffe, Sie werden mich verstehen, wenn ich meine, diese Ausstellung in Riegersburg wird wieder neue Impulse bringen. Impulse, die wir brauchen, denn es ist notwendig, daß der Gast neben der Erholung, der attraktiven Gegend auch Erlebnisse findet.

Mit Geld allein kann sicher keine Fremdenverkehrsentwicklung vorangetrieben werden. Es muß die Bevölkerungseinstellung dazu gegeben sein, eine Fremdenverkehrsgesinnung, die sicher nicht von heute auf morgen wächst und entsteht, sondern dazu bedarf es einiger Zeit. Es bedarf aber auch vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter neben den fleißigen Mitarbeitern, die sich hauptberuflich mit dem Fremdenverkehr beschäftigen. Und eines ist vor allem die Stärke des steirischen Fremdenverkehrs – und hier gerade im Grenzraum unseres Gebietes –, daß die Fremdenverkehrsbetriebe vorwiegend Familienbetriebe sind, ob es Gaststätten, Beherbergungsbetriebe sind oder Betriebe der Hotellerie.

Ich möchte den Urlaub am Bauernhof, den der Kollege Weilharter auch erwähnt hat, noch einmal deutlich hervorstreichen. Über diese Aktion „Urlaub am Bauernhof“ könnten meiner Meinung nach noch mehr Chancen für den Fremdenverkehr genützt werden. Wir wissen, daß gerade der heimische Gast im Fremdenverkehr in Zukunft besonders anzustreben

sein wird, obwohl wir es auch gerne sehen möchten, daß noch mehr ausländische Gäste zu uns kommen.

Ich darf nur hoffen und wünschen, daß die Impulse, die über die steirische Landesregierung für den Grenzraum der Steiermark zur weiteren Fortentwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft gesetzt wurden, eine noch stärkere wirtschaftliche Ausweitung erfahren werden. So möchte ich abschließend sagen: Willkommen in der Erlebniswelt, nicht nur um Fürstenfeld, sondern im gesamten steirischen Grenzraum. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die relative Ruhe der Debatte zeigt, daß es keine allzu großen Gegensätze bei diesem Teil des Kapitels 7 gibt, und ich darf allen Rednern für ihre Beiträge danken. Ich glaube, alle haben festgestellt, daß die Statistik diesmal für uns eine günstige gewesen ist, und ich glaube, es tut gut für die Mitarbeiter im Fremdenverkehr, für die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft und natürlich auch für den politischen Referenten, wenn man sozusagen einmal auch statistisch bestätigt vorankommt. Aber Sie dürfen annehmen, daß wir keinesfalls dies als Bestätigung dafür verwenden, uns auf die faule Haut zu legen, sondern eher als Ansporn weiter das verlorengegangene Terrain aufzuholen, denn wir haben jedenfalls keineswegs vergessen, meine engeren Mitarbeiter und ich, daß die Steiermark schon einmal 9,5 Millionen registrierte Nächtigungen hatte, daß wir über eine Million Nächtigungen verloren hatten und nun von dieser Sohle wieder auf die seinerzeit schon erreichte Höhe kommen müssen. Ich betrachte also das Stoppen des Abwärtstrends als einen Anfang für weitere Herausforderungen. Wir sollen auch nicht übersehen die Bedeutung, die in der letzten Zeit, Gott sei Dank, gestiegen ist, des Fremdenverkehrs in der gesamten steirischen Wirtschaft. Der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hat auf diese Zahlen hingewiesen, daß wir im österreichischen Schnitt doch nicht zu den Großfremdenverkehrsbundesländern gehören. Ich möchte dem Bezirk Fürstenfeld – der Herr Abgeordnete Schrammel als engagierter Vertreter hat ja gerade gesprochen – gratulieren, er hat mit fast 30 Prozent Zuwachs natürlich den Vogel abgeschossen. Ich möchte hier auch doch hervorheben, was sich zwangsläufig ergibt, daß die großen Investitionen und Leistungen des Landes hier insbesondere für die Therme Loipersdorf natürlich und Gott sei Dank das Return of Investment finden. Ich möchte aber auch dem Bezirk Voitsberg, einem fremdenverkehrsmäßig eher am unteren Ende der Nächtigungszahlen rangierenden Bezirk, zu seiner zweiten Position besonders gratulieren. Und bei den Verbänden zeigt sich, daß der Verband Grebenzen mit dem Naturpark die Interdependenz aufzeigt, mit gesunder Natur, mit besonderer Betonung des Natürlichen, was auch unsere Gästebefragung als eine der Forderungen unserer Gäste sehr deutlich hervorgehoben hat und erfreulich ist. Aber das zeigt auch, daß Globalergebnisse nicht zufriedenstellen können, selbst wenn sie positive Ergebnisse sind, weil nur zwei Drittel der Regionalverbände Zuwächse hatten, während ein Drittel Rück-

gänge verzeichnete. Innerhalb der Verbandsgebiete ist es oft so, daß der eine Ort positiv abschließt, der andere aber negativ bei gleicher Struktur. Das zeigt sehr deutlich, daß ohne Marketing und intensive Arbeit heute nichts mehr geschenkt wird. Interessante Trends haben gezeigt, daß auch die Wiener Nächtigungen das erste Mal seit vielen Jahren wieder mit 1,5 Prozent ein Plus aufgewiesen haben. Nun könnte man selbstgefällig sagen, unsere Wiener Messe, die allgemein gut angekommen ist, hätte das verursacht, das ist in der Werbung so. Man kann nie behaupten und zurechnen, ob das nun so war oder nicht. Aber wir werden sicher an einer intensiven Bearbeitung des Wiener Marktes als für uns noch immer sehr, sehr wesentlichen Markt nicht vorbeikommen. Die Österreicher ohne Wien sind sogar um 3,8 Prozent in den Nächtigungszahlen gestiegen, die Bundesdeutschen, woanders starke Einbrüche, haben auch mit 0,8 Prozent einen Zuwachs. Auch hier könnte man sagen, unsere Massenmagazinverteilungen im österreichischen Raum, im süddeutschen Raum bis hinein in den mitteldeutschen Raum haben hier ihre Früchte gezeigt.

Ich möchte ganz besonders die angelaufene Idee „Familiengerechte Steiermark“ hervorheben, die unser neuer Geschäftsführer des Landesfremdenverkehrsverbandes, Herr Hotter, mit dem ADAC kreiert hat. Wir haben hier sicherlich einen Partner mit acht Millionen Mitgliedern, mit den Angehörigen etwa 20 Millionen Ansprechpartner, der für die Zukunft noch einiges erwarten läßt. Ich danke den 140 Betrieben, die bereit waren, da mitzutun. Der ADAC wollte ursprünglich nur 25 für die erste Welle, wir haben es auf 100 hinauftreiben können. Ich bin sehr dankbar, daß das gelungen ist. Die Enttäuschung bei denen, die nicht dabeisein konnten, muß ich bitten, zu verstehen. Ich darf dann berichten, das wurde von den Rednern begrifflicherweise nicht angezogen, daß wir im Sachprogramm Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr so weit sind, daß ich hoffe, im nächsten Jahr den Entwurf über den Raumordnungsbeirat bis zum Regierungsbeschluß zu bringen. Ich möchte hier auch besonders hervorheben, daß wir Aufträge an das Institut für Wirtschaftsforschung gegeben haben – Herr Dr. Palme, einer der Referenten, ist, glaube ich, hier in der Zuhörergalerie –, das sehr fundierte Grundsatzstudien gemacht hat. Ich möchte, weil das auch in einer Tageszeitung dargestellt wurde, kurz auf die Produktzyklustheorie eingehen, die Herr Dr. Palme in Anlehnung an industrielle Muster entwickelt hat, wobei er die für mich sehr plausible Erklärung, warum wir vor allem im Sommertourismus in gewissen Gebieten Probleme haben, mit dem abschwingenden Zyklus des sogenannten Altsommerfrischemodells gezeigt hat. Ich glaube, daß es eine unserer Marketingaufgaben ist, zeitgemäß angepaßt, hier ein neues Modell, eben familiengerechte Steiermark, familiengerechter Urlaub, zu entwickeln.

Ich darf kurz das Marketingsonderprogramm anziehen. Herr Abgeordneter Kröll hat darauf hingewiesen. Es ist, Gott sei Dank, dank des Verständnisses des Herrn Landeshauptmannes und dank der ÖVP-Regierungsfraktion gelungen, diese Position, die aus dem Entwurf des Finanzreferenten auf Null eliminiert war, was uns sicher in den Marketingbemühungen draußen in den Verbänden und in den großen Fremdenver-

kehrsorten kräftig zurückgeworfen hätte, zu erhalten. Wir haben über das Jugendbeschäftigungsprogramm mit der Aktion 8000 immerhin bisher 25 hauptamtliche Mitarbeiter bei den Regionalverbänden und bei den größeren Fremdenverkehrsorten einstellen können und damit die Professionalität, die Kontinuität der Arbeit zweifellos verbessert, obwohl ich hier, um Mißverständnisse zu vermeiden, sehr deutlich anmerken möchte, daß wir ohne die vielen, vielen Hunderten freiwilligen Mitarbeiter in den Verbänden, Obleute, Schriftführer und Geschäftsführer den steirischen Fremdenverkehr nicht dort hätten, wo wir ihn haben. Und das war eines der großen Verdienste meines Vorgängers im Amt, des jetzt gerade den Vorsitz führenden Präsidenten Wegart, daß er hier unermüdet im Land getrommelt hat, um diese geistige Infrastruktur, aber auch organisatorische Infrastruktur aufzustellen.

Ich möchte mich jetzt mit den Kritiken und Fragen kurz auseinandersetzen. Herr Abgeordneter Weilharter, es ist, ich würde fast sagen, erwartungsgemäß von Ihrer Seite Kritik gekommen. Es hätte mich gefreut, wenn Sie nicht nur gewisse Punkte einer Anfragebeantwortung angesehen hätten, sondern es ist mehrmals über das Fremdenverkehrsgesetz diskutiert worden. Ich komme gleich darauf zurück. Ich möchte aber jetzt auf die Filmgeschichte eingehen und wirklich dringend empfehlen, wenn Sie solche Sachen lesen und Sie besorgt sind, was ich durchaus verstehe, Kontakt mit mir persönlich, mit meinem Büro zu suchen. Sie hätten Aufklärung bekommen. Ihre Kritik zwingt mich, Ihnen jetzt Teile unseres Antwortbriefes an den Chefredakteur dieser Zeitung mitzuteilen, weil ich glaube, daß es weder das Verbandspräsidium noch die Geschäftsführung – es waren einstimmige Beschlüsse dieser Gremien bezüglich des Filmes – verdienen, weil jemand, der, so höre ich, gar nicht mehr als Redakteur dort tätig ist, halt beharrlich nicht zur Kenntnis nimmt, was man ihm selbstverständlich auf Anfrage mitgeteilt hat. Da ich die Darstellung, ich zitiere jetzt, der Entstehung beziehungsweise Verwendung unseres Sommerwerbefilmes durch Frau Herberstein, es war ein gezeichneter Artikel, doch eher für eine Wahlattacke als für einen seriösen Bericht halten muß, habe ich mir erlaubt, mit meiner Antwort bis nach der Landtagswahl zu warten. Sie kennen das Datum des Artikels, September; ich habe am 24. September geantwortet. Obwohl Frau Herberstein mit einigen Beteiligten gesprochen hat, konnten die Tatsachen ihre vorgefaßte Meinung offensichtlich nicht erschüttern. Wie sonst kann es dazu kommen, daß wichtige Punkte anders dargestellt beziehungsweise einfach weggelassen werden? Er ist weder so schlecht, noch verschimmelt er in einer Schublade. Im Gegenteil. Bitte, jetzt hören Sie gut zu. Der Vorspann des ORF zum diesjährigen Großen Preis von Österreich stammt zum Großteil aus diesem Film. Gleichzeitig haben Sie nämlich moniert, daß er nicht zur Gänze verwendet wurde, da müssen Sie bitte wissen, wie das beim ORF geht. Wir waren dankbar, daß es gelungen ist, ein paar Minuten kostenlose Werbung in die Sportsendung für die Steiermark hineinzubringen. Allein damit ist der Film schon bezahlt, Herr Abgeordneter Weilharter. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ganz abgesehen von der unbezahlbaren Werbung für die Steiermark, der Film wurde auch von den

ausländischen Anstalten übernommen, habe ich noch niemanden getroffen, der mir nicht versichert hätte, wie großartig diese Steiermark-Präsentation beim Grand-Prix gewesen ist. Ich will Sie mit dem Weiteren nicht plagen. Der Film wurde im übrigen am Fremdenverkehrstag gezeigt, wo Sie offensichtlich anwesend waren, ich konnte wegen der zu Ende gehenden Regierungsverhandlungen leider erst zum Schluß kommen, ich habe Sie jedenfalls nicht gesehen, vielleicht haben Sie den Film gesehen. Es steht jedermann frei, zu sagen, er könnte besser oder noch besser sein, aber es war mein Eindruck, daß hier, wie immer im Leben, gewisse Konkurrenzsituationen bei den Filmemachern zu diesem Faktum geführt haben. Jedenfalls ist der Film allein durch diesen Vorspann bezahlt. Er wird im übrigen den Reisebüros angeboten, er wird im Sommermagazin angeboten. Wir haben ihn keineswegs versteckt oder aus dem Verkehr gezogen.

Zum Urlaub auf dem Bauernhof, natürlich kennen wir auch die Problematik. Ich glaube, gerade die bäuerlichen Kollegen wissen, daß unter Umständen, wenn die Struktur am Hof nicht stimmt, das eher Belastung denn ein Zusatzeinkommen, das man nicht ohne Substanzverlust erkaufte, ist. Wir arbeiten sehr gut mit dem Verein „Urlaub am Bauernhof“ zusammen, und es hat in der letzten Zeit auch erfreuliche Nächtigungssteigerungen in diesem Segment gegeben. Wenn Sie die Detailstatistiken des Fremdenverkehrstages ansehen, dann können Sie das auch feststellen.

Und nun zum Hauptthema von dreien der Wortmeldungen, zum Fremdenverkehrsgesetz in aller Kürze. Herr Abgeordneter, Sie werden sicher in Ihrer Tätigkeit noch erleben, daß die Gesetzzerdung nicht so geht wie das Semmelbacken. Und gut Ding braucht Weile. Es ist keine Lüge gewesen, daß ich im Jahr 1983 den Auftrag zur Erarbeitung eines Entwurfes gegeben habe. Es hat dann viele, viele Gespräche mit Verfassungsdienst, mit Raumplanung und, und, und gegeben. Nun ist der interne Amtsentwurf in die Begutachtung gegangen. Es hat Anregungen gegeben, es hat Kritiken gegeben. Die Umarbeitung wird bis in den Jänner/Februar, also früh im Jahr 1987, abgeschlossen sein. Dann geht er in die offizielle Begutachtung, die, bitte, das glaube ich, werden die Damen und Herren des Hohen Hauses mit der Beschlußfassung gesehen haben, im Zuge des Volksrechtegesetzes praktisch eine erstmalige Gesamtbürgerbegutachtung sein wird. Wir werden aber selbstverständlich auch gezielt allen Fremdenverkehrsverbänden das zusenden über die gesetzlich üblichen Begutachtungen hinaus, so daß Sie sicher sein können, daß alle Meinungen in diesen Entwurf, bevor er in das Hohe Haus kommt, einfließen. Und dann wird der Höhe Landtag zu befinden haben, ob der Interessensausgleich gelungen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Fremdenverkehrswirtschaft das fordert, ehrt sie. Ich fürchte nur, daß sie selbst übersieht, daß sie natürlich auch mit Hauptzahler ist. Jeder erhofft sich bei solchen Forderungen, daß in die Kassa viel hineinfließt und er wenig herausgeben muß, aus seiner eigenen nämlich. Das ist eine menschliche Eigenschaft, und daher sage ich, wenn letztlich alle mit dem Gesetz unzufrieden sind, die Gemeinden, die Verbände, die Steuerzahler oder die Beitragszahler, dann wird es ein positiver, guter Kompromiß sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin heute dem Herrn Abgeordneten und Kameramratsdirektor Dr. Dorfer dankbar für sein Engagement. Ich wünsche ihm nur, daß er innerhalb des Interessenausgleiches der Handelskammer so erfolgreich ist, wie er es hier am Rednerpult gewesen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die Quadratur des Zirkels, die ich schon im Entwurfsstadium lösen möchte, mit drei Punkten umreißen:

Erstens: Wer zahlt wieviel?

Zweitens: Wer bekommt was?

Drittens: Wie geht das verfassungsrechtlich?

Das ist gar nicht so einfach, denn wenn wir etwa das als Gemeindeabgabe konstruieren, dann können wir überhaupt nicht mehr bestimmen, was die autonomen Gemeinden damit machen. Also, das verrate ich Ihnen, haben wir es als Landesabgabe mit Selbstbindung konstruiert, wo das Land – was möglich ist – durch den Gesetzgeber, Landtag, bestimmt, wie das Geld zu verteilen ist. Und wir werden ja sehen, wie die Verhandlungen im Hohen Haus dann laufen werden. An mir wird es nicht liegen. Der Entwurf wird raschest, wie das auch in einer Resolution von allen Fraktionen verlangt wird, vorgelegt werden.

Nun noch ganz kurz zu den Aufgaben und Zielen, die wir uns selber gesetzt haben.

Fremdenverkehrsgesetz, schon gesagt. Weitere Hilfe bei der Aufrüstung für die Infrastruktur, auch für die Gästefranchise. Wir liegen hier unter dem österreichischen Schnitt. In der Steiermark gab es 1985 52 Prozent Qualitätszimmer, in Österreich fast 60 Prozent. Wir haben hier – Gott sei Dank – in weiten Teilen – und ich weiß, daß natürlich die Ausgeschlossenen unzufrieden sind, aber das war eine Vereinbarung mit der Raumordnung des Bundes – die zusätzliche Regionalprämie. Wir haben im Moment die Aufrüstungsprämie auf Drei-Stern-Betriebe, und daher sollten und haben wir auch eine große Zahl von Investitionen. Wir wollen den Anteil des Gast- und Beherbergungsgewerbes oder des Fremdenverkehrs überhaupt am Bruttoinlandsprodukt steigern, das heißt Nächtigungszahlen erhöhen und Betriebsergebnisse erhöhen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf eines muß ich hinweisen. Es hat, glaube ich, der Herr Abgeordnete Kröll schon erwähnt, wir haben derzeit 37 Sicherungsfälle anhängig beim Bundesministerium. Das ist eine gemeinsame Aktion des Bundes und des Landes, um in Schwierigkeiten geratene Betrieben das Überleben ohne Insolvenz zu ermöglichen. Diese 37 Fälle haben einen Gesamtverschuldungsgrad von 193 Millionen Schilling. Der Herr Abgeordnete Kröll hat auf die Belastungen mit Recht hingewiesen. Das Problem der Steuerbelastung der Getränke und der Extras kann ich nicht verschweigen, auch das Problem, daß wir noch qualifizierteres Personal brauchen. Das ist eine Katze, die sich in den Schwanz beißt. Wir haben ausgezeichnete Schulen. Viele unserer qualifizierten Ausgebildeten gehen in die westlichen Bundesländer, weil sie mehr verdienen können. Und viele wollen in diesen Beruf, der natürlich Dienstleistung erfordert, nicht gehen, sondern suchen bequemere Jobs. So kommt es, daß wir Arbeitslosenstatistiken haben, auch im Bezirk Liezen, und es soundso viele nicht besetzte Stellen im Gastgewerbe

gibt. Ein ernstes Problem, wo ich Sie bitte, nachzudenken, warum das so ist. Wir werden unseren Weg auf dem Marketingsektor – hoffe ich – mit Hotter erfolgreich fortsetzen. Wir haben die Klubidee, die Tourismuswerkstatt. Ich möchte das hier nicht neuerlich erörtern. Wir haben das am Landesfremdenverkehrstag vorgetragen.

Ich darf zum Schluß kommen und möchte hervorheben, daß wir auch mit der zuständigen Abteilung im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ausgezeichnet zusammenarbeiten. Ich hoffe, daß es so bleibt, und ich hoffe, daß die Sorge des Herrn Ministerialrat Dr. Würzl, wie er mir unlängst gesagt hat, nicht eintritt. Wir werden das in unser Memorandum an die neue Bundesregierung einfließen lassen. Die Regionalförderung darf nicht gestrichen werden. Sie droht an dem Provisoriumbudget des Bundes zu scheitern. Das Land hat die Mittel dafür bereitgestellt. Ich darf allen, die im Fremdenverkehr tätig sind, herzlich danken. Es wurde ja schon von allen Fraktionsrednern das auch getan, vor allem den Wirtinnen, die die Seelen der Betriebe im Regelfall sind. Ich möchte aber auch allen danken, die im Umfeld des Fremdenverkehrs tätig sind, und das ist eigentlich jeder. Der Herr Abgeordnete Weilharter hat durchaus richtig verlangt, daß man auch für die Fremdenverkehrsgesinnung Werbung betreibt. Das tut die österreichische Fremdenverkehrswerbung, wir wollen ihr da nicht dreinpfuschen. Wir zahlen im übrigen genug, fast 10 Millionen Schilling, wie Sie gesehen haben werden. Ich danke den Mitarbeitern im Fremdenverkehrsamt, im Fremdenverkehrsverband, und ich möchte auch – es war am Vormittag, ich weiß nicht, ob er jetzt noch im Saal ist – dem langjährigen Fremdenverkehrsdirektor Hofrat Dr. Gaisbacher danken. Ich möchte auch all jenen danken, die heute nicht mehr direkt im Fremdenverkehr tätig sind, die aber zum Aufbau und damit zu dem heutigen Stand so wesentlich beigetragen haben. Ich danke nochmals allen Abgeordneten für das Interesse am Fremdenverkehr und auch an der weitgehenden Übereinstimmung des Weges, den wir zu gehen haben. Hoffentlich bekommen wir bald einen Schnee, dann werden wir auch eine gute Wintersaison bekommen. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Wir kommen nun zum dritten und somit letzten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser, dem ich es erteile.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jeder, der sich für Politik interessiert, wird am frühen Morgen Radio hören. So war es heute ganz interessant, am Morgen bei den steirischen Nachrichten zu hören, welche neuen Parteiführer in der Steiermark im Gespräch sind (Abg. Dr. Strenitz: „Das hat aber damit nichts zu tun!“), wie Dr. Wabl festgestellt hat, wußte ich gar nicht, daß die noch da hinten sind.

Beim Morgenjournal dann war es sehr interessant, unseren Notenbankpräsidenten Koren zu hören, was er zur österreichischen Wirtschaft derzeit zu sagen hat. Er hat auch gemeint, wenn der ORF dabei ist, kann man nur sehr vorsichtig sprechen, denn die Lage ist

doch sehr, sehr schwierig. 1400 Milliarden Schilling haben die Industrieländer an Öl gespart, und somit sind die Öllieferländer in größte Probleme gekommen. Der Ostblock leidet an Devisenmangel, und durch den Fall des Dollars ist die ganze Weltwirtschaft in Unordnung geraten. Und dazu noch die österreichische Wirtschaft und der österreichische Staatshaushalt. Das waren die Worte des Prof. Koren. Und er meint, daß man das Bundesdefizit nur von der Ausgabenseite her wird in Ordnung bringen können, und daß das Defizit abgebaut werden muß, ist vordringlichste Aufgabe. Und zum Problem der Verstaatlichten meinte er, daß es die größte industriepolitische Herausforderung für uns ist. Denn hier handelt es sich um ausgesprochen strukturschwache Bereiche der österreichischen Industrie. Und im übrigen gibt es auch Positives, wir haben eine ganz ausgezeichnete florierende Industrie, nur die steht nicht in den Zeitungen. Er hat sich auch für eine Hartwährungspolitik ausgesprochen. Er meint aber, daß man, wenn man den Schilling hart haben will, für diesen arbeiten muß und diesen harten Schilling erarbeiten muß. Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen. Denn wie sieht es nun bei uns aus? Wie ist unsere Situation in Österreich und in der Steiermark. Der Bund hat 600 Milliarden Schilling Schulden, Länder und Gemeinden dazu und die Sondergesellschaften, so sind es weit über eine Billion Schilling Schulden.

Eine Billion wissen wir gar nicht mehr, wieviel es ist. Das sind zwölf Nullen hinten dran. Ich habe es mir einmal ausgerechnet, damit kann man für die halbe österreichische Bevölkerung Wohnraum schaffen, wenn man rechnet, daß eine Wohnung durchschnittlich eine Million Schilling im Geschößbau kostet. Meine Damen und Herren, eine große Summe. Und gleichzeitig haben wir eine sehr hohe Steuerbelastung, 43 Prozent. Um das zahlen zu können, sind unsere Betriebe ausgeblutet. Eine neue Untersuchung aus dem Jahr 1986 hat ergeben, daß unsere Betriebe im Durchschnitt 96 Prozent der Bilanzsumme an Fremdkapital haben. 96 Prozent! Wenn das der Durchschnitt ist, kann man sich auch vorstellen, wie viele Betriebe da überhaupt kein Eigenkapital mehr haben, sondern ein negatives Eigenkapital, also mehr Fremdkapital als Eigenkapital. Und das sind bitte schön 46 Prozent der Betriebe. Das hat eine Untersuchung bei 10.200 Betrieben in ganz Österreich in allen Sektionen der Wirtschaft ergeben. Man kann also sagen, daß das eine repräsentative Untersuchung ist. Nun frage ich Sie, was macht ein Wirtschaftstreiber, wenn er so wenig Eigenkapital hat. Ich glaube, daß es hier vordringlichste Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, eine Änderung herbeizuführen. Ist auch ganz selbstverständlich, daß bei dieser Situation die Insolvenzen weiterhin steigend sind. Es sind keine so spektakulären Insolvenzen mehr wie in den vergangenen Jahren, aber viele, viele kleine Betriebe müssen immer wieder zusperren, und die Unternehmer müssen das Handtuch werfen, und auch dort entstehen leider Gottes viele, viele neue Arbeitslose.

Ein weiteres interessantes Detail für Österreich ist, und das habe ich aus der „Neuen Zeit“, also die Zahlen werden sicher stimmen, daß der Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt in Österreich vom Jahr 1960 bis 1982 von 32 Prozent auf 50,3 Prozent gestiegen ist. Im OECD-Durchschnitt ist der Staatsanteil im Jahr 1982

bei 23 Prozent. Wir sind also dabei im Spitzenfeld und weit vor den Nordländern, abgesehen von den anderen westlichen Industriestaaten. Interessant ist dabei auch, daß der Steueranteil dieser öffentlichen Wirtschaft sinkt. Im Jahr 1970 war der Steueranteil der Verstaatlichten noch 9,8 Prozent an den Unternehmenssteuern, und im Jahr 1981 betrug er nur mehr 1,9 Prozent, trotz steigender Tendenz des Anteils und bei einem Anteil der Arbeitnehmer von 12,4 Prozent. Ein Zeichen dafür, daß es mit der Verstaatlichten leider Gottes nicht so funktioniert, wie man es sich vorstellt und wie man es eigentlich immer wieder von sozialistischer Seite hört. Die Exporte sind auch – vor allen Dingen von der verstaatlichten Industrie – auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Wettbewerb, ich meine von der Technologieseite her gesehen, spielt sich mehr auf der Preisebene ab, und das kann natürlich auf Dauer nicht gutgehen. Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich an den Tag vor einem Jahr hier in diesem Haus, auch bei der Debatte zur Wirtschaft, als über die große Krise der Verstaatlichten gesprochen wurde. Was ist inzwischen in der Obersteiermark eingetreten, welche Pläne werden von der Regierung gewälzt? Ich möchte hier dazu eines sagen im Namen der steirischen Wirtschaft. Die Obersteiermark darf kein Industriefriedhof werden. Wenn in der Obersteiermark noch weiterhin die Industriearbeitsplätze so abnehmen wie bisher, wird das natürlich auch auf die übrige Wirtschaft Auswirkungen haben, und es wird dort zu einem Industriefriedhof kommen.

Es werden die Leute noch mehr abwandern müssen, als sie es bisher schon getan haben. Hier wäre eine sehr große Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Regierung dahin gehend, daß man die verstaatlichte Industrie dazu bringt, daß sie Spitzenreiter wird in den neuen Technologien, in neuen Organisationsformen, und wenn Sie wollen, in neuen Beteiligungsformen. Das wäre für mich eine Vorreiterrolle der Verstaatlichten. (Abg. Vollmann: „Also nicht Privatisierung!“) Auch Privatisierung. Warum auch nicht. Ich weiß, Sie hören das nicht gerne. Es ist eigentlich nicht verständlich, was der Staat alles betreibt. Wozu betreibt der Staat ein Reisebüro? Warum betreibt er Maschinenfabriken, wo er dazuzahlt und die privaten Maschinenindustrien hoch aktiv sind. Und wenn man weiß, daß es Beteiligungsanteile von einem Tausendstel Prozent bei verschiedenen Firmen gibt. Ich glaube, hier kann man ruhig einmal darüber sprechen, daß man Minderheitsbeteiligungen abgibt und daß man auch bei den Mehrheitsbeteiligungen nachdenkt, was man weggeben kann. Es gibt genügend Kapital in Österreich, und es gibt genügend, die bereit wären, ihr Geld dort hineinzustecken, wenn sie wissen, daß dort ordentlich gearbeitet wird und wenn man es darf. (Abg. Vollmann: „Wollen Sie sagen, daß in der Verstaatlichten nicht ordentlich gearbeitet wird?“) Sie unterstellen mir etwas. Ich bewundere die Leute, die in der verstaatlichten Industrie arbeiten, und sie haben auch nach dem Krieg Hervorragendes geleistet. Nur die Politik, die dort betrieben wurde, die ist falsch. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das System ist auf den Hund gekommen!“) Wenn man diese steigende Tendenz zum Staatsanteil sieht und hört, ich glaube, dann muß man einmal sagen, wir brauchen eine völlig neue Wirtschaftsphilosophie. Wir brauchen weniger Staat, wir wollen weniger Steuern und dafür auch

weniger Förderungen. Wir wollen mehr Freiheit in der wirtschaftlichen Tätigkeit haben, dann werden wir Österreich wieder dorthin bringen, wo wir es brauchen und noch weiter hinein ins Spitzenfeld. Wenn man weiß, daß der Wissenszuwachs in den letzten Jahren ein enormer ist, es wurde schon von einem Generalredner gesagt, das Wissen eines Ingenieurs verdoppelt sich in fünfzehn Jahren, das eines Biochemikers verdoppelt sich in drei Jahren. Hier ist ja etwas los. Wir haben in der Bildungspolitik in Österreich einen gewaltigen Fortschritt. Das wurde schon gesagt, wie viele Studenten wir haben. Leider Gottes auch, daß diese Leute nicht unterkommen. Es wurde hier gesprochen über die arbeitslosen Lehrer, über Ärzte, die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze suchen, und über viele, viele arbeitslose Akademiker. Hier glaube ich, daß es ein Weg ist, diese Menschen, dieses geistige Kapital in die Wirtschaft einzubinden. Man sollte diesen Leuten Mut machen, in die Wirtschaft einzutreten. Sie sollten zum Beispiel mit diesem Wissen hinausgehen auf den Weltmarkt. Auf dem Weltmarkt ist Österreich leider Gottes noch viel zuwenig vertreten und hat viel zuwenig Tradition. Dazu gehört auch, daß wir wenig Fremdsprachen sprechen. Diese gut ausgebildeten jungen Menschen können das. Sie müssen nur bereit sein, bei uns in der Wirtschaft einzusteigen. Warum soll nicht ein Lehrer, der Sprachen gelernt hat, als Dolmetsch in die Welt hinausgehen und für uns Österreicher ein Wirtschaftswissen dazulernen. Hier könnten sie dieses Wissen wirklich bestens und ausgezeichnet einsetzen. Das ist meine Meinung dazu.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus meiner Branche, der Möbelerzeugung, bringen. Wir haben in Österreich viel Holz. Die Steiermark ist das holzreichste Bundesland. Und Präsident Ileschitz hat das voriges Jahr auch bei dieser Debatte angeschnitten, wir sollten mehr Möbel produzieren. Wir tun das – bitte – auch. Wir produzieren Möbel, nur, es werden um etwa 6 Milliarden Schilling Möbel importiert und um etwas mehr als 2 Milliarden Schilling Möbel exportiert. Warum ist das so? Das ist nicht deshalb so, weil wir schlechte Möbel machen, weil sie im Design nicht entsprechen. Nein, ganz einfach, wir haben keine Tradition auf dem Weltmarkt. Wir haben keine Verkäufer draußen. Hätten wir diese, würden wir unsere vom Design und von der Qualität hochwertigen Möbel auch im Ausland verkaufen. Das ist nur ein Beispiel. Und so gäbe es viele, viele andere.

Ich meine auch, daß wir viel flexibler werden müssen. Wenn wir die letzten Lohnabschlüsse anschauen und wenn wir das Feilschen um Prozentpunkte bei den Löhnen haben, das ist eine durchaus normale Sache. Der eine Abschluß ist besser, der andere ist weniger gut. Wenn man bei der Metallindustrie schaut, beinahe plus 6,5 Prozent wird der Stücklohn höher durch die Arbeitszeitverkürzung und durch die Lohnerhöhung. Und damit auf dem Weltmarkt fertig zu werden ist natürlich sehr, sehr schwer. Da meinen wir nun von der Wirtschaft, wenn schon Arbeitszeitverkürzungen ausgehandelt werden sollen, daß diese nur im Gleichschritt mit der internationalen Entwicklung sein sollen und daß wir mehr Flexibilität dabei bekommen müssen und daß wir das Arbeitszeitgesetz endlich einmal ändern müssen. Bei den neuen Technologien brauchen wir einen immer höheren Kapitaleinsatz je Arbeits-

platz, und es ist dann ein Wahnsinn, wenn diese teuren Anlagen nur 35 Stunden arbeiten oder im Schichtbetrieb etwas länger, aber zum Wochenende stehen müssen. Wenn wir hier im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, müssen wir hier Veränderungen bekommen. Ich hoffe sehr, daß die Gewerkschaft, die Arbeitnehmerseite, auch hier einsichtig ist. Wir haben auf dem Weg der Sozialpartnerschaft wirklich in den letzten Jahrzehnten sehr, sehr viel erreicht. Es dürfen die Kapitalkosten nicht mehr steigen, genauso wie die Lohnstückkosten. Das ist das Problem. Ich glaube, das weiß einer, der als Arbeitnehmer in einem Betrieb tätig ist genauso wie der Unternehmer.

Nun die Steiermark: Wir haben in der Steiermark sehr viele exportorientierte Betriebe, aber – meiner Meinung nach – viel zuwenig. Wir wollen nun eine Exportoffensive von der Handelskammer aus starten. Es ist erfreulich, daß auch im Budget des Landes eine Post drinnen ist, die nicht allzu hoch bedeckt ist, aber wo der Wille gezeigt wird, hier einzusteigen. Um bei dem vorhin Gesagten anzuschließen, wir wollen hier die vielen, vielen guten Betriebe, die gute und ausgezeichnete Erzeugnisse haben, dazu bringen, daß sie auf den Weltmarkt gehen. Wir werden innerhalb der Handelskammer eine Abteilung schaffen, die diesen Betrieben bis zu den ersten Abschlüssen an die Hand geht. Wir wollen ihnen Hilfe zur Selbsthilfe gewähren, und wir wollen sie auch schulen und beraten. Ich hoffe, daß hier ein guter Weg angefangen wird, und möchte mich auch jetzt schon für die Unterstützung des Landes bei dieser für die Steiermark so wichtigen Sache bedanken. Auf dem richtigen Weg bei der Wirtschaftsförderung sind wir ja – glaube ich – mit dem Technologiepark in Graz, den wir gemeinsam, das Land Steiermark und die Handelskammer, je zur Hälfte finanziert und gebaut haben. Wir haben dort 13 Firmen, die nun schon bestens funktionieren, insgesamt schon 60 Arbeitnehmer, mit über 30 Millionen Schilling Umsätzen. Wir können nun die erfreuliche Mitteilung machen, daß einer der Betriebe, der dort ist, bereits einen Auftrag für China bekommen hat. Ein Betrieb, der nun schon – ich glaube – 13 oder 14 Leute beschäftigt hat, den es vor einem Jahr noch gar nicht gegeben hat. Wir sehen, daß es durchaus möglich ist, die Kräfte zu wecken, die es in diesem Land gibt. Für diesen Technologiepark sind auch in diesem Budget weitere 4,5 Millionen Schilling drinnen, dafür herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Dr. Heidinger. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben hier in Graz beim Technologiepark gelernt. Das Land Steiermark wird nun auch für die Obersteiermark einen solchen Technologiepark bauen, um dort für fünf Betriebe vorerst in der ersten Ausbaustufe einen Platz zu bekommen, damit dort Absolventen oder Mitarbeiter der Montanuniversität Betriebe beginnen können, um in dieser Art wie in Graz ihre ersten Gehversuche als Unternehmer zu machen und zu guten Produkten zu kommen. Die Handelskammer hat dort den Bauplatz zur Verfügung gestellt. Es wird wieder eine gemeinsame Sache werden. Auch hier meinen herzlichen Dank dafür. (Abg. Kirner: „Den Dank bezüglich Technologietransferzentrum habe ich noch nicht aussprechen können!“) Das Technologietransferzentrum, das ist eine Sache des Bundes, ist auch eine ausgezeichnete Sache. Ich spreche hier vom Landesbudget, aber ich stehe nicht an, zu sagen, daß das auch eine

ausgezeichnete Sache ist. Aber das eine wie das andere ist notwendig, konkurrenziert sich in keiner Weise, denn dort soll der Transfer zwischen den hohen Schulen und Instituten stattfinden, während unser Technologiepark das Wissen der Universitäten in die Praxis, in die Wirtschaft hineinlenken soll. Und so ergänzen sich beide ganz ausgezeichnet. Das – glaube ich – ist auch der richtige Weg, wenn wir hier unsere ganze Kraft hineinstecken, um mit der Technologie, mit dem Wettbewerb im Welthandel Schritt halten zu können.

Ein weiterer Punkt im Landesbudget ist die Förderung für das WIFI und für das BFI mit je 3,14 Millionen Schilling. Für das WIFI möchte ich hier sagen, daß wir einen Schwerpunkt bei der Technologieberatung haben, und wenn das Umschulungszentrum in Leoben-Niklasdorf gebaut werden soll, werden wir auch dort unsere Schulungs- und Beratungsaktivitäten setzen und den Schwerpunkt auf Technologieberatung und auf Marketingberatung setzen. Bei der Technologieberatung geht es darum, daß auch unsere Handwerksbetriebe und kleinen Handelsbetriebe sich der neuen Technologien bedienen, um innerhalb Österreichs und darüber hinaus auch im Export wettbewerbsfähig zu sein. Die Marketingberatung ist eine ganz wichtige Sache, meiner Meinung nach derzeit das wichtigste, weil auch für einen kleinen Betrieb eine gewisse Strategie notwendig ist, um einen Betrieb über die Runden zu bringen. Man kann in einem Betrieb nicht von heute auf morgen denken, sondern man muß eben auf Jahre vorausblicken. Hier werden wir im Wirtschaftsförderungsinstitut eine Datenbank errichten, Daten sammeln, diese konzentrieren und unseren Betrieben, die dafür Interesse zeigen, zur Verfügung stellen und Marketingberater für einige Zeit in diesen Betrieben tätig sein lassen. Und so glauben wir, daß wir gute und gesunde Betriebe bekommen werden.

Ein weiterer Punkt im Landesbudget ist auch die Jungunternehmerförderung mit 8 Millionen Schilling. Ein ganz wesentlicher Punkt. Ich sage es immer wieder und wiederhole es auch heute, die Jugendarbeitslosigkeit wird am besten dadurch bekämpft, indem man junge Menschen neue Betriebe gründen läßt, denn diese jungen Unternehmer werden junge Menschen in ihre Betriebe aufnehmen. Dann haben wir junge Unternehmer, junge Mitarbeiter mit neuen Ideen, die zukunftssträftig sind. Das ist meiner Meinung nach der allerbeste Weg. Diese ganzen Aktionen „2000“ und „8000“ oder wie sie alle heißen, bringen ja keine produktiven Arbeitsplätze. Produktive Arbeitsplätze sind aber notwendig.

Ein Problem in der Wirtschaft der Steiermark ist immer wieder, daß auch kleine Betriebe in Bedrängnis kommen und Überbrückungskredite bräuchten. Dafür ist kein Geld vorhanden. Man sollte sich doch überlegen, daß man Betrieben, die – wenn man sie anschaut und überprüft – eine Überlebenschance haben, Überbrückungskredite gewährt und nicht nur Investitionskredite.

Es könnten dadurch viele, viele Pleiten vermieden werden, und es könnten viele Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich möchte mich aber auch in diesem Zusammenhang für die Investitionskredite bedanken, die in vielen, vielen Hunderten Fällen vom Land Steiermark und teilweise auch in Zusammenarbeit mit der Han-

delskammer an unsere Klein- und Mittelbetriebe gegeben werden. Sie sind oft der Anlaß für neue Investitionen zur Modernisierung von Betrieben und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Ein Punkt – ein wichtiger Punkt – in der Steiermark, vor allen Dingen für den Handel, ist die Entwicklung der Einkaufszentren. Da haben wir, und hier möchte ich mich auch beim Landtag bedanken, eine Novelle zum Raumordnungsgesetz voriges Jahr beschlossen, die es immerhin den Gemeinden ermöglicht, große Einkaufszentren, wenn sie nicht in die Struktur des Handels passen, zu verhindern. Nach wie vor brauchen wir meiner Meinung nach ein Bundesgesetz – egal in welchem –, daß eine Verhinderung einer überdrehten Konzentration im Handel möglich wird. Es gibt hier viele, viele Fehlentwicklungen. Als eine möchte ich zum Beispiel nur nennen, daß man in Leoben je Einwohner der Stadt einen halben Quadratmeter Verkaufsfläche nur von einem Unternehmen hat, nämlich vom Konsum. Daß hier dann die kleinen Kaufleute sehr stark ins Eck gedrängt werden, ist eigentlich verständlich.

Es wurde während dieser Debatte sehr oft über die schlechte geographische Lage der Steiermark gesprochen und daß das mit ein Grund ist, daß wir ein Schlußlicht bei vielen Wirtschaftsdaten sind. Es gäbe hier sicher einiges in der Infrastruktur zu verbessern. Es ist schon viel geschehen. Die Autobahnen sind in den letzten Jahren gewachsen, die Bundes- und die Landesstraßen, aber es gibt hier noch immer Wünsche. Vor allen Dingen sollte die Pyhrnautobahn oder eine Straßenverbindung zur EG hin geschaffen werden. Und bei der Eisenbahn bitte schön, da gibt es wirklich große Probleme, und hier brauchen wir wirklich einen Ausbau. Wir würden uns sehr freuen von der Wirtschaft aus, wenn diese großen Projekte, von denen man spricht, vom Basistunnel durch den Semmering und vielen anderen Dingen, wenn diese Wirklichkeit werden würden. Aber ganz zuerst wären wir schon zufrieden, wenn das Palten-Liesing-Tal zweigleisig ausgebaut werden würde. Das wäre das erste Erfordernis. Darüber würden wir uns freuen. (Abg. Tschernitz: „Da sind wir dabei, Herr Abgeordneter!“) Für die Zukunft wäre sicher sehr schön, das geistert jetzt auch so viel herum, der Koralmtunnel. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wir sind heute sehr großzügig!“) Es wäre wirklich angebracht, wenn wir eine raschere Verbindung in den Westen und Süden und Südwesten bekommen würden. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Infrastruktur gehört auch die Energie. Und hier hätte ich eine Bitte an die STEWEAG. Ich weiß, es ist nicht leicht zu erfüllen, weil auch die STEWEAG ihre Probleme hat und Einnahmen braucht, aber es ist eigentlich nicht ganz einsichtig, daß das Gewerbe, wenn es nicht Großabnehmer ist, die vielen, vielen kleinen und mittleren Betriebe ziemlich genau den doppelten Strompreis für die Kilowattstunde wie ein Haushalt zahlen. Es sind über 2,40 Schilling im Durchschnitt für das Gewerbe und für den Haushalt etwa 1,20 Schilling. Bei der letzten Anhebung wurde der Abstand schon etwas verringert, ich sehe das als einen positiven Ansatz, und ich hoffe, daß das in diesem Sinn noch weitergehen wird.

Meine Damen und Herren, als Interessensvertreter, hier und dort, sollten wir natürlich immer wieder

unsere Interessen vertreten. Wir sollten aber darüber hinaus nicht die Gesamtschau vergessen und sollten nicht aus diesem Grund Entwicklungen vermauern, die unbedingt notwendig sind. Das ist eine Bitte an die Arbeitnehmerseite, und wir werden auch in uns gehen und bei uns über verschiedene Dinge nachdenken. Vielleicht bringen wir gemeinsam etwas zusammen. Wecken wir in unserem Land die positiven Kräfte, die wir hier haben. Und zum Schluß sage ich noch einen Dank an alle, die in der Wirtschaft tätig sind als Unternehmer und als Mitarbeiter. Sie haben dafür gesorgt, daß wir in der Steiermark doch noch recht gut leben können. In diesem Sinn Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Präsident Ing. Stoisser hat Professor Koren mit seiner sicher sehr profunden Meinung zur österreichischen Wirtschaft zitiert. Ich möchte auch einen Professor zitieren, unseren Landtagskollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher, der in der Generaldebatte damit begonnen hat, daß er das Budget so beurteilt, daß wir bremsen, ohne zu schleudern. Das war seine Meinung. Vielleicht darf man dieses Bild etwas abwandeln. Wir bremsen, aber ich meine, nicht mit dem ABS-System, das ja die verfeinerte oder die technologisch beste Form – elektronisch gesteuert – der Stotterbremse darstellt, und ich meine, wir haben so gründlich gebremst und schon weitaus früher, daß wir 1984 bereits zum Stillstand gekommen sind und seither, meine Damen und Herren, stehen. Der Beweis dafür und einige Beispiele: Die Finanzschulden des Jahres 1987 werden etwa 14,5 Milliarden Schilling betragen, oder die Pro-Kopf-Verschuldung 12.000 Schilling. Ein sichtbares Zeichen dafür. Oder, was noch markanter ist, die Budgetbeweglichkeit ist ebenso seit 1984 Null. Der Beweis wiederum, der ordentliche Haushalt muß zum Teil durch Darlehen und Anleihen im Betrag von 1.320.000.000 Schilling finanziert werden, und weiters haben wir 963,9 Millionen Schilling, die auch verplant sind und die fremd finanziert werden müssen. Die Beschäftigtenwirkung unseres Landesbudgets in der Gruppe 7, der Wirtschaftsförderung, ist sicher nur, wenn überhaupt, in einem marginalen Bereich gegeben. Wenn man die Ziffern nimmt gegenüber 1986, schaut es sehr gut aus, wurde auch so dargestellt, 7,4 Prozent. Wenn man sich aber an das Budget des Vorjahres erinnert, da hatten wir einen Rückgang von 16 Prozent, und ich werde dann sicher berichtigt werden und es wird aufgeklärt werden, warum, aber wenn man es in Beziehung setzt von den Zahlen her, kommt man zu dem Ergebnis, daß wir etwa beim Stand des Jahres 1982 sind, und ich hätte ganz gerne eine Aufklärung, wie es dazu kommt, daß wir Ziffern der Beschäftigungssicherung auch im Zusammenhang mit der Budgetdebatte in den Raum gebracht haben oder öffentlich publiziert haben, die nur sehr schwer belegbar sein werden, etwa 57.000, wenn ich das richtig verstanden habe. Die Arbeitsförderungsmittel: Hier haben wir eine sehr starke rückläufige Tendenz. Wir sehen zumindest für diesen Bereich der Arbeitsplatz-

förderung ein Minus von 54,4 Prozent. Und auch hier wieder, wir hatten das Sonderwohnbauprogramm im Vorjahr, aber selbst wenn man das in Rechnung stellt, ein Minus von 7,4 Prozent. Es hat heute bei dem Kapitel Landwirtschaft Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler dasselbe beklagt, nämlich den Rückgang um 24,6 Prozent. Ich anerkenne und ich weiß natürlich, daß es hier die Sachzwänge gibt und daß man vernünftige Kompromisse schließen muß, und wir haben ja auch letztlich diese Kompromisse geschlossen, und das wird wohl die Erklärung dafür sein. Nur, in der Umsetzung oder in der Realität bei der Arbeitsplatzförderung kann uns das ganz erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Wir meinen vielmehr, erforderlich wäre für die Steiermark, es würde übrigens im Rahmen der Budgetmöglichkeit liegen, also zumindest jener Möglichkeiten, die wir vom Gesetz her vorsehen, einen Vorschlag zu erstatten über ein sogenanntes Konjunkturausgleichsbudget in einer Größenordnung zwischen 300 und 500 Millionen Schilling. Das wäre ein wirklich echter und beträchtlicher Beitrag für die Steiermark. Ich weiß, daß der für uns sehr, sehr schwer aufzubringen ist. Wir würden ihn aber deswegen brauchen, weil richtigerweise ausgeführt wurde, daß wir in der Steiermark durch den Bereich auch der verstaatlichten Industrie, aber nicht nur, in der Situation sind, daß durch diese begonnene Sanierungsphase die Region der Obersteiermark, der Mur- und Mürzfurche tatsächlich gefährdet erscheint eben durch die Sanierungskonzepte, daß sie kippen könnte. Es ist daher bereits angesprochen worden, und, Herr Präsident, hier darf ich Sie insoweit berichtigen oder vielleicht nur darauf hinweisen, daß die Bundesregierung, das ist ja auch bereits hier im Hohen Haus im Rahmen der Budgetdebatte dargestellt worden, ein Programm erstellt hat, über das meine Kollegen dann reden werden, ein Sonderprogramm für die Obersteiermark, von dem festzuhalten ist, meine Damen und Herren, daß dieses Programm für Österreich einmalig ist. Ich glaube auch, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gibt es kein gleichwertiges Vorhaben zur Sanierung einer sicher sehr gefährdeten Region in unserem Bundesland und überhaupt in unserem Staate, in der Republik Österreich. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist, wie wir glauben, ein sehr gutes Programm. Ich möchte nur dazu fordern, aber ich glaube, es ist selbstverständlich für uns, daß sich die Steiermark in jenem Falle unbedingt anzuschließen hat. Ich möchte aber darüber hinausgehen, meine Damen und Herren, und dann bereits die Betrachtung zum Landeshaushalt wieder beenden. Es wäre überlegenswert, und ich weiß nicht, wie weit man bereits daran denkt, ein sogenanntes landesspezifisches Programm der Strukturverbesserung zu erstellen. Sie reden so gerne von der mittelständischen Wirtschaft. Wir würden meinen, für diese mittelständische Wirtschaft, ohne sie vertreten zu wollen, sondern weil sie, wie sie selber sagt, und das ist durchaus auch belegt, ganz günstige Arbeitplatzeffekte hat, daß dieses daneben entwickelt wird und die Wirkung so sein soll, daß ein Kompensator eintritt oder, wie es so schön heißt im Terminus technicus, daß die entsprechenden Synergie-Effekte zu den Maßnahmen zu VOEST-Alpine neu beziehungsweise VEW 90 hergestellt werden können. Wenn das möglich wäre, und wenn wir die Mittel dazu aufbringen – und auch hier gibt es unter Punkt 9 des Landesvoranschlages eine

Ermächtigung, ich weiß schon, man kann dieses Geld nicht zweimal ausgeben, aber hier wird man es ja ausgeben müssen –, dann ist folgendes festzustellen: Dann besteht die Chance, daß wir diese Region lebensfähig erhalten, daß wir die Beschäftigung dort stabilisieren, meine Damen und Herren. Und daß wir darüber hinaus sicherstellen können, daß es keine so dramatischen Arbeitsplatzverluste geben wird, als das ohne diese Maßnahmen der Fall sein würde.

Nun darf ich aber konkret auf einige Darstellungen des Herrn Präsidenten eingehen oder zuerst zu Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Seit 1984, meine Damen und Herren, das ist sehr aktuell im Jahr 1987, auch und besonders im Jahr 1986/87, deswegen, weil unser Kollektivvertrag dort zu wirken beginnt, stellen wir fest, daß wir eine permanente Verschlechterung für die Arbeitsbedingungen der Handelsangestellten hinzunehmen haben, weil durch die Veränderungen der Steiermärkischen Ladenschlußverordnung Ermächtigungen, Ausnahmen getätigt wurden, die sehr tiefgreifend sind. Wir haben sehr lange stillgehalten und haben uns das angesehen, und ich habe persönlich manchmal am Rande einer Debatte darauf hingewiesen, aber wir mußten feststellen, meine Damen und Herren, daß hier eine bedeutende, gravierende Veränderung im Negativen für unsere Beschäftigten bereits eingetreten ist. Ich stelle jetzt wieder fest, ein ganz aktueller Anlaß sehr wohl der Beschäftigten. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nicht die Meinung der Beschäftigten. Das ist die Meinung der Gewerkschaft!“) Ich weiß, Kollege Dr. Dorfer, daß die Unternehmungen und deren Interessensvertretungen anders denken. Ich weiß schon, ich will Sie ja nicht provozieren, sondern ich möchte sachlich feststellen. Wir haben jetzt die Situation, daß bei diesen Grenzorten diese Ausnahme gemacht wird, Herr Landesrat. Und ich fürchte, nachdem ich weiß, daß es eine Reihe von Ausnahmewünschen und Änderungswünschen gibt, daß man dem nachgeben wird. Ich hoffe, daß es nicht so ist, meine Damen und Herren, wie es dargestellt wird, daß die Massenmedien animiert und dazu benutzt werden, daß immer wieder herausgestellt wird, die Gewerkschaft ist unflexibel, der Arbeitnehmervertreter will das Problem nicht verstehen, der Konsument bleibt auf der Strecke. Aber der Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba macht schrittweise durch Veränderungen, sozusagen scheinbar durch eine Salami taktik, hier Ausnahmeregelungen, die letztlich zum gewünschten Erfolg führen werden, und den letzten großen Teil werden wir uns noch holen. Ich warne davor. Wir können das in dieser Form nicht akzeptieren. Ich möchte das, was ich schon mehrmals hier in diesem Haus verlangt habe, neuerlich anmelden. Ich möchte, daß wir als Wirtschaftspartner gemeinsam zu Lösungen kommen. Wir werden aber erst, und diese Einschränkung gestatten Sie mir, dann zu Lösungen kommen, wenn sichergestellt ist, meine Damen und Herren, daß der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung da ist, weil wir dann die Gesamtbreite der Öffnungszeiten neu abzudecken haben. Und daher meine ich, daß man bis dahin auch nicht allzu große Ausnahmen mehr machen sollte. Ansonsten wären wir (Abg. Dr. Dorfer: „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!“), Kollege Dr. Dorfer, gezwungen, entsprechende Schritte einzuleiten, was wir gerne vermeiden würden. (Abg. Dr. Dorfer: „Was hat die Ladenschlußblockierung mit einer Arbeitszeit-

verkürzung zu tun?“) Nun zum weiteren Problem. Zur Flexibilität sage ich dann etwas. Zum Problem der Arbeitszeitverkürzung: Heute hat es der Herr Präsident ganz offen dargestellt. Scheinbar ist die Änderung des Arbeitszeitgesetzes das Credo, und die letzte Maßnahme soll dann eine Gesetzesänderung sein, aber nicht so, wie wir uns das vorstellen, sondern so, wie Sie sich das vorstellen. Nämlich in der Form, Herr Präsident, daß man womöglich mit Hilfe der Flexibilisierung, die zum Teil – das gebe ich zu – bereits kollektivvertraglich normiert ist, aufmachen kann und eine Arbeitszeit wieder bekommt, die weit über 40 Stunden, die Vorstellungen liegen etwa bei 45 Stunden, hinausgehen können, daß Durchrechnungsmodelle aus den Bandbreitenmodellen hinaus es zulassen, daß über das ganze Jahr Arbeitszeiten durchgerechnet werden und daß letztlich – hier hat der Herr Schützenhöfer dann etwas dagegen – Kapovaz oder Jobsharing die Regel werden in der Wirtschaft. (Abg. Dr. Maitz: „Das wäre unser Wunsch!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Machen wir darüber bei den Arbeitnehmern eine Abstimmung!“) Darf ich dazu sagen, meine Damen und Herren, es gehört genau zu dieser Gruppe 7, da finden Sie uns nicht als Partner. Und zwar deswegen, weil das eine so gravierende Verschlechterung der Lohn- und Einkommensbedingungen der Arbeiter und Angestellten wäre, daß wir diesen Weg mit Ihnen nicht gehen können. Soweit wir es gemeinsam verantworten können, das haben wir auch am 10. Bundeskongreß festgelegt, werden wir das im Wege von kollektivvertraglichen Veränderungen tun, aber diesen Weg, Herr Präsident, werden wir ganz sicher mit Ihnen nicht gehen können. (Abg. Ing. Stoisser: „Wir wollen eine große Bandbreite!“) Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich sage Ihnen auch, warum. Herr Präsident! Ich sage Ihnen, warum mir der Glaube fehlt. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich glaube, darüber werden wir uns im Interesse der Belegschaft sicher einigen!“) Herr Präsident, im Bereich der Industrie haben wir uns auf ein Modell geeinigt. Im Bereich des Handels waren Ihre Vorstellungen derart utopisch und waren auch tatsächlich nicht akzeptabel, daß wir uns nicht einigen konnten.

Und es hat – damit komme ich auch zu meinem letzten Punkt – zu einer Auseinandersetzung geführt, die wir uns im Interesse aller Beteiligten hätten sparen sollen. Aber erfreulicherweise, vielleicht das Beste und das Gute zuerst. Erfreulicherweise ist festzustellen, Herr Präsident, daß die Sozialpartnerschaft hier funktioniert hat. Zwar im letzten, im allerletzten Moment, aber wir haben einen Konsens gefunden, der für uns diesmal schwerer zu tragen ist als für Sie (Abg. Ing. Stoisser: „Für beide schwer!“), der eine Regelung beinhaltet, zu der wir sagen können, sie ist auch für uns noch akzeptabel, wenn die Arbeitszeitverkürzung und der Einstieg mit drinnen sind, was nie dargestellt wurde. Es ist in der ganzen Auseinandersetzung, in der gesamten Diskussion in der Öffentlichkeit verschwiegen worden, daß in der Bundesrepublik Deutschland in diesen Bereichen die Arbeitszeit bereits wesentlich kürzer ist.

Und wir werden es daher, wenn wir 1987 den Einstieg im Handel bekommen, auch verkraften können – es wird wahrscheinlich 1988 werden. (Abg. Dr. Dorfer: „Vielleicht können wir es uns leisten. Aber,

daß Sie das heute schon wissen!") Wir haben gemeinsam vereinbart, Herr Dr. Dorfer, die Sozialpartner werden gemeinschaftlich im Parlament den Antrag zur Abänderung dieser Spezialbestimmung im Arbeitszeitgesetz, die nur den Handel betrifft, beantragen und dann die Arbeitszeitverkürzung in Kraft setzen. Ich hoffe, daß das auch eintreten wird.

Nun aber zum Schluß zur Verteilungsproblematik. Meine Kollegen werden ja zu den anderen Themen reden. Auch da möchte ich etwas sagen. Sie haben beklagt, Herr Präsident, 2,5 Prozent sind für die Wirtschaft zuviel gewesen. Wir waren der Meinung, daß das sehr verantwortungsbewußt war. Es war ja irgendwo eine gewisse Lohnleitlinie, wie sich jetzt herausstellt, das, was dort abgeschlossen wurde. Ich kenne Ihre Rechnung, Herr Präsident. Ihre Rechnung schaut so aus, 2,5 Prozent auf den Istlohn plus 3,9 Prozent sind Arbeitszeitverkürzungskosten für die eineinhalb Stunden, wirksam geworden am 1. November 1986, dies ist daher für uns ein Abschluß in dieser Größenordnung. (Abg. Dr. Dorfer: „De facto haben Sie fast 10 Prozent gefordert!“) Nur stimmt das nur bedingt, meine Damen und Herren, und zwar deswegen, weil selbst in der Verhandlungsrunde der Sektion Industrie, die dann bei der Auseinandersetzung des Handels nicht gut weggekommen ist, aber selbst dort ist folgendes anerkannt worden, zumindest einmal für meinen Bereich, bei der Angestelltentätigkeit, daß der größte Teil durch die heute bereits vereinbarte Flexibilisierung, durch Rationalisierungsmaßnahmen, durch bessere Organisation in den Unternehmungen kompensiert wird. Und daher war dieser Abschluß akzeptabel. Ich möchte von den Spezialproblemen gar nicht mehr reden, weil sie keine besondere Bedeutung mehr haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Es sind nicht mehr Arbeitsplätze geworden!“) Herr Abgeordneter, da werden Sie uns zugestehen, wir haben am 1. November 1986 begonnen, wir können bestenfalls am 1. November 1987 die erste Abrechnung machen und werden dann sehen, was es gebracht hat. Aber vielleicht ein deutsches Beispiel. Im Metallbereich hat es etwa 150.000 bis 180.000 Arbeitsplätze gebracht. Wir gehen davon aus, daß das auch in der Steiermark der Fall ist, oder umgekehrt dargestellt, weil die Kollegen des Handels Einwendungen gemacht haben, sie können es nicht verkraften, aber eines haben sie zugestanden, auch Ihre Unterhändler, auch der Herr Kommerzialrat Steidl hat anerkannt, Herr Abgeordneter, daß zumindest eines eintritt, die beschäftigungserhaltende Wirkung einer Arbeitszeitverkürzung. Und das würde schon für viele Existenzen in Industrie, Gewerbe und Handel und in allen übrigen Bereichen genügen. Ich muß leider sagen, es ist das, was Sie dargestellt haben, richtig. Wir haben es bereits bei mehreren Debatten herausgestellt. Der Verteilungskampf ist härter geworden, wie wir in allen Bereichen gesehen haben, weil der Verteilungsspielraum enger wurde. Aber gerade jetzt kommt es darauf an, daß wir als Wirtschafts- und Sozialpartner einen Weg des Konsenses weiterhin finden, vernünftige, tragbare Lösungen anstreben, diese abschließend umsetzen. Aber die müssen so sein, daß sie der Arbeiter, daß sie der Angestellte, daß sie der sogenannte unselbständig Erwerbstätige noch akzeptieren kann. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber auch der Unternehmer. Er muß auch existieren!“) Wenn das geht und wenn das machbar ist, dann

ist auch die Sozialpartnerschaft durchaus ungefährdet in ihrem Bestand, und sie wird auch bei jeder Regierungsform, wie immer diese jetzt ausschauen wird, auch weiter ihre Möglichkeiten haben. Wir werden immer in der Situation sein, daß es Grenzbetriebe gibt, wo wir Schwierigkeiten haben. Aber auch hier muß man sagen, hier muß man einfach die gesamte Branche sehen, um zu tragfähigen Abschlüssen zu kommen. Wir können gemeinsam, Kollege Dr. Dorfer, unsere Probleme, die auf uns zukommen, auch lösen. Und in dieser Gemeinsamkeit darf ich Ihnen mitteilen, daß wir, meine Damen und Herren, der Gruppe 7 unsere Zustimmung geben werden. Sie werden sehr überrascht sein, die Debatte war ziemlich emotionslos, weil wir eben wissen, wie schwierig die Situation in der Steiermark ist, und wir müssen sie gemeinsam bewältigen. Glück auf, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu ihrer ersten Rede hat die Frau Abgeordnete Emmy Göber das Wort.

Abg. Göber: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte eigentlich heute in meiner ersten Wortmeldung in diesem Hohen Haus schlicht und einfach für die klein- und mittelständische Wirtschaft werben und um Verständnis bei Ihnen bitten. Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme aus der mittelständischen Wirtschaft. Wir alle aus den Kleinbetrieben haben viel Verständnis für verstaatlichte Betriebe, wir haben viel Verständnis für unsere privaten großen Industrien. Nur sind wir in letzter Zeit der Meinung, daß man von uns klein- und mittelständischen Betrieben viel zu wenig gesprochen hat, aus dem einfachen Grund, weil wir zu Hause gewohnt sind zu arbeiten, weil wir erzogen worden sind zum Sparen, weil wir erzogen worden sind, uns nur das zu leisten, was wir uns in unseren Betrieben erarbeiten können. Das nimmt man in der Öffentlichkeit einfach hin, und darüber hinaus schweigt man. Ich möchte daher heute bei Ihnen um Verständnis und auch um Werbung für uns aus der kleinen und mittelständischen Wirtschaft ersuchen. Handel und Gewerbe sind sehr alte Berufe, solange es Menschen gibt, bestehen sie. Wir leben von Tradition, und ich möchte den Herren Kollegen auch antworten, wir sind aber auch sehr bemüht, flexibel zu sein, und wir werden Ihnen das in Zukunft beweisen, und wir haben es Ihnen eigentlich auch schon in letzter Zeit bewiesen. Denn bei uns herrscht ein einfaches Gesetz, und das heißt, wenn wir nicht flexibel genug sind, dann werden unsere Betriebe nicht funktionieren, und wenn sie nicht funktionieren, dann müssen wir im privaten Bereich einfach zusperren. Dann ist für uns alles zu Ende. Also haben wir keine andere Überlebenschance als uns anzupassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin zwar kein Zahlenmensch, aber trotzdem möchte ich Ihnen einige Zahlen sagen. In der Steiermark gab es im vergangenen Jahr 257.000 Arbeiter und Angestellte. Sehr lobenswert, davon 95.000 in der Industrie. Ich anerkenne das und freue mich, daß so viele Menschen dort Arbeit finden. Aber ich habe mir nur drei kleine Sparten der Privatwirtschaft herausgesucht, und zwar das Gewerbe, den Handel und den

Fremdenverkehr. Im Gewerbe gab es im vergangenen Jahr in der Steiermark 75.000 Beschäftigte, im Handel 42.000 und im Fremdenverkehr 15.000. Das gleiche gilt für die Lehrlinge. Wenn wir das jetzt in Prozenten sagen, so gab es in der Steiermark einen Anteil der Lehrlinge im Industriebereich von 17,40 Prozent, im Gewerbe bitte von 46,17 Prozent, im Handel von 18,71 Prozent und im Fremdenverkehr von 12,56 Prozent. Warum sage ich das alles? Weil wir vielen Kleinen ja auch eine Kraft sind, und ich möchte Sie sehr darum bitten, daß man das anerkennt und daß man uns das auch einmal spüren läßt und uns einmal sagt, daß wir unsere Pflicht tun für die Arbeitnehmer, aber natürlich auch für uns selber. (Abg. Tschernitz: „Wir haben nie etwas anderes gesagt!“)

Ich habe nur gemeint, ich weiß, daß man bei der ersten Rede nichts Kritisches bringen sollte, daher möchte ich meine Anliegen zur klein- und mittelständischen Wirtschaft bringen. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Strukturbewältigung muß der Steuerzahler nur bei der Verstaatlichten zahlen. Die Kleinen gehen ein!“) So ist das.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie gestatten, ich möchte gerne weiterreden. Ich freue mich auch sehr. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Wenn man landauf, landab unterwegs ist, und man kommt zu einem Einmann- oder Einfraubetrieb, und alle von uns kennen solche Betriebe, dann ist man der Meinung, das sind eh nur die Kleinen, und die sind sozusagen eh nichts. Ich bewundere diese Menschen. Ich bewundere sie deswegen, weil sie aus eigener Kraft imstande sind, ihren eigenen Arbeitsplatz zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Mit verschiedenen Dingen kann man aber nicht zufrieden sein, und zwar hinsichtlich der Steuerbelastung, der Leistungskraft und der Wirtschaftsförderungen gibt es halt doch zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen große Unterschiede. Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme aus einem Bezirk, wo wir selber zwei verstaatlichte Betriebe haben, die ELIN und bei uns in Gleisdorf den VOEST-Betrieb. Ich weiß, was es heißt, auch dort zittern jetzt Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz. Niemand soll uns einreden, wir haben dafür kein Verständnis, aber was ich halt nicht in Ordnung finde, ist das, daß wir mit zweierlei Maß in der Wirtschaft gemessen werden. Denn die Verstaatlichte hat zum Beispiel an Unternehmenssteuer von 1970 bis 1982 rund 9 Milliarden Schilling erbracht, wir Private aber 410 Milliarden Schilling. Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die sagen doch etwas aus. Und es ist Ihnen sicher allen bekannt, aber trotzdem darf ich das wiederholen, die Privaten stellen doch 70 Prozent der Ausbildungskräfte, das heißt, der Lehrplätze; die Lehrlinge finden bei uns Anstellung. 70 Prozent der Lehrlinge sind bei uns im privaten Bereich beschäftigt. Die Privaten stellen 66 Prozent der Arbeitsplätze allgemein, tragen aber 70 Prozent der Steuer- und Soziallasten, leisten 60 Prozent der Investitionen und sind anteilig mit 89 Prozent an Betrieben, natürlich in den kleinen Kategorien bis 500 Beschäftigte. An direkten Förderungen bekamen die Klein- und mittelständischen Betriebe aber nur 14 Prozent und die anderen Betriebe 86 Prozent. Sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Dr. Dorfer: „Hört, hört, das ist es!“) Das sind eigentlich erschütternde Zahlen. Und

weil ich jetzt direkte Förderung gemeint habe, soll niemand der Meinung sein, daß ich persönlich Anhängerin der direkten Förderungen bin, weder im verstaatlichten noch im privaten Bereich. Wir treten eigentlich dafür ein, daß jene Betriebe, die schon über Jahre und Jahrzehnte mit ihren Arbeitnehmern und Mitarbeitern erfolgreich arbeiten, belohnt werden sollen. Wir sind nicht dafür, daß auch im privaten Bereich nur die Verlustbetriebe bevorschußt werden. Meine Damen und Herren! Eine Wirtschaft sollte es in Österreich geben. Und dazu gehören auch wir Privaten. Und da meinte einmal ein Wirtschaftspolitiker aus der Bundesrepublik Deutschland: „Die Mücken haben auch die Dinosaurier überlebt.“ Ich schließe mich dem Spruch an. Viele Mücken ergeben einen großen Schwarm, und ich wünsche mir für die Klein- und mittelständischen Betriebe, daß wir da ein Überleben haben.

Vollbeschäftigung ist uns in der mittelständischen Wirtschaft ein großes Anliegen, weil uns manches Mal vorgeworfen wird, wir sind nicht interessiert, mehr Mitarbeiter anzustellen. Das kann doch nicht die Wahrheit sein, wenn wir überlegen, daß wir letzten Endes vom Verdienen leben müssen. Da kann es uns nur recht und billig sein, daß viele Menschen Arbeit haben, daß viele Menschen viel und gut verdienen, dann werden wir wieder gute Geschäfte, ob im Gewerbe oder im Handel, machen. Ich möchte das, bitte, richtigstellen: Vollbeschäftigung ist uns ein Anliegen, und die Zahlen haben es bewiesen. Dazu stehen wir. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Es ist ein grausames Schlagwort, diese Trittbrettfahrersachen. Ich möchte aber trotzdem kurz Stellung nehmen. Ich glaube, daß es richtig wäre, wie ein Kollege gestern gesagt hat, er ist gegen Zwangsvermittlung der Arbeitnehmer. Dagegen wäre ich auch total, denn es ist sicherlich keinem Betrieb gedient, wenn ein Mensch zwangsvermittelt arbeiten muß. Wenn er ohne Lust arbeitet, dann bringt er auch keinen Erfolg. Aber ich glaube schon, wir erleben es täglich am eigenen Leib, daß es eine Gruppe von Menschen gibt, die die sozialen Maßnahmen total ausnützen. Vielleicht ist das einfach nur eine moralische Angelegenheit. Ich kann mich halt nicht dazu bekennen, wenn am Morgen das Telefon bimmelt in einem Geschäft, und da wird angerufen: „Bitte, ich habe gehört, Sie haben eine Arbeit, wann könnte ich denn anfangen?“ So ungefähr, wieviel zahlt man. Ich glaube, wir müssen wieder ein bißchen zur Moral und zum Anstand zurückkehren, daß man zum Betrieb hinkommt, daß man zuerst fragt, wie die Arbeit aussehen soll, und dann wird sich ein Gespräch entwickeln. Es gibt sie, die Trittbrettfahrer. Sicherlich, ich gebe sogar dem Sozialminister recht, daß er sagt, es ist nur eine kleine Gruppe, und niemand soll deswegen bestraft werden. Denn Gesetze sind dazu da, daß man sich nach ihnen hält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lohnnebenkosten. Sie sind bei uns in der Praxis ein riesiges Problem, und zwar aus folgendem Grund. Man hat doch keine Lust und auch kein Interesse, jeden Tag dem Mitarbeiter zu sagen, was er einen kostet. Das wäre doch menschlich unmöglich. Und das tun wir in unseren kleinen Betrieben ganz sicher nicht. Wir haben auch überhaupt nichts dagegen, weil gerade von den Lohnverhandlungen die Rede war, daß unsere

Handelsangestellten ein gutes Gehalt, einen guten Lohn bekommen. Ich weiß, sie sind nicht die Best-bezahlten. Aber wir wehren uns halt total, wenn dann mit den Lohnnebenkosten, wo der Mitarbeiter überhaupt nichts hat davon, dieser Mitarbeiter den Betrieb soviel Geld kostet. Ich glaube, da müssen wir uns alle anstrengen, daß wir da zu einem Erfolg kommen. Leistung, Gewinn und persönliches Eigentum. Wir aus der Wirtschaft – und ich sage es Ihnen – ich habe in meiner Zeit im Bundesrat in Debattenreden oft darunter gelitten, wenn es geheißen hat, „ihr Kapitalisten und wir Arbeitnehmer“. Liebe Damen und Herren! Ich glaube, die Zeiten sind lange vorbei. Es ist erstens grausam, und zweitens ist es nicht die Wahrheit. Ich gehöre nicht zu den Jammerern, aber ich glaube, die meisten von Ihnen wissen auch, wieviel kleine und mittelständische Gewerbetreibende am Existenzminimum sitzen. Es ist fast eine Schande, aber das ist die totale Wahrheit. (Abg. Ing. Stoisser: „Die halben haben ein Minuskapital!“) So ist das. Daher möchte ich wieder einmal zurückkommen, daß man sagt, es wird nicht anders gehen in unserer Wirtschaft, als daß wir uns wieder zur Leistung bekennen, was nichts mit Ausbeutung zu tun hat. Leistung bringt viel Freude, auch Gewinn. Jeder Arbeitnehmer möge Gewinn nach Hause bringen, aber bitte auch der private Unternehmer. Und jeder Arbeitnehmer und Mitarbeiter möge sich ein schönes Eigenheim errichten. Aber auch wir in der privaten Wirtschaft. Außerdem ist Wirtschaftspolitik sicherlich Sozialpolitik und wahrscheinlich auch in Zukunft Umweltpolitik. Daher mein Anliegen, daß wir uns dafür einsetzen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Verehrte Damen und Herren! Spätberufene sind wahrscheinlich immer in ihrem Einsatz vehement. Spätberufene meine ich deswegen, weil mein erster Beruf in einer ganz anderen Branche liegt. Ich habe dann umlernen müssen. Und ich muß sagen, wahrscheinlich aus diesem Grund gilt mein ganzes Anliegen dieser kleinen und mittelständischen Wirtschaft. Ich war auch früher einmal der Meinung, so wie man leider Gottes heute noch manchmal meint, man kauft nach dem alten, typischen Beispiel. Um 3 Schilling kauft der Kaufmann ein, um 6 Schilling verkauft er, der Gewinn ist eigentlich nicht schlecht an diesem Stück dann. Meine Damen und Herren! Ich würde die Lehrer unter uns oder jene, die im Schulbetrieb tätig sind, vielmals ersuchen – ich kam dereinst von dort her und weiß, daß ich von wirtschaftlichen Zusammenhängen sehr wenig verstanden habe, ich gebe das ehrlich zu –, ich würde alle Lehrer höflichst ersuchen, unsere Kinder auf wirtschaftliche Zusammenhänge hin zu unterrichten. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Das ist mir wirklich ein großes Anliegen, weil ich es am eigenen Leib verspürt habe, wie das geht, und zu sagen, wenn jemand Kaufmann oder Gewerbetreibender wird, auch der braucht eine Ausbildung. Und, bitte, ich habe ein konkretes Beispiel, wo jemandem gesagt wurde: „Du übernimmst ja eh das Geschäft daheim, wozu brauchst du in die Mittelschule oder in irgendeine Schule zu gehen?“ Bitte, die Unternehmer, und sei er noch so klein, brauchen eine gute Ausbildung, und ich bitte da vielmals – ob in der AHS oder beim guten Dorfschullehrer – um Verständnis für uns in der dörflichen, in der kleinen Wirtschaft.

Natürlich kann ich nicht von Wirtschaft reden, ohne die Frauen zu apostrophieren, nein, in den Vordergrund zu stellen. Sehr verehrte Damen und Herren, es gibt 110.000 selbständige Unternehmerinnen in Österreich. Das ist eine stattliche Zahl. Diese Frauen leisten Enormes, und ich meine, das ist eine Quotenregelung auf ganz natürliche Art und Weise. Und ich werde mich in Zukunft noch mehr als bisher für diese Frauen einsetzen, aus dem einfachen Grund, weil diese meist keine Zeit oder keine Möglichkeit haben, oder sagen wir, viele von ihnen, sich öffentlich zu engagieren, die aber Enormes zu Hause leisten und die total anerkannt sind im geschäftlichen Bereich, aber leider in der Öffentlichkeit oder im Gesellschaftsleben nicht so repräsentiert sind, wie sie es eigentlich verdienen würden, ganz abgesehen von den mittätigen Ehegattinnen in den Betrieben zu Hause, und das wird mir sicher ein großes Anliegen auch weiterhin sein.

Die Frauen sind von unserer Bürokratie total erschlagen und erschöpft, aber besonders die Frauen in der Wirtschaft. Sehr verehrte Damen und Herren, können Sie mir einen einzigen Berufsstand heute noch sagen, der für jemand anderen oder für eine andere Institution gratis arbeitet? Ich glaube, nein. Nur die Frauen in der Wirtschaft. (Präsident Zdarsky: „Die Hausfrau!“) Die Hausfrau. Danke für die Unterstützung. Das stimmt auch. Es ist erwiesen, daß doch meistens Frauen in den kleinen und mittelständischen Betrieben das Buchhalterische und alles, was drumherum notwendig ist, machen. Und es ist erwiesen, daß sie wöchentlich, meine Damen und Herren, hören Sie zu, wöchentlich elf Stunden nicht für den Betrieb, nicht für den Mitarbeiter im Betrieb, sondern für den Staat, Staat sind wir alle, sehe ich schon ein, aber nicht produktiv arbeiten, unbezahlt arbeiten, was eigentlich nichts bringt, nichts gibt und unbezahlt ist. Weil wir so viele Steuern haben! Steuern haben wir, ich weiß nicht wie viele. Ich glaube, seit 1973 ist das Einkommensteuergesetz 29mal geändert worden. Jetzt können Sie sich diesen Aufwand vorstellen, den eine Frau im Betrieb hat, mit Lohnverrechnung und so weiter. Ich sehe das wirklich nicht ein, daß man so eine Ausbeute machen kann, daß eine Frau oder auch ein Mann elf Stunden in der Woche gratis arbeitet. Das ist mir ein großes Anliegen. Man kann überhaupt nicht über mittelständische Wirtschaft reden, und ich möchte den Minister Dallinger gar nicht angreifen, aber ich möchte ihn nur erwähnen, wir würden so gerne friedlich und in Ruhe arbeiten zu Hause. Aber es ist nicht lustig, wenn immer ein Minister Dallinger wie ein Damokles-Schwert über uns schwebt, einmal mit den 29 Punkten und zur gleichen Zeit Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, und das so mit Polarisieren, daß er meint, er müsse vor Weihnachten auf die Straße gehen. Sehr verehrte Damen und Herren, ich bitte Sie alle, daß wir uns da einigen. Arbeitszeitverkürzung, glaube ich, und ich rede zumindest von unserem Betrieb zu Hause oder von jenen, mit denen ich zu tun habe, ist zur Zeit kein Thema unserer Mitarbeiter in den Betrieben. Die wünschen sich wirklich eher ein gutes Einkommen, aber nicht unbedingt jetzt und justament jetzt in der schwierigen wirtschaftlichen Zeit eine Arbeitszeitverkürzung. (Beifall bei der ÖVP.)

Einen Wunsch habe ich noch, daß wir das nicht immer so herausstreichen – diese bösen Unternehmer

und diese armen Arbeitnehmer. Bei uns zu Hause, nicht nur bei mir, ich rede bei uns, gibt es ein Klima, ein familiäres Klima. Schwarze Schafe gibt es in jeder Berufsgruppe, aber in den überwiegenden Fällen sind das unsere Mitarbeiter, und wir wissen ganz genau, daß wir ohne die guten Mitarbeiter nicht existieren können, aber auch umgekehrt gibt es keinen Weg. Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte mich auch weiterhin für diese kleineren und mittleren Betriebe engagieren, und das aus innerer Überzeugung, und das auch positiv, denn wenn wir nicht alle positiv zu unserer Wirtschaft stehen würden, dann hätten wir eigentlich schon längst unsere Betriebe zusperren müssen. Wir werden das auch in Zukunft positiv machen, unser Möglichstes leisten für unsere Betriebe, für unsere Mitarbeiter und für unsere Familien zu Hause. Schönen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollmann das Wort.

Abg. Kollmann: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Göber hat in so anschaulicher und charmanter Weise vor Augen geführt, was die kleinen und mittleren Unternehmer bewegt. Ich glaube, es war ein wirklicher Anschauungsunterricht für viele in diesem Saal. Vor allem aber für jene, die immer nur in großen Strukturen gedacht haben, weil sie es einfach nicht wahrhaben wollten, daß die kleine und mittelständische Wirtschaft Besonderes zu leisten imstande ist. Ich darf mich als ebenfalls kleiner, aber aus der Obersteiermark stammender Unternehmer hier zu Wort melden und eine kleine Bestandsaufnahme vornehmen, wie es bei uns in der Mur-Mürz-Gegend aussieht. Ich darf aber zuvor noch dem Herrn Kollegen Rainer ein paar Antwortsätze mitgeben. Der Herr Kollege Rainer ist im Moment nicht da. (Abg. Kohlhammer: „Er hört dich!“) Er hört zu, das ist sehr schön. Er hat von diesem wunderbaren Sonderprogramm des Bundes gesprochen, er hat vom Sonderprogramm der Bundesregierung gesprochen, das es de facto nicht gibt. Dieses Programm sei einmalig in Europa, meinte Kollege Rainer.

Meine Damen und Herren, Sie würden es nicht glauben, wenn ich Ihnen nicht beweisen könnte, daß der Bund bisher zur Aushandlung eines Sonderprogrammes noch nicht einmal einen Termin, geschweige denn ein Verhandlungskomitee dem Land mitgeteilt hat. Der Bund ist säumig, aber hier wird bereits vom besten Sonderprogramm gesprochen, das es in Mitteleuropa gibt. Meine Damen und Herren, wie immer auch die Regierungsverhandlungen in Wien ausgehen werden, ich bin nicht sicher, ob die finanzielle Situation des Bundes, in die uns die sozialistische Alleinregierung und dann die Koalitionsregierung hineinmanövriert haben, es überhaupt zulassen wird, ein solches Sonderprogramm in die Wege zu leiten. Und noch etwas bitte: Ich kenne mich in der mittelständischen Wirtschaft gut aus, und ich kenne viele mittelständische Betriebe und Unternehmer, die mich gefragt haben, wie man zur 100.000-Schilling-Aktion Bund/Land kommt, und ich weiß, wie viele Betriebe diese 100.000-Schilling-Aktion tatsächlich in Anspruch nehmen konnten. Auf fünf Fingern einer Hand kann ich

die Mittelbetriebe unterbringen. Diese Aktionen sind alle nur den großen Betrieben zugute gekommen, und in erster Linie der verstaatlichten Industrie, was mich an sich nicht stört, aber die Richtlinien waren so kompliziert abgefaßt, die Verordnungen waren einfach undurchdringlich, so daß sich jeder Kleine, der sich dort einmal durchgewühlt hatte, dann in Wien abschmettern lassen mußte mit dem Bemerkten, er sei kein high-tech-Betrieb. Das bitte, meine Damen und Herren, wollen wir nicht wieder haben. Ich jedenfalls nicht. Und wenn es statt der 100.000-Schilling-Aktion eine 200.000-Schilling-Aktion geben sollte, dann muß sie auch für die mittelständische Wirtschaft erreichbar sein. (Beifall bei der ÖVP.) Das zum Kollegen Rainer.

Aber nun, meine Damen und Herren, zu unserer Bestandsaufnahme. Ich habe vor genau elf Jahren einen Landtagsantrag eingebracht, der darauf abgezielt hat, die Auswirkungen der Fusion von VOEST und Alpine auf die Steiermark und insbesondere auf die steirische Wirtschaft zu orten. Ich darf Ihnen die Antwort der damals jungen VOEST-Alpine ersparen, denn es wäre unfair, jene optimistischen Prognosen, die damals seitens dieses Großkonzerns abgegeben wurden, nun mit den Tatsachen oder mit den tatsächlichen Entwicklungen zu vergleichen. Bewogen hatten mich damals meine Erfahrungen als Aufsichtsrat in den ersten beiden Jahren der fusionierten Gesellschaft und zusätzlich böse Ahnungen, die ich bereits hatte, obgleich gewissermaßen als Beschwichtigung der Steirer in den Satzungen neben der Generaldirektion Linz auch die Hauptverwaltungen Wien und Leoben aufgenommen worden waren. Doch das blieb nur Papier. Es sollten damals zwar der Bergbau sowie das Ressort Wissenschaft, Forschung und Entwicklung von Leoben aus für den gesamten Konzern geleitet werden. Aber schon kurz nach der Fusion waren diese Vorstandsbüros in der Leobener Peter-Tunner-Straße verwaist, die Herren Vorstandsdirektoren nach Linz gezogen, weil man ja im Vorstandsbereich Koordination üben mußte, und aus war es de facto mit der sogenannten Hauptverwaltung. Man hat uns dann noch die Prokuristen entzogen und die Leute der ersten Berichtsebene, so daß überhaupt keine Stabstellen mehr übrigblieben. Die in Linz damals durchgeführten Großinvestitionen haben – und Herr Kollege Vollmann wird das sicherlich bestätigen können, der Kollege Prof. Dr. Eichinger ohnehin – damals den steirischen Gemeinden empfindlichste Rückgänge in der Gewerbeertragssteuer gebracht. Das waren Millionenbeträge für mittlere und kleine Gemeinden, und die haben sie schwer getroffen. Und als dann noch viele steirische Zulieferfirmen der Verstaatlichten durch solche aus dem Donauraum ersetzt wurden und parallel dazu noch lukrative Fertig- und Halbfertigproduktionen aus den steirischen Werken der Verstaatlichten in andere Werke, bevorzugt im Donauraum, abgezogen wurden, begann der unaufhörliche Abstieg. Wir haben immer davon gesprochen, aber es hat uns offenbar niemand glauben wollen oder glauben dürfen, meine Damen und Herren. Mit diesem Abstieg – und da darf ich zwei, drei Sätze noch zurückblenden zum Fremdenverkehr – gab es natürlich auch Auswirkungen auf den Fremdenverkehr im obersteirischen Raum, vor allem im Raum zwischen Leoben und Eisenerz, also im Raum der traditionellen Eisenstraße. Wo keine Stabstellen mehr sind, kommen auch keine Geschäftsreisenden,

keine Fachleute und Manager. Die Beherbergungsbetriebe haben über sinkende Nächtigungsziffern geklagt, was in Leoben sogar zur Schließung des größten Hotels geführt hat. Das Bettenangebot, das wir früher einmal hatten, wäre wichtig, um weiterhin Tagungen und Kongresse in die Obersteiermark holen zu können. Alles eher als ein Renommee, wenn die Institute und wissenschaftlichen Vereine, die an der Montanuniversität situiert sind, Tagungen in andere Fremdenverkehrsorte oder Großstädte verlegen müssen, weil eben die Kapazitäten nicht mehr vorhanden sind. Wir waren damals im Fremdenverkehr sicherlich nur bescheidene Mittelständler. Jetzt aber, 13 Jahre nach der Fusion von VOEST-Alpine, meine Damen und Herren, sind wir tiefstes Entwicklungsgebiet.

Die Wirtschaft, die Unternehmer und ihre Mitarbeiter können zwar eifrig und fleißig unter allen möglichen Verzichten weiterwerken, sie müssen aber auch auf die künftigen Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft vorbereitet werden. Vor allem für unsere Jugend ist das wichtig, für jene Jugend, die zwar oft die höhere Reife erreicht, aber dann nicht die Möglichkeit hat, auch einen Arbeitsplatz zu finden. Dazu bedarf es außerordentlicher Kraftanstrengungen. Und eine solche außerordentliche Kraftanstrengung ist zweifellos der Entschluß des Landes Steiermark und der Handelskammer Steiermark, ein Technologiezentrum mit Technologiepark und WIFI-Schulungszentrum in Leoben-Niklasdorf zu errichten. Ich habe es zwar nicht sehr gern, wenn man Fraktionskollegen von diesem Rednerpult aus dankt, aber in diesem Fall ist es wirklich gerechtfertigt und notwendig. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann, ich danke dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger, und ich danke auch sehr herzlich dem Herrn Präsidenten der Handelskammer Steiermark und allen, die dieses Projekt mittragen werden, für diesen mutigen Entschluß, der immerhin mehr als 100 Millionen Schilling kosten wird und wo wir glauben, daß wir nicht nur für Unternehmer, Mitarbeiter, vor allem für die Jugend, eine ausgezeichnete Ausbildungsstätte in Leoben-Niklasdorf bekommen werden, sondern wo wir auch das Mikroelektronikzentrum und das Elektronik-Kolleg, dessen erster Lehrgang so erfolgreich vor kurzem abgeschlossen hat – mehr als ein Drittel der Absolventen haben mit Auszeichnung die Fachmatura abgelegt –, unterbringen möchten.

Ich habe mich sehr gefreut, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross kürzlich hier im Haus auch vom Erfordernis der Mittelstandsförderung gesprochen hat. Ich habe es sehr wohl vermerkt, meine Damen und Herren. Aber Hand auf 's Herz, haben Sie vor wenigen Jahren schon geglaubt, daß der gewerbliche Mittelstand nicht nur in der Steiermark, sondern im gesamten Bundesgebiet zum ganz großen und einzigartigen steuerlichen Zugpferd in Österreich werden würde? Sie haben – und diesen Vorwurf kann ich Ihnen auch heute in dieser versöhnlichen Debatte nicht ersparen – das Heil in den riesigen, unbeweglichen Strukturen der verstaatlichten Industrie gesehen und auch – bitte – das Heil im Bereich des Arbeitsplatzangebotes dieser verstaatlichten Werke. Die Verstaatlichte hat uns leider enttäuscht. Ich weiß, daß nicht alles, was dort schlecht gelaufen ist, im Bereich des Managements gelegen war, aber sicher ein Großteil an jenen Regierungen, die seit 1970 tätig waren und geglaubt haben,

wenn man alle Betriebe der Verstaatlichten möglichst miteinander fusioniert und unbewegliche Einheiten schafft, dann wird das funktionieren. Das seien dann die unsinkbaren Schiffe, da ginge dann nichts schief. Wenn es der VEW schlecht geht, wird die Mutter VOEST-Alpine auffangen, wenn die Mutter VOEST-Alpine krank ist, wird die ÖIAG auffangen. Und dann haben wir immer noch den Staat und den Steuerzahler. Heute sind wir pleite in diesen Bereichen, meine Damen und Herren.

Die kleinen Unternehmer unseres Bundeslandes Steiermark aber haben uns nicht im Stich gelassen. Sie haben unter Einkommensverzicht, ohne besondere Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu können, meist ohne Zeit, überhaupt auf Urlaub gehen zu können und vor allem ohne gesetzliche Urlaubs- und Weihnachtsremuneration genießen zu können, mit durchschnittlich – hören Sie bitte – 58 Wochenstunden Arbeit dazu beigetragen, daß unser Landesbudget noch einigermaßen den Erfordernissen gerecht wird und daß der Arbeitsmarkt in unserem Bundesland nicht vollends zusammenbricht. Meine Damen und Herren, ich glaube, es wäre unklug, wenn man weiterhin so handeln würde, wie das vor kurzem im Raum Eisenerz passiert ist. Daß der regionale Entwicklungsverband unter einem Kollegen Hammer als Obmann jene Hände durch Pressekampagne und Pressekonferenzen schlägt, die letztlich den Futtertrog dieses Entwicklungslandes immer wieder füllen. Und zwar die Hände des Landeshauptmannstellvertreters Prof. Jungwirth und des Herrn Landesrates Dr. Heidinger. Und zwar in höchst unqualifizierter Art und Weise. So wird es nicht gehen. Man kann da nicht Lügen verbreiten, man muß schon schauen, daß man selbst im eigenen Haus Ordnung schafft. (Abg. Hammer: „Lüge wäre ein Ordnungsruf. Darüber sind wir uns einig! Ich verzichte darauf!“)

Solange diese Ordnung nicht da ist im eigenen Haus, kann man auch nicht erwarten, daß das Land Steiermark und die zuständigen Referenten noch und noch und noch Gelder zur Verfügung stellen. Ich erinnere an die Landesausstellung in Eisenerz, an das Nordische Skizentrum, an die Lehrlingsförderungen, an alle Bereiche der Kultur- und Denkmalpflege. Ich kann nur sagen, was dort in diesem Raum wirklich großzügig seitens des Landes investiert wurde, ist beachtlich. Und wenn wir zusammenarbeiten wollen und Erfolge erzielen wollen, darf das nicht so weitergehen. Wer auf Zusammenarbeit wert legt, muß diese Zusammenarbeit auch leben, und nicht nur davon reden und anders handeln. Dazu gehört bitte auch, Kollege Mag. Rader, die Job-Creation. Auch hier wäre, wie du inzwischen bemerkt hast, der Konsens zu suchen und nicht derartige Unternehmungen, übrigens gegen ihren Willen, einfach politisch zu vereinnahmen. Bis dato sind meines Wissens die Arbeitsplätze dieses Unternehmens die einzigen, die durch dessen Einsatz geschaffen wurden, aber man soll natürlich keinen Weg unbegangen lassen. Auch dann nicht, wenn sich dies als eine Art, und du hast ja diesen Begriff vorgestern erfunden, „Management by Helicopter“ herausstellen sollte oder teilweise schon herausgestellt hat. Und zwar funktioniert das so: Der liberale Hubschrauber landet, wirbelt blauen Staub auf, und noch bevor sich der Staub gesetzt hat, ist er wieder abgeflo-

gen: der Erfinder der Job-Creation, Herr Dr. Steger. Meine Damen und Herren, seien wir vorsichtig, und ich bitte dich, Kollege Mag. Rader, es ebenfalls zu sein. Es ist bereits ein neuer derartiger Hubschrauber in Dienst gestellt. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich darf dir versichern, Herr Kollege Kollmann, der Norbert Steger war nicht der Erfinder der Job-Creation, er war nicht der Erfinder (Abg. Kollmann: „Er hat es behauptet!“), sondern der Vorschlag ist vom damaligen Vorstandsdirektor der Wienerberger-AG. Helmut Krünes gekommen, der mir vor eineinhalb Jahren vorgeschlagen hat, mich darum zu kümmern, was ich getan habe und dann erreicht habe, daß das Handelsministerium eine Studie in Auftrag gegeben hat, weil die Studie kann nur vom Handelsministerium in Auftrag gegeben werden. Und all diejenigen Hubschrauber, die mit der Job-Creation wirklich in der Geburtsphase zu tun hatten, sind noch in der Politik, auch wenn der Staub sich in der Zwischenzeit schon gelegt hat. Ich bin auch überzeugt, daß wir in der Zwischenzeit gemeinsam das weiterbringen werden. Und wenn ich nur einen Zweifel gehabt hätte, daß diese Initiative wirklich die richtige ist, dieser Zweifel wäre endgültig beseitigt worden mit der Wortmeldung der Frau Abgeordneten Göber, die mich wirklich endgültig überzeugt hat, daß das der richtige Weg ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf gleich darauf eingehen, weil du die Ergebnisse verlangst. Situationsstand ist derzeit der: Die Studie und die Vorarbeiten sind insofern fix und fertig, daß auf Knopfdruck mit Auftragserteilung mit dem Aufbau der vier Unternehmerzentren begonnen werden kann. Was du wahrscheinlich nicht weißt, aber was ich das letzte Mal versucht habe zu schildern, aber wahrscheinlich zu undeutlich ist, die ganze Konzeption teilt sich in drei Teile. Der Teil zwei ist abgeschlossen, die Realisierungsphase ist der Teil drei. Dieser Teil drei kann aber nicht durch das Handelsministerium allein vergeben werden, weil dort nicht die alleinige Kompetenz liegt. Es muß auch der Verstaatlichtenbereich mit eingebaut werden, und, und, und. Das ist auch der Grund, warum ich mich vehement bemüht habe, weil ich ja nicht weiß, wie die Einflußsphären im Zusammenhang mit der Neukonstellation der Regierung sind, ich die Initiative aber nicht untergehen lassen wollte, daß sich auch die Mehrheitspartei, deine Partei, in den Parteienverhandlungen verpflichtet, auch durch die Landesregierung eine Beauftragung in Aussicht zu nehmen, damit ganz einfach die vielen Vorarbeiten, die soweit fertig sind, daß es auf Knopfdruck losgehen kann, nicht umsonst gewesen sind. Wir haben das vereinbart, und ich hoffe, daß das auch tatsächlich realisiert wird. Ich kann dir garantieren, so viel Staub kann sich gar nicht legen, daß nicht diese Initiative als wirklich vernünftig übrig bleibt. Und ich hoffe, daß wir gemeinsam bei den ersten Eröffnungen der Unternehmenszentren nebeneinander stehen werden und sagen, klass war das, und das haben wir gemeinsam

gemacht. Ich wünsche es dir wirklich, denn du kommst ja aus dieser Situation und aus dieser Gegend, wo es ja besonders in Kraft tritt. Ich darf nur vorweg noch, weil der Herr Präsident Stoisser die Frage der Großmärkte angeschnitten hat, wir brauchen die Diskussion nicht mehr zu führen, wir haben sie in diesem Haus ausführlich geführt, und wir haben auch die Raumordnungsnovelle gemeinsam beschlossen, obwohl sie zu spät gekommen ist für diejenigen Großmärkte, für die ursprünglich die Initiative entstanden ist. Und in dieser Phase damals – der Herr Kollege Dr. Dorfer war hier sehr engagiert – wurde die These erfunden, daß das in Wahrheit nur über die Gewerbeordnung möglich sein wird, und da muß unbedingt der Bund. Jawohl, ich gebe dir nach wie vor recht. Die Novelle der Gewerbeordnung ist ausgesandt. Ich gehe davon aus, daß bei der zu erwartenden großen Koalition die ÖVP den Handelsminister stellen wird. Ich werde mit großem Interesse verfolgen, ob dieser Handelsminister wirklich die Bedarfsprüfung für Großmärkte in die Gewerbeordnung einbringen wird. Mit großem Interesse, weil ich nämlich auch ganz genau weiß, wo diese Initiative in der Zwischenzeit immer hängengeblieben ist, Herr Kollege Dr. Dorfer, und du weißt es auch. Die Briefe sind von euch in der Kammer weggegangen, und die Bundeskammer hat sie eingezogen. Im Handelsministerium sind sie nie gelandet. Mit großem Interesse werde ich verfolgen, ob diese Novelle, für die ihr hier so gekämpft habt in diesem Haus, tatsächlich Eingang findet in die neue Gewerbeordnung. Das ist, verzeih mir, wenn ich das von diesem Pult hier sage, das ist halt auch jene Genugtuung, die du empfunden hast, als du uns vorwerfen hast können, was wir alles nicht gemacht haben, was wir vorher diskutiert haben. Jetzt wandelt sich das Bild, verzeih, daß ich dieselbe Genugtuung empfinde, wenn ich dir vorrechnen werde können, was du alles nicht über die Bühne bringst, worum gekämpft worden ist, als ihr nicht in der Regierung wart. Wenn es dazu kommt, soll es mir recht sein.

Meine Damen und Herren, der Bundesrechnungshof hat sich in seinem letzten Einschaubericht, der ja demnächst auch im Haus ausführlich diskutiert werden wird, mit der steirischen Wirtschaftsförderung beschäftigt und hat insbesondere eine Wirksamkeitsuntersuchung verlangt. Obendrein, und das halte ich wirklich für einen sehr guten Gedanken, wir sollten das vielleicht auch bei den Wirtschaftsberichten berücksichtigen, hat er auch verlangt, daß man natürlich die Gesamtwirksamkeit aller Förderungen, sowohl von Bundesebene als auch von Landesebene, gemeinsam betrachten soll. Weil, wenn man sich von den Wirtschaftsberichten her die Ziffern der gesicherten Arbeitsplätze zusammenrechnet, wieviel durch die Landesförderung in den Landesberichten gesichert sind und wieviel durch die Bundesförderung in den Bundesberichten gesichert sind, wenn man die zwei zusammenzählt, hat man doppelt so viele Arbeitsplätze als überhaupt vorhanden sind, weil jeder Förderungsbereich natürlich 100 Prozent als durch seine Förderung gesichert betrachtet. Es ist sehr vernünftig, daß man das gemeinsam machen soll. In der Industrie- und Großgewerbeproduktion wies die Steiermark in den beiden betrachteten Jahren, das waren bis herauf 83, die niedrigsten Kennzahlen der ökonomischen Effizienz der Förderung aus, und zwar aller Bundesländer, die technische Effizienz lag knapp unter dem Bundes-

länderdurchschnitt, die Abnahme der Beschäftigtenzahl war die zweithöchste in Österreich. Die Investitionsquote bei den Industrie- und Großgewerbebetrieben stieg auf den größten Wert aller Bundesländer an, bei einer der höchsten Förderungsintensitäten aller Bundesländer. Es wurde wirklich am meisten gefördert, womit die Investitionsquote angestiegen ist, nur die Effizienz war eine der geringsten. Der Rechnungshof vertrat die Ansicht, daß die niedrigen Effizienzkennzahlen bedenklich sind, wobei in diesem Fall verstärkte Investitionstätigkeit nicht ein positives Anzeichen verstärkter wirtschaftlicher Tätigkeit, sondern angesichts mehr als ausgeschöpfter Finanzierungsspielräume der Unternehmungen betriebswirtschaftlich bedenklich sei. Überdies wies der Rechnungshof darauf hin, daß Risikokapitalquote und Umsatzrentabilität im Investitions- und Konsumgütersektor der Industrie fast durchwegs die niedrigsten Werte aller Bundesländer auswiesen. Die Betrachtung der Industrieproduktion nach Beschäftigten zeigt in der Steiermark, und das wurde positiv bemerkt, die vergleichsweise günstigsten Kennzahlenwerte für Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten, während dies für ganz Österreich bei Betrieben zwischen 100 und 499 Beschäftigten der Fall ist. Zur Budgetierung wurde festgestellt, daß der Grundsatz der Budgetwahrheit es verlange, daß die Höhe der zu veranlagenden Beträge mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit festgestellt wurde, die alte Problematik, daß man natürlich im Verlauf des Jahres nachfordern muß.

Meine Damen und Herren, an sich – glaube ich – kann man bei allen kritischen Anmerkungen und auch der Feststellung, daß die Effektivität sehr gering ist, positiv bemerken, daß in der Steiermark sehr viel gefördert worden ist, und das ist gut. Die Frage ist nur – und hier stimme ich völlig überein mit Frau Abgeordneter Göber und auch zum Teil mit dem Abgeordneten Kollmann –, in welchen Bereich man überhaupt die Wirtschaftsförderung plazieren sollte. Ich habe mir hier mitgenommen – werde es aber nur in zwei, drei Sätzen zitieren, obwohl ich es an sich breiter vorhatte, aber weil der Kollege Rainer gerade hereinkommt, werde ich mich dann doch ein bißchen mit den Laden-schlußzeiten beschäftigen müssen beziehungsweise mit den Ladenöffnungszeiten – eine Studie von Univ.-Prof. Aiginger vom 3. März 1986 über die Situation des Sulfatzellstoffwerkes Pöls. Sie wissen, dies ist ein Lieblingskind von mir seit ich dieses Haus betreten habe und auch vom Handelsminister. (Landesrat Dr. Heindinger: „Auch vom Handelsminister!“) Und wie ich weiß, Herr Landesrat, nehme ich an, werden Sie zumindest von der wirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht sonderlich unterschiedlicher Meinung sein mit uns, ich will nicht darauf eingehen, daß Sie im Augenblick große Probleme mit der gewerberechtlichen Genehmigung haben, die wieder nicht stattfinden konnte.

Ich sage, lassen wir das einmal beiseite. Ich gehe auf die wirtschaftliche Situation ein. (Abg. Rainer: „Das ist dort in diesem Rechtsverfahren passiert. Das ist ungeheuerlich. Da ist eine Vorgangsweise seit langem anhängig, die nicht akzeptiert werden kann!“) Durch wen? (Abg. Rainer: „Durch die Landesbehörde!“) Durch die Behörde, die Landesbehörde? Ich würde sagen, du wirst noch Gelegenheit haben, dich mit dem Herrn Landesrat persönlich in dieser Frage auseinan-

derzusetzen, von mir aus auch hier. Ich möchte mich eher beschränken auf die Frage der Untersuchung, ob diese staatlichen Mittel, die hier eingesetzt worden sind, gerechtfertigt oder nicht gerechtfertigt waren. Und diese Studie von Prof. Aiginger stellt fest, daß die Papierindustrie eine der kapitalintensivsten Industriebranchen ist und, um Pöls zu beurteilen, selbst unter der extremen Annahme – hier zitiere ich wörtlich –, „daß alle 500 Arbeitsplätze ohne Sulfatzellstoffwerk verlorengingen“, was wirklich eine extreme Annahme ist, weil bitte auch beim Fall der Schließung des Werkes auf jeden Fall ein Teil der Arbeitskräfte in anderen Bereichen unterbringbar wäre. Aber selbst unter dieser extremen Annahme, daß fast alle 500 Arbeitsplätze ohne Sulfatzellstoffwerk verlorengingen, würde die Erhaltung eines einzigen Arbeitsplatzes mit 5 Millionen Schilling öffentlicher Förderung das Fünffache eines ähnlich vereinfacht gerechneten Arbeitsplatzes in der Maschinenindustrie zum Beispiel kosten. Das sind Größenordnungen, von denen man sich wirklich überlegen muß, ob sie vernünftig sind. Und unter dem Titel „Die innere Logik der Entscheidung“ stellt die Studie von Prof. Aiginger fest, wenn man aus heutiger Sicht die Entscheidung über den Bau der Sulfatzellstoffanlage betrachtet, stimmen die meisten Analytiker überein, daß es sich um eine Fehlentscheidung gehandelt hat. Auseinander gehen die Meinungen lediglich, ob der Mißerfolg aus einer Summe von mehr oder minder unvorhersehbaren Zufällen entstanden ist oder aus systematischen Gründen, die man vorhersehen hätte sollen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht war die Entscheidung wahrscheinlich falsch, wird festgestellt, und der Grund dafür ist, daß man in all diesen Situationen und Diskussionen immer einen an sich falschen Vergleich zieht zwischen einer alten Anlage und einer neuen Anlage derselben Branche und nicht die an sich richtigere Frage von vornherein stellt, ob nicht diese Anlage erneuerbar ist, sondern ob andere Anlagen errichtet werden können. Und der Grund dafür ist eigentlich ein recht einfacher. Ich finde ihn hier auf der Seite 12 unter dem Titel „Besteht Wiederholungsgefahr?“. Der Grund, warum prinzipiell in solchen Situationen immer nur die bestehende Anlage genommen wird und nur darüber nachgedacht wird, ob sie erneuerbar oder verbesserbar ist, liegt daran, daß die potentiellen Firmenneugründer, und das sind wir wieder bei der Job-Creation, über keine Lobby verfügen. Und wenn man in der Politik – das sehe ich als unsere Aufgabe an – auch eine Aufgabe hat, dann ist es, die Lobby potentieller Firmenneugründer darzustellen, weil die Lobby natürlich auf der Seite der bestehenden Betriebe ist, die natürlich mit Schließungen und Arbeitsplatzverlusten drohen können, was bekanntlich in der Politik immer eine starke Argumentation selbstverständlich ist. Übrigens steht in dieser Studie vom 3. März 1986 auch drinnen, eine Aussicht, was die nächste Fehlentscheidung unter dieser Voraussetzung wäre. Sie ist in der Zwischenzeit – wie ich höre – gefallen, die nächste Fehlentscheidung wäre gewesen der Neubau der Elektrolyse in Ranshofen. Auch dieser Fehlentscheidung ist man nicht entgangen. (Abg. Rainer: „Deine Studie ist bereits überholt.“ Prof. Popovic, der im Aufsichtsrat der Pölsler sitzt, hat vor wenigen Tagen festgestellt, daß die Anlage nach Plan läuft, die bekanntlich eine Anlaufzeit von drei Jahren hat. Sie hat keine wie immer gearteten Abwei-

chungen gegenüber anderen Anlagen!“) Das habe ich überhaupt nicht bestritten, Kollege Rainer. Ich bin nur der grundsätzlichen Auffassung, ebenso wie die Studie, daß die Entscheidung, überhaupt eine solche Anlage zu bauen, eine Fehlentscheidung war und daß sich das in Wahrheit nicht rechnen wird. So gut kann sie ja gar nicht laufen. Die Probleme, die es zusätzlich gegeben hat, haben die Situation nur zusätzlich erschwert. Aber an sich war die Entscheidung überhaupt falsch.

Lassen Sie mich, weil wir gerade so schön diskutieren, doch noch ein paar Sätze zu den Ladenöffnungszeiten sagen. Im Gegensatz zum Kollegen Rainer begrüße ich außerordentlich die Entscheidung von Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, zumindest jetzt einmal unten in den Grenzregionen die ersten Lockerungen zu machen. Jawohl, das ist notwendig gewesen. Ich gehe noch einen Schritt weiter, ich habe das das letzte Mal schon gesagt und werde es immer wieder wiederholen, ich verstehe überhaupt nicht (Abg. Dr. Dorfer: „Die beiden allein können es nicht entscheiden!“), warum wir zu Ende des 20. Jahrhunderts noch immer den theoretischen Klassenkampf predigen müssen. Ich verstehe überhaupt nicht, warum – ich danke für die Uhr, mein Klub hat keinen Beschluß, daß ich 500 Schilling bezahlen muß, deshalb kann ich ja eure Abgeordneten sponsern, weil ich ja nicht in meine Klubkasse bezahlen muß – in Österreich es noch immer notwendig ist, daß zwei große Organisationen, in der Steiermark personifiziert durch den Kollegen Rainer und den Herrn Kommerzialrat Gady, zu entscheiden haben, was für jeden einzelnen Betriebsinhaber in der Steiermark und für jeden einzelnen Arbeitnehmer im Handel in der Steiermark gut zu sein hat. Ich verstehe überhaupt nicht, warum man nicht die Möglichkeit berücksichtigen kann, daß natürlich jeder Geschäftsinhaber von seinem Kundenstock her andere Interessen – auch zeitliche Interessen – hat und daß natürlich jeder Arbeitnehmer auf Grund seiner Wohnsituation andere Interessen hat. Wenn er in Gleisdorf wohnt, will er keine Mittagspause in Graz haben, und wenn er nebenan wohnt, will er natürlich eine Mittagspause in Graz haben. Das sind subjektive Interessen. Und aus dieser Erkenntnis heraus begreife ich ganz einfach nicht, warum es nicht möglich sein soll – (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist leider eine sehr naive Ansicht!“) Gut, es ist recht und schön, aber ich sage dir meinen Ausweg – ich begreife überhaupt nicht, warum es zu Ende des 20. Jahrhunderts nicht möglich sein soll, daß jeder Betriebsinhaber mit seinen Leuten sich ausschnapst, wann er offen läßt, um Himmels willen, das verstehe ich nicht. Ich begreife nicht, warum das nicht möglich ist. Schau, Kollege Rainer, du wirst doch nicht meinen, daß deine Mitglieder in deiner Gewerkschaft nicht in der Lage sind, sich mit ihrem Betriebsinhaber zu einigen auf das, was geschehen kann. Ich weiß schon, da gibt es ein paar Ausnahmesituationen bei Schuhgeschäften, die Geschichten kenne ich alle. Aber deshalb müssen alle anderen kleinen Unternehmer entmündigt werden, nur weil es bei ein paar Betrieben Probleme gibt. Das sehe ich doch überhaupt nicht ein. Warum sollen sie sich das nicht mit ihren Mitarbeitern ausschnapsen können, wann sie offenhalten können und wann sie wollen nach den Interessen beider. Und von mir aus machen wir eine Grenze, eine insgesamt Offenhaltungsgrenze, die nicht größer ist als die der-

zeitigen Offenhaltungszeiten pro Woche. Aber wann, in welchem Rahmen die aufsperrten oder zusperren, das sollen sie sich doch mit ihren Kunden und mit ihren Mitarbeitern ausmachen können. Wir sind ja in Österreich und alles mündige Leute. Ich verstehe überhaupt nicht, ich sage noch einmal, ich verstehe es nicht, warum wir in einer Situation sind, daß wir solche Dinge verordnen müssen und damit zwangsläufig nie den Interessen der meisten entgegenkommen können. Die keinen Laden haben, höchstens einen Bauchladen. (Abg. Dr. Dorfer: „Vom Ladenschluß reden immer die am leichtesten, die nichts damit zu tun haben. Das ist eindimensional!“) Es ist nicht eindimensional. Es hat schon der Herr Dr. Sinowatz gesagt, daß alles so sehr schwierig ist, das sehe ich schon ein. Nur, wenn man durch diese Diskussion endlich in Gang bringen kann, daß es mehr Selbstverantwortung gibt, und du stehst auf der Bremse, das weiß ich schon. Ich glaube, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba sehr froh wäre, wenn er sich mit diesen Dingen nicht beschäftigen müßte, weil er auch genau sieht, daß er in Wahrheit nie etwas machen kann, was wirklich den Bedürfnissen der einzelnen Geschäftsinhaber, ihrer Kunden und ihrer Mitarbeiter im Einzelfall entsprechen kann. Ich glaube, reißen wir diese ganze Geschichte immer wieder auf, bin ich felsenfest überzeugt – und da, glaube ich, habe ich eher eine Verbündete in der Frau Abgeordneten Dr. Kalnoky gefunden als im Kollegen Dr. Dorfer –, wird es dazu kommen, daß wir flexibler werden können.

Ich habe mir vor einem Jahr die Mühe gemacht, einen ganzen Monat lang jeden Nachmittag und Abend von einem Grazer Stadtbezirk zum anderen zu marschieren und dort Gespräche zu führen, und da bin ich draufgekommen, genau dasselbe, es ist nicht so einfach, daß man es gemeinsam lösen kann. Ich will mich da nicht weiter verbreitern, weil wir uns heute ja nicht einigen können, befürchte ich. Ich möchte aber nur etwas noch quasi abschließend, und da, hoffe ich, werde ich auf das Verständnis des Kollegen Dr. Dorfer stoßen, im verstärkten Ausmaß noch zur Sprache bringen, weil ich glaube, daß es auch eine psychologische Frage ist für die Betriebsinhaber, wie sie auch durch verschiedene gesetzliche Regelungen behandelt werden. Ich bin vor ein paar Wochen in einem Gastgewerbebetrieb in Graz-Umgebung gewesen und habe dort etwas erfahren, was du natürlich weißt, weil du mit den Dingen befaßt bist, für mich war es neu, aber es ist nicht weniger unverständlich für mich. Da gibt es tatsächlich im Jugendbeschäftigungsgesetz eine Bestimmung, daß, wenn Lehrlinge in der Schulzeit, in der sie nicht im Betrieb sind und ohnehin dem Betriebsinhaber wirklich abgehen, durch ein höheres Unterrichtsausmaß ein paar Überstunden machen, daß der Betriebsinhaber ihnen diese Überstunden wieder abgelten und freigeben muß. Seid mir nicht böse, wenn da welche sind in der Landesberufsschule für das Gastgewerbe zum Beispiel, und die müssen arbeiten, das ist im Zuge der Ausbildung, im Zuge verschiedener Veranstaltungen, Empfänge und dergleichen, Landesempfänge, irgendwelcher Empfänge, da sind die eingesetzt, und dann kommen sie zurück nach drei Wochen, und der Betriebsinhaber ist schon froh, daß sie wieder da sind, und dann bekommt er plötzlich einen Zettel, und da steht darauf, daß nach Novelle und Gesetz und überhaupt das gesetzliche Stunden-

ausmaß während der achtwöchigen Schulzeit um 4 Stunden und 35 Minuten überschritten wurde, und das möglicherweise für einen Empfang, wo wir Bonzen herumgestanden sind. Laut Gesetz kann diese Stundenanzahl vom Lehrling innerhalb der nächsten vier Wochen nach Beendigung des Lehrganges als Freizeit beansprucht werden, und der Betriebsinhaber muß das machen für die Empfänger, dann verstehe ich auch, daß er heiß ist. Also, überlegen wir uns, ob wir diese Regelung wirklich so machen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir haben diese gesetzliche Bestimmung auf ein Drittel des Ausmaßes der Schulersatzzeiten herabgedrückt. Der Abgeordnete Rainer weiß das genau!“) Wenn du eine neue Initiative machst, und ich nehme an, daß ihr ja den Handelsminister stellen werdet, wirst du mich als Partner haben. Herzlichen Dank. (Beifall bei der SPÖ, FPÖ und VGÖ-AL.)

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro, dem ich das Wort erteile.

Abg. Gennaro: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin als Gewerkschafter sehr froh, daß heute eigentlich der Herr Präsident Ing. Stoisser von der Handelskammer sowie einige Unternehmer, die zum Thema Wirtschaft gesprochen haben, auf die Sozialpartnerschaft hingewiesen haben. Ich darf vielleicht, nur aus der „Tagespost“ entnommen, als Jugendsprecher der SPÖ sagen, daß ich mich als Gewerkschafter und junger Mensch zu dieser Sozialpartnerschaft bekenne, weil ich glaube, daß sie seit 1945 einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, daß die österreichische Wirtschaft und der österreichische Staat heute so dastehen. Es gibt sehr wohl bei den Unternehmern als auch in Gewerkschaftskreisen Radikale, die diese Sozialpartnerschaft in Frage stellen. Ich sage das deshalb, weil ich glaube und überzeugt davon bin, daß wir hier nicht ein Zündholz in die Hand nehmen sollen, daß wir bei dem System bleiben, daß das Gespräch, das bis dato in Österreich zwischen den Sozialpartnern geführt wurde und das nicht immer auch bei den Dienstnehmern draußen eine positive Auswirkung hat, das aber ein entscheidender Beitrag dazu ist, daß wir die Dinge einfacher und unproblematischer lösen können. Wir kennen genügend Beispiele aus der Bundesrepublik, wie die Fragen der Arbeitszeitverkürzung gelöst wurden, welchen wirtschaftlichen und sozialen Schaden man mit dieser Haltung angerichtet hat. Meine Damen und Herren, wenn man zum Bereich der Wirtschaft spricht, so glaube ich hier auch sagen zu müssen, daß man sich sehr wohl vor einer Schönfärberei hüten soll, man soll sich aber auch dagegen wehren, daß erfolgreiche Arbeit der Menschen dieses Landes aus politischen Motiven herabgesetzt wird. Alle unerfreulichen Ereignisse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die österreichische Wirtschaft sich in einem immer schwieriger werdenden Umfeld sehr erfolgreich behauptet hat. Dazu nur einige Daten, um Grundsätzliches festzustellen: Mit rund 2 Prozent wird unsere Wirtschaft weiterhin schneller, als es der westeuropäische Durchschnitt ist, wachsen. Circa 22.000 Arbeitnehmer werden heuer mehr Beschäftigung finden. Das Ziel einer ausgeglichenen Leistungsbilanz wird wieder erreicht werden, und der

Preisauflauf ist in den letzten Monaten praktisch zum Stillstand gekommen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden um voraussichtlich, so den Prognosen zu entnehmen, um zirka 3 Prozent wachsen, das heißt, der Lebensstandard der Österreicher wird auch heuer steigen. Das sind Daten, meine Damen und Herren, die für ein kleines, außerwirtschaftlich so stark abhängiges Land nicht selbstverständlich sind.

Was nun den Arbeitsmarkt betrifft, so stehen wir trotz der relativ guten Konjunktur dem Phänomen gegenüber, daß einerseits die Gesamtbeschäftigung gestiegen ist, andererseits, und das möchte ich nicht verschweigen, die Arbeitslosigkeit in Österreich zunimmt. Insbesondere in unserem Bundesland zeigt sich mit 20.955 arbeitslos gemeldeten Personen, das sind über 5,1 Prozent, eine starke Zunahme dieser Arbeitslosigkeit. Absolut gesehen sind dies mit Ende Oktober um zirka 2600 Personen mehr als im Vorjahr. Es sind die offenen Stellen zwar um zirka 600 angestiegen, aber dies darf nicht hinwegtäuschen, daß weiterhin rund 15.000 Arbeitsplätze in unserem Bundesland fehlen. Auf diese besondere schwierige Lage, meine Damen und Herren, am steirischen Arbeitsmarkt wurde immer wieder hingewiesen, und es hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross auch bei der Bundesregierung immer wieder Verständnis gefunden, wenn es darum gegangen ist, die Probleme aufzuzeigen, ob das Waagner-Biró, ob das die Maschinenfabrik Andritz, ob das die Simmering-Graz-Pauker oder Steyer-Daimler-Puch-Werke sind. Und, meine Damen und Herren der ÖVP, es geht halt sicherlich nicht ohne Wien, ohne Bundesregierung. Und Sie werden es vielleicht, so hoffe ich es, in Zukunft nicht schwer haben, sich durchsetzen zu können, nach dem, was bisher in der Vergangenheit passiert ist. Ohne Wien werden auch Sie nicht auskommen. Bei allen Ansätzen des Arbeitsmarktbudgets, meine Damen und Herren, wurde die Steiermark immer überdurchschnittlich berücksichtigt, und man kann wohl sagen, daß die Zahl der Arbeitslosen ohne die massiven Einsätze der Arbeitsmarktmittel weit höher gewesen wäre. Jugendarbeitslosigkeit, das brauchen wir nicht vom Tisch zu wischen, ist gegeben.

„Aktion 8000“: Es geht, meine Damen und Herren, so weit, daß es heute fast unmöglich ist, einen Lehrling wo unterzubringen, der nicht über die Arbeitsmarktverwaltung gefördert wird. (Abg. Kollmann: „Das stimmt nicht. Bescheiden schon im weiblichen, aber es gibt keine männlichen!“) Da kann ich Ihnen sicherlich, Herr Kollege Kollmann, Beweise antreten. Aus Erzählungen meines Großvaters, meine Damen und Herren, weiß ich, daß früher Eltern für ihre Kinder zahlen mußten, damit sie eine Lehrstelle bekommen haben. Und wir sind heute so weit, daß sich dieses Problem nur mehr verlagert hat und daß die öffentliche Hand aus Steuermitteln dafür aufkommen muß. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Die Wissensvermittlung ist doch auch etwas wert. Der Staat gibt dafür Unmengen Geld aus!“) Herr Präsident Stoisser, zwischen den Gewerkschaften und der Handelskammer gibt es sicherlich keine unterschiedlichen Auffassungen, denn Sie wissen genau, daß wir den Nachwuchs an Facharbeitern brauchen. Sie beklagen, daß Sie zu wenig Lehrlinge bekommen, und wir sorgen dafür, daß die

Lehrlinge dementsprechend ausgebildet werden, denn das, was Österreich und die Wirtschaft auszeichnet, ist das gute Potential an Fachkräften, das wir in Österreich haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, wenn einige Vorredner zum Wirtschaftskapitel nur Negatives über die Verstaatlichte hier ausgesprochen haben, so wird mir wahrscheinlich auch die Uhr gezeigt werden, aber ich nehme mir heraus, ein paar Minuten länger über die Verstaatlichte zu reden, wenn ich summiere, wer dagegen gesprochen hat. Kaum ein anderer Industriezweig stand in Europa in den letzten Jahren in ähnlichem Ausmaß im Blickpunkt der Öffentlichkeit wie die Stahlindustrie. Und, meine Damen und Herren, es wird sicher sehr oft schon in diesem Haus darüber gesprochen worden sein, ich möchte es nur noch einmal aufzeigen, weil man heute so tut, als sei dieses Problem nur ein österreichisches oder ein steirisches. (Abg. Kollmann: „Es ist nur ein örtliches. Überall anders ist es gelöst!“) Seit Mitte der siebziger Jahre, meine Damen und Herren, dauert diese Krise in diesem Bereich an. Die Rohstahlerzeugung ist in den Industrieländern sehr stark gesunken. 1974 war der Höhepunkt, meine Damen und Herren. (Abg. Kollmann: „Die Rede hat der Herr Präsident Ileschitz voriges Jahr gehalten!“) Das weiß ich nicht, da war ich nicht da, Herr Kollege, aber ich muß anerkennen, Sie haben damals sehr aufmerksam zugehört. (Beifall bei der SPÖ.) In den Jahren 1950 bis 1974, wo die Stahlerzeugung weltweit, meine Damen und Herren, ein rasantes Wachstum verzeichnet hat – damals war ich noch relativ jung, da war ich im Alter des Kollegen Dr. Lopatka – aber ich glaube, mich erinnern zu können, damals, im Jahr 1966, hat es in Österreich eine ÖVP-Alleinregierung gegeben, und Statistiken beweisen – das können Sie nachlesen –, daß zum damaligen Zeitpunkt in der verstaatlichten Industrie die Arbeitsplätze von 123.000 auf 103.000 reduziert wurden. (Abg. Dr. Dorfer: „Das war sogar richtig!“) Wie ist das damals gegangen, wenn weltweit Hochkonjunktur war, und heute tut man so, wo alle Länder nachweislich die größten Probleme haben, hier stimmt doch etwas nicht. Sie betreiben immer nur billige Demagogie. Bitte? (Abg. Ing. Stoisser: „Damals wurde rationalisiert. Die Gewinne sind geblieben. Jetzt wird abgebaut!“) Das wollt ihr jetzt auch. Ihr wollt jetzt die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren. Aber da werdet ihr keinen finden, der mitgeht. Das macht nichts, ist aber immer aktuell. (Abg. Kollmann: „Das ist der typische konservativ-sozialistische Spruch!“) Habe ich heute schon von Ihnen gehört, erkenne ich an. Aber es wird sich trotzdem nichts ändern.

Meine Damen und Herren! Zur Frage der Subventionen. Es wird immer davon gesprochen, daß die verstaatlichte Industrie – ich sage das deshalb, weil die vielen tausend Dienstnehmer es nicht verdient haben, daß sie heute als die Privilegierten hingestellt werden, daß ihre Löhne in der Öffentlichkeit zerrissen werden. Man müßte ergründen, wie ein Lohn in manchen Bereichen der verstaatlichten Industrie zustande kommt und unter welchen Voraussetzungen, meine Damen und Herren, die Beschäftigten ihre Arbeit verrichten müssen. (Abg. Dr. Dorfer: „Im Westen hat man die Strukturprobleme schon gelöst!“) Da komme ich schon noch darauf, Herr Dr. Dorfer, da komme ich

schon noch hin, was Sie wollen. (Abg. Kollmann: „Eine Fata Morgana!“) Das haben Sie vielleicht gesehen, ich habe noch keine gesehen. Ich war noch nicht so weit. Ich darf vielleicht festhalten, meine Damen und Herren, daß es sehr wohl vielleicht lukrativ sein würde oder ist, wenn man in Wahlzeiten Versprechungen macht, so wie es der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer getan hat in seiner vollen steirischen Breite, wo er immer wieder die Arbeitsplatzgarantie für die Verstaatlichte verlangt hat. Als Gewerkschafter sage ich Ihnen, niemand wird das, egal, welche Regierung, wie immer sie sich zusammensetzen wird in Zukunft, wird das einhalten können oder diese Versprechungen machen können. Es ist nicht ehrlich zu sagen, daß wir jeden Arbeitsplatz garantieren können und daß wir keine Subventionen mehr brauchen, das ist bitte im Wahlkampf produziert worden. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist auch nie verlangt worden. Das ist eine bewußte Fehlinterpretation!“) Es freut mich, daß jetzt ein bißchen Leben in dieses Hohe Haus kommt, es war schon sehr ruhig. Viele der Kollegen haben sich schon beschwert, daß sie fast einschlafen. Ich freue mich, als Neuling wieder ein bißchen Leben hineinzubringen. Meine Damen und Herren, es wäre die Diskussion in der verstaatlichten Industrie sicherlich anders gelaufen – ich bekenne mich dazu –, hätte man, als man das VOEST-Alpine Konzept auf den Tisch gelegt hat, auch gleichzeitig das Förderungspaket, das dann im Anschluß produziert wurde, auf den Tisch gelegt. (Abg. Dr. Dorfer: „Sagen Sie mir den wesentlichen Inhalt. Der Inhalt ist nichts wert. Völlig undurchführbar! Das war nur fürs Fernsehen!“) Herr Dr. Dorfer, darf ich es Ihnen dann einmal zum Lesen borgen, weil dies vorzutragen würde zu lange dauern. Ich sage Ihnen dann schon noch ein paar Dinge dazu. Vielleicht haben Sie dann die Möglichkeit, in der Regierungsabteilung Sorge zu tragen, daß dieses Paket verwirklicht wird. (Abg. Kollmann: „Das gibt es noch nicht!“) Ich weiß nicht, warum ihr euch so aufregt, ich darf vielleicht zusätzlich bemerken, es war niemand anderer als der Landesrat Dr. Heidinger und Finanzreferent Dr. Klausner, die mit dem Minister dieses Förderungspaket durchgegangen sind. Und ich habe mich gefreut darüber, und danke Ihnen, Herr Landesrat Dr. Heidinger, daß Sie öffentlich erklärt haben, daß dieses Konzept so positiv ist. Auch, wenn Ihre Kollegen anderer Meinung sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Und vielleicht auch noch ein paar Worte zu den Subventionen, weil immer so getan wird, nur in die Verstaatlichte! Es werden auch heute einige Redner auf die Förderungsmittel zu sprechen kommen. Es wurden seit 1975 – das ist auch belegt worden – in der Europäischen Gemeinschaft rund 800 Milliarden Schilling an Subventionen für die Stahlunternehmen gezahlt. Der durchschnittliche Förderungspreis für eine Tonne Stahl liegt bei 809 Schilling, und in Österreich sind wir jetzt zur Zeit bei 490 Schilling. Und wie die Haltung der ÖVP bei den Staatszuschüssen für die Verstaatlichte ist, ist ja nachweislich bekannt. Und, meine Damen und Herren, niemand von unserer Seite, wir stellen es nur in letzter Zeit auch zur Diskussion, hat sich jemals darüber aufgeregt, wenn automatisch für die Landwirtschaft die Förderungen im Ausmaß von letzters rund 21 Milliarden Schilling bezahlt werden. Und hier ist die sachliche Diskussion, die bei Ihnen vorbeigeht. Meine Damen und Herren, letztend-

lich darf ich darauf verweisen, und das vergessen vielleicht sehr viele, welche Situation oder welche Position die verstaatlichte Industrie überhaupt spielt. (Abg. Grillitsch: „Das wissen wir ganz genau, vielleicht besser als ihr!“) Und sie hatte gerade für die Privatwirtschaft, meine Damen und Herren, eine sehr entscheidende Rolle, nämlich eine dienende Rolle. Und es hat einst – und das wissen Sie alle ganz genau – niemand die verstaatlichte Industrie haben wollen, und sie hätte zum damaligen Zeitpunkt, wo sie für die Privatwirtschaft dagestanden ist, sicherlich im Ausland günstiger ihre Produkte absetzen können. Wer hat der Verstaatlichten verboten, in die Finalindustrie zu gehen? Die Privatwirtschaft war es, die Angst gehabt hat davor. (Beifall bei der SPÖ.) Und vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß ganze Regionen davon betroffen sind. (Abg. Kollmann: „Seit 1945 habt ihr mit einer kleinen Ausnahme immer das Kommando über die verstaatlichte Industrie gehabt!“) Was in der Zwischenzeit, als ihr sie gehabt habt, passiert ist, habe ich aufgezeigt.

Darf ich vielleicht weiterfahren. Nicht nur die verstaatlichte Industrie, auch die Privatwirtschaft, meine Damen und Herren, lebt in den Regionen, wo immer sich die Betriebe befinden, davon. Die Frau Kollegin hat das heute als Unternehmerin gesagt, welchen Beitrag die Verstaatlichte geleistet hat und welchen die Privatwirtschaft. Was glauben Sie, wer kauft denn auch in den Regionen oder in den Bereichen, wo die verstaatlichten Betriebe sind?

Wenn wir die Kaufkraft der Dienstnehmer nicht stärken und wenn die dort nichts verdienen, dann kann der kleine Gewerbetreibende sicherlich auch sein Geschäft zusperrern, weil er mitinvolviert ist in die Wirtschaftssituation. (Abg. Dr. Dorfer: „Das gilt für jeden Betrieb. Wir sind nicht so dumm!“) Das weiß ich, daß Sie nicht so dumm sind, aber Sie wollen es nicht wahrhaben.

Meine Damen und Herren, ich werde es noch etwas kürzer machen, vielleicht habe ich doch ein paar munter gemacht, ich habe die Uhr schon gesehen, zehn haben dagegen gesprochen, ich rede dafür. Ich darf vielleicht, aber ich möchte es mir nur ersparen, weil der Herr Dr. Dorfer gesagt hat, das Konzept ist Wischi-Waschi (Abg. Dr. Dorfer: „Ich stehe dazu!“), jetzt noch einmal wiederholen, es empört mich. Dann müssen Sie den Landesrat Dr. Heidinger belehren, daß er etwas Falsches gelesen hat. (Abg. Dr. Dorfer: „Außerdem haben die Herren Landesräte nichts mitzubeschließen gehabt!“) Er ist informiert worden. Das ist ja der Unterschied zu einem sozialistischen Minister. (Abg. Dr. Dorfer: „Für eine Show des Ministers Streicher sind die Landesräte Dr. Klausner und Dr. Heidinger mißbraucht worden!“) Wenn sich der Herr Dr. Dorfer ein bißchen beruhigt hat, werde ich in ein paar Grundzügen die wichtigsten Maßnahmen mitteilen:

Sonderunterstützungsaktion 50/55 wird weiter für die eisenerzeugende Industrie ausgedehnt, Neuansiedlungen, siebenjährige Steuerbefreiung für neue Betriebe, Sonderförderungsaktion. (Abg. Dr. Dorfer: „Glauben Sie daran, daß das durchführbar ist?“)

Meine Damen und Herren, die Sozialisten haben nicht versprochen, daß generell die Steuern gesenkt werden, weil wir wissen, daß das nicht geht, aber für den Bereich werden wir sicher bereit sein, wenn wir

wieder die Verantwortung in dem Ressort zu tragen haben, daß das durchgesetzt wird, daß diese Förderungsaktionen kommen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist verfassungswidrig. Euer Herr Finanzminister hat dem noch nie zugestimmt!“) Herr Dr. Dorfer, ich habe vielleicht das Glück, diese fünf Jahre noch dazusitzen auf Grund meiner Jugend, und vielleicht reden wir beim nächsten Budget anders, wenn die Koalition mit Ihrer Partei verwirklicht worden ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Ich sage Ihnen heute schon, daß das Papier nicht durchführbar ist!“) Die Gründung von Technologietransferzentren und so weiter beweist, meine Damen und Herren, daß dieses Maßnahmenpaket für die Obersteiermark sicherlich kein Schlagwort ist und wir werden sie dann beim Namen nennen, wenn das hier realisiert wird. (Abg. Dr. Dorfer: „Darauf bin ich neugierig!“) Vielleicht, jetzt zum Schluß kommend, zu einem Detail. Meine Damen und Herren, ich möchte nur eines feststellen. Der Wahlkampf ist vorbei und geschlagen, aber mich persönlich und viele Tausende Dienstnehmer, mit denen ich die Möglichkeit gehabt habe zu sprechen, hat eine Aussage des Herrn Dr. Mock sehr wohl gestört, und aus diesem Grund ist die Trendwende der ÖVP nicht aufgegangen, weil er erklärt hat, wenn er Bundeskanzler wird, muß er den Schutt der letzten 16 Jahre, der in Österreich durch die sozialistische Regierung produziert wurde, wegräumen. Das Pech hat er gehabt, daß er bald selbst weggeräumt worden wäre. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie sind noch besser als die Meinungsforscher!“) Ich bin kein Meinungsforscher, aber ich weiß, was draußen gesprochen wird. Und ich finde das, meine Damen und Herren, bei allem Ernst einfach als eine Diskriminierung der Menschen, die draußen ihre Arbeit verrichten und die dazu beigetragen haben, daß dieses Land sich heute so präsentiert. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf vielleicht abschließend noch auf ein kurzes Kapitel zu sprechen kommen, die Wirtschaftsförderung. Hier gibt es noch Möglichkeiten, darauf Einfluß zu nehmen. Ich möchte nur sagen, ich werde auch bei der Wirtschaftsförderung irgendwo die Rolle des Präsidenten Ileschitz als Metaller übernehmen. Die Rolle hier im Landtag, daß das nicht falsch verstanden wird. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich habe gesagt, die Rolle hier im Landtag, daß das nicht falsch verstanden wird. Aber nur abwarten und Tee trinken. (Präsident Klasnic: „Damit der Herr Kollege seiner Rolle gerecht werden kann, bitte ich, ihm zuzuhören. – Allgemeiner Beifall.) Ich darf vielleicht weiterhin verlangen und fordern. (Abg. Schützenhöfer: „Wir haben am Montag Arbeiterkammersitzung. Ich bitte Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross, mein Zeuge zu sein. Ich werde dem Herrn Präsidenten Ileschitz berichten, daß der Abgeordnete Gennaro seine Rolle übernimmt. Wie ich den Präsidenten kenne, wird er sicher eine entsprechende Antwort geben!“) Hier im Landtag, habe ich gesagt. Zu dem stehe ich. Ist ja nichts Schlechtes. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Seine Rolle im Landtag. Das wissen Sie genau!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Wie groß ist der Unterschied?“) Das hat er nicht verstanden, aber das macht nichts.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch zum Schluß kommend, daß die Wirtschaftsförderung und daß diese geforderten Richtlinien über die Vergabe nach wie vor Realität und Gültigkeit haben, daß sie

erstellt werden, beweist bitte, daß mit Gießkannenprinzip teilweise doch die Mittel vergeben werden. Ich möchte nur ein Beispiel aufzeigen, weil ich früher in der Gemeinde Graz als Gemeinderat war, wo Dr. Heidinger immer erklärt hat, daß die Stadt Graz für die Wirtschaftsförderung keine Priorität hat, sondern im Gegenteil die Grenzlandregionen. Ich sage das nur deshalb, weil ich glaube, daß die Stadt Graz heute eine Bollwerkfunktion hat. Wir haben zirka 55.000 Einpendler, und auf Grund dieser Situation, daß das Wirtschaftswachstum langsamer vor sich geht, hat diese Stadt Graz genauso Priorität wie andere Regionen und andere Bereiche. Ich wünsche nur, daß auch hier seitens der Landesregierung ein gewisses Umdenken zustandekommt. Abschließend möchte ich von dieser Stelle aus, meine Damen und Herren, allen denjenigen draußen in unserem Land danken, die durch ihren täglichen Fleiß, durch ihre Arbeit dazu beitragen, daß sie diese Werte geschaffen haben, daß wir die soziale Sicherheit haben und daß dieses schöne Land Steiermark und Österreich herzeigbar sind. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, seit diesen Minuten wissen wir, wie sehr wir eigentlich den Herrn Präsidenten Ileschitz schätzen müssen. (Beifall bei der ÖVP.) Das wird noch ein recht weiter Weg sein, um in die Fußstapfen unseres Freundes Ileschitz hineinzuschlüpfen. Du brauchst noch lange. (Abg. Trampusch: „Das sagst du um ein Jahr zu spät!“) So, wie wir heute vormittag gehört haben, es ist ja letzten Endes nicht nur die Landwirtschaft am Ende, das ist heute sehr deutlich herausgekommen, es ist auch die Industrie der Obersteiermark am Ende, und das ist das Ende des sozialistischen Systems. Das möchte ich hier feststellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß diese Feststellung natürlich auch stimmt, das beweisen die Wahlergebnisse der Obersteiermark. In Scharen haben sie euch verlassen. Eines möchte ich feststellen, diese fleißigen Arbeiter und Angestellten haben diese SPÖ-Bundesregierung nicht verdient. (Abg. Tschernitz: „Nur gewählt haben sie sie!“) Sie haben es nicht verdient, daß sie heute in Angst um ihre Arbeitsplätze leben müssen, daß man heute nicht weiß, was mit der Jugend geschieht. Das hat es vorher nie gegeben. Und, Herr Gennaro, ich sage Ihnen noch eines dazu: In der Zeit der ÖVP-Regierung hat man die Leute noch unterbringen können. Bundeskanzler Dr. Kreisky hat das total versäumt. Er hat die Strukturveränderung verschlafen. Das ist der Mann, der selbst zugegeben hat, von der Wirtschaft nichts zu verstehen. Er hat nichts verstanden, er versteht auch heute nichts, und wenn er sich heute verteidigen muß, daß er die alten Strukturen gehalten hat, dann haben das die Zehntausende, die den Arbeitsplatz bereits verloren haben, bezahlt, dann haben das bezahlt die Zehntausende der VOEST, die in der nächsten Zeit den Arbeitsplatz verlieren. Und da bedanke ich mich dafür, das wollen wir letzten Endes alle nicht. (Abg. Trampusch: „Ein kleiner Irrtum. Er war nie Landeshaupt-

mann der Steiermark!“) Ihr seid ja eine sozialistisch-konservative Partei, möchte ich euch sagen, und nichts ist vom Fortschritt drinnen. Und wenn ich mir den Generalredner ins Gedächtnis zuruckrufe: Was hat er denn vom Fortschritt gesprochen? Die Vergangenheit hat er zitiert. Der Herr Gennaro zitiert die Vergangenheit. Davon lebt niemand in diesem Land. Wir leben davon, daß wir uns wirklich bemühen, daß wir alle Kräfte anspannen, die Vergangenheit letzten Endes weglassen und sagen, der Weg war falsch, wir müssen einen neuen Weg beschreiten. Das ist die einzige Möglichkeit. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Deshalb hat die ÖVP nach der letzten Umfrage nur 20 Prozent Zustimmung, Herr Kollege Prof. Dr. Eichtinger!“) Da könnt ihr ruhig reden, noch ein solcher sozialistischer Fall wie diesmal, dann habt ihr 70 Mandate. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Sie sind ein hervorragender Schulmann gewesen. Warum bleiben Sie nicht bei Ihrer Materie und überlassen die Wirtschaft den anderen!“) Ich kann nur noch eines sagen, liebe Damen und Herren von der linken Seite, noch einmal so ein Sieg, und ihr habt 70 Mandate. Ihr habt ja den einen so gefeiert. Die sozialistische Jugend hat euch ja beweisen müssen, daß das ein Unsinn war, daß ihr das nicht verstanden habt (Abg. Trampusch: „Das ist unfair!“), daß es im Grunde genommen eure große Niederlage genau so gewesen ist, und die Arbeiter der Obersteiermark – ich wiederhole es nochmals – denkt an Eisenerz, denkt an Leoben, denkt an diese Männer, die wissen, daß sie an euch keine gute Vertretung mehr hat. (Abg. Trampusch: „Die Linke will nur mehr Rechte. Die Rechte will aber weniger Linke!“) Dann heißt es hier vom Herrn Gennaro, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hat in Wien so großes Verständnis gefunden. Überhaupt kein Verständnis hat er gefunden. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich erinnere Sie an Mürzzuschlag. (Abg. Trampusch: „Er darf es zugeben, daß er Verständnis gefunden hat!“) Wir wissen ja, daß er überhaupt keines gefunden hat. Ich brauche ihn nur an Mürzzuschlag zu erinnern, von 2200 Arbeitern sind wir auf 2000 gekommen, und dann hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross gesagt: „Schluß, es geht nicht mehr weiter, daß noch ein Arbeitsplatz verloren wird“. Und heute haben wir 1136.

1136, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Wißt ihr, was das für die Stadt Mürzzuschlag, für diese Region bedeutet, daß um die Hälfte der Arbeitnehmer weniger ist? 105 Millionen Schilling an Wirtschaftskraft sind verlorengegangen. Wißt ihr, was das für die Jugend bedeutet? Sie findet keine Arbeitsplätze; abwandern müssen sie. Und der sozialistische Bürgermeister von Mürzzuschlag hat erklärt, jetzt haben wir die hohen Schulen in unserem Bezirk, aber leider keine Arbeitsplätze. Das ist das Ende von 16 Jahren Sozialismus. (Abg. Trampusch: „Jetzt sehen Sie, was die Verstaatlichte wert ist!“) So leiden wir in einem Bezirk!

Und übrigens, Herr Gennaro, möchte ich auch noch eines dazusagen, wir haben schon so viele Programme von Ihnen kennengelernt. Und so viele Programme sind überhaupt nie verwirklicht worden, daß wir automatisch mißtrauisch geworden sind. Und nicht nur wir, sondern auch – ich wiederhole es noch einmal – Ihre eigenen Leute. Ich kann Ihnen hier noch etwas sagen, das ist ganz interessant. Sie müßten nur den „Oberstei-

rer“ vom 24. Mai 1986 nachlesen, nach der ersten Wahlniederlage bei der Bundespräsidentenwahl. (Abg. Meyer: „Sie haben gesagt, man soll nicht von der Vergangenheit reden!“) Da steht auf Seite eins im Fettdruck: „Landesrat Gruber: Reden und Handeln müssen wieder in absolute Einstimmung gebracht werden“. Und da werden tausend sozialistische Vertrauensleute zitiert, die hier festgestellt haben, daß Reden und Handeln weit auseinanderklaffen. (Abg. Trampusch: „Das ist die temporäre Arbeitsplatzgarantie!“) Lieber Kollege Trampusch, wenn ich deine Budgetrede gehört habe, du kannst noch soviel reden und noch soviel sagen, die Situation in diesem Land kannst du leider nicht verbessern. (Abg. Trampusch: „Weil die ÖVP nicht will!“) Und daß hier das Reden und Handeln bei euch nicht mehr stimmt, das haben auch viele, viele eurer jungen Vertrauensleute festgestellt. Die Antwort habt ihr bekommen.

Und noch eines wollten diese jungen Leute. Bleiben wir ruhig dabei. Sie wollten keine Schlammschlachten mehr. Und diese Schlammschlachten bei dieser Bundespräsidentenwahl, meine Herren, die sind von eurer Seite ausgegangen, und es hat sich erwiesen, daß die Verbindung Löwelstraße–New York für euch eine furchtbare gewesen ist. Ihr habt das zuerst nicht verstanden. Aber als sich die Bevölkerung dagegen gewehrt hat, gewehrt hat gegen eine derartige Diffamierung, da ist euch das erste Mal ein Licht aufgegangen. Als sie gesagt hat, wir sind die ältere Generation, wir sind keine Verbrecher und weiß Gott noch was. Das haben sich sehr, sehr viele gemerkt. Wir sind im Grunde genommen Österreicher, die friedlich hier leben wollen, die arbeiten wollen und die dieses Land weiter vorwärts bringen wollen. Das ist letzten Endes unser Ziel. (Abg. Trampusch: „Hast du auf die Uhr geschaut?“) Ich habe leider nicht auf die Uhr gesehen. (Abg. Trampusch: „Wann redest du von der Zukunft?“) Die Zukunft – da bin ich jetzt dabei, lieber Freund – werden wir dann meistern, wenn man – ich muß den Herrn Gennaro wieder zitieren – diese Ankündigungen wirklich oder tatsächlich verwirklicht, wenn man tatsächlich zusammensteht, wenn man erkennt, auch auf eurer Seite, daß nicht eine Gruppe der Bevölkerung das geschaffen hat, sondern daß alle Österreicher, Arbeiter, Gewerbetreibende, Angestellte und Bauern zusammen, diesen Aufbau geschaffen haben. Und diese Gemeinsamkeit brauchen wir, dann wird es wiederum aufwärts gehen.

Und wenn ich mich mit dem Problem selbst beschäftige. Ausgliederungen sind notwendig, siehe Kapfenberg, Motivierung muß stärker erfolgen, aber sie wirkt ja nicht, weil die Leute Angst haben und weil sie um den Arbeitsplatz immer noch zittern. Die Entpolitisierung hat verstärkt durchzuschlagen, neue Betriebe sind reinzugeben und diese Job-Creation der Freiheitlichen auch. Alle, die etwas bringen, sollen hier in der Obersteiermark ein gutes Betätigungsfeld haben. Auch Privatisierungen kann es geben, wenn es notwendig ist. Damit zitiere ich ja nur Dr. Vranitzky, da brauche ich ja sonst nichts zu sagen, Produkte und Verkauf an einen Ort zu bringen, aber auf raschestem Wege. Alle diese Dinge müssen zusammenwirken, damit wir die Möglichkeit bekommen, diese Zeiten zu meistern. Meine Damen und Herren, die Zeiten werden nicht besser, die Zeiten werden für die Obersteier-

mark noch schwieriger werden, denn für die Jahre 1986 und 1987 sind 2 bis 3 Prozent weniger Stahlverbrauch in Europa vorgesehen. Und das bedeutet neue Konkurrenz und für uns neue Anstrengungen. Und so möchte ich hier, herausgefordert durch Ihren Jugendsprecher, durch Ihren kleinen Ileschitz hier (Abg. Trampusch: „Er ist um zehn Zentimeter größer als du!“), abschließen mit der Bitte: Stehen wir doch enger zusammen, dann werden wir die Zukunft gemeinsam meistern. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann: Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe zwar nicht vor, eine so zündende und brandheiße Rede zu halten wie mein Vorredner, aber diese Reden höre ich ja seit 21 Jahren im Kindberger Gemeinderat, seit 1965 nämlich. Da sitzen wir miteinander.

Aber wissen Sie, Sie werden ja manchmal solche Dinge einfach gewöhnt. Das ist eben einmal so. Aber eines bitte, meine Damen und Herren, das sage ich Ihnen schon, eines weise ich – bitte – zurück, und das regt mich auf, das ist die Zündefei, die wir als SPÖ angeblich über die Löwelstraße zur Bundespräsidentenwahl begangen hätten. Das weise ich – bitte – entschieden zurück. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist eine Unterstellung! (Unverständliche Zwischenrufe.) Beruhigen Sie sich wieder. (Abg. Pinegger: „Du sollst dich beruhigen!“) Ich weiß schon, daß Sie auf dem Gebiet sehr empfindlich sind. Das ist mir völlig klar. Aber wissen Sie, man sollte halt einige Dinge im Leben vorher sehen und dann die Wirkungen. Ich habe heute den Reden der Redner der ÖVP-Fraktion hier entnommen, wie sehr Sie in Sorge sind über die Wirtschaft und über den Export. Und glauben Sie mir, diese Entscheidungen waren sicherlich dem Ansehen Österreichs und der Exportwirtschaft nicht dienlich, wie Sie geschehen sind. Nein, das ist die bittere Erfahrung, die wir leider aus diesen Dingen machen mußten. Aber, meine Damen und Herren, es gibt doch noch in der Österreichischen Volkspartei, vor allem in der österreichischen Wirtschaft, Menschen (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist eine späte Einsicht!“), die auch ein bißchen Verständnis haben für diverse Anliegen. Ich darf vor allem Ihren Generalsekretär der Industriellenvereinigung Dr. Krejci zitieren, der am Sonntag in der Pressestunde gesagt hat, wenn man von sozialer Marktwirtschaft spricht, dann darf man das Wort sozial nicht vergessen. Ich halte nichts von der brutalen Art und Weise einer Thatcher, wie sie in Großbritannien gehandhabt wird. Das soll sich jeder ins Stammbuch schreiben, auch die, die hier so schreien. (Abg. Pörtl: „Wer schreit denn da?“) Aber, meine Damen und Herren, daß wir auch positive Aspekte in diesem Bereich haben. Ich weiß schon, der Herr Prof. Dr. Eichinger meint, daß er nicht sehr froh ist, daß manche hier in der Obersteiermark in Schwierigkeiten sind. Aber glauben Sie mir, die wirtschaftlichen Probleme der Obersteiermark berühren uns alle. Die Zahl der Arbeitslosen, vor allem bei der Jugend, steigt. Die Schwierigkeiten lassen sich mit solchen Reden, wie Sie sie halten, nicht lösen.

Ich habe schon Verständnis, Herr Prof. Dr. Eichtinger. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine schreckliche Demagogie!“) Wir haben in all diesen Jahren gemeinsam um die Arbeitsplätze in unserer Stadt und in unserem Bezirk gezittert. In der Obersteiermark haben wir alle gemeinsam versucht, das Beste zu tun. Es haben sich nur manche einen Hut aufgesetzt, der ihnen nicht paßt und der ihnen jetzt ein bißchen zu groß ist. (Abg. Dr. Maitz: „Der Herr Vollmann zum Beispiel!“) Aber wissen Sie, ich glaube auch, daß es gerade in diesen Fragen eine Aufgabe der Interessensvertretung ist, für die Menschen einzutreten, daß sie eine Arbeit haben. Und mit den Angriffen, die derzeit teilweise gestartet werden, können wir uns nicht identifizieren. Denn gerade als Vertreter der Arbeitnehmer sind wir eben da, diese Angriffe abzuweisen. (Abg. Dr. Maitz: „Wir auch!“) Glauben Sie mir, damit ich den positiven Aspekt sage, Kindberg ist für die nächsten drei Monate wieder gesichert (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Gott sei Dank!“), denn heute in der Nacht ist der Vertrag mit der UdSSR wieder zustande gekommen (Abg. Kollmann: „Zu welchem Preis?“) über die Lieferung von Nahtlosrohren beziehungsweise CD-Rohren, und ich glaube, das ist ein sehr positiver Erfolg für uns alle, denn auch das sind unsere Anliegen, und das sind die Probleme, die uns bewegen. Und wenn ein Bürgermeister Seidinger in Mürzzuschlag sagt, daß es ihm darum geht, die Arbeitsplätze zu erhalten, und daß dies die größten Schwierigkeiten sind, die seine Stadt oder die er als Bürgermeister dieser Stadt hat, dann bitte glauben Sie mir auch, daß das die tiefste Sorge ist, die uns alle miteinander in der Obersteiermark bedrückt. Aber wissen Sie, ich war auch vor drei Jahren bei der Kundgebung, so wie der Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross, am Hauptplatz in Mürzzuschlag, wo der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, er ist ja inzwischen wieder gekommen, das Versprechen abgegeben hat, daß er für jeden Arbeitsplatz garantieren und eintreten wird. Aber leider, ich muß halt feststellen, es waren bei dieser Demonstration nur leere Versprechungen, denn inzwischen haben wir bei der VEW in Mürzzuschlag über 1000 Arbeitsplätze verloren. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Bei der Regierung geht das nicht!“) Und wissen Sie, hier stimme ich mit dem Kollegen Mag. Rader überein. Mit Showpolitik allein, meine Damen und Herren, geht es nicht. Taten muß man setzen und nicht nur Worte reden. Um das geht es hier in erster Linie. (Abg. Schützenhöfer: „Anstatt daß du den Anstand hast, dich beim Herrn Landeshauptmann zu bedanken, daß er der einzige gewesen ist, der den Arbeitern geholfen hat, gehst du auf ihn los!“) Auf dich, Kollege Schützenhöfer, komme ich auch noch zurück und auf diese Frage, die du meinst. Das sollte man in all diesen Dingen immer wieder sehen, wenn es darum geht, über die Probleme unseres Landes zu sprechen. Mir ist jeder Arbeitslose in diesem Land zu viel, jeder Arbeitslose. Und daher werden wir die gemeinsamen Anstrengungen brauchen, und wir werden uns für dieses Land, die Arbeitsplätze in diesem Land und für die Anliegen der Menschen einsetzen. Und darum bitte ich Sie, gemeinsam einen Weg zu beschreiten, damit wir die Zukunft der Menschen in unserem Land auch in diesem Zusammenhang sichern können. Es geht nicht darum, daß wir hier stehen und feststellen, daß ein Bundeskanzler Dr. Kreisky, der in aller Welt anerkannt worden ist, von einem pensionier-

ten Mittelschulprofessor bezichtigt wird, daß er von der Wirtschaft nichts versteht. (Abg. Dr. Maitz: „Das hat er selbst gesagt!“) Aber ein pensionierter Mittelschulprofessor wird die Wirtschaft Österreichs und damit die Steiermark retten. Ich wünsche ihm dazu viel Glück. Aber es geht uns um die Taten und nicht um die Worte, und die lassen wir bitte folgen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet – zu einer Berichtigung, nehme ich an – hat sich der Herr Prof. Dr. Eichtinger.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Ich möchte eine Feststellung machen.

Mein Vorredner hat erklärt, daß ich froh wäre, wenn es in der Obersteiermark den Arbeitern nicht gutgeht. Ich weise diesen Vorwurf zurück. Mein Vater war VOEST-Alpine-Arbeiter, war arbeitslos und ausgesteuert, und darum lasse ich mir das nicht bieten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammländer. Ich erteile es ihr. (Abg. Kröll: „Die Show, die der Herr Vollmann abgezogen hat, war ein innerparteilicher Profilierungsversuch!“) Am Wort ist die Frau Abgeordnete Kammländer.

Abg. Kammländer: Ich bin froh, daß ich jetzt nach diesen Showkämpfen der männlichen Politiker hier in diesem Raum drankomme. Hoffentlich merken Sie den Unterschied. Ich meine in Richtung Showkampf. Ich bin so richtig zornig jetzt. (Abg. Kollmann: „Dann lassen Sie Ihrem Zorn freien Lauf!“)

Ich fange gleich an. Ich habe am Mittwoch im Rahmen der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß dieses Budget beziehungsweise die Politik dieses Landes zuwenig Schwerpunkte setzt. Wir anerkennen, daß es in der steirischen Wirtschaftspolitik eine Reihe von guten Ansätzen, wenn ich jetzt auf die Wortmeldung des Herrn Ing. Stoisser zurückkomme, gibt, wo es darum geht, eine neue Wirtschaftsphilosophie zu kreieren und flexibler zu werden und neue Wege zu beschreiben. Ich glaube, Sie meinen aber nicht dasselbe wie ich. Wie zum Beispiel die Technologieberatung, meinen wir, und die steirische Förderung regional eigenständiger Initiativen. Das ist das, was wir darunter verstehen. Aber abgesehen davon, daß diese Dinge sehr spät kommen, sie sind immer noch zu schwach dotiert und kommen wie andere fortschrittliche Dinge in diesem Land auch in den Geruch von Alibimaßnahmen. Wie anders können Sie sonst den Steirern erklären, warum das intelligente Produkt Zellstoff, hergestellt im Mittelbetrieb Pöls, sich einer Förderung des Landes in Form einer Beteiligung erfreuen darf? Wir fordern, die Anteile des Landes an diesem Werk zu veräußern. Oder wie erklären Sie bei dieser Gelegenheit, Frau Göber, einem Inhaber oder Mitarbeiter eines steirischen Klein- und Mittelbetriebes den Umstand, daß man ausgerechnet der VOEST für ihr Projekt mit OKI eine ganze Milliarde Schilling an Förderungen zukommen lassen wollte. Ich muß dazu sagen, daß ich selbst auch Besitzerin eines Gewerbe-

scheines bin und vier Jahre lang selbständig war. Ich weiß auch, wovon ich rede. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Maitz: „Wieso hat das nur vier Jahre gedauert?“ – Abg. Dr. Dorfer: „Oder sind Sie schon in Frühpension?“) Das hat andere Ursachen.

Ich möchte an dieser Stelle sicher im Namen aller Kollegen dem Geist von Raaba dafür danken, daß er der Steiermark ein Milliardendebakel erspart hat. Wir würden uns, wie gesagt, freuen, wenn einzelne Ansätze steirischer Wirtschaftsförderung ähnlich großzügig dotiert würden.

Und nun zum Abschluß noch eine kurze Stellungnahme zum Thema Verstaatlichte. Wir gehen davon aus, daß die Politik nicht nur Konzepte fordern sollte, auch Forderungen nach Sozialplänen, für die Herren da drüben, sind Sterbehilfe und so gesehen zu wenig. Politik soll zwar nicht in die Betriebe direkt hineinregieren, aber sie soll der Wirtschaft sagen, wohin der Zug jetzt wirklich geht. Soll sie jetzt in das Energiesparen investieren oder nicht, hat die Müllvermeidung eine Zukunft oder nicht. Vor Jahren sind wir noch belächelt worden mit unseren Hinweisen auf den Umstand, daß Luftreinhaltung zum Beispiel bei Kraftwerken nicht eine Belastung für die Wirtschaft, sondern auch eine Chance ist. Heute ist es unbestritten. Zum Teil konnten wir diese Chance nutzen, zum Teil müssen leider Lizenzen im Ausland erworben werden.

Unserer Meinung nach liegt im Bereich des Umweltschutzes und des Energiesparens – sofern man nicht hinter anderen Ländern nachhinkt, sondern Spitze in diesen Bereichen ist – eine Möglichkeit, die Krise der Verstaatlichten zu entschärfen. Die öffentliche Hand kann dabei wesentliche Hilfestellungen leisten. Ich kann mir vorstellen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Maitz meint, daß er das schon oft gehört hat, vielleicht ist es zu wenig oft gewesen. (Abg. Dr. Maitz: „Danke für die Belehrung!“)

Erstens: Sie muß durch entsprechende Vorschriften und Aktion einen Markt schaffen. In einzelnen Bereichen, zum Beispiel Müll oder Energiesparen, kann hier noch einiges getan werden.

Zweitens: Die öffentliche Hand soll im eigenen Bereich, zum Beispiel als Eigentümer von Gebäuden, mit gutem Beispiel vorangehen. Ich meine damit, daß zum Beispiel im Bereich der öffentlichen Gebäude, aber auch des sozialen Wohnbaues anders als bisher nicht nur einzelne Gebäude zum Beispiel mit Alternativenenergieanlagen ausgestattet werden sollen, sondern dies zur allgemeinen Regel wird. (Abg. Ing. Stoisser: „Das geschieht schon sehr viel. Rom ist auch nicht in einem Jahr erbaut worden!“) Ja, in einzelnen Fällen habe ich gesagt. Sie hören nicht genau hin. Im übrigen erwarte ich mir vom neuen Landtag eine Initiative, daß der Kauf von Abfangjägern durch Österreich generell zugunsten arbeitsmarktfördernder Ausgaben abgelehnt wird. Danke! (Beifall bei der VGÖ-AL.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Reicher. Ich erteile es ihm.

Abg. Reicher: Frau Präsident! Werte Damen und Herren!

Ich habe mich näher mit den Förderungsmaßnahmen der Steiermark beschäftigt, also mit den Geldern, die

das Land selbst hineingebuttert hat, nachdem es immer so groß redet. Und jetzt eine Gegenüberstellung zu diesen Angriffen des Staates, der hier falsche Förderung betrieben hat: Ich habe das näher durchleuchtet und bin auf Grund von Kennzahlen daraufgekommen, daß die Beschäftigtenzahl dort eher zurückgegangen ist. Wo die Förderungsintensität, die hier so groß umschrieben wird – gerade in der Obersteiermark –, am geringsten war, ist auch die Beschäftigtenzahl hinuntergegangen. Das heißt also, daß die Wirksamkeit dieser Förderungsintensität nicht erreicht wurde. Ich glaube, daß das Land Steiermark gerade in der Obersteiermark, nachdem heute kritisiert wurde, daß staatliche Förderungen nicht gewirkt haben, die Möglichkeit gehabt hätte, das damit zu kompensieren. Ich glaube, das ist nicht in dem Ausmaß gelungen. Ich möchte nur noch auf den Kollegen Kollmann zurückkommen, der über die 100.000-Schilling-Aktion gesprochen hat und gesagt hat, er kann sich an den fünf Fingern abzählen, wieviel das sind. So viele Finger und Hände können Sie gar nicht haben. Das sind 108 Förderungsfälle, und darunter sind jene Betriebe, 83 mittelständische Betriebe, für die Sie sich heute hier hineingeworfen haben. (Beifall bei der SPÖ.) Eine Summe von 432 Millionen Schilling wurde an diese 108 Förderungsfälle vergeben. (Abg. Ing. Stoisser: „Wieviel davon haben die Kleinen bekommen?“) 83 mittelständische Betriebe von 108 Betrieben habe ich hier gerade gesagt. 6000 neue Arbeitsplätze wurden damit geschaffen. (Abg. Ing. Stoisser: „Die Summen in Schilling für die Kleinen und die Großen sagen sie nicht!“) Die Investitionen, die damit noch zusätzlich gefördert wurden, haben einen Wert von 4,8 Milliarden Schilling, Herr Präsident. (Abg. Kollmann: „Ich behaupte, die Zahlen sind falsch!“) Und noch dazu mit einstimmigem Beschluß in all diesen Gremien, sowohl vom Land Steiermark und auch vom Bund, was die ÖAAB-Kommission anlangt.

Ich bin auch bei den mittelständischen Betrieben, die eine Beschäftigtenzahl von Null bis 99 Beschäftigte haben, daraufgekommen – und da bin ich für die Steiermark, was die Förderung der Steiermark anlangt –, daß auch dort ein Rückgang an Beschäftigten von minus 20 Prozent zu verzeichnen ist. Das heißt, in Summe dieser Kleinbetriebe, wenn dort die Beschäftigten zurückgehen, dann fällt es nicht so auf, als wenn in einem Großbetrieb eine größere Anzahl von Beschäftigten zurückgeht. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist wieder falsch!“) Und das ist es. (Landesrat Dr. Heidinger: „Was haben Sie für Zahlen, Herr Abgeordneter?“) Ich habe die Zahlen, Sie haben die Zahlen wahrscheinlich auch, wenn Sie nachsehen. Abgesehen vom Verlust der Arbeitsplätze in diesen Kleinbetrieben, ist auch das niedrige Lohnniveau, das uns als Steirer am meisten trifft, entscheidend. Wir haben in diesen Kleinbetrieben das niedrigste Lohnniveau. Ich erinnere mich an den Anfang der Diskussion des Budgets, als der Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher sagte: „Und Ihr habt mitgejammert, daß die nur 48 Schilling verdienen.“ Wer ist den schuld, daß heute in den Kleinbetrieben nur 48 Schilling verdient werden? Ich möchte nur eines sagen (Abg. Dr. Maitz: „Die Steuern und Abgaben!“), wenn Ihr den Angriff auf die Verstaatlichte, wo die stärkste Organisation der Gewerkschaft besteht, nicht so massiv betreiben würdet, und wenn dort noch etwas an Beschäftigten reduziert wird, um die Organisation

zu schwächen, ohne diese starken Organisationen, Freunde, hätte in einem Kleinbetrieb überhaupt keiner 48 Schilling. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Klassenkämpfer!“) Denn mit der Stärke in diesen Betrieben haben wir eine sogenannte partnerschaftliche Beziehung, wo wir zumindest versuchen, auch jenem Beschäftigten ein bestimmtes Lohnniveau zu geben, der kein Gewerkschaftsmitglied ist. Er bekommt das, und das ist der Vorteil, und davon profitieren auch die Leute in diesen Kleinbetrieben. (Abg. Dr. Maitz: „Hier im Landtag pflegen wir nicht den Klassenkampf, bitte!“) Ja, wenn Sie vom Klassenkampf reden, ich höre ihn unentwegt schon seit drei, vier Tagen, ich muß nur umgekehrt sagen, euer ÖAAB-Funktionär, der in der Kammer ist, trägt den Landtag in die Kammer. Und Probleme der Gewerkschaft hängen auch damit zusammen. Was das Lohnniveau anlag, so ist dies ein volkswirtschaftlicher Faktor, der auch in den Kleinbetrieben entscheidend ist, was die Umgebung und was die Konsumkraft dieser einzelnen Arbeitnehmer betrifft. (Beifall bei der SPÖ.) In dem Zusammenhang habe ich auch die Wirtschaftsförderung gesehen.

Nichts grundsätzlich gegen meine Freunde des ÖAAB, aber bitte auch hier jetzt von einem Klassenkampf: Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat am Anfang den Herrn Burgstaller zitiert, Freunde, den Abgeordneten Burgstaller. Das ist der Oberbetriebsrat der Obersteiermark, obwohl er nur in einem Betrieb ein Mandat haben kann, bitte. Aber Betriebsrat ist er überall. Sie wissen das wahrscheinlich nicht so genau. Ich bin der zuständige Sekretär. Er geht nach Niklasdorf, setzt sich mit dem Chef zusammen und bespricht über die Köpfe der Arbeitnehmer dort hinweg bei der Neugründung dieses Betriebes über eine Mitbeteiligung, mit den Abfertigungen als Eigenkapitalstärkung für den Herrn Prinzhorn. Und da sehen wir wieder, was das für ein Gewerkschafter ist, leider Gottes. In meinen Augen ist er ja gar keiner. (Abg. Buchberger: „Jedenfalls ist er bei euch oben Abgeordneter!“)

Es ist nur eines zum Herrn Burgstaller noch zu sagen, vielleicht die Frage direkt an seinen Kollegen. Er hat die Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung in den verstaatlichten Betrieben abgelehnt. (Abg. Kollmann: „Auch das stimmt nicht. Er hat die Arbeitszeitverkürzung unterschrieben!“) Ich frage dich nur, Kollege Schützenhöfer, bist auch du gegen die Arbeitszeitverkürzung konkret oder nicht? Du kommst ja nach mir mit deinem Referat dran. Und wenn das ist, dann sage ich, wenn man gegen Gewerkschaftsbeschlüsse antritt, dort als Betriebsrat Burgstaller, dann ist er in meinen Augen nicht der richtige Gewerkschafter, weil wir halten uns auch an Vereinbarungen, die erst vor kurzem getroffen wurden, obwohl wir neu im Landtag sind. Das möchte ich dazu sagen. Es ist eine Frechheit von einem Politiker, der kein Mandat hat, in einem Betrieb die Leute hineinzureiten, um ihre letzten Schillinge, die sie dort bekommen haben. Ich finde, es ist eine Funktion, die ihm nicht zusteht. (Abg. Kollmann: „Entweder Sie sind nicht informiert oder Sie sagen die Unwahrheit!“) Ich habe das genau untersucht. Ich habe mir das näher angeschaut, was die Förderung anlangt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Leute stehen hinter ihm!“) Nur, die paar Leute, die ihn gewählt haben, stehen dort hinter ihm. Ich rede von Niklasdorf,

wo überhaupt keiner hinter ihm steht, weil dort ist er nicht gewählt worden. Dort hat er nichts gemacht. (Abg. Dr. Hirschmann: „Alle stehen hinter ihm!“ — Landesrat Dr. Heidinger: „Euch ärgert es, daß der Betrieb noch existiert!“) Zumindest haben wir dort zwei Drittel organisierte sozialistische Gewerkschafter. Wer steht dann hinter dem Herrn Burgstaller? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wird schon passen! Die Kurve wird weiter nach abwärts weisen, lieber Freund. Wenn Sie einen Betriebsratsobmann der VOEST-Alpine so attackieren, dann haben Sie ein ganz schlechtes Gewissen. Sonst wäre die Geschichte kaputtgegangen. Gekommen ist der Herr Burgstaller mit der Sache!“) Herr Landeshauptmann, Sie haben am ersten Tag schon gesagt, die Herren, die werden wir uns anschauen. Mich stört das auch nicht. Ich lerne in dem Parlament auch vom Anfang weg. Ich weiß nicht, welche Kurven Sie meinen. Wenn Sie die Kurven meinen, die Sie ein paarmal gezeigt haben, dann ist es klar. Wo war er erfolgreich in Niklasdorf, Herr Landeshauptmann? Er hat den Leuten am letzten Tag eingeredet, daß ein Scheich aus der Wüste kommt. Der ist in der Wüste geblieben und ist nie gekommen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir selbst haben das Problem dort gelöst. Ich bin mit den Abgeordneten bei den Leuten gestanden bis 12 Uhr in der Nacht. (Abg. Kollmann: „Wissen Sie, wer mit dem Scheich beim Mittagessen war? Der Herr Fauland!“) Das weiß ich nicht. Da bin ich nicht dageblieben.

Wenn heute vom Präsidenten der Handelskammer sehr konkret gesagt wurde, was die Förderung der Jungunternehmer anbelangt, zeigt es sich leider Gottes, daß das Konzept nicht ganz aufgeht, daß gerade, was den Insolvenzbereich der Jungunternehmer anlangt, leider Gottes die Unternehmungen von keiner langen Lebensdauer sind. Man kann nach einer Statistik sagen, daß diese Betriebe nach fünf Jahren wieder zu schließen verurteilt sind. (Abg. Dr. Maitz: „Probieren Sie es einmal selber!“)

Ich möchte hier ein paar Insolvenzfälle, weil das heute hier angeschnitten wurde von meiner Kollegin, von Kleinbetrieben anführen. Wenn nur alle Unternehmer so denken und so handeln würden, wie sie das macht, dann hätten wir sicherlich weniger zu tun. Aber wenn alle so denken wie der Herr Prinzhorn, von dem wir heute schon geredet haben, dann brauchen wir um etliche Sekretäre und Funktionäre mehr, bitte. Leider ist das eine Wunschvorstellung und läßt sich nicht verwirklichen. Leider! (Abg. Dr. Hirschmann: „Wie viele Arbeitsplätze haben die Sekretäre geschaffen?“) Leider muß ich doch sagen steht fest, welche Fehler und welche Verlustquellen entstehen und daß es ein 70prozentiger Eigenverschuldenanteil ist, der fallweise solche Insolvenzen auslöst. Nicht nur, wie ich offen zugebe, Lohn- und Steuererhöhungen, das ist ein bestimmter Unkostenfaktor, der heute schon einmal aufgezeigt wurde. Ich habe mir vorgenommen, nachdem eine Frau ein bißchen Ruhe hineingebracht hat in diese Versammlung, auch etwas abgeschwächer zu reden. Aber in der Zwischenzeit bin ich wieder so motiviert worden, daß ich mich nicht zurückhalten konnte, und habe vor allem in den letzten Ausführungen bei verschiedenen Kollegen festgestellt, daß es nicht immer so ruhig zugehen muß.

Ich kann nur abschließend sagen, wir Gewerkschafter (Abg. Dr. Maitz: „Ich bin auch Gewerkschafter!“),

und jetzt auch als politisch Tätige, werden trotzdem versuchen, an einer guten Zusammenarbeit der Sozialpartnerschaft auch in der Steiermark zu arbeiten (Abg. Grillitsch: „Mit den Sprüchen aufhören!“), aber wir machen nicht nur Sprüche. Ich kann es Ihnen beweisen, daß ich schon mindestens zehn Jahre in guten sozialpartnerschaftlichen Beziehungen auf meinem Sektor arbeite. (Abg. Schwab: „Das kann eine Einbahnstraße sein!“) Sie müssen mit diesen Leuten reden, mit denen ich verhandle. Heute bin ich das erste Mal da. In Zukunft werden wir das trotzdem weitermachen. Herzlichen Dank. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich habe mir vorgenommen, heute ein paar Dinge zu den Fragen der neuen Technologie zu sagen, und ich weiß nicht so recht (Abg. Dr. Strenitz: „Aber es wird dir nicht gelingen!“), ob ich dazukomme, denn die Wortmeldungen der sozialistischen Kollegen, die aus dem Gewerkschaftsbereich kommen, veranlassen mich natürlicherweise, ein paar Sätze zur Frage der Verstaatlichten zu sagen. Als ich hier den Kollegen Vollmann und in der Folge den Kollegen Reicher gehört habe, da habe ich mich, wie könnte es anders sein, an Arbeiterkammervollversammlungen zurückerinnert und insbesondere an einen Satz, den ich, als ich 1979 in die Arbeiterkammer eingezogen bin und natürlich erstmals dieses Erlebnis gehabt habe, wie es dort zugeht, gesagt habe, und den ich jetzt hier wiederholen möchte: „Immer wenn Sozialisten beginnen, eine andere Fraktion niederschreiben zu wollen, haben sie sachlich kein Argument mehr.“ Und ich habe in der Arbeiterkammer, und das trifft ja für den Landtag nicht zu, hinzugefügt: „Immer wenn Sozialisten uns niederschreiben wollen, dann sind sie im Begriff, die Mehrheit mit der Wahrheit zu verwechseln.“ (Abg. Sponer: „Was ist, wenn die ÖVP uns niederschreit?“) Meine Damen und Herren, ich habe sehr gespannt auf das gewartet, was meine Kollegen aus der Arbeiterkammer heute hier sagen, aber das, was ein Sekretär der Arbeiterkammer und Betriebsrat in der Arbeiterkammer, Vollmann, heute hier über die Lippen gebracht hat, das sind nichts als Sprüche zu einem Thema, das, meine Damen und Herren, viel zu ernst ist, als daß wir heute noch uns dazu hergeben sollten, in einer Art und Weise zu polemisieren, die jenen Arbeitnehmern, von denen wir sagen, daß wir sie gemeinsam vertreten, nicht nur nichts bringen, sondern ihnen in der letzten Konsequenz, Herr Kollege, eigentlich nur schaden können. Und eines sage ich dir, jeder von uns hat irgendwo seinen sensiblen Punkt, und ich bin für jede Argumentation zu haben, wenn man auf Argumente auch eingehen kann, aber was dir heute im Zusammenhang mit dem Landeshauptmann der Steiermark über die Lippen gekommen ist, das möchte ich in aller Ruhe, aber in aller Deutlichkeit entschieden zurückweisen. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit lockeren Sprüchen hier in der warmen Stube kann man nicht darüber hinwegtäuschen, daß in einer Zeit, in der sich von Judenburg bis Mürzzuschlag und von Liezen bis Kapfenberg kein Sozialist mehr hat blicken lassen, weder ein Benya noch damals ein

Sekanina, noch ein Sinowatz, nicht Kreisky, auch nicht Vranitzky, es der Landeshauptmann Dr. Krainer gewesen ist, der in den existenziellen Fragen der verstaatlichten Industrie vor den Arbeitnehmern gestanden ist und gesagt hat (Abg. Sponer: „Wann war der Herr Landeshauptmann in Judenburg?“): „Ich halte zu euch, und ich werde vom Land aus tun, was wir können, aber ich werde nicht und kann nicht darauf verzichten, jene, die die Alleinverantwortung tragen, weil sie Alleineigentümer sind, auch daran zu erinnern, daß sie eine Verantwortung für die Arbeiter und Angestellten der verstaatlichten Industrie haben.“ (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn Sie dies nicht zugeben, dann handeln Sie wider besseres Wissen. Und weil hier von den Vorrednern schon soviel von der Arbeitsplatzgarantie auch gesprochen worden ist, meine Damen und Herren. Wer die ÖGB-Landeskonferenz 1983 miterlebt hat, der weiß, was mir Präsident Benya auf meine Wortmeldung gesagt hat: „Standortgarantie, das ist ein Lavendel.“ Meine Damen und Herren, wir sind in der Arbeiterkammer ausgelacht worden, wir sind verhöhnt worden. Aber im März dieses Jahres – fünf nach zwölf – haben die Sozialisten selbst einen Antrag eingebracht, in dem erstmals das fast wortwörtlich enthalten war, was wir immer verlangt haben: eine Zug-um-Zug-Strategie, in der die Auflassung von konkurrenzunfähig gewordenen alten Industriestrukturen Hand in Hand mit der Erneuerung der Industrie in der Obersteiermark geht. Und wenn Sie heute von diesem Maßnahmenpaket reden, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich – ich werde das persönlich nicht vergessen, weil man sich an die ersten Reden als junger Mensch gut erinnert, ich bin auch hier gestanden –, vor der Landtagswahl 1981 war etwa die steirische SPÖ dafür, daß wir durch eine außerordentliche Kraftanstrengung das General-Motors-Werk, um das wir uns so bemüht haben, bekommen. Eine Sitzung nach der Landtagswahl war man dagegen. Und wenn wir heute wissen, daß nicht ganz 4000 Menschen durch dieses „berühmte“ VOEST-Zusperrkonzept dieser neuen Manager, der entpolitisierten sozialistischen Manager insbesondere, entlassen werden in der Steiermark, dann wissen Sie: Wenn es uns gelungen wäre, etwa dieses General-Motors-Werk in der Obersteiermark anzusiedeln, in dem jetzt schon mehr als 3000 – wie Sie wissen – beschäftigt sind, ein Betrieb, wo jeder Arbeitsplatz mit einer Million Schilling gefördert worden ist, dann hätten wir diese Probleme nicht. Ich habe es hier im Landtag immer wieder gesagt, es muß zwischen den Parteien natürlich Unterschiede geben. Aber die Grenze ist für uns dort erreicht, wo man einer Partei wie der sozialistischen Landtagsfraktion hier im Haus nachweisbar vorwerfen kann, daß sie die Lebensinteressen des Landes hinter den Parteigehorsam stellt. Das haben Sie in der Frage der Verstaatlichten, das haben Sie in der Frage der Ansiedlung von Großbetrieben immer wieder getan. Und als ich Sie hier einmal gefragt habe, ob Sie Steirer oder nur Sozialisten sind, worauf Sie dann ausgezogen sind, da haben Sie mir das eine Zeitlang übelgenommen. Aber, wir stehen vor Weihnachten, legen Sie sich diese Frage selbst in aller Ruhe vor. (Abg. Rainer: „Was wir dir übelnehmen, ist die Verdrehung von Tatsachen!“) Hergehen, Kollege Reicher, den Landeshauptmann anschütten, alles, was wir tun, als schlecht hinstellen (Abg. Rainer: „Ihr habt euch nie zur Frage

der General-Motors bekannt!"), und niemand redet heute mehr von der VEW, weil sie sich auf dem Weg der Gesundung befindet. Ja, wenn es die Initiative des Landeshauptmannes Dr. Krainer nicht gegeben hätte, der 200 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat, würde es Standorte der VEW heute nicht mehr geben. Und Sie müssen das zugeben. Wir hätten uns gefreut, wenn Sie soviel Steirer sind, daß Sie sagen: Wir sind in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung, aber das, Herr Landeshauptmann, dafür danken wir Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.) Aber Sie finden zu dieser Größe nicht, weil Sie eben die SPÖ und nicht die Steiermark voranstellen.

Und nur ein Wort auch zum Kollegen Burgstaller. (Landesrat Gruber: „Warum habt ihr im Parlament gegen die 16 Milliarden Schilling für die Verstaatlichte gestimmt?“) Sie wissen, wie wir Steirer uns verhalten haben. Herr Landesrat Gruber, darf ich Ihnen eines sagen. Als Sie Zentralbetriebsratsobmann der VEW waren, haben wir in der Zeit, wo Sie politisch hoch im Rennen waren, die ärgsten Schwierigkeiten in bezug auf das Personal gehabt. Ich erinnere Sie nicht an die Versetzungsmaßnahmen Müzzuschlag-Kapfenberg, 40 ÖAABler, Familienväter mit mehreren Kindern, die in Müzzuschlag nicht mehr und in Kapfenberg noch nicht wahlberechtigt waren. Ich möchte nicht mehr darüber reden. Sie waren damals Zentralbetriebsratsobmann. Ich lasse mir das von Ihnen nicht gerne vorwerfen. Und wenn Sie fragen, wegen dieser 16,6 Milliarden Schilling, dann sagen Sie auch dazu (Landesrat Gruber: „Da gäbe es keine Standorte und keine Versetzungen mehr!“), daß die steirische ÖVP in der Frage der Mittelzuführung eine gar nicht leichte Diskussion – und voran der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer – mit der Bundespartei der ÖVP auf sich genommen hat und sich in allen Fällen durchgesetzt hat, im Gegensatz zu Ihnen, weil Sie in diesen 16 Jahren, wo Ihre Genossen in der Regierung gestanden sind, nichts vorweisen können, was der Steiermark zugute gekommen wäre. Der Landeshauptmann hat sich durchgesetzt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Strenitz: „Unglaublich!“) Sie haben nicht das Recht, uns einen Vorwurf zu machen.

Und zur Frage des Kollegen Burgstaller. Meine Damen und Herren! Arbeitszeitverkürzung, ich bin für die Arbeitszeitverkürzung nach Branchen bezogen, dort, wo es möglich ist, wo sich die Sozialpartner auch einigen können. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Stark im Austeilen, dünn im Anhören sind die Gewerkschafter bei euch!“) Aber jene, die heute so auf den Kollegen Burgstaller herfallen, müssen doch – bitte – wissen, er hat eine Betriebsvereinbarung zur Diskussion gestellt. Er, Burgstaller, hat eine demokratische Abstimmung vorgenommen. (Landesrat Gruber: „Weder Standorte noch Versetzungen gäbe es, wenn die 16 Milliarden Schilling beschlossen worden wären!“) In einer geheimen Wahl stimmten mehr als zwei Drittel der Beschäftigten der Hauptverwaltung VOEST-Alpine Leoben für dieses Modell des Kollegen Burgstaller, und ich möchte in aller Form dazu sagen, der Kollege Rainer, ob er will oder nicht, muß es mir bestätigen: In dieser Betriebsvereinbarung ist natürlich von der 38½-Stunden-Woche die Rede, da wird nichts umgangen, was vereinbart ist. Es wird nur gesagt, wir arbeiten die eineinhalb Stunden trotzdem zusätzlich, denn wir sind in der Forschung tätig. Wir sind im

Rahmen dieses großen Konzerns, im Rahmen dieser Verstaatlichten, die eine so lange Wegstrecke des Weges die besten Dienste für unser Land geleistet hat und die wir jedenfalls nicht im Stich lassen in diesen Zeiten, dafür da, daß wir unsere geistige Kapazität, unsere Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Und nichts anderes hat er gesagt, als daß er diese quasi Überstunden sammelt und dem Betrieb hinlegt und sagt, das ist unser Beitrag auf der kleinen Ebene zur Sanierung. Ich möchte nur diesen einen Satz aus dieser Betriebsvereinbarung zitieren, damit Sie alle auch aus der sozialistischen Fraktion wissen, wovon die Kollegen hier gesprochen haben. Hier heißt es: „Die Angestellten der VOEST-Alpine AG. Leoben wollen mit dieser Mehrleistung ein Bekenntnis zu ihrem Unternehmen sowohl nach innen als auch nach außen ablegen. Sie erklären sich solidarisch mit jenen Arbeitern und Angestellten an anderen Standorten, die auf Grund der Auftragslage Kurzarbeit oder besondere Arbeitszeitverkürzungen mit Lohn- und Gehaltseinbußen in Kauf nehmen müssen. Die Angestellten der VOEST-Alpine AG. Leoben wollen mit dieser Form der Mehrleistung nicht präjudizieren und sehen diese Aktion als eine einmalige, zeitlich befristete, auf Grund der Schwierigkeiten des Unternehmens aber notwendige Maßnahme an.“ Meine Damen und Herren! Ein Gewerkschafter, dem es nicht nur darum geht, seinen – wenn Sie wollen – GPA-Obmann Dallinger im Profilierungskampf um die Benya-Nachfolge aus einer falschen, veralteten, nicht mehr gültigen, längst hinter der Vergangenheit zurückliegenden ideologischen Genugtuung heraus in diesem Arbeitszeitkampf zu unterstützen, sondern dem es um die Arbeitnehmer an Ort und Stelle und um das Unternehmen geht, der müßte heute sagen: „Pauli Burgstaller, ich bin nicht immer deiner Meinung. Bravo, wir gratulieren dir, das ist Solidarität!“ (Beifall bei der ÖVP.) Und meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt quasi außer meiner Wortmeldung auf Grund der aktuellen Entwicklung bei Steyr-Daimler-Puch sagen. Ich kann darüber nicht lachen. (Abg. Dr. Strenitz: „Ich lache nicht über die Situation, aber Sie machen mich schmunzeln!“)

Meine Damen und Herren, wir haben mit Betroffenheit schon Mitte September zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Firmenvorstand von Steyr-Daimler-Puch 400 Arbeitnehmer im Werk Graz entlassen will. Es ist dies ein weiterer Versuch, Sanierungsmaßnahmen ohne jedes durchdachte Konzept auf dem Rücken der Arbeitnehmer und damit zu Lasten der Existenzen von Hunderten Familien auszutragen. Wir weisen eine solche Vorgangsweise mit aller Entschiedenheit zurück, denn was für die Verstaatlichte insgesamt gilt, gilt auch für Puch. Ein wirklich durchführbares Konzept hat nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Landeshauptmann Dr. Krainer, dessen Regierungsprogramm die bewiesene Überschrift „Wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz“ zu tragen berechtigt ist, hat daher schon am 16. September nach Bekanntwerden von Gerüchten über bevorstehende Entlassungen schärfsten Protest beim Firmenvorstand und beim Alleineigentümer, der CA, und damit beim Bund, eingelegt. Das Werk Graz der Steyr-Daimler-Puch-AG. ist aus langer Tradition ein industrielles Wahrzeichen der Steiermark und muß dies auch in

Zukunft bleiben. Im Bewußtsein dieser Tatsache hat das Land - und sind wir doch froh, daß es möglich war - durch außerordentliche Kraftanstrengungen die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Werk Graz-Thondorf bisher mit einer hohen Förderung von insgesamt 135 Millionen Schilling unterstützt. Nicht nur deshalb, aber natürlich auch deshalb, haben wir das Recht, auch vom Bund, und ich sage hier dazu, ganz gleich, welche Bundesregierung im Amt ist, haben wir das Recht, vom Bund eine entscheidende Hilfe zu verlangen. Der Landeshauptmann hat daher in einem Appell an den Bundeskanzler Dr. Vranitzky auf die national und international bedeutende Zweiradproduktion hingewiesen. Eine etwaige Stilllegung der einzigen größeren Fahrrad- und Mopedproduktion in Österreich nehmen wir nicht zur Kenntnis, weil sie Konsequenzen unabsehbaren Ausmaßes nach sich ziehen würde. Der Bund als Eigentümer hat daher den klaren Auftrag an den Firmenvorstand zu geben, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, etwa auch durch interne Umschichtungen und Produktionsverlagerungen, den Beschäftigtenstand zu halten. In Anbetracht dieser neuesten Entwicklungen in der Steyr-Daimler-Puch-Krise hat unser steirischer Landeshauptmann Dr. Krainer heute zu einer Konferenz eingeladen, bei der am kommenden Donnerstag die Bundesregierung, der Creditanstalt-Bankverein, als Eigentümerversorger, der Unternehmensvorstand, die Werksleitung und die Belegschaftsvertretung gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Landeshauptstadt und des Landes zusammentreffen. Ziel dieser Puch-Konferenz ist es, durch eine offensive Strategie das Werk Thondorf der Steyr-Daimler-Puch-AG. auch in Zukunft zu erhalten. Im Interesse der Betroffenen erwarten wir Steirer eine substantielle Hilfe seitens des Bundes.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit schließen, um meine Redezeit nicht zu sehr zu überschreiten und zum eigentlichen Thema gar nicht gekommen zu sein, indem ich sage, wir haben in den OECD-Staaten nach wie vor 40 Millionen Arbeitslose. Es steht zu befürchten, daß wir 215.000 Arbeitslose heuer im Jänner in Österreich haben, das sagen alle Wirtschaftsforscher. Wir haben jetzt die größte Arbeitslosigkeit seit den fünfziger Jahren. Wir werden uns alle sehr anstrengen müssen, um die Zukunft zu bewältigen, und ich denke, daß wir ebenso Bereiche wie neue Technologien, 5 Prozent der Mikroelektronik sind erst ausgeschöpft, Arbeitszeit, Arbeitszeitverkürzung, Einkommenspolitik, eine ganz entscheidende Frage, sehr, sehr gründlich und ernst miteinander diskutieren sollten, auf allen Ebenen. Und wenn es gelänge, daß wir vom jeweiligen Standpunkt „Ich“ wegkommen zum „Wir“, dann wird möglich sein, was wir brauchen, damit die einzelnen Gruppen überhaupt miteinander demokratisch zusammenleben können, nämlich das zu verwirklichen, was der Titel aller unserer Gewerkschaftsorgane ist: „Gelebte Solidarität“. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Franz Ofner. Ich erteile es ihm.

Abg. Franz Ofner: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich in meinen kurzen Ausführungen meiner Antrittsrede hier in diesem Hohen Haus nur

darauf beschränken, über Probleme meiner Region, des Bezirkes Voitsberg, zu sprechen und einige Probleme aufzuzeigen. Der Bezirk Voitsberg, und dies ist kein Geheimnis, zählt zu jenen steirischen Regionen, die seit Jahren mit größten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Das findet auch seinen Niederschlag in einer der höchsten Arbeitslosenraten unseres Landes. Sie beträgt zur Zeit mehr als 9 Prozent und wird voraussichtlich in den Wintermonaten auf 11 Prozent ansteigen, während sich der Landesdurchschnitt auf etwa über 6 Prozent beläuft. Das Traurige dabei ist aber der große Anteil der Jugendlichen an dieser Arbeitslosenrate. Sie beträgt bereits 50 Prozent. Außerdem kommt noch dazu, daß Tausende aus unserem Bezirk auspendeln müssen nach Graz oder sonstwo ihrer Arbeit nachgehen müssen, weil im Bezirk einfach keine Möglichkeit für sie vorhanden ist. Erst vor kurzem hat das Köflacher Fahrradwerk Triumph seine Produktion eingestellt, wobei 170 Arbeitnehmer freigesetzt wurden. Geschieht nicht ein Wunder, schließt auch die Lankowitzer Firma Waldhauser, die bereits den Ausgleich angemeldet hat. Darüber hinaus gibt es immer wieder in verschiedenen Betrieben der Region Schwierigkeiten, die stets mit Belegschaftsreduzierungen verbunden sind. Durch den Ausfall der Lohnsummensteuer und der immer sinkenden Kaufkraft kommen aber auch die Gemeinden in immer größere Schwierigkeiten.

Aber was ich heute in den Vordergrund stellen und hier aufzeigen möchte, ist die Entwicklung unseres größten Wirtschaftskörpers in der Weststeiermark, und zwar des weststeirischen Braunkohlenbergbaus. Wir haben größte Sorge, weil es Entwicklungen gibt, die in mehrfacher Hinsicht eine wesentliche oder überwiegende Stilllegung und damit Freisetzung unserer Bergleute in der Weststeiermark bedeutet. Da ist zum ersten einmal der Preis für die Kesselkohle, wo eine Million von den geförderten 1,7 Millionen jährlich zu dem Kraftwerk nach Voitsberg geliefert wird. Und hier wurde seinerzeit, im Jahr 1977, ein Preis im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Voitsberg vereinbart, verbunden damit die Aufschließung des Tagbaues in Oberdorf. Und hier mißglückte unserem ehemaligen GKB-Vorstand und unseren Juristen scheinbar etwas; die Auswirkungen kommen erst jetzt zum Tragen. In diesem Vertrag, der erst mit Lieferbeginn von 1986 in Kraft tritt, fand die Valorisierung des Preises nicht die nötige Rücksicht. Der Preis, zu dem wir verkaufen, liegt 30 Prozent unter dem paritätischen Preis. Meine Damen und Herren, 32 Prozent unter dem üblichen Marktpreis, das kann sich ein jeder ausrechnen, daß das auf Sicht kein Unternehmen verkraften kann und auch entsprechende Auswirkungen haben muß.

Es kommt aber noch ein zweites Problem. Wir sind ja von mehreren Seiten in einem Würgegriff. Es kommt ein zweites Problem, im Zuge der VOEST-Krise kamen auch wir als Tochter, als GKB, in diesen Strudel. Und im Zuge der beabsichtigten Sanierung der VOEST, durch Aufbringung von Eigenmitteln ist auch beabsichtigt, die GKB, den Bergbau sowie die Eisenbahnlinie zu verkaufen. Kaufen kann einen Bergbau niemand anderer als die E-Wirtschaft, sprich ÖDK. Aber hier haben wir auch noch eine große Sorge, eine berechnete große Sorge, daß die ÖDK nur Interesse an

der Kohle hat, die sie selbst in ihren Kesseln verfeuern kann. Wir produzieren aber noch Hausbrandkohle, wir produzieren andere Industriekohle, so daß es wiederum, wenn es zu einem solchen Eigentümer käme, bedeuten würde, daß 1000 Bergleute von den 1600 früher oder später freigesetzt werden müssen, weil ein Vorstandsmitglied der ÖDK im Zuge der Anbiederung des Kaufes an die ÖDK bereits erklärt hat, „wir sind keine Kohlenhändler“. Und das sagt doch schon alles.

Meine Damen und Herren! Jetzt noch zu etwas, was ein steirisches Problem für uns als GKB praktisch ist. Wir haben Jahre hindurch das Fernheizwerk der STEWEAG in Graz in der Puchstraße mit 250.000 Jahrestonnen an Kesselkohle beliefert, und dieses Kraftwerk wurde umgerüstet oder ist beim Umrüsten auf einen anderen Verbrennungsvorgang, und daher gibt es für uns in der GKB den Ausfall von diesen 250.000 Tonnen Kesselkohle. Es handelt sich hier um Kesselkohle, die nicht anders zu vermarkten ist. Es gibt keine Möglichkeit, weil es keine Hausbrandkohle ist. Hier möchte ich, Herr Landeshauptmann, Sie ansprechen, daß Sie vielleicht auf unsere Landesgesellschaft einwirken, daß es in irgendeiner Form möglich sein wird oder kann, einen Zusatz in Mellach herbeizuführen. Sei es durch eine Veredelung, diese Dinge und Anlagen gibt es und hat es bereits gegeben, wo das Wasser aus der Kohle entzogen wird, wodurch der Heizwert steigt und wo es durch die Beisetzung der hochwertigen Steinkohle im Verbrennungsvorgang dann möglich ist, diesen Teil des ausfallenden Quantums in Mellach unterzubringen. Kollege Schützenhöfer, er ist jetzt fort, ist sicherlich ein brillanter Redner, aber ich muß ihm heute etwas sagen. In diesem Zusammenhang mit der Unterbringung dieser 250.000 Jahrestonnen haben wir bereits in der Kammer einen Antrag gestellt, daß sich die STEWEAG doch Gedanken machen soll, wie man das ersatzmäßig unterbringt. Und passiert ist folgendes, daß die Kollegen des ÖAAB, auch der Kammerrat Schützenhöfer – er ist nicht da –, diesen Antrag abgelehnt haben.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, ich habe heute schon gesehen, man muß noch viel lernen, ich habe wohl gut beobachtet, aber ich kenne den Stil in diesem Hohen Haus noch nicht. Aber ich werde es irgendwann auch erlernen. Jedenfalls für unsere Probleme, meine Damen und Herren, möchte ich alle Entscheidungsträger, möchte ich alle aufrufen, für unseren Bezirk, für unsere Anliegen Solidarität zu bekunden, daß wir draußen in Voitsberg nicht ein totales Notstandsgebiet werden. In diesem Sinn mit einem herzlichen Glückauf eines Bergmannes! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch, dem ich es erteile.

Abg. Grillitsch: Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Für mich war es im Vorjahr eine historische Stunde, als es in der Wirtschaftsberatung gelungen ist, in wirtschaftlichen Fragen das sogenannte „steirische Klima“ herzustellen. Und ich habe mich sehr gefreut darüber, daß das auch einige Zeit gehalten hat. Es hat nicht immer gehalten bei den Sonntagsreden verschiedener Politiker hier an dieser Seite, und ich habe mich

vor einigen Tagen sehr darüber gewundert, daß dieser Stil, der altbekannte, eigentlich wiederum im Aufflammen ist. Bei einer Jubilarehrung in Judenburg hat der Herr Abgeordnete Gennaro im Namen der Arbeiterkammer – damals noch nicht als Präsident (Abg. Gennaro: „Was nicht ist, kann noch werden!“), das habe ich erst heute gehört – gesprochen. Ich bin sehr verwundert darüber, meine Damen und Herren, daß er nicht allein mit dieser Art ist, sondern daß einige Neulinge, Arbeiterkammervereine und Gewerkschaftsvertreter, glauben, daß das der richtige Stil wieder sei, das zu sagen, was den Steirern jahrelang hindurch sehr geschadet hat. Und ich sage es hier ganz offen, es hätte in der Steiermark viel verhindert werden können, wenn Sie rechtzeitig auf die Worte des Herrn Landeshauptmannes gehorcht hätten und wenn Sie rechtzeitig Wirtschaftspolitik und nicht Parteipolitik in Wien gemacht hätten. Und mit der vorrangigen Parteipolitik, die Sie bis Weihnachten im Vorjahr voll mitvertreten haben, ist in der Steiermark wirklich vieles passiert. Prof. Dr. Karl Eichinger hat es schon gesagt, von Mürzzuschlag bis Judenburg. Wir kennen die Probleme alle. Ich muß eines berichtigen, und das gilt für die ganze Steiermark. Herr Abgeordneter Reicher, Sie haben gesagt, daß die private und mittlere Wirtschaft immer weniger Arbeitsplätze gemacht hätte. Laut Statistik – bitte lesen Sie nach – sind bei den Betrieben bis zu 100 Arbeitnehmern in der Steiermark um 5000 Arbeitsplätze mehr geworden von 1976 bis 1983. Und bei den Betrieben über 1000 Arbeitnehmer, was vorwiegend verstaatlichte Betriebe sind, sind von 67.000 54.000 übriggeblieben. Meine Damen und Herren, das ist eine Entwicklung, die natürlich der ganzen Wirtschaft Sorge macht, und das ist die Entwicklung, die der steirische Landeshauptmann rechtzeitig erkannt hat und hier auch rechtzeitig gehandelt hat und der es deshalb auch wirklich nicht verdient, so behandelt zu werden. Wenn Sie es schon draußen tun, wird es auch von der Bevölkerung, und ich sage es Ihnen, nicht verstanden. Die Wahlergebnisse bei allen Wahlen haben das bestätigt. Schauen Sie sich das in den Industrieorten an. Verluste bis zu 15 Prozent mußten Sie dort bei beiden Wahlen hinnehmen. Und das soll auch Sie zum Nachdenken bringen. Um die Probleme zu bewältigen, brauchen wir die Gemeinsamkeit, die im Vorjahr hier beschlossen wurde. Versprechungen, meine Damen und Herren, haben nichts gebracht, gar nichts. Auch die vom Bundeskanzler Dr. Kreisky für den Verstaatlichtenbereich nicht. Und es war nicht umsonst, daß er jetzt in Fohnsdorf angemeldet war, dann aber gar nicht hinkommen konnte, weil er vorher schon gewußt hat, daß ohnedies niemand auf ihn wartet. (Abg. Kirner: „Dann erkundige dich, was damals für ein Wetter war!“)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Daß Leute warten, wenn man Umschulungszentren mit 200 Leuten freigibt, und denen sagt, um zehn Uhr soll der Altkanzler kommen, ihr habt unten zu stehen, aber sonst niemand da ist, außer ein paar Ortsverantwortlichen, glaube ich, das ist doch die Bestätigung, daß niemand mehr wartet. Meine Damen und Herren, die Enttäuschung über diese Politik ist in den betroffenen Gebieten sehr groß. Ich würde Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross, wirklich empfehlen, auch zu Ihrem Wort zu stehen, das Sie voriges Jahr gegeben haben. Ich habe einige Male hier schon

gesagt, daß man sich leider auf diese Worte nicht immer verlassen kann. Ich sage das deshalb mit Überzeugung, weil ich es sehr oft erlebt habe, in wirtschaftlichen Fragen und auch in der Draken-Frage bitte, wo das Wort nur bis zum Semmering gegolten hat und dann wieder die Wiener Parteibefehle angenommen wurden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Arbeitnehmer erwarten von uns allen eine vernünftige Politik in ihrem Interesse. Und die Arbeitnehmer, gerade auch im Verstaatlichtenbereich, sind bereit, mit höchstem persönlichem Einsatz alles zu leisten, damit die Arbeitsplätze erhalten werden, und sie wissen, daß Ihre falsche Politik sie dorthin geführt haben. Die Arbeitnehmer wissen auch genau, daß sie nicht die Schuldigen sind für das Debakel. Und wenn Sie heute immer wieder den Vorwurf machen: „Warum verhält ihr euch im Bund so?“ Ich sage Ihnen heute, Gott sei Dank hat man sich so verhalten, weil sonst wären wahrscheinlich diese Milliarden auch irgendwo und hätten der heimischen Industrie nicht gedient. Und letztlich glaube ich, muß hier ein Konzept vorhanden sein und muß hier auch von der Bundesregierung die Arbeitsplatzgarantie insofern gegeben werden, daß die Standorte nicht nur in Wien, sondern auch in der Steiermark erhalten bleiben. Wenden Sie Ihre Redensart, gehen Sie auf Vernunft und sorgen Sie, daß das steirische Klima, das Sie im Vorjahr mitgetragen haben, in dieser schwierigen Zeit auch weitergetragen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer, dem ich es erteile.

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bin schließlich nur ein Bergarbeiter (Abg. Dr. Dorfer: „Was heißt da ‚nur‘?“), und es gibt unter Ihnen sicher viel gebildete Menschen, aber ich tu mich manchmal schwer, und ich habe versucht, daraufzukommen, von welchem Land Ihre Kollegen hier reden. Von Österreich können sie sicherlich nicht sprechen, denn wie uns international anerkannte Statistiken beweisen, liegt Österreich in seinen Wirtschaftsaussichten an fünfter Stelle. Wir haben die viertniedrigste Arbeitslosigkeit, und, meine Damen und Herren, beim Wirtschaftswachstum stehen wir ebenfalls an der vierten Stelle.

Das ist Österreich, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Maitz: „Glaubst du, daß das die Arbeitslosen beeindruckt?“) Nein, Herr Kollege Dr. Maitz, doch wir sollten stolz sein auf die Leistungen dieses Landes. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, das täte uns gut. (Abg. Dr. Maitz: „Das sind wir auch, aber wir kämpfen um die Arbeitsplätze!“) Und wenn jemand verlangt, daß hier die Leistungen der Landespolitiker an der Regierungsbank gewürdigt werden und im gleichen Atemzug aber dann sofort über die Bundespolitiker schimpft, dann muß ich doch sehr an seiner Glaubwürdigkeit zweifeln, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Ihr macht es umgekehrt!“)

Wir könnten die Liste der Leistungen der österreichischen Wirtschaft, aber auch Ihrer Wirtschaft, der privaten Wirtschaft, noch sehr lange fortsetzen. Ich glaube, das wären Maßstäbe, die uns angemessen wären, und nicht zu streiten, wem die meisten Leute bei den

Wahlen davongelaufen sind, meine Damen und Herren. Sie sind Ihnen genauso wie uns davongelaufen. (Abg. Kammlander: „Sie sind zu uns gelaufen!“) Aber sie sind in einer Richtung momentan, wo es uns vielleicht nicht immer ganz angenehm sein wird. Ich glaube, wir sollten darauf achten, daß hier nicht etwas passiert, daß hier nicht in der Innenpolitik in Österreich Dialoge aufbrechen, die uns bereits genug geschadet haben und die es gilt, möglichst rasch auszubessern, um das Ansehen Österreichs in der Welt wieder entsprechend herzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich habe bei der Umweltdebatte bereits darauf hingewiesen, daß es in Eisenerz große Probleme gibt, und eines dieser Probleme ist die Sorge um die Arbeitsplätze. Die Menschen, die davon betroffen sind, die sehen das und spüren das mit einem anderen Empfinden als wir hier herinnen vielleicht. Es wird, obwohl ein neuer Betrieb geschaffen wurde, in dieser Region empfindliche Einkommensverluste geben, von denen wiederum alle betroffen sind, meine Damen und Herren. Wir haben trotz vieler Bemühungen, und hier sage ich ganz bewußt, gemeinsamer Bemühungen, durch Bund und Land versucht, das Ärgste noch abzuwenden. Es wurde eine neue Firma dort angesiedelt, und es wurde eigentlich sehr, sehr rasch gehandelt, um die Förderungen entsprechend flüssigzustellen. Aber dennoch wird das nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die Betroffenen sehr hart von diesen Maßnahmen getroffen sind, denn nach dem Krieg, oder viel früher noch, wurden noch nie auf einen Schlag 200 Leute in Eisenerz von der VOEST-Alpine freigesetzt und mußten in einen privaten Betrieb abwandern beziehungsweise übergeführt werden. Das bringt einfach Einkommensverluste. (Abg. Kollmann: „Nicht ‚mußten‘, sondern ‚durften‘!“) Herr Kollege, ob „durften“ oder „mußten“, das Lohnsackerl wird die Entscheidung bringen für die Betroffenen, und das ist schwer genug. Das ist sehr, sehr schwer. Aldestra wurde zugesperrt, Herr Kollege, und hier auch wieder gemeinsame Anstrengungen mit dem Bund, um einen Ersatz zu finden. Wir haben viele Verhandlungen gemeinsam geführt, daß wir dort in der Halle eine neue Produktion ansiedeln können. Und mit dem Bundesheer wird uns das gelingen, wie es in Hieflau gelungen ist. Dort gibt es jetzt 40 ständige Arbeitsplätze, und die Marktgemeinde Hieflau hat wesentlich vom Bau dieses Munitionslagers profitiert, weil durch die Lohnsummensteuer eine große Einnahmenquelle für die Gemeinde Hieflau erschlossen wurde. Und in der Aldestra wird sicherlich das Bundesheer die entsprechenden Arbeitsplätze schaffen. Ich glaube, das sind die Dinge, von denen wir reden sollen, und nicht von Schuldzuweisungen, sondern wie wir die Probleme gemeinsam lösen können für die Betroffenen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Davon reden wir schon drei Tage!“) Herr Kollege, ein bißchen Zuhören würde manchmal wirklich nicht schaden. Ich möchte hier nichts anheizen, aber vielleicht eine Frage an den Herrn Landesrat Dr. Heidinger und auch an Sie. Der Kollege Prof. Dr. Eichtinger hat den Herrn Präsidenten Ileschitz so gelobt und hat gesagt, das war noch ein „Männertyp“, und vielleicht ist das ein Voromen dafür, daß endlich die Wirtschaftsförderungsrichtlinien und die Geschäftsordnung für die Wirtschaftsbeiräte beschlossen und ausverhandelt werden, Herr Landesrat. Das

war ein Wunsch des Herrn Präsidenten Ileschitz, über den er oft hier gesprochen hat.

Eine Bemerkung noch zu meinem Kollegen Kollmann. Ich weiß, in der Aufregung kann einem manches passieren. Nur, ich kann dir die Unterlagen liefern. Von Unwahrheit war in dieser Presseausendung – es war keine Pressekonferenz – über die Eisenstraße nichts darin, und du wirst nichts darüber finden. Aber ich glaube, es war notwendig, in diesem Stadium, in diesem Interregnum möchte ich fast sagen, einmal lautstark darauf aufmerksam zu machen, daß hier für eine Region eine Chance besteht, sich in eine bestimmte Richtung des Fremdenverkehrs zu entwickeln, und Tatsache ist, daß es ein Verhandlungspapier gibt, ein Parteienübereinkommen, das von Landeshauptmannstellvertreter Gross und Landeshauptmann Dr. Krainer unterschrieben, aber noch nicht realisiert wurde. Und jetzt – glaube ich – ist es doch endlich an der Zeit. Der Herr Kollege Dr. Pfohl hat bei der vorjährigen Budgetdebatte sehr lobend über die Aktivitäten im Rahmen der Eisenstraße gesprochen, und ich glaube, es wäre notwendig, hier endlich die Umsetzung so zu gestalten, daß viele Finanzmittel, die bereit sind, auch im Interesse der Eisenstraße ausgenützt werden können, damit in dieser Eisenwurzenregion oder entlang der steirischen Eisenstraße etwas Positives im Interesse der Montanhistorie und im Interesse des österreichischen Fremdenverkehrs passieren kann. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete DDr. Steiner. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Steiner: Herr Präsident! Hohes Haus!

Als Abgeordneter eines Bezirkes der alten Industriegebiete, zu dem der Bezirk Bruck gehört, möchte ich mich doch zu Wort melden. Wir haben heute viel über diese alten Industriegebiete gehört. Und der Bezirk Bruck an der Mur gehört dazu. Ich lebe dort seit 30 Jahren und teile Leid und Freud mit all den Menschen, die bei der VEW arbeiten oder im Lamingtal oder in der Breitenau. Der Bezirk Bruck an der Mur ist in wirtschaftlicher und auch in soziologischer Hinsicht ein Bezirk mit sehr verschiedenen und schwierigen Strukturen. Wir haben die verschiedenen Gebiete, die Ballungszentren mit ihren Sorgen, wir haben aber die Fremdenverkehrsgebiete im Raum Mariazell, Tragöß und dann eben auch noch die Bauerngebiete, die Agrargebiete diesseits und jenseits des Seeberges. Bei den Einwohnern des Bezirkes Bruck an der Mur haben wir es mit 88 Prozent Unselbständigen zu tun. Und ich habe mir heute die Ziffern der Arbeitslosigkeit, der Situation im Bezirk Bruck geben lassen. Wir haben 1680 Arbeitslose, Arbeitssuchende, 810 männliche, 933 weibliche, und davon 680 Jugendarbeitslose, also ein Drittel allein sind arbeitslose Jugendliche. Darunter auch Junglehrer, von denen ich schon gesprochen habe. Es ist so, es handelt sich in diesem Bezirk Bruck um eine Arbeitslosigkeit von 5,9 Prozent. Dabei muß man sagen, wenn der Kollege Franz Ofner gesagt hat, er hat 9 Prozent, da sind wir relativ noch ein gut bestellter Bezirk, aber trotzdem ist die Arbeitslosenzahl nicht repräsentativ genug, denn wir haben Pendlerexport in unserem Bezirk. Es ist so, daß die Andrangsziffer repräsentativ ist. Pro offene Stelle melden sich

17 Arbeitssuchende. Eine sehr entscheidende Zahl. Aber ich muß sagen, im Bezirk Bruck an der Mur ist sicher auch durch diese Zeichensetzung, die vom Landeshauptmann gesetzt worden ist, vom Land gesetzt worden ist, wo auch der Bund dann nachgekommen ist, die 200 Millionen Schilling für die VEW waren eine symbolische und eine gewaltige Zeichensetzung. Und ich durfte heuer bei der großen Jubilarerhöhung der VEW dabei sein – Klaus Prieschl, das war im April, wo der Generaldirektor Schmolzgruber berichten konnte von der Sanierung der VEW, und daß man meint, daß 1988 die VEW aus den roten Zahlen ist, daß sie herangeführt wird als Konzern an die internationale Edelstahlkonkurrenz, daß die Umstrukturierung voll im Gang ist und daß die Töchterbetriebe, die gegründet worden sind, florieren. Aber wir müssen trotzdem sagen, es sind schwerste Opfer gebracht worden. Schwerste Opfer im Einvernehmen mit der Belegschaft, im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft und eben auch mit den Vertretern des Landes. Man darf natürlich in diesem Betriebsgebiet nicht nur an die VEW denken, es sind Firmen – denken wir an Bauunternehmen – in Konkurs gegangen. Es ist eine schwierige Situation geworden. Und das in den letzten 16 Jahren. Über 6000 Menschen haben diese Gebiete verlassen, weil sie keine Arbeit mehr gefunden haben. Trotzdem möchte ich sagen, es gibt Ansätze in Oberdorf bei der Magnesit, es gibt Ansätze in Kathrein, es gibt Ansätze bei den Klein- und Mittelbetrieben, und es gibt Ansätze bei PEWAG und bei Pengg, wo wir gerade jetzt sagen müssen – wir haben Betriebsbesichtigungen gemacht –, daß wir darüber erfreut sind. Dabei muß trotzdem, meine Damen und Herren, das zur Kenntnis genommen werden, was ein bedeutender Volkswirtschaftler gesagt hat, Rosegger, ein Neffe des großen Dichters Rosegger, der in Graz vor kurzem eine Gastvorlesung gehalten hat. Er sagt: „In einem Zusammenhang kann ich nicht mitkommen mit der neuen Strukturpolitik. Sie besteht darin, daß Frühpensionieren und ähnliche Maßnahmen die erfahrensten und qualifiziertesten Mitglieder der regionalen Bevölkerung abziehen, ein Vorgang, den ich volkswirtschaftlich nicht vertreten kann, wenn man die besten und reifsten Kräfte allzu früh aus dem Betrieb herauszieht.“ So meint der bedeutende Volkswirtschaftler Rosegger. Er meint aber auch, Wunderkuren für die Probleme von Unternehmen und Regionen gibt es nur höchst selten, die beinahe schon altmodisch klingenden Hausmittel, erstens unternehmerische Initiative, von der die Vertreterin der Wirtschaft so gut gesprochen hat, motivierte Arbeitskräfte, marktwirtschaftliche Flexibilität und nicht zuletzt ein der Grenzen seiner wirtschaftlichen Interventionen bewußter Staat sind auch wichtig. Der Staat überschreitet oft seine Grenzen, seine Möglichkeiten der Überschreitung. Ich möchte sagen, die Meinung, die hier ausgesprochen wurde – Prof. Tichy hat es wiederholt gesagt, und Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat es aufgegriffen –, es gibt die Idee einer temporären Arbeitsplatzgarantie. Und es gibt nicht nur die Idee, sondern es gibt auch die Möglichkeit. Und dieses hat Hoffnung gegeben, daß man sagt, nicht weggehen, neue Betriebe gründen. Ich möchte dem Land danken. Herr Landesrat Dr. Heidinger, Vogel & Noot hat auf der verlassenen Werkstätte von Diemlach Platz gegriffen, die geschützte Arbeitsplatzstätte ist dort aufgebaut worden. (Abg. Rainer: „Man

darf den Herrn Landesrat Gruber nicht vergessen!") Alles Dinge, die Zeichen setzen, die Mut geben, und dabei müßte man sagen, in diesem Sinn sind unsere Industriebezirke der Obersteiermark kein Erbe, das man einfach wegen geänderter Umstände zur Seite schieben kann und soll. Dieses Erbe ist dazu da, nicht es nur zu belasten, sondern zu erhalten, zu stärken und dabei mit viel Schwung und Optimismus in die Zukunft zu schreiten. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ-AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prieschl, dem ich es erteile.

Abg. Prieschl: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte zu Beginn meiner Wortmeldung doch den Kollegen Schützenhöfer kurz ansprechen, und zwar deshalb, weil er in einer Wechselrede mit unserem Landesrat Gruber erklärt hat, daß es eigentlich nicht gelungen ist oder überhaupt nicht gelungen ist, für die verstaatlichte Industrie in der Obersteiermark strukturverändernde Maßnahmen einzuleiten. Ich weiß nicht, Herr Kollege Schützenhöfer, wann Sie zum Beispiel das letzte Mal bei der VEW in Kapfenberg gewesen sind. Ich habe auf Grund meiner dienstlichen Obliegenheiten bei der Stadtgemeinde Kapfenberg Gott sei Dank öfters Gelegenheit, diesen Betrieb zu besuchen. Ich bin jedes Mal überrascht, welche enormen strukturverändernden Maßnahmen innerhalb dieser kleinen Werksgruppe in Kapfenberg im Rahmen der VEW getätigt werden. Wenn Sie eigentlich über die neuen Technologien sprechen wollten, so muß ich Ihnen sagen, daß gerade die VEW in Kapfenberg einen wesentlichen Teilbereich in diese neuen Technologien setzt, wobei vor allem Hochtechnologie, und zwar zukunftssträchtige Technologie in bezug auf Flugzeugindustrie zum Beispiel, gemacht wird und wir in Kapfenberg oder überhaupt in den gesamten Vereinigten Edelfeststoffwerken doch in die Lage versetzt worden sind, durch diese strukturverändernden Maßnahmen in die Zukunft zu schreiten. Natürlich ist es so, daß jede Rationalisierung und jeder, der mit Wirtschaftspolitik irgendwo konfrontiert ist, weiß, daß jede verändernde Maßnahme oder jede Investition darauf abzielt, Arbeitskräfte freizusetzen. Leider Gottes ist es nicht gelungen, und da haben Sie in einigen Punkten auch recht, in jenem Maß neue Arbeitsplätze zu schaffen, wie sie durch Strukturveränderungen eben verlorengegangen sind. Aber wie wir vorher beim Kapitel 7 über die Landwirtschaft debattiert haben und wir sehr genau wissen, daß der Primärbereich in unserer Wirtschaft, nämlich die Grundstoffindustrie, immer weniger Arbeitsplätze bringt, wo auch die Landwirtschaft drinnen ist, so müssen wir doch sagen, daß durch zukunftssträchtige Investitionen gerade auf dem Sektor der Finalproduktion einiges gelungen ist.

Zur Kollegin Göber vielleicht, weil sie gesagt hat, daß die Klein- und Mittelbetriebe zuwenig Anerkennung bekommen. Kollegin Göber, es ist überhaupt in unserer Gesellschaft so, und das ist sehr bedauerlich, daß erst dann, wenn irgend etwas nicht mehr funktioniert, darüber geredet wird. Ich kann mich erinnern, daß zum Beispiel auch die verstaatlichte Industrie bis zum Jahr 1974 etwa immer Gewinne produziert hat, und in dieser Zeit wurde leider Gottes nicht geschrie-

ben, welche großen Leistungen hier getätigt werden. Erst dann, als es auf Grund der weltweiten Situation nicht mehr möglich war, Gewinne zu erwirtschaften, ist diese verstaatlichte Industrie eben in den Zeitungen gestanden, und es ist bis heute nicht gelungen, hier eine wesentliche Veränderung zu erreichen. So ist es auch in der Klein- und Mittelindustrie oder bei den Klein- und Mittelbetrieben. Dort, wo alles funktioniert, nimmt man es für selbstverständlich hin. Wenn dann aber irgendwo Einbrüche passieren, dann versucht man, durch Interventionen oder durch schlechte Meldungen dieser Industrie noch zusätzlich Schaden zuzufügen. Man versucht eben, verschiedene Strukturprobleme so darzustellen, als ob in der Vergangenheit eigentlich nichts verändert worden wäre.

Zu den neuen Technologien überhaupt, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Das ist ja ein Teilbereich, der in Zukunft, so glaube ich, für uns sehr interessant ist. Ich habe bei einer meiner ersten Wortmeldungen hier im Landtag erklärt, daß ich die Vorträge der Technova sehr interessiert verfolgt habe, wo über die Biotechnologie, die für uns in Zukunft sehr wichtig ist, gesprochen worden ist. Ich möchte einige Dinge aus diesen Vorträgen zitieren. Wenn man hört, daß schon ein Drittel der Weltkupferproduktion heute durch Mikroorganismen oder mit Hilfe von Mikroorganismen produziert wird, dann muß man sich vorstellen, wie sich diese Technologie in Zukunft entwickeln wird. Im Jahr 1986 zum Beispiel sind Produkte in Höhe von etwa 5 Milliarden Dollar mit Hilfe dieser Biotechnologie umgesetzt worden. Prognosen sagen, daß bis 1990 der Produktionswert derartiger Produkte auf etwa 70 Milliarden Dollar steigen wird. Ich glaube, auf diesen Zug müssen wir aufspringen als gesamtösterreichische Industrie, als steirische Industrie. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß durch gemeinsame Aktionen zwischen Bund und Ländern, nur so kann es gehen, Maßnahmen gesetzt werden, um diese enormen Forschungsinvestitionen auf diesem Gebiet zu tätigen. Auch unsere steirischen Firmen sind anzuregen, in diese Technologien einzusteigen. Wenn uns dies gelingt, dann glaube ich, können wir jenen Optimismus haben, den mein Vorredner für die Zukunft eigentlich vorhergesagt hat. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ-AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Lopatka: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die bisherigen Wortmeldungen zu diesem Budgetkapitel haben für mich sehr deutlich gezeigt, wie ernst eigentlich die Situation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ist. Auf Fragen junger Menschen, in welchen Bereichen die Chancen am größten seien, einen Arbeitsplatz zu finden, wird es immer schwieriger, eine befriedigende Antwort geben zu können. Der inländische und auch der europäische Markt zeigen ja zunehmend Sättigungstendenzen. Neben den heute schon hier genannten Chancen, neue Wege zu gehen, ist mir ein Bereich in dieser Debatte etwas zu kurz gekommen, nämlich der der internationalen Zusammenarbeit. In einer Welt, die immer vernetzter wird, müssen wir auch unser Denken auf diese Situation

einstellen und über die engen Landesgrenzen und über unseren Kontinent hinweg, sei es, was die Arbeitszeitdiskussion betrifft, sei es, was Verkaufs- und Marktstrategien betrifft. Es freut mich, daß es gerechtfertigt ist, hier behaupten zu können, daß dieses weltumspannende Umdenken im Steiermärkischen Landtag schon relativ früh eingesetzt hat und in Gang gesetzt wurde, denn es ist ja keine Selbstverständlichkeit, in einem Landesbudget auch einen Budgetposten Entwicklungshilfe vorzufinden. Ich bin jenen Abgeordneten an dieser Stelle hier sehr dankbar, die bereits am 20. Oktober 1980 den Antrag einbrachten, der die Aufstockung dieser Mittel bewirkt hat, um so ein sichtbares Signal zu setzen, das für mich vor allem auch wirtschaftspolitisch zu sehen ist. Denn, wer Entwicklungspolitik und internationale Zusammenarbeit diskutiert, der steigt für mich in den entscheidenden Dialog des nächsten Jahrtausends ein. Und verantwortungsbewußten Politikern muß klar sein, daß in Zukunft nur dann massiven Eruptionen und Konflikten aus dem Weg gegangen werden kann, wenn die Industriestaaten, zu denen Österreich Gott sei Dank zu zählen ist, ihr Verhalten gegenüber den Entwicklungsländern vor allem in den Wirtschaftsbeziehungen grundlegend und deutlich ändern. Ich frage mich schon lange, warum der Bund auf diesem Gebiet in den letzten Jahren so wenig getan, jedoch so viel gesagt hat. Ich denke hier vor allem an Bundeskanzler Dr. Kreisky, der sich zwar seinen Mund zerfranst hat, was dieses Gebiet betrifft, aber leider keine Taten hat folgen lassen. Ich frage mich auch, wie es heute vormittag schon der Abgeordnete Zellnig getan hat, warum hat sich noch niemand bereit gefunden, auch nur einen Bruchteil der weltweiten Rüstungsausgaben, es sind derzeit 3,6 Millionen Schilling pro Sekunde, 220 Millionen Schilling pro Minute, für jene 30.000 Kinder herzugeben, die heute Tag für Tag sterben müssen. Diesen Fragen könnte man noch viele weitere anfügen. Tatsache ist, und ich möchte es ganz bewußt an dieser Stelle sagen, daß mehr Menschen in den letzten fünf Jahren an Hunger gestorben sind als in allen Kriegen der letzten 150 Jahre.

Warum sage ich das, warum nenne ich diese Zahlen? Ich glaube, diese Zahlen machen einem bewußt und rücken das Los von Arbeitslosen in Österreich in das rechte Licht. Denn Gott sei Dank haben wir ein soziales Netz, Gott sei Dank muß bei uns niemand verhungern, und Gott sei Dank ist bei uns nicht alles so schlecht und so furchtbar, wie es der Vereinte Grüne dieses Hauses in jeder Wortmeldung darzustellen versucht hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Es könnte jetzt einer sagen, die großen Probleme der Weltwirtschaft können nur weltweit gelöst werden und sicherlich nicht im Steiermärkischen Landtag. Richtig, sage ich. Für mich heißt es aber auch, daß die Steiermark ihren – wenn auch nur kleinen – spezifischen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten hat und für diese für die Menschheit so entscheidenden Fragen ihren Beitrag zu leisten hat. Verlautbarungen allein wären zuwenig. Die Bundesregierung hat sich damit aber in den letzten Jahren leider begnügt. Österreich ist im Bereich der Entwicklungspolitik und der internationalen Zusammenarbeit leider innerhalb der OECD-Staaten im Schlußfeld anzufinden. Die seit 1970 immer wieder versprochenen 0,7 Prozent des Bruttonational-

produktes konnten nie erreicht werden. Selbst im Spitzenjahr 1985 betrug der Anteil am Bruttonationalprodukt der österreichischen Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit bloß 0,38 Prozent. Leider hat für das kommende Jahr der Bund diese Mittel bereits gekürzt, obwohl er von der Kompetenz her hier zuständig wäre. Das Land hat die freiwillig beschlossenen Leistungen auch im nächsten Jahr in der bisher gewährten Höhe aufrechterhalten. Und unter der Mithilfe dieser steirischen Gelder konnten verschiedenste lebensnotwendige Einrichtungen in den letzten Jahren in der dritten Welt errichtet werden. Ich darf nur einige Beispiele nennen: der Bau einer Gebärklinik in Tansania, der Bau einer Schule in Simbawe, Brunnensanierungen in Obervolta, die Kommunalzentren in Kolumbien, der Bau eines Lepraspitals in Kamerun, die Errichtung einer Schule in El Salvador, der Ankauf eines großen Bootes in Brasilien, der Aufbau einer Viehzuchtgenossenschaft in Niceragua und Dutzende, vor allem die in Klein- und Mittelbetrieben angesiedelten wirtschaftlichen Hilfen in Petra Badejo auf den Kapverdischen Inseln. Diese Initiativen sind sichtbare Zeichen der Solidarität, die wir nicht nur im eigenen Land brauchen, sondern auch weltweit. Denn worum geht es bei diesen Projekten? Für mich geht es nicht vordergründig um rein sozial caritative Leistungen, sondern um Bewußtseinsbildung für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Ich glaube, daß letztendlich das Ziel dieser Hilfe sein muß, daß wirtschaftliche Beratungsdienste und die Kooperation heimischer Firmen mit Klein- und Mittelbetrieben in den Ländern der dritten Welt auch neue Absatzmärkte für unsere Wirtschaft erschließen. Denn Entwicklungshilfe darf kein sozial-caritativer Akt sein, sondern muß ein entscheidender Impuls, ein entscheidender wirtschaftlicher Impuls, zur Hilfe, zur Selbsthilfe sein. Und die Schaffung funktionierender Wirtschaftsstrukturen als Grundlage für entsprechende kaufkräftige Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern setzen meines Erachtens gerade den Aufbau einer breiten mittelständischen Betriebsstruktur voraus. Multinationale Konzerne werden hier sicherlich keine Hilfestellung leisten. Wir sind aufgerufen, hier zu helfen, denn wir sehen es auch bei uns, und es ist heute schon mehrmals gesagt worden, gerade in Krisengebieten und in Krisenzeiten sind Klein- und Mittelbetriebe unbezahlbar. Ich bin fest davon überzeugt, daß durch betriebswirtschaftliche und fachtechnische Beratung bei Gründung solcher Betriebe, verbunden mit der Kooperation heimischer Betriebe, langfristig gesehen neue Märkte entstehen können, die letztendlich dann auch bei uns – wenn es auch länger dauern mag – Tausende Arbeitsplätze sichern könnten. Ziel meiner Ausführungen in diesem Kapitel war es daher, aufzuzeigen, daß es neue mögliche Absatzmärkte für steirische Industrie- und Gewerbebetriebe gibt, die man nicht vergessen sollte. Denn dieses Vorhaben entspricht auch den Zielsetzungen des steirischen Landesentwicklungsprogrammes für Industrie und Gewerbe, das den Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung auf die nicht konventionellen Förderungsinstrumente wie Technologietransfer, Informationstransfer und Beratungsaktivitäten legt. Und ebenso würde die angestrebte verstärkte Orientierung der steirischen Wirtschaft auf Absatzmärkte in der dritten Welt unsere wirtschaftliche Randlage durch die Nähe zu den Häfen Rijeka, Kopa, Pula und Triest in

diesem Fall eine ausgesprochene wirtschaftliche Gunstlage sein. Und denken wir in Fragen der Wirtschaftspolitik nicht tagespolitisch, denken wir langfristig. Schließen wir in unsere Überlegungen auch jene Länder ein, die heute noch keine Märkte für uns sind, die es morgen durch unsere Hilfe aber schon sein könnten. Wagen wir es, hier neue Wege zu beschreiten, um der Jugend Arbeitsplätze und somit Hoffnung für ihre Zukunft zu geben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ-AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer, dem ich es erteile.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bewundere natürlich die Kolleginnen und Kollegen, wenn sie sich hier herstellen und rhetorisch gekonnt vortragen, besonders beeindruckt mich aber Kolleginnen und Kollegen, wenn sie das so sichtbar aus innerer Überzeugung tun, wie das die Kollegin Göber gemacht hat, daß sie sich hier herstellt und sehr glaubwürdig für mich die Interessen der Kleinbetriebe hier vertritt. Sie hat uns dazu eingeladen, hat uns aufgefordert, Anerkennung auszusprechen, das ist durch Applaus längst bekundet worden, daß wir diese Arbeit anerkennen. Sie hat auch um Verständnis geworben für die Sorgen der Kleinbetriebe und hat ihren Werdegang kurz aufgezeigt, nämlich daß sie eine Lehrkraft war und jetzt eben selbst Gewerbetreibende sei. Ich möchte hier anschließen und möchte Sie doch bitten, umgekehrt auch miteinzusteigen in die Problematik anderer Betriebe, denn ich habe ein bißchen Sorge bei allem Respekt vor einer Jungferrede, daß Sie allzu sehr die, die sie vertreten, darauf einstimmen, daß sie die allein benachteiligte Gruppe sei. Und wenn die Jugend schon erzogen werden soll, wie es richtig gesagt wurde, ein allumfassendes Wirtschaftsdenken zu entwickeln, dann sollten wir uns alle vornehmen, daß wir die, die wir besonders vertreten wollen, auch darauf aufmerksam machen, daß es andere Bereiche gibt, die auch Schwierigkeiten und auch Probleme haben. Die Wirtschaftszweige sind sehr durchwachsen. Ich glaube, der Kollege Abgeordnete Purr hat es schon akzeptiert, daß es nicht nur Kleinbetriebe gibt, die unser Wirtschaftsleben aufrechterhalten, sondern daß es eben die Mischform schlechthin ist, und daß es eben fast automatisch Zuordnungen geben muß. Kollege Buchberger hat heute schon hingewiesen auf die seiner Meinung nach unbedingt notwendige Größenordnung von Molkereibetrieben und meint, kleiner geht es nicht. So habe ich es verstanden. Wenn ich an meinen Betrieb denke, wo ich arbeite, es werden zwei Millionen Bauteile im Tag erzeugt. Ich glaube kein Erzeugungsspektrum für einen Kleinbetrieb, selbst wenn die Leute dort noch so engagiert seien oder fleißig wären. Oder ich habe vorige Woche die ELIN besuchen können. 7000 Menschen sind dort beschäftigt, und es wurde erzählt, daß die Stadt nicht ganz 10.000 Einwohner hat. Wenn ich das umlege, und da gibt es eine Formel „mal drei“, 21.000 Menschen hängen an diesem Betrieb. Wenn ich mir vorstelle, wie viele Kleinbetriebe da automatisch mitbetroffen sind an diesem einzigen Großbetrieb. (Abg. Göber: „Nicht den einen gegen den anderen ausspielen!“) Sie selbst haben diesen Betrieb hier genannt. Und wenn Sie

meinen, die Förderungen seien einseitig vergeben, und hier wurde sehr zugestimmt vom Präsidenten Ing. Stoisser, der jetzt nicht da ist. Aber ich frage, wir haben Landesförderungen einstimmig beschlossen, und zwar Mittelstandsförderungsgesetz und Industrieförderungsgesetz. (Abg. Dr. Dorfer: „Denke an alle Bundesförderungen; 80 bis 90 Prozent an die Verstaatlichte!“) Lieber Kollege Dr. Dorfer, laß mich das zu Ende sagen. Ich glaube, daß es auch gerecht ist – hör zu, was ich sage, du stimmst mir dann gleich zu –, wenn durch Förderung der Großbetriebe die Struktur aufrechterhalten bleibt und so die Kleinen überhaupt weiterexistieren können, und ich bin überzeugt davon, daß die Politiker, die diese Mittel zu vergeben haben, sehr wohl darauf Rücksicht nehmen, und zwar im Bund und im Land, und daß sie nicht willkürlich größere Betriebe bevorzugen. Ich würde doch bitten, daß wir gegenseitiges Verständnis aufbauen mit gegenseitigem Respekt, und versuchen, eben gemeinsam die Dinge zu behandeln und zu lösen.

Gemeldet habe ich mich eigentlich heute noch einmal und dazu entschlossen, weil der Herr Präsident Ing. Stoisser das Thema auch angeschnitten hat, und zwar diese Hochleistungsstrecke Wien–Klagenfurt–Triest. Ich weiß, das könnte genauso gut zum Verkehrsthema gehören, aber ich möchte es aus der wirtschaftlichen Seite hier sehen. Es hat eine Zeit gegeben, wo nur die Verkehrswirtschaftliche Gesellschaft in der Steiermark diese Gedanken in einer Broschüre veröffentlicht hat. Es hat dann eine Zeit gegeben, wo schon in Gremien, nicht zuletzt in ÖGB-Gremien, darüber diskutiert wurde. Alle, die sich damit befaßt haben, wurden als Phantasten eingestuft und als Utopisten. Inzwischen gibt es einen gemeinsamen Landtagsantrag hier im Haus, und heute liegt eine Resolution vor, und ich würde sehr um Ihre Zustimmung bitten. Warum liegt mir das so am Herzen? Ich glaube, daß die Aufschließung des Raumes Graz, schlechthin bitte, eben der entscheidende infrastrukturelle Schritt wäre, um ganz gewaltige Probleme von uns zu nehmen. Wir könnten uns wahrscheinlich beliebig viel Geld aus der Wirtschaftsförderung ersparen, wenn wir diese Infrastrukturverbesserung tatsächlich erreichen würden. Ich persönlich bin erstaunt, daß weder die Stadt Graz noch das Land bis jetzt, von den Repräsentanten her, deutlich dazu Stellung nimmt beziehungsweise sich dafür engagiert. Es sind ein paar Grenzlandabgeordnete unterwegs, durchaus gemeinsam, wir dürfen gerade Anträge einbringen, habe ich den Eindruck. Ich würde bei dieser Gelegenheit doch wirklich ernsthaft bitten, den Wirtschaftsfaktor tatsächlich zu sehen, und zwar nicht nur den für den Bezirk Deutschlandsberg, weil dafür wird die Bahn sicher nicht gebaut, sondern für den Wirtschaftsraum Graz und für alle Räume, die sich diesem Wirtschaftsraum verbunden fühlen. Ich würde meinen, daß diese Initiative vom Land aus viel stärker artikuliert werden müßte. Herr Landesrat Dr. Heindinger hat ja einmal in einer einschlägigen Besprechung erklärt, daß eigentlich ja gar kein Referat dafür zuständig sei, das stimmt auch sicher. Er hat sich dankenswerterweise dann dieser Sache angenommen. Ich würde aber jetzt wirklich bitten, daß man das mit mehr Gewicht tut, daß man das wirklich nachdrücklich betreibt. Und wenn das eine Sache ist, die nicht morgen passieren kann, so bitte haben wir, und das würde natürlich in die Gruppe 0

gehören, eine hohe Verantwortung dafür, daß diese überörtlichen raumordnerischen Interessen tatsächlich festgelegt werden. Wie kommen die Gemeinden dazu, wie kommt der Häuslbauer dazu, daß er verspätet dann, überfallsmäßig erfährt, daß bei ihm eine Bahn vorbeigeführt wird, die dann keine Rücksicht nehmen kann, ob das Häusl erst gebaut wurde oder schon lange steht. Ich würde meinen, daß wir im doppelten Interesse, einmal weil es die wirtschaftlichen Erfordernisse einfach erfordern, daß man sich auch um Dinge kümmert, die erst übermorgen zum Tragen kommen, und zweitens, weil wir eine hohe Verantwortung in dem Fall vom Land aus haben, die Raumplanung voranzutreiben, diese überörtlichen Raumordnungsinteressen zu berücksichtigen. Und bei dieser Gelegenheit eine durchaus interessante Anregung, die nicht von mir kommt, aber die ich unterwegs bei einer Besprechung aufgenommen habe, daß man prüft, ob beispielsweise durch das Laßnitztal eine künftige Bahntrasse, eine Straßentrasse und eine Hochspannungsleitung ausnahmsweise auf einmal geplant beziehungsweise berücksichtigt werden könnten. Man sollte nicht allzuviel Berührungspunkte mit der Bevölkerung in diesem Punkt haben, sondern man sollte versuchen, hier tatsächlich den entsprechenden Planungsprozeß rechtzeitig einzuleiten, entsprechende Diskussionen mit den Anrainern zu führen, ganz ordnungsgemäß die Verhandlungen abzuwickeln und das Projekt einfach reifen zu lassen, daß es wirklich fertig ist, wenn man es finanzieren kann. Darum würde ich herzlichst ersuchen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth, dem ich es erteile.

Abg. Kanduth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Kollege Kohlhammer hat gemeint, er halte nicht viel von Rhetorik, Taten seien besser, und ich meine, daß wir auf beiden Seiten Redner haben, die rhetorisch glänzen, und ich höre sie trotzdem gerne, weil man immer davon lernt. Und bei aller Rhetorik glaube ich, muß man doch in aller Deutlichkeit feststellen, daß bei jedem dieser Redner, die heute hier herausgenommen sind, die Sorge um den Arbeitsplatz hervorragend vorgebracht wurde, daß sie spürbar geworden ist. Und es ist nicht verwunderlich, weil wir letztlich alle, die wir hier sitzen, mit diesen Fragen und mit diesen Themen täglich befaßt sind und weil es nicht befriedigend ist, daß die Möglichkeit zu helfen immer kleiner wird. Und man macht sich Gedanken in der Arbeitsplatzförderung, ob man 100.000 Schilling oder 200.000 Schilling pro Arbeitsplatz gibt, ob man steuerliche Erleichterungen bei Firmenneugründungen gibt. Ich glaube, daß es richtig ist, daß man in diese Richtung denkt und auch handelt. Und dabei übersehen wir, daß es auch ein Gesetz gibt, und das ist kurios, das Arbeitsplätze sehr rasch vernichten kann. Es ist das berühmte Arbeitsruhegesetz, meine Damen und Herren.

Eine Firma in unserem Bezirk hat mit elf Personen vor einigen Jahren begonnen sich aufzubauen und beschäftigt zur Zeit 80 Mitarbeiter. Diese Firma hat im Frühjahr dieses Jahres einen Auftrag erhalten, der ihr die Möglichkeit gibt, 60 Millionen Schilling mehr umzusetzen, der ihr weiters die Möglichkeit gibt, die

Mitarbeiter von 80 auf 100 aufzustocken. Man müßte meinen, na Gott sei Dank, daß so etwas noch möglich ist, gerade in einer Region, wo wir wirklich um jeden Arbeitsplatz raufen und kämpfen. Meine Damen und Herren, in diesem Betrieb ist es so, daß der Betriebsrat, der sich rein sozialistisch zusammensetzt, die Belegschaft und die Firmenleitung sich völlig klar darüber sind, daß sie diesen Auftrag übernehmen wollen; sie müssen nur eines erfüllen, nämlich einen Vierschichtbetrieb einführen. Alle drei, die kompetent sind, sind der Auffassung, daß sie es tun müssen. Seit Juni, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nun diese Frage, ob sie einen Vierschichtbetrieb einführen dürfen, beim Herrn Sozialminister anhängig. Eine Entscheidung ist bisher nicht gefallen. Warum sage ich das, weil diese Firma, wenn nicht bald eine Entscheidung fällt, nicht nur diesen Auftrag zurückgeben muß, sondern auch im Laufe der nächsten Jahre von diesen 80 Mitarbeitern 30 wieder freisetzen muß. Und da frage ich mich, wo die Sinnhaftigkeit eines solchen Gesetzes bleibt. (Abg. Ing. Stoisser: „Gesetz ist Gesetz!“) Da frage ich mich, warum denken wir darüber nach, wie wir Arbeitsplätze schaffen, wenn man bei uns so leichtsinnig mit Arbeitsplätzen umgeht. Meine Damen und Herren, in meiner Kindheit und in meiner Jugend – und alle meines Alters werden das bestätigen – hat man immer gesagt, wenn man gejamert hat, daß es einem nicht gutgeht, „wenn du haben willst, daß es dir bessergeht, dann arbeite mehr“. Mir scheint, dieser Satz gilt heute nicht mehr. Meine Damen und Herren, es ist mir sehr ernst in dieser Frage um die Arbeitsplätze. Obwohl sich unser Landesrat Dr. Heidinger seit September intensiv bemüht, hier eine Regelung zu finden, war es bis heute nicht möglich. Ich möchte nicht einmal dem Minister allein die Schuld geben oder Böswilligkeit unterstellen, sondern dem Gesetz. Liebe Freunde, wäre es nicht dann unser Auftrag, dafür zu sorgen, daß entweder ein solches Gesetz geändert wird oder daß man dem jeweiligen Minister diese Freiheit gibt, in solchen Fragen ad hoc zu entscheiden. Mit diesem Gesetz und diesem langsamen Denken werden wir die Arbeitsplätze nicht vermehren, sondern eher vermindern. Ich rufe Sie auf, mit mir alles zu tun, daß wir hier Änderungen herbeiführen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ-AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sponer, dem ich es erteile.

Abg. Sponer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Laut Rednerliste bin ich der vorletzte Redner in dieser Gruppe und möchte einige Dinge ergänzen beziehungsweise richtigstellen, die so in den letzten drei Stunden hier gesagt wurden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Eher richtigstellen!“) Eher richtigstellen, ja! Aber, meine Damen und Herren, es wird nicht problematisch, Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, denn dazu sind die Situation und das Thema, über das wir sprechen, viel zu ernst. Es gibt sicher Themen im Laufe einer Budgetdebatte, wo es nicht so ernst zugeht, aber wenn es um die Arbeitsplätze geht, dann ist das eine sehr ernste Angelegenheit.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich gerne zurück an die Budgetdebatte 1985. Im Jahr 1985 hat es in dieser Gruppe erstmalig in der Zeit, in der ich dem

Steiermärkischen Landtag angehöre, eine Situation gegeben, die auf Grund der ersten Lage in unserem Land so geendet hat, daß der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmannstellvertreter für die Klubs einen Konsens gefunden haben, der, glaube ich, für alle anwesenden Damen und Herren im vorigen Jahr sehr beeindruckend war. Und ich darf darüber hinaus sagen, nicht nur für die hier anwesenden Abgeordneten, sondern darüber hinaus auch in unserem Land von der Bevölkerung anerkannt wurde. Umso mehr bin ich aber heute überrascht, und ich möchte fast sagen, ein bißchen enttäuscht, daß es nicht möglich ist, nachdem die Zeiten ja nicht besser geworden sind, sondern eher schlechter, was diese Problematik betrifft, daß man diesen Weg leider verlassen hat und obwohl auch keine Wahlen in der nächsten Zeit vor der Tür stehen, eigentlich wieder damit begonnen hat, vor allen Dingen die Arbeiter und Angestellten, um die es ja letzten Endes geht, wieder als Spielball in der Politik zu verwenden.

Und, meine Damen und Herren, noch etwas gestatten Sie mir. Ich spreche jetzt auch den Kollegen Grillitsch an. Ich darf Ihnen sagen, so es Sie nicht wissen, daß ich mit dem Kollegen Grillitsch, nachdem wir aus dem gleichen Bezirk kommen, ein sehr gutes Gesprächsklima habe. Ich darf Ihnen weiters sagen, ich bin stolz darauf, und zwar deshalb, weil wir alle gemeinsam wissen, daß es Zeiten in diesem Land gegeben hat, wo das nicht möglich war. Und daher bin ich ein bißchen verwundert, wenn er heute hier Dinge aufzeigt und behauptet, die nicht stimmen. Denn hätte er mich gefragt, hätte ich ihn aufklären können, und wir hätten uns eigentlich wieder etwas erspart. Wenn er gemeint hat, daß der Altbundeskanzler Dr. Kreisky sich in Fohnsdorf angesagt hat und sich dann nicht hingetraut hat, so muß ich richtigstellen, daß das nicht stimmt. Auch was die Anzahl der dort wartenden Menschen betrifft, darf ich ihm sagen, nachdem ich selbst dort war – er nicht –, daß es mehr als 1000 Leute waren, die auf den Altbundeskanzler gewartet haben. Er konnte aber deshalb nicht kommen, weil er von Wien nach Zeltweg fliegen sollte und an diesem Tag ein derartiger Nebel in unserer Region war, der sich nicht einmal bis Mittag aufgelöst hat und daher eine Landung in Zeltweg nicht möglich gewesen ist. Das, meine Damen und Herren, ist also die Tatsache und die Richtigkeit. Meine Damen und Herren! Wenn ebenfalls hier gesagt und behauptet wurde, der Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross hat zwar ein Wort gegeben, aber er hätte es nicht eingehalten, so darf ich Ihnen sagen, er hat mehr als nur das Wort, das er gegeben hat, auch eingehalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich spreche zur Problematik des Standortes Judenburg und möchte Ihnen dazu folgendes sagen: Vielleicht gibt es dann doch die Möglichkeit, daß sich der eine oder andere, der vielleicht ein bißchen leichtfertig hier heute sich geäußert hat, nachdenkt. Ich möchte in Erinnerung rufen und aufzeigen, daß seit Jahren die Betriebsräte dieses Werkes beziehungsweise Standortes in Judenburg mehr als bemüht sind, alles zu unternehmen, damit die Arbeitsplätze am Standort Judenburg erhalten bleiben. Ich darf Ihnen weiters sagen, meine Damen und Herren, auch das kann ich jederzeit bezeugen, weil ich immer dabei bin, daß auch die Gewerkschaften, Gott

sei Dank und erfreulicherweise, ebenfalls seit Jahren stets bemüht sind und alles unternehmen, damit am Standort Judenburg nichts passiert. Ich darf Ihnen weiters sagen, meine Damen und Herren, daß auch die regionalen Abgeordneten des Bezirkes Judenburg der Sozialistischen Partei seit Jahren alles unternehmen, um die Arbeitsplätze am Standort Judenburg sicherzustellen. Aber, meine Damen und Herren, jetzt gestatten Sie mir auch eine Frage. Und ich meine sie gar nicht polemisch, wenn vielleicht jemand auf die Idee kommen sollte und sagt, jetzt tut er selber polemisieren. Ich habe auch voriges Jahr und vor zwei Jahren den Kollegen Schützenhöfer gefragt, was er eigentlich in dieser Richtung unternommen hat, ich habe auch die Frage gestellt an den Herrn Landeshauptmann, was er unternommen hat. Ich möchte heute gar nicht weiterfragen, denn ich bin überzeugt, so es Möglichkeiten gegeben hat, wird – beim Kollegen Schützenhöfer kann ich es nicht mit Sicherheit sagen, aber vom Herrn Landeshauptmann möchte ich das doch glauben – er sich ebenfalls bemüht hat, hier Wege zu finden und entsprechend einzutreten.

Meine Damen und Herren, es ist leicht gesagt, die Verstaatlichte und die Regierung sind schuld, und schuld ist der Minister, und schuld ist der Bundeskanzler, Kollege Prof. Dr. Eichtinger. Du bist schon ein sehr, sehr reifer Mann, du bist schon sehr lange in der Politik. Von dir hätte ich es am allerwenigsten erwartet (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ich habe die Polemik erkannt!“), daß du dich heute in einer solchen Polemik hier äuserst. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ich mußte dem Herrn Gennaro eine Antwort geben!“) Denn du weißt doch ganz genau, wie wir alle, die damit beschäftigt sind, wie die Dinge laufen. Vielleicht, Kollege Prof. Dr. Eichtinger, vielleicht darf ich dir – ich bin zwar überzeugt, du weißt es –, aber ich darf es dir trotzdem noch einmal sagen, wir wissen, daß nicht der Minister und nicht der Bundeskanzler Entscheidungen treffen, denn sonst bräuchten wir ja keine Vorstandsmitglieder und keine Aufsichtsratsmitglieder, wir wissen, daß Aufsichtsrat und Vorstand mit Personen besetzt sind (Abg. Dr. Maitz: „Sagen Sie das auch Ihren Kollegen!“) – horch zu –, die sowohl der ÖVP wie auch der SPÖ angehören. Ich könnte mir vorstellen, jedenfalls von uns aus wird es so praktiziert, daß wir versuchen, mit den Leuten Kontakt aufzunehmen und sie von unseren Problemen, die wir dort sitzen, wo letztendlich die Beschlüsse gefaßt werden, überzeugen. Das sind also unsere Vertreter dort. Genauso könnte ich mir vorstellen, falls das noch nicht der Fall war, dürfte ich vielleicht appellieren, es in Zukunft so zu machen, daß auch von seiten der ÖVP in diesen schwierigen Fragen und Problemen das gleiche unternommen wird. Meine Damen und Herren, ich darf eines von dieser Stelle aus sagen und behaupten und weiß, daß unser Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross nicht seit gestern und nicht seit vorgestern, sondern seit Jahren, echt bemüht ist, uns in Judenburg zu helfen. Ich brauche gar nicht zu sagen, wenn wir Not haben, denn die Not haben wir schon seit einigen Jahren. Und seit dieser Zeit steht er wirklich jederzeit nicht nur uns zur Verfügung, sondern er versucht auch, hier mitzulösen (Beifall bei der SPÖ.), in der Form, meine Damen und Herren, daß am heutigen Tag, wo der VOEST-Alpine-Vorstand eine Reihe von Beschlüssen gefaßt hat, auch einen Beschluß hätte fassen sollen, daß das Walzwerk

Judenburg endgültig geschlossen wird. Auf Grund dieser von mir vorher zitierten Vorgangsweise ist es unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross gelungen, zu erreichen, daß dieser Beschluß heute nicht gefaßt wurde, was mich wirklich freut, nicht nur für die Betroffenen, sondern für die ganze Bevölkerung dieser Region. Es wurde zugesagt, daß schon ab nächster Woche bereits Verhandlungen mit den verantwortlichen Herren der VOEST-Alpine geführt werden, um doch entsprechende Ersatzarbeitsplätze zu bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz. Es ist mir in den letzten drei Tagen aufgefallen, daß sehr viele Dankesworte von seiten der Regierung zu den Abgeordneten und umgekehrt von den Abgeordneten zur Regierung gewechselt wurden. Ich habe mich einige Male gefragt, wofür wird eigentlich gedankt; aber gehört dazu. Gestatten Sie mir, daß auch ich einen echten und ehrlichen Dank abstatte, nämlich den, daß ich im Namen der Judenburger Arbeiter und Angestellten unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross dafür danke, daß er stets für die Belange und Sorgen unserer Bevölkerung eintritt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Schlußwort ist gemeldet der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Ladenschlußfrage teile ich die Meinung des Herrn Abgeordneten Rainer nicht, weil ich sie ausdrücklich nicht teilen kann. Ich werde das anschließend noch begründen.

Vorher aber eine grundsätzliche Bemerkung zu diesem Gesetz, das ja ein Bundesgesetz ist und das die Länder ausdrücklich ermächtigt, Sonderregelungen im Verordnungswege zu erlassen. Ich habe folgende Sonderregelung im Verordnungswege auf Grund von Anträgen erlassen: Ich sage Ihnen die deshalb rasch, weil Sie daran ermessen mögen, wie schwerwiegend diese Änderungen tatsächlich sind. Mit Verordnung vom November 1985 habe ich erstmals die rechtliche Möglichkeit geschaffen, daß ab diesem Jahr die Geschäfte an den letzten vier Samstagen vor Weihnachten bei gleichzeitiger Gestattung des Entfalls einer Mittagssperre offenhalten können, jedoch nicht müssen. Sonderregelungen anlässlich der Weltcupveranstaltungen in Haus und in Schladming für insgesamt drei Tage wurden erlassen, und zwar Freitag, 20. Dezember, Montag, 30. Dezember und Dienstag, 31. Dezember, das ist das Silvester-Abfahrtsrennen, wenn Sie sich erinnern. Und anlässlich dieser genannten Tage wurde eine längere Offenhaltung von jeweils zwei Stunden genehmigt, wobei sich diese Regelung auf die Gerichtsbezirke Schladming und Gröbming beschränkte. Sonderregelungen anlässlich der Semesterferien 1986, früher Energieferien genannt, hat es gegeben, und in der diesbezüglichen Verordnung wurde von mir die Offenhaltung während der Mittagszeit für die beiden Anreise- und Rückreisestage, nämlich Samstag, dem 8. und 15. Februar 1986, für die Gerichtsbezirke Gröbming und Schladming gestattet. Sonderregelung anlässlich der Skiflugweltmeisterschaft in Bad Mitterndorf und Tauplitz, wo längere

Offenhaltungszeiten von Donnerstag, dem 6. März, bis Samstag, dem 8. März, ermöglicht wurden. Überdies habe ich verordnet, daß anlässlich des Marktfestes in Bad Aussee am Samstag, dem 21. Juni 1986, die Geschäfte bis 18 Uhr bei gleichzeitigem Entfall der Mittagssperre geöffnet werden können. Für Samstag, dem 11. Oktober 1986, wurde von mir im Verordnungswege für die Liezener Bezirksmesse die Offenhaltung bei gleichzeitigem Entfall der Mittagssperre bis 18 Uhr ermöglicht. Und am 28. Oktober 1985 hat die Handelskammer Steiermark einen Antrag auf gebietliche Sonderregelungen eingebracht, der noch verhandelt wird. Mit Schreiben vom 20. Oktober 1986 hat der Bürgermeister der Gemeinde Spielfeld einen Antrag gerichtet und um weitgehende Lockerung der Ladenschlußbestimmungen für Spielfeld im Hinblick auf die besondere Frequenz des Grenzüberganges ersucht. Ich habe umgehend ein Anhörungsverfahren, wie in jedem Fall, im Wege der Rechtsabteilung 5 eingeleitet und eine positive Verordnung erlassen.

Meine Damen und Herren, das war alles, was in dieser Frage geändert wurde. Wenn Sie mir jetzt gestatten, warum ich der Meinung bin, daß die Haltung des Herrn Abgeordneten Rainer einfach einer Argumentation nicht standhält, dann darf ich das in einigen kurzen Punkten sagen. Ich bin fast davon überzeugt, daß es die steirischen Grenzgebiete, etwa zu Salzburg, wo 58 Gemeinden, salzburgische Gemeinden, immer während der Winter- und Sommersaison geöffnet haben, schwer haben. Die Leute fahren nach Radstadt, nach Tamsweg und wie die Orte alle heißen, und kaufen dort nicht nur ein, sondern bleiben dann am Zauchensee et cetera, wie sich das dann halt abspielt. Ich glaube, daß das eine notwendige Wirtschaftsförderung ist, wenn wir hier für unsere Fremdenverkehrsgebiete, die in einer solchen granznahen Situation nicht nur mit Salzburg, sondern auch mit Oberösterreich sind, gleiche Startbedingungen schaffen. Sozusagen in einem innerösterreichischen Grenzraum. Ich glaube weiters, daß es eine Förderung für die Fremdenverkehrswirtschaft ist, denn, meine Damen und Herren, können Sie sich vorstellen, daß bei der Skiflugweltmeisterschaft in Bad Mitterndorf/Tauplitz, wo über 400 ausländische und internationale Journalisten anwesend waren und Zehntausende Besucher, davon Tausende aus der ganzen Welt, daß die dort überhaupt nicht einkaufen können, weil hier eine Bestimmung, wo das Land es in der Hand hat, wo es ein Bundesgesetz ist, sie zu lockern, einfach nicht gelockert werden darf? Ich glaube nicht, daß sich das irgendwer vorstellen kann. Ich möchte auch noch sagen, daß ich es neben der Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehrsförderung auch für eine Arbeitsplatzsicherung erster Ordnung in diesen Gebieten halte, denn wenn es dort den Kaufleuten gut geht, wenn sie verkaufen können, wenn sie Umsätze machen können, wenn sie Gewinne machen können, dann werden sie sich mehr Beschäftigte leisten können. Herr Abgeordneter Rainer, Sie sind mir nicht ungehalten, aber Sie können auch nur jene Beschäftigten im Handel in Österreich vertreten und in der Steiermark, die tatsächlich eine Stelle haben. (Beifall bei der ÖVP.) Und schließlich komme ich auf ein Grundthema in diesem Zusammenhang zurück, Sie selber haben immer wieder, wenn wir geredet haben, und ich habe immer versucht, bis zum letzten Moment die beiden Partner,

also den Konsenswerber und den Konsensgegner sozusagen, unter einen Hut zu bringen oder an einem Tisch festzuhalten, bis sie sich einigen. Sie selber haben auch heute wieder betont, natürlich sind Sie an einem Konsens interessiert, und natürlich wollen Sie diese Sozialpartnerschaft pflegen. Aber, Herr Abgeordneter Rainer, eine Konsenssuche und eine Sozialpartnerschaft, wo das Wort „Partnerschaft“ so wichtig ist, kann ja nicht darin bestehen, daß der eine überhaupt grundsätzlich zu jedem Vorschlag des anderen nein sagt. Und das ist passiert, bitte, nicht bei der Arbeiterkammer, die ich auch immer im Anhörungsverfahren um eine Stellungnahme bitte. Ich hätte sogar Briefe hier, es würde aber zu lang sein, wo sich der Präsident Ileschitz und der Kammeramtsdirektor Zacharias äußern, wenn das etwa in Spielfeld so modifiziert wird, dann sind wir einverstanden. Und ich habe es auch tatsächlich dann in der Form modifiziert. Aber Partnerschaft und Konsens gehen ja nicht, wenn einer ein absolutes Veto hat und überhaupt nicht bereit ist, von diesem Veto abzugehen. Ich bitte Sie hier in diesem Zusammenhang um Ihr Verständnis. Das Problem ist ja nicht nur ein Problem der Handelsangestellten, und es ist auch nicht nur ein Problem der Arbeitgeber im Handel, sondern es ist ein Problem der Konsumenten im weitesten Sinn des Wortes, es gibt aber keine Konsumentenkammer. Es gibt eine Handelskammer, und es gibt eine Arbeiterkammer, und es ist natürlich wechselweise der Unternehmer woanders Konsument, und natürlich auch der im Handel Beschäftigte ist Konsument. Aber die Konsumenten selbst sind keine organisierte öffentlich-rechtliche Gesellschaft. Sie sind aber die absoluteste aller Mehrheiten, die es in diesem Zusammenhang gibt. Und sie sind nicht nur Steirer und nicht nur Österreicher, sondern es sind Leute aus der ganzen Welt. Und wenn die in unsere Fremdenverkehrsgebiete kommen und vergleichen mit sechs anderen Bundesländern, wo das alles schon längst erledigt ist und auch ohne Arbeitskampf und ohne Verbitterung, weil beide interessiert sind – die Handelsangestellten und die Geschäftsinhaber –, daß es der Region und ihrer Firma gut geht, dann kann man sich wirklich nur bemühen, daß die Problematik so gesehen wird, wie ich sie versucht habe, hier auch zu erläutern, und daß man hier wirklich auch flexibel sein muß. Ich glaube, daß es Ihrem Ruf als Vertreter der Handelsangestellten überhaupt nicht schadet, weil ich auch Listen mit vielen, vielen hundert Beschäftigten habe, die solche Flexibilität von uns fordern. Ich bitte Sie daher sehr um eine wirkliche Partnerschaft, daß Sie nicht der sind, der wie im Weltsicherheitsrat sitzt und einfach sagt „njet, veto, geht nicht“. Ich kann nämlich ansonst – damit möchte ich schließen – nur das machen, was ich leider einige Male machen mußte, nämlich einfach entscheiden, Herr Abgeordneter Rainer. Ich würde lieber entscheiden auch mit Ihrer Zustimmung und mit Ihrem Konsens. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Zum Schlußwort ist gemeldet der Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit 14.40 Uhr haben 20 Redner zur Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“ gesprochen. Ich glaube, daraus ist ersichtlich, daß diese Frage das Hohe Haus, die

Öffentlichkeit, mit Recht als eine Zentralfrage bewegt. Und die Damen und Herren haben mit unterschiedlichem Temperament und auch mit unterschiedlicher Interpretation, manchmal auch – ich sage das und werde es begründen – Mißinterpretation, vorliegender Unterlagen und Statistiken sich bemüht, den besten Weg für die Wirtschaftsförderung aus ihrer Sicht aufzuzeigen, Versäumnisse zu brandmarken, Erfolge auf jeden Fall der jeweiligen Partei zuzurechnen. Das ist verständlich, und ich glaube, man muß eines unterstreichen, was ja aus verschiedenen Wortmeldungen so deutlich geworden ist, daß die Budgetposten im Punkt 7 unseres Haushaltes natürlich viel zu wenig aussagen und Wirtschaft viel weiter zu fassen ist. Und Kollege Dipl.-Ing. Hasiba hat gerade über ein Kapitel Rahmenbedingungen berichtet. Ladenschlußzeiten und Öffnungszeiten gehören genauso zu diesen Rahmenbedingungen wie Zollvorschriften, Sanitätsvorschriften und natürlich die Steuern. Dabei bewegen wir uns in dem Antagonismus von Freiheit und Ordnung, von Beharren und Fortschritt, von Sparen und Schuldenmachen, von Starrheit und der viel gerühmten und berufenen Beweglichkeit oder mit einem Fremdwort „Flexibilität“.

Und wenn ich zu den Forderungen der Abgeordneten übergehe, so ist dieser Antagonismus genauso zu spüren gewesen. Auf der einen Seite der berechtigte Wunsch nach Entbürokratisierung, auf der anderen Seite nach mehr Kontrollen, etwa im gewerberechtigten Bereich, im Umweltbereich. Oder der SPÖ-Generalredner moniert den Abgang im Budget, der zu groß sei durch das Budget, das schließlich die ÖVP-Regierungsmehrheit vorgelegt hat, im Verhältnis zu dem, was der Herr Landesfinanzreferent sich vorgestellt hat. Der Herr Abgeordnete Rainer verlangt in der Spezialdebatte ein Eventualbudget von 300 bis 500 Millionen Schilling. Bitte, da soll mir einer sagen, wie man das nun wirklich lösen kann! Man kann also nur Kompromisse finden. Oder in der Budgetfrage hat der Kollege Rainer – ja, er ist da – Dinge festgestellt, die einer Berichtigung bedürfen. Ich darf vom bekannten Budgetexperten Dr. Lehner vom Wirtschaftsforschungsinstitut, der unser Budget kritisch durchleuchtet hat, auch im Vergleich mit dem Budgetprovisorium des Bundes einiges nur zitieren. Über die Investitionen: Hatten nämlich die Bruttoinvestitionen im Jahre 1970 noch einen Budgetanteil von 9,1 Prozent ausgemacht, so beträgt laut Bundesvoranschlag 1987 ihr Anteil nur mehr 5,6 Prozent. Mit 28,7 Milliarden Schilling liegen die Bruttoinvestitionen im Jahre 1987 laut Bundesvoranschlag absolut gesehen um 1,8 Milliarden Schilling unter dem Vorjahreswert. Beim Bund werden pro Milliarde die Nachfrageimpulse deutlich schwächer und sinkt dieser Impuls im kommenden Jahr auf 640 Millionen pro Milliarde. Im steirischen Landeshaushalt dagegen ist er sogar leicht gestiegen und würde 725 Millionen pro Milliarde Schilling Ausgaben betragen. Ich will Sie nicht mit weiteren Zahlen dazu plagen, nur damit Sie sehen, daß man zumindest die Dinge so und auch so sehen kann. Sicherlich ist das, was Dr. Lehner als Fachmann geschrieben hat, sehr, sehr ernst zu nehmen.

Zur Position der Steiermark, die – glaube ich auch – die Frau Generalrednerin Kammländer als Schlußlicht bezeichnet hat, wenn ich mich nicht täusche. Und

diese Position kommt immer wieder und geht auf statistische Fehlinterpretation zurück, weshalb ich doch etwas dazu sagen muß. Es ist richtig, unser Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt 12,3 Prozent, unser Bevölkerungsanteil 15,7 Prozent. Und an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben schaut die Situation noch viel schlechter aus, 1984 die Steiermark 8,3 Prozent bei 15,7 Prozent Bevölkerung, Wien 44,5 Prozent bei 19,9 Prozent der Bevölkerung. Und jetzt werden Sie mit Recht fragen, wie gibt es denn das? Ganz einfach, die Lohnsteuer wird zum Beispiel für alle Bundesbediensteten, die über das Zentralbesoldungsamt abrechnen, in Wien abgeführt und abgerechnet, die Umsatzsteuer ist von den Exporten und den Vorsteuer-rückvergütungen abhängig.

Weiters, was wir ja immer bekrittelt haben, wenn die Zentralverwaltungen von Großunternehmen in Wien ihre Buchhaltung zentralisiert haben, dann gehen selbstverständlich alle, auch die Umsatzsteuer-abrechnungen, ausschließlich in Wien zum Finanzamt und werden dann finanzamtlich lokalisiert. Das sind die Gründe für diese scheinbaren Diskrepanzen. Wer die Bruttoinlandsproduktrechnung kennt, ich will jetzt auch nicht ins Detail gehen, der weiß, daß das vom Umsatz und von der Wertschöpfung abhängt. Und wenn, wie es leider in der Verstaatlichten in der Obersteiermark in einzelnen Bereichen der Fall ist, nicht einmal die Lohnkosten verdient werden, dann gibt es eine negative Wertschöpfung in der steirischen Bruttoinlandsrechnung, die die Wertschöpfung der anderen Betriebe erst saldiert und ausgleicht, und das kann sie nur zum Teil, und das ist der Grund, warum wir scheinbar so schlecht dastehen. Das heißt, wir sind mit dem Schicksal der verstaatlichten Industrie, ob uns das paßt oder nicht, sehr verbunden. Diese Wirtschaftsvergleiche können natürlich nicht vorbegehen an den allgemeinen Rahmenbedingungen, und ich muß Ihnen leider noch ein paar Daten aus 16 Jahren SPÖ-Wirtschaftspolitik in Erinnerung rufen. 1970 hatte das Bundesbudget ein Defizit von 7 Milliarden Schilling, damals hat es Ihr Vorsitzender und Oppositionsführer als Wahnsinn bezeichnet, 1987 ist der Wahnsinn, um ein Dichterwort zu zitieren, „Methode geworden“. 114 Milliarden Schilling sind es offiziell, es ist sicher, daß es 125 bis 130 Milliarden Schilling im Jahr 1987 werden. Die Abgabenquote ist von 35,8 Prozent auf 41,5 Prozent gestiegen, die Verstaatlichte hat 1970 1,4 Millionen Schilling Gewinn gebracht, 1986 VOEST-Alpine allein, gestern in den Medien, Verlust noch größer, 4,5 Milliarden Schilling. 4,5 Millionen Schilling wäre schön, wenn es so wäre. Die Zufuhr von über 50 Milliarden Schilling zur verstaatlichten Industrie hat bisher nur 20.000 Arbeitsplätze vernichtet, die anderen mühsam gehalten. Ob das gerade ein großer Erfolg ist, und weil einige Abgeordnete die Haltung der ÖVP zu den 16,5 Milliarden Schilling Zufuhr begeißelt haben, sie haben wahrscheinlich nicht gewußt, was Ihr Klubobmann Wille im Nationalrat sogar ausdrücklich anerkannt hat, daß die ÖVP auch einen Antrag auf Zuführung dieser 16,5 Milliarden Schilling eingebracht hat, nur leider hat sie daran Bedingungen geknüpft. Es wäre gut gewesen, man hätte diese Bedingungen gestellt. Ich zitiere hier sicher eine glaubwürdige, nämlich von der Bundesregierung veröffentlichte Publikation der OECD, Wirtschaftsbericht 1985/86, auf Seite 73, wo es heißt: „Beunruhigend

an den verschiedenen durch mehrere Jahre gemachten Versuchen, die Verluste der verstaatlichten Industrie zu reduzieren, ist, daß sie nicht ganz den angestrebten Erfolg erzielt haben.“ Die vornehme Diktion eines Kritikers. Zum Beispiel wurde die 1983 bereitgestellte Kapitalzuführung von 16,5 Milliarden Schilling zur Umstrukturierung mit der Auflage gewährt, daß bis Ende 1985 eine Rückkehr in die Gewinnzone erfolgen solle. Dann steht nüchtern, was wir alle wissen, dieses Ziel wurde nicht erreicht. (Abg. Rainer: „Sie werden zugeben, daß weltweit die gleiche Entwicklung in der Stahlindustrie ist. Nur wenige Ausnahmen. Es ist ein momentaner Einbruch. Was für die Steiermark entscheidend ist, ist letztlich, daß die letzte Überweisung gemacht wurde, denn sonst wären jene Bereiche vor allem im Raum VOEST-Alpine jetzt beim Konkursrichter. Dieses Geld mußte im Interesse der gesamten steirischen Wirtschaft eingesetzt werden!“)

Herr Abgeordneter, ich komme noch auf die Haltung zur verstaatlichten Industrie. Die Verantwortung des Eigentümers Bund ist nicht zu leugnen, und die Gemeinsamkeit beginnt leider erst jetzt, und ich zitiere aus „Arbeit und Wirtschaft“, ich nehme an, Sie kennen diese Publikation, wo die wirtschaftspolitische Referentin der Arbeiterkammer Wien, Wilhelmine Goldmann, im Heft 11 über die verstaatlichte Industrie heute sehr bemerkens- und sehr bedenkenswerte Worte gefunden hat. Ich möchte nicht sehr viel darüber reden. Sie können es ja nachlesen, Sie haben es sicher in der Bibliothek, ich stelle es auch jedem gerne zur Verfügung. Ich pflege solche Publikationen nämlich zu lesen, und da steht, unerfüllte Hoffnungen. Rückblickend muß man wohl sagen, daß die großen Hoffnungen, die unsere Bewegung in die Verstaatlichte gesetzt hat, sich letztlich nicht erfüllt haben, nämlich zentrale Wirtschaftsplanung, die die Produktion von verstaatlichter und privater Industrie koordinieren und steuern sollte, soziale Vorreiterrolle der verstaatlichten Industrie. Und jetzt wissen Sie, meine Herren Abgeordneten, die sich darüber mokiert haben, daß in anderen Betrieben niedrigere Löhne gezahlt werden. Gott sei Dank leben die noch. Die, die zuviel Löhne zahlen, können nur leben, weil der Steuerzahler die Zuschüsse gibt. Die Verstaatlichte als Motor der Innovation. Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit, nicht die von profitorientierten Partikularinteressen, so Goldmann. Und ich komme schon zum Schluß, es wird dann Dr. Taus zitiert, und auch dazu bekenne ich mich selbstverständlich, daß die Verstaatlichte ein nationales und internationales Kapitalmarkt- und Industrieinstrument ist und auch bleiben soll, aber eine gesunde verstaatlichte Industrie. Und am Schluß heißt es: Gelingt ihr das und sie wird zu einem effizient geführten Konzern, dann spielt auch die Frage der Reprivatisierung keine ideologische Rolle mehr, weil eine entideologisierte Verstaatlichte keinen Anlaß zu ideologischen Diskussionen mehr geben wird. Und manche mir nicht ganz verständliche aggressive Wortmeldungen habe ich aus diesem Abschied an Ideologien verstanden. Aber ich glaube, wir sollten eben nicht Ideologien sehen, sondern wir sollten die nüchternen Tatsachen sehen. Die Entpolitisierung, die vielgerühmte, ist, so wie sie jetzt angelegt ist, nur ein Vehikel zur weiteren einseitigen Politisierung. Wir werden gut daran tun, hier noch einige Änderungen vorzunehmen. (Beifall bei der ÖVP).

Zur Position der steirischen ÖVP möchte ich nur unterstreichen, was ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete gesagt hat, daß es nur eine steirische Wirtschaft geben kann. Wir wissen ganz genau, daß Großbetriebe, Mittelbetriebe, Kleinbetriebe nebeneinander existieren müssen und aufeinander angewiesen sind. Wir bekennen uns weiter zur sozialen Marktwirtschaft, der wir uns verpflichtet fühlen. Ich stimme auch in vielen Punkten mit der Arbeiterkammerresolution überein, die mir zur Frage der Verstaatlichten zugesandt wurde, nämlich daß das VOEST-Alpine-Neukonzept ein Zusperrkonzept ist, das wir nicht akzeptieren können. Das ist ja auch vom Hohen Landtag und von der Regierung einstimmig festgestellt worden, aber es stört mich dann, wenn ich beispielsweise erfahren muß, daß das einstimmig beschlossen wurde und dem Vorstand zuzuweisen ist. Das sind die Kleinigkeiten, die einen dann stören, weil ich meine Freunde vom ÖAAB zu dieser Resolution befragt habe, weil doch einige Passagen drinnen sind, die ich von unserer Sicht aus wenig akzeptieren kann.

Nun zu den einzelnen Fragen der Abgeordneten. Es wurde etwa kritisiert, daß die steirische Wirtschaftsförderung viel zu statisch und das Falsche am falschen Ort zur falschen Zeit fördert, so ungefähr ist es herausgekommen.

Ich darf Ihnen verraten, daß wir seit Jahren versuchen, den Anteil innovativer Projekte zu steigern. Wir sind von 1983 auf 1985 von knapp 19 Prozent auf über 27 Prozent der eingesetzten rund 300 Millionen Schilling gekommen. Wir haben die Beratungsleistungen, angesprochen etwa auch von der Frau Abgeordneten Kammlander, von 2,7 Prozent 1981 auf 6,6 Prozent 1985 angehoben, und wir werden auf diesem Weg weitergehen. Nur hätte uns das Budget des Herrn Landesfinanzreferenten daran gehindert. Klein- und Mittelbetriebe sind 1985, weil auch diese Frage angesprochen wurde, mit 8,4 Prozent aller Betriebsstätten unter 20 Arbeitnehmern gefördert worden, Betriebsstätten über 20 Arbeitnehmer mit 7,7 Prozent der bestehenden Betriebsstätten. Also, die Kleinbetriebe sind, bezogen auf die Betriebsstätten, besser gefördert worden. Die Verstaatlichte, weil immer wieder der Eindruck entstanden ist, daß Abgeordnete des linken Sektors hier im Hohen Haus etwa vorgetragen haben, im Bereich der Verstaatlichten hat das Land nichts getan, so ist das nicht. Von der Gesamtwirtschaftsförderung zwischen 1967 und 1985 von 3,8 Milliarden Schilling sind fast eine Milliarde Schilling oder rund 25 Prozent in die verstaatlichte und quasi verstaatlichte Industrie geflossen. Und Sie werden sicher wissen – vor allem die Gewerkschafter –, daß rund 25 Prozent der Industriearbeitnehmer in den verstaatlichten Betrieben beschäftigt sind, in der Obersteiermark sogar 40 Prozent.

Nun, Herr Abgeordneter Mag. Rader, Sie haben eigentlich eine Debatte, die noch zu führen ist, über den Rechnungshofbericht vorweggenommen. Weil Sie das getan haben, muß ich auch auszugsweise, und damit werden wir die nächste Debatte vielleicht abkürzen, eine Stellungnahme von Univ.-Prof. Tichy zu dieser Rechnungshofkritik dem Hohen Haus bekanntgeben. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Rechnungshof hier aus sehr durchsichtigen Gründen auf jeden Fall Kritik anbringen wollte. „Aus

wissenschaftlicher Sicht“ – so schreibt Univ.-Prof. Tichy – „ist das Vorgehen des Rechnungshofes unhaltbar und grob irreführend. Einwände müssen auf mindestens vier Ebenen erhoben werden.

Erstens: Die Vermengung von volkswirtschaftlichen, regionalpolitischen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen. Zweitens: Die Frage der Kausalität und der Theorie der Effizienzprüfung. Drittens: Die Berechnung der Kennzahlen und viertens die Interpretation des Kennzahlenvergleiches.“

Er sagt dann weiter: „Der zweite problematische Aspekt ergibt sich, daß der Rechnungshof nicht zwischen verstaatlichter und nichtverstaatlichter Industrie unterscheidet. Zwischen 1978 und 1984 hat die verstaatlichte Industrie in der Steiermark 21,5 Prozent ihrer Beschäftigten freigesetzt, die nichtverstaatlichte Industrie bloß 3,5 Prozent.“ Das heißt natürlich, daß die Effizienz der steirischen Wirtschaftsförderung – ich habe Ihnen gerade den Anteil gesagt –, wenn man an den gesicherten oder geschaffenen Arbeitsplätzen dann aufhängt, dieses Minus im verstaatlichten Bereich mit auf den Schädel kriegt. Wir haben uns, damit nicht noch Ärgeres passiert, selbstverständlich mit dem Bund gemeinsam hier stark engagiert. Das ist ein Weiteres, und schließlich sagt er: „Der Rechnungshof hat also nicht bloß eine falsche Methode verwendet, er hat die falsche Methode auch noch falsch angewandt.“ Ich bin gerne bereit, Ihnen das Gesamtgutachten zur Verfügung zu stellen.

Job-Creation, selbstverständlich stehen wir zu den Zusagen, die Ihnen gemacht wurden. Nur warten wir auf den Besuch, der uns jetzt angekündigt ist, und angeblich ist jetzt der zweite Studienschritt fertiggestellt. Ich hoffe sehr, daß meine ehemaligen Kollegen von der Giorzentrale – inzwischen gehört nämlich die Job-Creation mehrheitlich diesem beachtlichen Creditinstitut, uns hier etwas Positives vorzuschlagen haben. Wenn der Vorschlag nur darin besteht, daß das Land das tun soll, was der Bund, das Handelsministerium, mit großem Pomp als seine Leistung verkauft hat, dann wird es ein bißchen schal im Mund.

Zum Obersteiermark-Förderungspaket: Ich glaube, der Herr Abgeordnete Vollmann oder Reicher, oder der Abgeordnete Gennaro hat mich zitiert. Und jetzt muß ich Ihnen die volle Wahrheit sagen, die man leider manchmal bei geschickter Mediendarstellung als gutwilliger Zuhörer, Zuseher nicht wissen kann. Wenn man nämlich so schneidet, daß die kritischen Bemerkungen, daß das Absichtserklärungen sind, die wir erst ausverhandeln müssen, wegschneidet, natürlich begrüßen wir als Steirer die 200.000-Schilling-Aktion, obwohl das – bitte – mit eins zu eins eine Förderungsrelation ist, die wir aus Budgetgründen – jetzt muß ich den Herrn Trampusch zitieren – nicht aushalten, und der Bund ist nicht bereit, in diesem Bereich überhaupt eine Änderung der sonst verwaltungsüblichen eins zu zwei zu reden. So ist nämlich dann die Förderung der Bundesregierung. Und man kann sehr großzügig zu Lasten Dritter Versprechungen machen, wozu noch kommt, daß die Sonderförderungsaktion – ich komme gleich mit Zahlen – nicht so gelaufen ist, wie das hier vom Rednerpult aus vom Abgeordneten Reicher gesagt wurde, sondern man muß die Gewichtungen nehmen. Und ich sage Ihnen gleich die Zahlen, dann ist das Kapitel erledigt. In den Jahren 1981 bis 1985 wurden

im gesamten obersteirischen Raum 27 Unternehmen gefördert, davon lediglich zwölf Betriebe in einer Größenordnung bis zu 100 Beschäftigten, kein einziger Betrieb unter 20 Beschäftigte gelangte in den Genuß derartiger Förderung. Und das ist ein Verlangen, das wir dem Bund gestellt haben. Es war in Wien – auch das sage ich – eine sehr geschickt inszenierte Pressekonferenz des Herrn Bundesministers Dr. Streicher. Vom Verhandeln war keine Rede, denn es geschah nach dem Motto „Hier ist das fertige Konzept, und jetzt gehen wir runter und werden das der Presse präsentieren“. Ich hätte gerne gewußt, was Sie gesagt hätten, wenn ich etwa gesagt hätte, öffentlich, ich bin sehr skeptisch bezüglich dieser Enterprise-Steuerfreizone, weil der Herr Bundesminister kann ja gar nichts versprechen. Er wird vielleicht wieder Minister sein, aber das bedarf eines Nationalratsbeschlusses. Wird es im neuen Nationalrat dazu überhaupt eine Mehrheit geben? Das heißt, eine bestenfalls Absichtserklärung wurde sehr geschickt als Faktum verkauft. Ich bewundere die publizistische (Abg. Dr. Dorfer: „Eine Show im Wahlkampf!“) Kunst der damals verantwortlichen Pressereferentin, Frau Palme, die ich seit Jahren kenne; aber die Substanzen werden wir erst ausverhandeln müssen. Wir werden der neuen Bundesregierung diesbezüglich natürlich unsere Vorstellungen und Wünsche unterbreiten. Ich hoffe, wir werden das in der Regierung einstimmig beschließen, und wir hoffen auch, daß wir dann ein einstimmiges Echo bekommen.

Herr Abgeordneter Ofner, die Sorgen des Bezirkes Voitsberg sind auch meine Sorgen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich komme selbst aus einem Bezirk, der mit Ihrem um die höchsten Arbeitslosenzahlen „rittert“ – gut steirisch gesagt –, und ich habe eine meiner ersten Reden im Landtag zu den Problemen der weststeirischen Kohle halten dürfen. Es hat mir dann mein späterer Freund Lackner geantwortet. Das ist alles sehr schön, was der Herr Abgeordnete gesagt hat, aber du hast keine Kohlegesinnung. Ich habe gesagt, du irrst dich, ich war nämlich im 46er Jahr im Karlschacht als Bergarbeiter, so wie die Dinge halt gelaufen sind. Ich habe da volles Verständnis. In der StEWEAG gibt es Überlegungen, die aus Umweltschutzgründen geforderte Nichteinsetzung weststeirischer Kohle im Grazer Fernheizkraftwerk etwa durch Zusatzverfeuerung im Dampfkraftwerk Voitsberg zu kompensieren. Also volle Unterstützung des Landes und selbstverständlich des Herrn Landeshauptmannes und auch von mir in dieser Angelegenheit.

Herr Abgeordneter Hammer, Eisenstraße, ein Dauerbrenner. Es wird halt leider schamhaft unterschlagen, daß das Land bereits für diese Sache über sechs Millionen Schilling gezahlt hat. (Abg. Hammer: „Das wird nicht unterschlagen. Es steht da drinnen!“) Ich habe da ein anderes Schriftstück, das macht aber nichts. Ich will es lieber vergessen, Herr Abgeordneter Hammer, es ist ohnedies von den Abgeordneten darüber abgehandelt worden. Geschäftsordnung, sicher etwas Wichtiges, aber nicht das Entscheidende. Denn wir haben uns im Wirtschaftsförderungsbeirat zum größten Teil sehr gut vertragen, einstimmige Beschlüsse gefaßt, die dann gegebenenfalls auch nicht einstimmig verkauft wurden.

Zur Supermarktfrage, Herr Abgeordneter Mag. Rader, darf ich nur daran erinnern oder Sie informieren, wir haben ein offizielles Schreiben des Herrn Landeshauptmannes an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie mit einem Abänderungsvorschlag zum Paragraphen 354 a der Gewerbeordnung geschrieben. Und wenn Ihre Befürchtung wahr wäre, was ich nicht beurteilen kann, daß die Bundeskammer sozusagen einen Antrag der steirischen Handelskammer nicht weitergegeben hätte, wir haben uns direkt an den Herrn Minister mit leider wenig Echo gewandt. Er hat uns nämlich geschrieben, und auch diesen Brief zeige ich Ihnen gerne, eigentlich soll sich das Land scheren und über die Raumordnung das verhindern, ich sehe keinen Grund, die Gewerbeordnung zu ändern. Wir haben insistiert. Daraufhin keine Antwort mehr aus begreiflichen Gründen. Er führt zwar noch die Geschäfte, aber ich glaube, er hat andere Sorgen als die Änderung der Gewerbeordnung. Wir werden auch das in unseren Forderungskatalog hineinnehmen.

Es wäre noch vieles zu sagen zu den Sorgen der Bezirke, die vorgetragen wurden. Ich könnte jetzt jedem der Abgeordneten sagen, welche Sorgen ich mit ihrem jeweiligen Bezirk habe, welche Probleme ich kenne, und ich möchte auch bei so einem Anlaß nicht übertriebenen Pessimismus aufkommen lassen, aber auch nicht übertriebenen Optimismus. Wir werden sicher einem wirtschaftlich sehr schweren Jahr entgegengehen. Die Konjunkturprognosen haben Sie gelesen, der Export ist in vielen Bereichen begreiflicherweise zusammengebrochen, denn wenn Sie die Verbilligung oder den Wertverfall des Dollars nehmen, so ist ein Export in den Dollarraum für noch so tüchtige Unternehmer praktisch unmöglich, außer mit riesigen Verlusten. Wie wir da über die Runden des nächsten Jahres kommen mit unserer steirischen Industrie, das werden wir ja sehen. Und wir werden hier auch noch sehr viel zu diskutieren haben.

Aber ich möchte schon zum Schluß und zu einem, wie ich glaube, doch positiven Ausblick kommen. Unsere Zielvorstellung kann nur bleiben das, was der Herr Landeshauptmann als „Kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ bezeichnet hat. Ich freue mich, daß über die Hintertreppe nun auch die sozialistische Fraktion unsere temporäre Arbeitsplatzgarantie in die ausgeglichene Arbeitsplatzbilanz aufgenommen hat. Uns geht es nicht um Worte, sondern um die Fakten. Und es ist uns Gott sei Dank, und damit möchte ich mit diesem positiven Aspekt eigentlich schließen, es ist uns gelungen, einige Ersatzbetriebe bereits anzusiedeln. Eisenerz war ein Glücksfall, der nicht so bald wiederkommen wird, obwohl ich zugebe, und das habe ich in der Pressekonferenz dazu gesagt, daß es sicherlich sehr, sehr viel Einsicht von den Betroffenen bedarf zu erkennen, daß auch das Lohnniveau ein Hindernis für Betriebsansiedlungen ist. Das war ja unser Handicap bisher. Und es ist sicher bitter, das den Menschen sagen zu müssen, aber wenn man Ehrlichkeit in der Politik verlangt, dann hier. Und leider hat man viel zu lange vermeint, man könne alle Positionen und Privilegien ohne Anpassung an den Markt halten. Eine Produktion, die nicht verkaufbar ist, ist nichts wert. Und mir hat jetzt ein Manager geschrieben, er muß den Markt aufbauen, dann habe ich ihm geschrieben, er hat nur die zweite Seite vergessen, er muß dann diesen

Markt auch zu Preisen beliefern können, wo er nicht dazulegt bei seiner Produktion, es sei denn, er hat einen Göd, der zahlt. Diese geistige Umstrukturierung, diese organisatorische Umstrukturierung in der verstaatlichten Industrie, in der Großindustrie, auch in der quasi Verstaatlichten, wenn wir Steyr-Daimler-Puch erwähnen wollen, das sind die großen Aufgaben, die jetzt die Manager und die Verantwortlichen der Betriebe durchzuführen haben. Hoffentlich werden sie auch diese Verantwortung wahrnehmen. Ich möchte unterstreichen, daß wir die Solidarität aus ganz Österreich brauchen, und das wird gar nicht leicht zu erreichen sein, denn jedem ist das Hemd näher als der Rock. Und ich habe Ihnen auch aus diesen Gründen die Zahlen unserer Position gesagt und die Position anderer. Und wenn ich die Jammerbroschüren etwa des Vizebürgermeisters von Wien, Mayer, lese, der geschröpfte Städter und so weiter, und mir auf der anderen Seite die Steuerzahlen etwa des Bundeslandes und der Bundeshauptstadt anschau, dann sieht man halt, daß man vielleicht einen weiten Weg zu dieser Solidarität hat, die wir aber sicher brauchen, weil alles, was zur Verteidigung der Verstaatlichten hier von den Abgeordneten gesagt wurde, ist natürlich zu unterstreichen. Der einzelne Arbeitnehmer ist sicher nicht schuld, und ich habe Ihnen aus Zeitgründen nicht den Rechnungshofbericht zitiert über die Einschau bei der VOEST-Alpine, wo aufgelistet ist, woher die 11,5 Milliarden Schilling Verlust des Jahres 1985 gekommen sind. Zum geringsten aus Donawitz, zum geringsten aus Kindberg, sondern aus Abenteuern draußen irgendwo in der Wüste oder im fernen Amerika. Dafür die Arbeitnehmer bei uns büßen zu lassen, indem man einen Federstrich zieht und 10.000 Existenzen vernichtet, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind keine Manchester-Liberalisten, wie das hier ein Abgeordneter vermeint hat, aber ich glaube, er ist noch nicht so lange im Haus, sonst wüßte er, daß wir soziale Verpflichtungen sehr, sehr ernst nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Aber wir werden natürlich auch eines tun müssen, und hier bemühen wir uns als Land und Wirtschaftsförderung des Landes, auch wenigstens einige Highlights, wie das heute heißt, zu setzen, das ist im innovativen Bereich, im Beratungsbereich. Ich danke allen meinen Mitarbeitern, die immer wieder hier auch mit Ideen herankommen, dem WIFI etwa oder meinen eigenen Mitarbeitern in der Wirtschaftsförderungsabteilung, wobei ich ganz besonders Herrn Hofrat Dr. Kandler danken möchte, ich glaube, er ist hier im Saal (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.), und möchte ihm vor allem gratulieren, daß er nach seinem Herzinfarkt, der uns alle sehr betroffen gemacht hat und der uns gezeigt hat, wieviel er persönlich mit seinem Engagement für die steirische Wirtschaft und damit für die steirischen Arbeitnehmer und Arbeitsplätze tut, daß er nun wieder da ist und mit seiner Energie uns helfen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen danke ich für Ihr Engagement und hoffe, um es mit Busch zu sagen, „erstens kommt es anders, zweitens als man denkt“, und das sollte besser sein, als wir es heute sehen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, Dienstleistungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Stoisser, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 8, Dienstleistungen, beinhaltet Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, wirtschaftliche Unternehmungen. Die Einnahmen betragen 83,181.000 Schilling und die Ausgaben 160,699.000 Schilling. Es wurde darüber im Ausschuß ausführlich beraten, und ich bitte um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, enthält Einnahmen im Gesamtausmaß von 11.134,915.000 Schilling und Gesamtausgaben in der Höhe von 3.149,381.000 Schilling. Bevor ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, namens des Finanz-Ausschusses bitte, diesen Ansätzen zuzustimmen, erlauben Sie mir, daß ich ausnahmsweise außerhalb des Protokolls namens meines Klubs zwei Männern danke, die beruflich diesem Hohen Haus seit vielen Jahren sehr verbunden waren und für die aus Pensionsgründen diese heurige Budgetdebatte die letzte Budgetdebatte sein wird. Der eine ist Herr Hofrat Dr. Naimer, der 14 Jahre lang Leiter der Präsidialkanzlei war und dessen nicht immer leichte Aufgabe es war, darauf zu achten, daß sich die Wünsche der einzelnen Fraktionen im Rahmen von Verfassung und Geschäftsordnung bewegt haben.

Der andere Herr ist der stellvertretende Direktor des Landesrechnungshofes, Herr Hofrat Dr. Thaller, der sich auch hier – so glaube ich – unter den Zuhörern befindet, der auf Grund der Tatsache, daß der Rechnungshof noch ein junges Kind ist, diese Funktion natürlich nicht so lange ausgeübt hat, sich aber insgesamt auch über 35 Jahre im Landesdienst befunden hat und dem genauso wie Herrn Hofrat Dr. Naimer unser herzlicher Dank gilt. Ihnen beiden alles Gute für die Zukunft. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte Sie um ein Händezichen, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 9 zustimmen.

Die Gruppe 9 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Ansätze des außerordentlichen Haushaltes betragen im Normalprogramm 426,062.000 Schilling, und auf das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm entfallen 582.153,000.000 Schilling. Der gesamte Ansatz im außerordentlichen Haushalt beträgt 1.008,215.000 Schilling. Die Ansätze des außerordentlichen Haushaltes wurden im Finanz-Ausschuß einstimmig angenommen. Ich beantrage auch im Hohen Haus die Annahme dieser Ansätze.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den sechs Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1987, die im Mündlichen Bericht Nr. 4 enthalten sind und von der Österreichischen Volkspartei, der Sozialistischen Partei Österreichs und der Freiheitlichen Partei Österreichs unterstützt werden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den sechs Beschlußanträgen des Mündlichen Berichtes Nr. 4 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlußanträge sind somit mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordete Dr. Maitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Maitz: Meine Damen und Herren!

Nach dem vorliegenden Dienstpostenplan werden im Jahr 1987 beim Land Steiermark insgesamt 18.793 Kolleginnen und Kollegen Beschäftigung finden. Davon sind in der Hoheitsverwaltung, in den Wirtschaftsbetrieben, in den landwirtschaftlichen Schulen und in den Sozialhilfeverbänden 9470 Damen und Herren beschäftigt. Den Steiermärkischen Landeskrankenanstalten werden 9323 Kolleginnen und Kollegen zugeordnet sein.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um die Genehmigung dieses Dienstpostenplanes.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: Hohes Haus!

Gegenüber dem Vorjahr gibt es nur eine geringfügige Veränderung, und zwar eine Verminderung an Kraftfahrzeugen. Ich beantrage daher, wie bereits im Finanz-Ausschuß, wo dieser Antrag einstimmig angenommen wurde, auch hier im Hohen Haus die Annahme des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 8/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Karl Rainer das Wort.

Abg. Rainer: Meine Damen und Herren!

Ich wiederhole meinen vor drei Tagen gestellten Antrag auf Annahme des ordentlichen Haushaltes und auf Annahme des außerordentlichen Haushaltes sowie auf Annahme des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes und der Dienstpostenpläne.

Präsident: Wer mit den Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 8/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft Grundstücksnummer 454/1, Einlagezahl 2054 des Grundbuches 65116 Knittelfeld, Bezirksgericht Knittelfeld, im Gesamtausmaß von 19.213 Quadratmeter und die auf dem Grundstück Nr. 454/1 errichtete Landesberufsschule Knittelfeld mit Schulwartwohnung, Internat und Nebengebäude in Knittelfeld, Portniggstraße Nr. 21, 23, 25 samt allem Zubehör und Einrichtungsgegenständen von der Obersteirischen Wohnstättengenossenschaft Knittelfeld (OWG), 8720 Knittelfeld, Lindenallee 2 a.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kollmann: Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich folgenden Antrag: Der Steiermärkische Landtag möge genehmigen den Kauf der Liegenschaft Grundstück-Nr. 454/1, Einl.-Zahl 2054, Knittelfeld, im Gesamtausmaß von 19.213 Quadratmeter und die auf dem Grundstück 454/1 errichtete Landesberufsschule Knittelfeld mit Schulwartwohnung, Internat und Nebengebäuden in Knittelfeld, samt allem Zubehör und Einrichtungsgegenständen, zu einem auf das Land Steiermark entfallenden Gesamtkaufpreis von 223,800.638 Schilling.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 4/1, betreffend

1. den Verkauf des Grundstückes 257/3 der landeseigenen Liegenschaft EZ. 1500, KG. Gleisdorf, laut Lageplan des Dipl.-Ing. Permann, GZ.: 818-I/86, vom 12. Mai 1986 um einen Kaufpreis von 674.700 Schilling an die Firma Franz Schwarz, Bus- und Transportunternehmen, 8200 Gleisdorf, Fluggasse Nr. 2,

2. die Änderung der Bestandsfläche sowie die seinerzeitige Eigentumsübertragung an diese Firma Renault Industrie Österreich Ges. m. b. H., 8200 Gleisdorf, Industriestraße 34, und
3. unentgeltliche Überlassung der sogenannten Industriestraße an die Stadtgemeinde Gleisdorf zum Zweck der Errichtung eines öffentlichen Weges.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Emmy Göber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Göber: Ich ersuche um die Zustimmung des Verkaufes eines Grundstückes in Gleisdorf von der landeseigenen Liegenschaft zum Kaufpreis von 674.700 Schilling an die Firma Franz Schwarz, Bus- und Transportunternehmen in Gleisdorf, die Änderung der Bestandsfläche sowie die seinerzeitige Eigentumsübertragung an die Firma Renault Industrie Österreich Ges. m. b. H., 8200 Gleisdorf, Industriestraße 34, und unentgeltliche Überlassung der sogenannten Industriestraße an die Stadtgemeinde Gleisdorf zum Zweck der Errichtung eines öffentlichen Weges.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 5/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung Werzer Priska, 8784 Dietmannsdorf Nr. 19, für das BV. „Dietmannsdorf, Teil I, Werzer-Tadler“ der L 713, Kaiseraustraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kanduth: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Vorlage 5/1 betrifft die Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung der Besitzerin Werzer Priska in Dietmannsdorf zum Zweck des Ausbaues der Kaiseraustraße. Nachdem diese Ablöse über eine Million Schilling beträgt, ist der Hohe Landtag verpflichtet, dem zuzustimmen.

Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 6/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht für 1985 sowie Auflage des Berichtes der Steiermärkischen Landesregierung gemäß § 10 Abs. 2 LGBl. Nr. 21/1931 i. d. g. F.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer: Der Geschäftsbericht und der Rechnungsabschluß für das Jahr 1985 der Landes-Hypotheken-

kenanstalt wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage auch hier im Hohen Haus die Annahme und Kenntnisnahme dieses Berichtes sowie sollte gleichzeitig dem Vorstand und den Organen der Landes-Hypothekenbank sowie den Beschäftigten der Dank des Landes ausgesprochen werden.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7/1, Beilage Nr. 1, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für das Land Steiermark zu dem im Paragraph 3 genannten Zweck Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 1,5 Milliarden Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraph 8 genannten Bedingungen aufzunehmen. Die Anleihen sind mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren auszustatten und können in Teilen aufgenommen sowie in Tranchen aufgeteilt werden. Der Erlös der Anleihen ist ausschließlich zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen des ordentlichen und des außerordentlichen Landeshaushaltes 1987 bestimmt.

Auch diese Vorlage wurde einstimmig im Finanz-Ausschuß angenommen. Ich beantrage auch hier die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 9/1, betreffend den Verkauf des Personalwohnhauses der Steiermärkischen Landesbahnen in Weiz, Franz-Pichler-Straße 48, an die Ehegatten Wilhelm und Klara Langs, Weiz, Franz Pichler-Straße 48, samt der zugehörigen Grundfläche im Ausmaß von insgesamt 909 Quadratmeter zum Gesamtpreis von 800.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Sehr verehrte Damen und Herren!

Die Vorlage betrifft den Verkauf des Personalwohnhauses der Steiermärkischen Landesbahnen in Weiz an die Ehegatten Willi und Klara Langs im Gesamtausmaß von 909 Quadratmeter zum Gesamtpreis von 800.000 Schilling.

Im Namen des Finanz-Ausschusses darf ich um die Zustimmung bitten.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, dann bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 14/1 betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1985 (Bericht für das Rechnungsjahr 1985).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: In der Zeit vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 1985 wurden für den Bereich der gesamten Landesverwaltung Mehrausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1985 von insgesamt 1.715.826.415,52 Schilling erforderlich. Diese Beträge wurden aufgenommen.

Die Annahme erfolgte im Finanz-Ausschuß einstimmig. Ich beantrage auch hier die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 15/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1986 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 1986).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer: Der erste Bericht für das Rechnungsjahr 1986 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Übersicht angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem ordentlichen und außerordentlichen Landesvoranschlag 1986 im Gesamtbetrag von 737.624.760,23 Schilling wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Kenntnisnahme. Im Finanz-Ausschuß wurde diese Vorlage einstimmig angenommen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 16/1, betreffend die Gewährung eines Annuitätzuschusses in der Höhe von rund 645.000 Schilling p. a. (zirka 12,6 Millionen Schilling für die Dauer von 20 Jahren) für die Firma AVL, Gesellschaft für Verbrennungskraftmaschinen und Meßtechnik m. b. H., 8020 Graz, Kleiststraße 48.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Meine Damen und Herren, es geht hier um die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Gewährung eines Annuitätzuschusses in der Höhe von zirka 645.000 Schilling per anno, insgesamt zirka 12,6 Millionen Schilling für die Dauer von 20 Jahren, für die Firma AVL, Gesellschaft für Verbrennungskraftmaschinen und Meßtechnik m. b. H., Graz, Kleiststraße, zum Zweck des Ankaufes eines Grundstückes zum Bau von zusätzlichen Produktionsstätten.

Ich bitte namens des Finanz-Ausschusses, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 18/1, betreffend den Abverkauf der Gebäude Kitzreck 15 und 16 zu einem Gebäudewert von 470.000 Schilling und eines Grundstückes im Ausmaß von zirka 1600 Quadratmeter zum Quadratmeterpreis von 300 Schilling, gehörend zum Landesgut Kitzreck, an die Raiffeisenkasse Gleinstätten, 8443 Gleinstätten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Adolf Pinegger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pinegger: Meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 18/1, befaßt sich mit dem Abverkauf eines Teiles vom Landesgut Kitzreck, und zwar der Objekte Nummer 15 und 16 in Kitzreck. Der Schätzwert dieser beiden Objekte ist 470.000 Schilling, und der Schätzwert des Grundareals von 1600 Quadratmeter beläuft sich auf 300 Schilling pro Quadratmeter.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich, diesem Abverkauf an die Raiffeisenkasse Gleinstätten, die dort auf diesem Grundareal eine Kassenstelle errichtet, zuzustimmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 20/1, betreffend die Genehmigung eines Grundabverkaufes aus dem Areal des Landeskrankenhauses Graz (aus der landwirtschaftlichen Fläche südlich des Hahnhofes, angrenzend an die Stiftingtalstraße).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer: Hohes Haus!

Die Einl.-Zahl 20/1 wurde ebenso einstimmig im Finanz-Ausschuß angenommen. Es geht dabei um den Abverkauf einer Grundstücksfläche im Ausmaß von 1683 Quadratmeter aus der zum Landeskrankenhaus Graz gehörenden Einl.-Zahl 8, KG. Stiftung, an die

Firma Hornig in Graz zum Gesamtpreis von 1.514.700 Schilling.

Ich beantrage die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 21/1, betreffend die Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an den Künstler Hans Hauke.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Friedrich Pfohl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Pfohl: Der freischaffende Künstler Hans Hauke, Jahrgang 1927, ist nicht mehr in der Lage, seinen Lebensunterhalt zu sichern. Hauke war zeitweilig freischaffender Künstler. Er hat vor allem Edelsteinplastiken, Gemmen und Kameen gefertigt sowie Holzschnitte und Kupferstiche. Er hat mit seinem Schaffen einen bedeutenden Beitrag zum kulturellen Leben des Landes Steiermark geleistet. Eine Sammlung seiner Arbeiten befindet sich sowohl in der Neuen Galerie als auch in Wien in der Albertina. Hauke bezieht eine Pension der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft in der Höhe von 1400 Schilling. Seine Gattin hat ebenfalls eine Pension in der Höhe von nicht ganz 5500 Schilling, so daß er zusammen mit seiner Frau knapp 7000 Schilling zur Verfügung hat, davon sind 5800 Schilling allein Fixkosten. Auf Grund dieses Sachverhaltes hat die Steiermärkische Landesregierung den Beschluß gefaßt, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Steiermärkischen Landtag dem Künstler Hans Hauke einen außerordentlichen wertgesicherten Versorgungsgenuß von monatlich brutto 1330 Schilling zu gewähren. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2/1, betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hermann Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Meine Damen und Herren!

Vereinbarungen zwischen dem Bund und einzelnen Bundesländern nach Artikel 15 a der Bundesverfassung bedürfen der Zustimmung des Landtages. Eine solche Vereinbarung liegt nun vor. Sie betrifft den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl. Diese Vereinbarung, die wir zu genehmigen haben, ist insoweit bereits überholt, als der Steiermärkische Landtag heuer bereits das Steiermärkische Ölfeuerungs-gesetz 1973 novelliert und die Grenzwerte für den Schwefelgehalt vorausahnend heruntergesetzt hat.

Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über das Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes für Strafsachen in Graz, Einl.-Zahl 23/1, betreffend den Herrn Landtagsabgeordneten Wilhelm Fuchs nach Paragraph 111 STGB.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Maitz: Meine Damen und Herren!

Es handelt sich um einen gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Dorfer, Dr. Hirschmann, Meyer, Mag. Rader, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Sponer, Dr. Strenitz und Trampusch und wurde notwendig, um dem neu geschaffenen Petitions-Ausschuß am 1. Jänner 1987 die Arbeit zu ermöglichen. (Abg. Dr. Strenitz: „Das stimmt nicht!“) Nein, es stimmt schon. (Präsident: Ich erlaube ihm, daß er berichtet. Wir folgen der Sache genau. Er hätte berichten sollen über den Immunitäts-Ausschuß, über die Auslieferung.) Das geht aber auch. Der Herr Abgeordnete Wilhelm Fuchs hat die Auslieferung auf Grund eines Verfahrens vor dem Landesgericht nach Paragraph 111 StGB selbst beantragt. Der Verfassungs-Ausschuß hat diesem zugestimmt. Ich ersuche auch im Landtag um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 17/1, Beilage Nummer 3, Gesetz, mit dem das Steiermärkische land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Erich Pörtl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Diese Vorlage befaßt sich mit der Novellierung des land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzes, wobei ein mündlicher Bericht vorliegt. Der Paragraph 2 Absatz 5 hat folgenden Wortlaut: „Land- und forstwirtschaftliche Berufe, die öffentlichen Berufs- und Fachschulen angeschlossen sind, dienen der praktischen und theoretischen Unterweisung von Schülern und der land- und forstwirtschaftlichen Versuchstätigkeit. Sie sind, soweit es die Aufgabenstellung zuläßt, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.“

Der Ausschuß hat diese Vorlage einstimmig beschlossen, und ich ersuche um Annahme.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander: Ich muß dazusagen, daß ich bei der Gruppe 8 mich zu Wort gemeldet habe, da ist es auch um die landwirtschaftlichen Betriebe der Schulen gegangen. Und in diesem Zusammenhang paßt es jetzt aber auch. Ich möchte dazusagen, daß die Betriebe durchwegs Abgänge aufweisen, und zwar die Betriebe, die an die Schulen angeschlossen sind. Wie sollen die Bauern wirtschaftlich arbeiten können, wenn die sogenannten Musterbetriebe des Landes Defizite erarbeiten? Ich habe gesehen, daß in der Vorlage „nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen“ durchgestrichen ist. Ich möchte mich aber weiter dazu äußern. Bedenklicher als die Abgänge in diesen Betrieben, die immerhin zum Teil mit den gleichzeitig geführten Schulbetrieben zusammenhängen könnten, finden wir jedoch den aus dem Voranschlag hervorgehenden Einsatz chemischer Mittel in diesen Betrieben. In dem auf Maisanbau spezialisierten Betrieb Hatzen-dorf, Kalsdorf, beträgt zum Beispiel der Einsatz an chemischen Mitteln insgesamt 250.000 Schilling, das entspricht einem Betrag von 25.000 Schilling pro Hektar. In Grottendorf-Hardt sind seit 1985 die chemischen Mittel und die Kosten dafür verdoppelt worden. Wir fordern in diesem Zusammenhang, daß in einem Betrieb wie diesem, dessen Fläche eigentlich die jeweilige Futtergrundlage zu liefern in der Lage sein müßte, auf den Einsatz importierter Futtermittel verzichtet wird und einen wesentlichen Abbau des Einsatzes von Chemie, sei es in Form von Düngemitteln, in Form von Unkrautbekämpfungsmitteln oder auch Medikamenteneinsatz. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller wird verstehen, was ich damit meine. Es ist eigentlich ernst gemeint, was ich da sage. Die landwirtschaftlichen Betriebe sollten, ähnlich wie ich das bei den landwirtschaftlichen Schulen gefordert habe, Musterbeispiel für die künftige Agrarstruktur der Steiermark sein. Das heißt aber, daß sie nicht diesen hohen chemischen Einsatz und Futtermittelimport aufweisen sollten. Ich möchte dazu auch sagen, daß ich in den Unterrichtsgegenständen, die in der Gesetzesvorlage sind, den ökologischen Landbau vermisse. Vielleicht ist das eine Möglichkeit, es unterzubringen. Ich glaube, es ist aber schon ein bißchen spät dazu.

Was ich noch sagen wollte: Ich habe gehört, daß Mädchen Schwierigkeiten haben bei der Aufnahme in die land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, daß es gar nicht so einfach ist, weil das mit den Internaten zusammenhängt. Danke. Es hätte eigentlich zu Punkt 8 gehört.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schwab, dem ich es erteile.

Abg. Schwab: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Keine Angst! Es werden nur einige Bemerkungen werden. Ich kann auch sagen, Aufklärung tut not, und wir haben uns im persönlichen Gespräch sehr bemüht. Erich Pörtl ist immer grün gewesen, jetzt ist er schon ganz alternativ auf der linken Seite. (Präsident Zdarsky: „Das zeigt, wie ansteckend das ist!“) Frau Kollegin, wir haben uns ja unterhalten. Ich möchte wirklich nicht verlängern.

Gerade das, was Sie gesagt haben, zeigt einmal mehr, daß eine Landwirtschaft, daß ein Bauernhof auf

der Basis einer reinen Fremdarbeitskräftegrundlage nicht wirtschaftlich zu führen ist. Und warum überstehen wir Bauern das alle miteinander? Weil wir unter großem Lohnverzicht arbeiten. Erste Bemerkung! (Abg. Sponer: „Ein Lehrbetrieb kann das nicht!“)

Zweiter Punkt, ich komme gerade dazu: Das landwirtschaftliche Schullehreramt führt auch exakt eine eigene Versuchsabteilung unter der Leitung von Prof. Ing. Deutsch und hat bisher eigentlich mit den Exaktversuchen, gerade das, was Sie meinen, Frau Kollegin, demonstriert und hat überaus wertvolle Erkenntnisse in der Frage der Düngung und anderen Angelegenheiten im Pflanzenbau geliefert. Es gibt einen neuen Großversuch in 13 steirischen Fachschulbetrieben mit insgesamt 55 Hektar. Das ist eine ganz entscheidende und wertvolle Grundlage gerade im Zusammenhang mit dem Bodenschutzprogramm.

Und eines auch, drittens: Ich will Ihnen das nur mitteilen. Wir haben am 2. Dezember einen Beschluß im Hauptausschuß der Kammer gefaßt, und zwar in folgender Angelegenheit: Die Fachschule Silberberg wird unter der fachlichen Leitung von Ing. Leodolter gemeinsam mit der Kammer und mit 20 Bauern des Grenzlandes einen eigenen Versuch in den nächsten zwei Jahren machen, und zwar Traktorenbetrieb auf Rapsölbasis und nicht mit Dieselöl. Eine hochinteressante Angelegenheit, die eine gewaltige Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft beinhaltet. Dies wollte ich nur gesagt haben. Ich möchte auch noch abschließend hinweisen, daß es für mich persönlich ein Markstein ist, daß es in den Unterrichtsgegenständen bisher Pflanzenproduktion und Tierproduktion geheißen hat. Auch in diesen Bezeichnungen ist man wieder zurückgekehrt – Gott sei Dank – zu den klassischen Bezeichnungen „Pflanzenbau“ und „Tierhaltung“. Da ist alles drinnen, auch viel bäuerliches Selbstverständnis, im Gegensatz zu dem, das liegt sehr weit zurück und ist kennzeichnend für die Episode, was der Herr Dr. Weiß, der spätere Landwirtschaftsminister, im Jahr 1968 gesagt hat, wörtlich: „Die Landwirtschaft darf nicht mehr länger eine Lebensart sein. Man wird sie in eine Industrie umwandeln müssen.“ Wir haben vieles mitgemacht in dem Zusammenhang. Es war nicht gut. Dies wollte ich gesagt haben.

Und zum Schluß in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren, das, was man heute als Ökologie bezeichnet, ist im Grund genommen gar nichts anderes als unsere alte bewährte bäuerliche Lebenshaltung, und ich füge hinzu, der sich die gesamte Gesellschaft verstärkt wieder zuwenden müssen. Wir sagen das auch immer wieder im eigenen Bereich. Das ist die Ehrfurcht vor allem, was lebendig ist, das ist der Respekt vor der Kreatur, das ist das längerfristige Denken, nicht von heute auf morgen und von der Hand in den Mund leben, und das ist letztlich auch der schonende Umgang mit den Gütern der Erde. Wenn wir die Natur beherrschen wollen, dann müssen wir ihr gehorchen. Das spürt in Wahrheit niemand anderer so sehr und so deutlich wie der Bauer selber. Und eines wissen wir auch, wo Naturgesetze und Wirtschaftsgesetze kollidieren, hat längerfristig immer die Natur recht. Diese Grundhaltungen wurden vor allem im technischen Bereich mißachtet, das ist gar nicht böse gemeint, und wir müssen diese Grundhaltungen in einem oft mühsamen Lernprozeß wieder aufbauen. Es

geht um die Wiederentdeckung der Land- und Forstwirtschaft als Bewahrer der Lebensgrundlagen für die übrige Gesellschaft, und schon im ersten Jahrhundert nach Christi, der Herr Kollege DDr. Steiner ist mir da behilflich gewesen, hat der Römer Colomella, als der Abstieg des Römischen Reiches begonnen hatte, es so formuliert: „Das Land, das euch trägt und birgt, das habt ihr vergessen.“ Und ich füge heute hinzu: Das Land, das uns trägt und birgt, das dürfen wir nicht vergessen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 22/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Vorlage betrifft den Bericht der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark für das Jahr 1985. Der Bericht ist Ihnen zugegangen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich möchte es bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, daß unter dem Vorsitz von Landesrat Dipl.-Ing. Riegler dieser Bericht in sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit erstellt werden konnte.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Thematik sehr ausführlich beschäftigt, und ich darf im Namen dieses Ausschusses den Antrag stellen, den Grünen Bericht der Genehmigung zuzuführen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 59/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Dorfer, Dr. Hirschmann, Meyer, Mag. Rader, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Sponer, Dr. Strenitz und Trampusch, betreffend Schaffung der geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen für den Petitions-Ausschuß.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Damen und Herren!

Ich darf dort fortsetzen, wo ich vorhin unterbrochen habe. Nach dem 1. Jänner 1987 ist das Volksrechtsgesetz zu vollziehen. Zur Behandlung der Petitionen wird ein Petitions-Ausschuß eingerichtet. Die Vorlage beinhaltet die Geschäftsordnungsnovelle dazu und hat die Art der Behandlung der Petitionen, die Kosten der Tätigkeit des Petitions-Ausschusses, die inhaltliche Bewertung von Petitionen, die Berichtspflicht dieses Ausschusses und das Kontrollrecht des Petitions-Ausschusses zum Inhalt.

Ich ersuche um Annahme des Ihnen schriftlich vorliegenden Textes dieser Novelle.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wir stehen am Ende der Budgetdebatte. Auch angesichts der Tatsache, daß nach langer Zeit, ich habe es schon am 6. Dezember gesagt, wiederum vier Fraktionen hier in diesem Hohen Haus sind, ist eigentlich immer wieder das zum Ausdruck gekommen, was seit Jahrzehnten bewährte steirische Politik ausmacht, nämlich, das von oft so unterschiedlichen Standpunkten ausgehende, schließlich gemeinsame Ringen um bestmögliche Lösungen für dieses Land und seine Menschen. Bei aller zeitweiligen Heftigkeit von Debatten, bei aller Polemik und bei allen manches Mal auch erstaunlich demagogischen Konfrontationen, die es in diesem Haus allerdings solange gibt, als es die Funktion eines Landesparlaments erfüllt, ich bin schon als Schüler Zuhörer hier gewesen, als noch dieses Haus nicht im Rund angelegt war in den Abgeordnetenbänken, sondern im Geviert, und der Herr Präsident des Steiermärkischen Landtages ist sozusagen auch ein Mann der ersten Stunde. Und ich habe keine einzige Debatte miterlebt – auch in den 15 Jahren seit ich selber diesem Haus angehöre –, in dem es nicht so gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, vieles deutet in dieser Zeit insgesamt auf eine gesellschaftliche, auf eine politische und wirtschaftliche Umbruchsituation hin, in der wir uns in Europa und in der Welt von heute insgesamt befinden. Ich glaube, daß man das auch bei einer solchen Gelegenheit sagen und auch bedenken sollte. So haben ja auch die Pariser Studentendemonstrationen der letzten Tage – und ich habe gehört, daß nunmehr auch in Rom ein ähnliches Phänomen sich zeige – ganz deutlich gemacht, daß das 86er Jahr mit dem legendären 68er Jahr nicht nur durch den Zahlensturz verbunden beziehungsweise von ihm verschieden ist, denn diesmal herrschte offenbar nicht die Aufbruchstimmung wie im Frühling des Jahres 1968. Vielmehr sind die Protestierer im Herbst 1986, hat man den Eindruck, relativ pragmatisch, ihre Kritik richtet sich nicht in erster Linie wie 1968 an eine satte Gesellschaft, die sie mit großer revolutionärer Geste von Grund auf verändern und umgestalten wollte, das war jedenfalls ihr erklärtes Ziel, sie bangt heute vielmehr um ihren Platz in einer Gesellschaft, die offenkundig nicht mehr genug Arbeit für alle bereit hat und die, so scheint es jedenfalls auch, die Jugend da und dort auszusperren droht, wie in Kommentaren der letzten Tage von gescheiterten Leuten auch in Weltblättern immer wieder festgestellt wurde. Ich glaube, der Jugend und der Zukunft eine Chance zu geben bei aller Problematik solcher gestanzter Formulierungen, ja der Jugend einen Einstieg zur Mitgestaltung zu eröffnen ist uns wirklich aufgetragen, ist eine ganz entscheidende Aufgabe unserer Tage. Und das hat man auch in diesem Haus in diesen letzten Tagen erfreulicherweise spüren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ökonomische Situation unseres Landes für 1987 führt uns, wie ich das gestern in meinem kurzen Schlußwort anlässlich der Baudebatte schon darstellen konnte, eher in eine verschärfte Situation. Wir werden nämlich, so wie heuer, neuerlich ein unter dem OECD-Durchschnitt liegendes Wachstum und leider auch wiederum eine steigende Arbeitslosen- und auch Inflationsrate haben, wenn die Prognosen eintreten. Und der konjunkturelle Auftragseinbruch und der Preisverfall beim Stahl und die damit zusammenhängenden neuen Alarmmeldungen, ich höre – es sei auch in den Abendnachrichten gemeldet worden –, daß das VOEST-Alpine-Defizit nunmehr neuerdings hochgeschneilt sei, machen deutlich, daß nicht ein Defensivkonzept, sondern eine gemeinsame Offensivstrategie notwendig ist, so wie wir das in der vorjährigen Budgetdebatte hier und in der Landesregierung einstimmig beschlossen haben. Und wenn heute einige zu diesem Thema anders geredet haben, dann waren sie zum Teil im vorigen Jahr noch nicht hier. Und das ist nicht weiter schlimm, wenn es dabei bleibt, daß auch dort sich Bahn bricht, was unsere gemeinsame Erfahrung ist, nämlich daß wir miteinander einfach wirklich stärker sind. Und es ist auch gesagt worden, daß wir Steirer Anspruch erheben auf nationale Solidarität, daß aber wir Österreicher insgesamt allergrößte Kraftanstrengungen setzen werden müssen in diesem kommenden Jahr und in den Jahren, die vor uns liegen. Wir brauchen in allen Bereichen ein Klima der Erneuerung – ökonomisch, ökologisch, institutionell, aber auch personell. Und das sage ich mit Überzeugung auf dem festen Fundament tragender Werke von Ethik und Sitte. Und wir brauchen das Engagement und den vorurteilsfreien Beitrag jedes einzelnen zur Gestaltung, unseres Landes. Mit dem Landesbudget 1987 wollen wir den im Rahmen unserer Möglichkeiten bestmöglichen Beitrag zu leisten versuchen. Wir sind uns dabei des Wortes von Hermann Broch bewußt, dieses großen altösterreichischen Dichters, der heuer seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte, lebte er noch, und der – wie so viele Literaten – oft und lange im steirischen Ausseer Land gelebt und dort auch immer wieder Muße zu schöpferischen Gedanken gefunden hat, bevor er 1938 in die Emigration gehen mußte. Er hat gesagt: „Alle Politik hebt beim Menschen an. Sie wird von ihm, sie wird für ihn, aber oftmals auch gegen ihn betrieben. Und um über Politik sprechen zu können, muß man eine Vorstellung vom Menschen haben, sonst spricht man über eine leere Mechanik.“ Und wir haben es in diesen Tagen auch immer wieder gespürt, wenn dieses Wort wahr wurde, im einen und im anderen Sinn.

In dieser Gesinnung danke ich als Landeshauptmann namens der gesamten Landesregierung allen, die im Geiste der Zusammenarbeit, die wir gerade jetzt so notwendig brauchen, an der Erstellung dieses Budgets mitgewirkt haben, allen voran dem Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Klauser, dem auch in dieser Stunde unsere aufrichtigen Genesungswünsche gelten, mit seinen Beamten. Ich danke meinen Kollegen in der Landesregierung und den Damen und Herren Abgeordneten dieses Landtages. Und ich möchte auch den Damen und Herren auf der Journalistenbank als kritischen Beobachtern und medialen Dolmetschern unseres Wollens ein Wort gemessenen Dankes sagen. Und mein Dank gilt den fleißigen und charmanten

Damen des stenographischen Dienstes. Uns allen ist sehr wohl bewußt, welche anstrengende Tätigkeit sie hier auch während dieser Debatte auszuüben hatten. Mit ihnen allen danke ich in diesen Tagen jenen, die überhaupt das Jahr über im Hohen Haus in Wahrnehmung unserer Aufgabe und Verantwortung uns unterstützen. Und, meine Damen und Herren, es ist mehrfach geschehen, ich möchte es abschließend und zusammenfassend noch tun, wir wissen alle sehr wohl, daß unsere Handlungen und Beschlüsse geduldiges Papier blieben, wenn sie nicht auch durch die pflichtbewußte Beamtenschaft unseres Landes mit Leben erfüllt würden. Und stellvertretend für die vielen treuen und einsatzbereiten Mitarbeiter, die in den Abteilungen des Landes und in den Bezirken ihren Dienst leisten, möchte ich heute besonders danken nochmals dem Vorstand der Fachabteilung für das Gesundheitswesen, Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Walter Markant, dem Direktor der Steiermärkischen Landesbibliothek, Hofrat Dr. Hans Hegenbart, dem Landesrechnungshofdirektorstellvertreter Hofrat Dr. Egbert Thaller, dem Referatsleiter der Statistik, Hofrat Dr. Johann Wolfgang Kleindienst, dem Vorstand der III. Medizinischen Abteilung des Landeskrankenhauses Graz, Prof. Dr. Wagner, dem ärztlichen Direktor des Landeskrankenhauses Leoben, Hofrat Prof. Dr. Erhart Borkenstein, dem ärztlichen Leiter des Landes-Lungenkrankenhauses Hörgas-Enzenbach, Dr. Rüdiger Pichler, und auch dem Leiter der Landtagskanzlei, Hofrat Dr. Karl Naimer, die alle große Verantwortung in diesem Land getragen haben und heuer in den wohlverdienten und dauernden Ruhestand treten.

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen und allen steirischen Landsleuten Glück und Segen für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage und für das neue Jahr viel Zuversicht und Stärke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Wir sind nun in der Zielgeraden. Die Beratungen des Hohen Hauses über den Landesvoranschlag 1987 sind nach einer Dauer von 33 Stunden und 15 Minuten, wozu sich die Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu insgesamt 139 Wechselreden gemeldet haben, zu Ende gegangen. Damit sind die Voraussetzungen für eine gedeihliche und konstruktive Arbeit für 1987 geschaffen. In diesem nun ablaufenden Jahr 1986 wurden in den insgesamt zehn Sitzungen des Steiermärkischen Landtages 134 Anträge von Abgeordneten, 108 Regierungsvorlagen, davon 19 Gesetzesvorlagen, sowie drei dringliche Anfragen und ein Auslieferungsbegehren eingebracht. Weiters wurden 130 Beschlüsse, darunter 21 Gesetzesbeschlüsse, und neun Beschlüßanträge im Rahmen des Landesvoranschlages 1987 gefaßt. Ferner wurde noch der Tätigkeitsbericht des Kontroll-Ausschusses für 1984 sowie ein selbständiger Antrag des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses behandelt. Bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, wurden 66 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Die Landtags-Ausschüsse haben in 55 Sitzungen alle Vorlagen vorbereitet, die vom Landtag beschlossen wurden. Die geleistete Arbeit der Mitglieder des Hohen Hauses kann sich sehen lassen.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Mit Ende dieses Jahres treten zwei verdiente Beamte aus meinem unmittelbaren Wirkungsbereich in den Ruhestand.

Wirkl. Hofrat Dr. Karl Naimer, dem Jahrgang 1921 zugehörig. Das ist jene Generation, der in der ersten Hälfte ihres Lebens im wahrsten Sinne des Wortes nichts erspart geblieben ist. Alles Ungemach der Zeit wurde ihnen in den Rucksack ihres Lebens eingepackt. Auch dieser Lebenslauf bestätigt das eindrucksvoll. Mit 19 Jahren wird er zur Kriegsdienstleistung in die Deutsche Luftwaffe einberufen, in der er als Kampfflieger bis zum Kriegsende eingesetzt war. Nach Kriegsende geriet er in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung konnte er erst seine weitere berufliche Ausbildung absolvieren. 1953 wird er in den Landesdienst eingestellt und – heute kann es gesagt werden – mit den Aufgaben der Wiedererrichtung des Österreichischen Bundesheeres betraut. Damals waren wir noch vierfach besetzt. 1955 wurde er der Rechtsabteilung 1 zur Dienstleistung und mit 1. Jänner 1972 der Kanzlei des Steiermärkischen Landtages zugewiesen. Ich habe seine Arbeit und seinen rastlosen Einsatz schätzen gelernt. Sein fachliches Können und seine Hilfsbereitschaft gegenüber den Mitgliedern des Landtages darf ich in dieser Stunde besonders hervorheben. Ich darf für diese Lebensleistung namens des Steiermärkischen Landtages und in meinem Namen ein herzliches Danke sagen. (Allgemeiner Beifall.)

In diesen Dank schließe ich auch Ihre liebe Frau ein. Ihnen, verehrter Herr Hofrat, wünsche ich für Ihren dritten Lebensabschnitt vor allem die Gesundheit, die ungebrochene Vitalität und die Freude an den kleinen Dingen des Lebens.

Mein zweiter Mitarbeiter, der mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand tritt, ist mein Kraftfahrer Karl Auer. Seit 25 Jahren ist er mit mir unterwegs. Wir haben gemeinsam mehrere Millionen Kilometer bei unseren Fahrten zurückgelegt. Er hat mich immer gesund und unfallfrei nach Hause gebracht. Es ist eine lange Zeit, und Sie werden verstehen, wenn ich sage, daß er mir in diesen Jahren ans Herz gewachsen ist. Sein fahrerisches Können, sein Fleiß, seine Hilfsbereitschaft und seine Loyalität möchte ich in dieser Stunde des Abschieds besonders hervorheben. Lieber Herr Auer, ich möchte Ihnen für diese Treue und vorbildliche Dienstleistung sehr, sehr herzlich danken. Vieles von dem, was man in einer langen Zeit zuwege bringt, war letzten Endes auch nur möglich, weil Sie mich zu jeder Zeit wohlbehalten zu den gewünschten Zielen gebracht haben. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Familie durch eine solche Dienstleistung auf manches verzichten muß. Daher möchte ich in gleicher Gesinnung auch Ihrer lieben Frau, die soviel Verständnis für Ihre Arbeit aufgebracht hat, aufrichtig danken. Für den dritten Lebensabschnitt wünsche ich Ihnen im besten Sinn des Wortes weiterhin eine gute Fahrt. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren, es ist eine langjährige liebgewordene Tradition, daß der Präsident in seiner Schlußansprache auch ein paar Bemerkungen über die Arbeit des Landtages, aber vor allem auch über die Budgetdebatte macht. Die letzten drei Tage haben ein eindrucksvolles Bild über Probleme und Anliegen unseres Bundeslandes geboten. Wir

stehen vor neuen und schweren Herausforderungen. Es ist nicht nur die Arbeitsplatzsicherung, sondern auch die Verpflichtung, neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber ebenso sind auch die Probleme unserer Umwelt sowie die Strukturprobleme unserer Wirtschaft einer Lösung zuzuführen. Daß die bäuerlichen Anliegen geradezu nach einer Lösung schreien, hat die Debatte allzu deutlich gezeigt. Ich gehe davon aus, daß wir auch 1987 uns gemeinsam den Problemen stellen und sie Zug um Zug auch gemeinsam lösen werden. Vor allem unserer Jugend wollen wir von diesem Forum aus sagen, sie hat eine Zukunft. Es gilt den Weltuntergangspropheten unserer Tage eine Abfuhr zu erteilen, die vor allem unserer Jugend einreden will, daß sie keine Zukunft habe. Wir müssen nur gemeinsam den Mut haben, dieser prachtvollen Jugend zu sagen, daß auch sie ihren Teil für ihre eigene Zukunft beitragen muß. (Allgemeiner Beifall.) Die Parole lautet, nicht aussteigen, sondern einsteigen für die Steiermark und einsteigen für Österreich.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren, das Jahr 1986 war ein Wahljahr. In meiner jahrzehntelangen Tätigkeit habe ich eine solche Fülle von Wahlauseinandersetzungen in einem Jahr noch nicht erlebt wie in diesem. Der Souverän, wie die Schweizer den Stimmbürger nennen, hat unterschiedliche Entscheidungen getroffen. Für alle wahlwerbenden Parteien ist diese Tatsache Chance und Risiko zugleich. Es ist meine tiefe Überzeugung, daß dieses Land eine reife und krisenfeste Demokratie besitzt. Ich denke bei dieser Gelegenheit an das Drama der zwanziger und dreißiger Jahre unserer Republik. Wer das erlebt hat, und ich gehöre dazu, wird wohlthuend die politische Entwicklung unserer Tage verfolgen. Haben wir nicht seit 1945 aus einem Trümmerhaufen ein blühendes Land gemacht? Haben nicht die Grundwerte unseres menschlichen Daseins einen Höchststand erreicht? Ist die Freiheit des einzelnen und des Landes ein leerer Begriff? Haben wir nicht ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit erreicht? Wir sind ein freies Land. Kein Österreicher und keine Österreicherin hat seit 1945 unser Land aus politischen Gründen verlassen oder ist aus Österreich geflüchtet. Aber sehr wohl sind seit 1945 nahezu zwei Millionen Menschen nach Österreich geflüchtet. Es ist angebracht, den italienischen Schriftsteller Ignazius Silone zu zitieren, der einmal sagte: „Dort, wo die Menschen nicht mit den Händen abstimmen können, stimmen sie mit den Füßen ab durch die Flucht.“ Ende des Zitats. Wir alle sollten uns bemühen, daß unser Land politisch und wirtschaftlich stabil bleibt. Wir alle sollten uns auch bemühen, die Formen der politischen Auseinandersetzungen so zu führen, wie es einer reifen Demokratie zukommt. Wir sollten nie vergessen, über den Parteien steht unser Volk und unser Land, seine Gegenwart und seine Zukunft. Wir werden in wenigen Tagen mit unseren Familien unter dem Lichterbaum stehen und Weihnachten in Frieden feiern. Wenn wir über den österreichischen Zaun hinwegblicken, dürfen wir sagen, nicht allzu vielen ist das gleiche vergönnt. Umso mehr sollten wir für alles Erreichte dankbar sein. In dieser Gesinnung wünsche ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und ein herzliches Glückauf für 1987! Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung: 21 Uhr.)